

Landarbeiterfragen in Nordhessen

Georg Ludwig Hübner

Diplomvolkswirt

aus Liegnitz

1957

LANDARBEITERFRAGEN IN NORDHESSEN

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN DOKTORWÜRDE

DER

RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER PHILIPPS-UNIVERSITÄT ZU MARBURG

VORGELEGT VON

GEORG LUDWIG HÜBNER

DIPLOMVOLKSWIRT AUS LIEGNITZ

M A R B U R G

1957



DRUCK VON PHOTO-TONI IN ERLANGEN

ALS DISSERTATION VON DER RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFT-
LICHEN FAKULTÄT ANGENOMMEN AM: 8. FEBRUAR 1957

• BERICHTERSTATTER : PROFESSOR DR. FRHR. V. BISSING

MITBERICHTERSTATTER: PROFESSOR DR. ALBRECHT

TAG DER MÜNDLICHEN PRÜFUNG: 28. FEBRUAR 1957

MEINEN ELTERN

Inhaltsübersicht

	Seite
Einleitung	3
Die Arbeitsverfassungen in der Landwirtschaft	5
Die Einteilung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer	7
Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Nordhessen	
I. Das statistische Bild:	
1. Überblick	11
2. Der Besatz mit ständigen Arbeitskräften in den einzelnen Betriebsgrößenklassen nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949	16
3. Der heutige Bestand an ständigen Arbeitskräften	27
4. Die nicht ständig beschäftigten Arbeitskräfte	33
II. Der tatsächliche Bestand an landwirtschaftlichen Arbeitskräften	36
Die Struktur der nordhessischen Landarbeiterschaft	39
Altersgliederung und Familienstand der Landarbeiter	43
Die Heimatvertriebenen in der Landarbeiterschaft	50
Stellenwechsel und Arbeitslosigkeit am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt	52
Die Arbeitszeit	55
Die Lohnfrage	
1. Zur Auswahl der zu untersuchenden Lohngruppen	63
2. Lohnarten und Lohngüter (Bewertungsprobleme)	67
3. Tariflohn und Effektivlohn (Lohnvergleiche zwischen Land- und Industriearbeitern)	82
Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	110
Die Seßhaftmachung der Landarbeiter	117
Ursachen des Landarbeitermangels	128
Folgen der Verweigerung der Landarbeit	142
1. Die langfristige Entwicklung	143
2. Versuche kurzfristiger Lösungen	161
Abschluß	170
Die Verwaltungsgliederung Hessens (Landkarte)	173
Tabellenteil	174
Literaturverzeichnis	180



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Einleitung

Die unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften ist nicht erst ein Problem der neuesten Zeit; denn schon vor der Jahrhundertwende gaben die Verhältnisse in den landwirtschaftlichen Gebieten Ostdeutschlands der Wissenschaft wiederholt Anlaß, den Ursachen des dort auftretenden Landarbeitermangels nachzugehen, die man hauptsächlich in der Grundbesitzverteilung dieser Gegenden erblickte (v.d. GOLTZ, OPPENHEIMER, SERING). Als in den darauffolgenden Jahrzehnten auch in Mittel- und Westdeutschland das Fehlen landwirtschaftlicher Hilfskräfte immer störender in Erscheinung trat - wo die für die östlichen Teile Deutschlands gefundenen Gründe nicht mehr als ausreichende Erklärung angesehen werden konnten -, wurden andere Theorien aufgestellt, neue Abwehrmaßnahmen empfohlen (HAINISCH, QUANTE, SEEDORF u.a.), ohne daß es indessen gelang, der Abwanderung Einhalt zu gebieten.

Die Diskussion um diese Frage lebte von neuem auf, als nach dem Zusammenbruch 1945 der vorübergehend angewachsene Bestand an landwirtschaftlichen Arbeitskräften schnell zurückging und die Landwirtschaft wieder vor das alte Problem - allerdings in seiner bisher bedenklichsten Form - gestellt war.

Es soll der Sinn der vorliegenden Arbeit sein, sich mit den wichtigsten und bekanntesten dieser neueren Meinungen über die Landarbeiterfrage auseinanderzusetzen und sie auf ihre Allgemeingültigkeit hin zu überprüfen. Als Untersuchungsgebiet wurde Nordhessen, d.h. der Reg. Bez. Kassel, gewählt, weil es sich hierbei um einen Raum handelt, der als ausgesprochenes Bauernland recht gute Voraussetzungen für eine derartige Untersuchung liefert, zumal er, wirtschaftlich gesehen, eine geschlossene Einheit bildet.¹⁾ So gestattet dieser Bereich zwar auf der einen Seite Vergleiche mit den entsprechenden Verhältnissen in anderen Teilen Westdeutschlands, er erscheint jedoch räumlich zu ausgedehnt, als daß lokale Besonderheiten im einzelnen untersucht werden könnten, deren Bedeutung aber insgesamt zu gering ist, um das Gesamtbild wesentlich zu beeinflussen.

1) Streng genommen gehören zum nordhessischen Wirtschaftsraum noch Teile der Landkreise Biedenkopf, Gießen, Alsfeld und Lauterbach (s.Karte, S.171), die jedoch hier aus statistischen Gründen unberücksichtigt bleiben müssen.

Das Landarbeiterproblem ist so vielgestaltig und mit so zahlreichen Fragenkreisen aus dem Gebiet der Landwirtschaft, der Betriebswirtschaft, der Volkswirtschaft, der Soziologie, der Psychologie und der Rechtswissenschaft verknüpft, daß eine erschöpfende Darstellung hier nicht gegeben werden kann. So werden nur einzelne der Fragen herausgegriffen und untersucht, denen nach allgemeiner Auffassung im Rahmen des Gesamtzusammenhanges eine entscheidende Bedeutung zukommt. Nicht näher behandelt werden vor allem die arbeits- und sozialrechtlichen Belange der landwirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft, da die in dieser Hinsicht in Nordhessen herrschenden Verhältnisse nicht wesentlich von denen in anderen Gegenden Westdeutschlands abweichen dürften.¹⁾ Auch kann auf einen historischen Teil verzichtet werden, da diese Fragen bereits 1924 eine sehr eingehende Behandlung erfahren haben bei W. HUMBURG: Die Landarbeiterfrage in Kurhessen; Untersuchungen über die Entstehung des Landarbeiterstandes und die Einwirkung der wirtschaftlichen und politischen Umgestaltungen auf den Landarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in dem ehem. Kurfürstentum Hessen.²⁾

Dagegen wird in der vorliegenden Arbeit besonderer Nachdruck auf die Untersuchung der Lohnverhältnisse gelegt und auch versucht, die große Bedeutung allgemeiner soziologischer Triebkräfte für die hier zu behandelnden Probleme herauszustellen.

Vor der Behandlung dieser Einzelfragen ist jedoch das vorhandene statistische Material zu prüfen und auszuwerten, wie es denn überhaupt bei der Untersuchung derartiger Sachzusammenhänge unvermeidlich ist, hin und wieder ein "trockenes Gerüst der Zahlen" aufzuschlagen, um von hier aus den Versuch zu unternehmen, der wirtschaftlichen Wirklichkeit näherzukommen.

1) Vgl. z.B.: Heft 4, 14 und 15 der Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen (65)

2) HUMBURG (25). Die eingeklammerten Zahlen in den Fußnoten beziehen sich auf die fortlaufende Numerierung des Literaturverzeichnisses am Schluß der Arbeit.

Die Arbeitsverfassungen in der Landwirtschaft

Die Erkenntnis, daß der Betrieb nicht nur Produktionsstätte, sondern auch Ort menschlicher Beziehungen ist, an dem Bindungs- und Spannungsverhältnisse bestehen, die die persönliche Einstellung des Menschen zu seiner Arbeit maßgeblich beeinflussen, führte im Bereich der Landwirtschaft dazu, daß die moderne Betriebslehre mehr und mehr davon abkommt, die landwirtschaftlichen Betriebe nur unter dem Gesichtspunkt ihrer flächenmäßigen Ausdehnung zu betrachten, sondern daß sie vielmehr versucht, eine Abgrenzung nach der Ordnung, innerhalb derer in diesem sozialen Gebilde "landwirtschaftlicher Betrieb" zusammengearbeitet wird, vorzunehmen. In diesem Sinne tritt an die Stelle der statistisch-schematischen Gliederung in Betriebsgrößenklassen eine Einteilung, die soziale und arbeitswirtschaftliche Momente zugrundelegt: ¹⁾

Familienbetriebe (Mittelbauern),
Erweiterte Familienbetriebe (Großbauern),
Lohnarbeitsbetriebe mit verschieden hohem Arbeitskräftebesatz (Bauerngüter, Gutsbetriebe),
Kleinbauern (Betriebsgröße unter der Ackernahrung).

Mit Ausnahme der letzten entspricht jeder einzelnen Gruppe eine bestimmte optimale Betriebsgröße, die nach Natur- und Anbauverhältnissen, Intensität, Marktlage, angewandter Technik, gesamtwirtschaftlicher Lage und sonstigen Umweltseinflüssen schwankt. ²⁾

Der äußere Rahmen, innerhalb dessen diese Gliederung vorgenommen wird, ist der Begriff der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung, deren zwei "Grundformen" (PRIEBE) die Familienarbeitsverfassung und die Lohnarbeitsverfassung sind, wobei noch verschiedene - in der wirtschaftlichen Wirklichkeit sehr bedeutende - Übergangsformen bestehen.

In der Familienarbeitsverfassung reicht die Arbeitskraft der bäuerlichen Familie zur Verrichtung aller Arbeiten aus. Arbeitsbereich und Lebensbereich decken sich noch weitgehend, und eine Trennung zwischen

1) Vergl.: v. TSCHIRSCHKY (50), S. 50 ff.; IPSEN (27), S. 37 f.,
PRIEBE (40), S. 89 ff.

2) Die amtliche Statistik in Deutschland arbeitet bisher ausschließlich mit dem alten Einteilungsschema, weshalb auch in den Übersichten der vorliegenden Arbeit hauptsächlich der Begriff der Betriebsgrößenklasse Anwendung finden muß.

ausführender und disponierender Tätigkeit besteht nicht. Als besonderer Vorzug wird die ihr eigene Elastizität angesehen, die einmal im Hinblick auf die reibungslose Erfüllung der im Laufe des Jahres unterschiedlich anfallenden Arbeitsanforderungen zur Geltung kommt und die zum anderen darin liegt, daß die gleichgerichteten Interessen aller Familienangehörigen in wirtschaftlichen Notzeiten eine weitgehende Einschränkung der Bedürfnisse erlauben, wodurch der Betrieb eine besondere Krisenfestigkeit besitzt. Die bäuerliche Wesensart und Lebensauffassung mit all ihren Licht- und Schattenseiten, die in dem "hofzentrierten Denken" (KÖTTER) der Familie beruht, hat hier ihren Hort.

In der Lohnarbeitsverfassung steht der leitenden Funktion des Betriebsführers die ausführend-unselbständige Tätigkeit der fremden Arbeitskräfte gegenüber, die einen entscheidenden Anteil am Arbeitspensum haben. An die Stelle des Motors der unmittelbaren persönlichen Beziehung zum Hof tritt das Arbeitsentgelt. Die fremdbestimmte Arbeit der Hilfskräfte sprengt die Einheit von Wirtschafts- und Familienbereich. Im Gegensatz zur Familienarbeitsverfassung ist hier die Möglichkeit weitgehender Arbeitsteilung gegeben, wodurch auf der anderen Seite ein Element der Starrheit in den Betrieb hineingetragen werden kann.

Die Notwendigkeit zu Zwischenlösungen ergibt sich im Bereich jener Betriebe, die für die Arbeitskraft der Familie zu groß und für die Einstellung verheirateter Kräfte zu klein sind. Vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Arbeitswirtschaft ergibt sich die Möglichkeit, die Geschlossenheit der familiären Gruppe als Produktionseinheit einigermaßen durch die Aufnahme einer solchen Arbeitskraft zu wahren, die sich in den bestehenden Lebens- und Arbeitsrhythmus einfügt, ohne Anspruch auf einen störenden eigenen Lebensbereich geltend zu machen.

Eine andere - weit weniger reibungslose - Möglichkeit ergibt die Beschäftigung von Hilfskräften aus Wirtschaften mit überschüssigem Kräftebesatz, bei denen zwar ein weitgehendes Verständnis für die bäuerliche Denkungsart vorhanden ist, die aber andererseits auf Selbständigkeit gerichtete Wünsche und Lebensziele verfolgen, so daß die Beziehungen zwischen ihnen und dem Arbeitgeber möglichst auf den arbeitstechnischen Bereich beschränkt bleiben müssen.

Dieser kurze Überblick zeigt, daß die Anforderungen, die innerhalb der beiden Fremdarbeitskräfte beschäftigenden Arbeitsverfassungen an die Person des Arbeitnehmers gestellt werden, recht unterschiedlich sind und teilweise den Rahmen der üblicherweise verlangten Qualifikationen überschreiten. Diese Unterschiede sind, wie noch zu zeigen sein wird, von erheblicher soziologischer Tragweite.

Die Einteilung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer

Die großen Unterschiede im Hinblick auf Beschäftigungs-, Anstellungs- und Entlohnungsverhältnisse, auf den Altersaufbau, den Familienstand, das berufliche Können, die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit und das Herkommen der familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erschweren ihre Einteilung derart, "daß es nicht möglich ist, ein Schema zu finden, welches Logik und Lebensnähe verbindet. Man muß sich für eine logisch einwandfreie, dafür aber daseinsunrichtige, oder unsystematische, dafür aber lebenswahre Gliederung entscheiden." ¹⁾

In Literatur und Praxis wird meist der eine oder der andere Gesichtspunkt herausgegriffen, und es ergeben sich Einteilungen mit den Hauptgruppen "freie" und "vertraglich gebundene" oder "ständige" und "nicht ständige" Landarbeiter; neuerdings stellt man in der Diskussion um die Landarbeiterfrage den Unterschied zwischen "Ledigen" und "verheirateten Arbeitskräften" stärker heraus, die Tarifverträge unterscheiden "Monatslöhner" und "Stundenlöhner" (entsprechend den früheren Tagelöhnern), bzw. "haushaltsbeteiligte Arbeitskräfte" und "Arbeitskräfte außerhalb der Hausgemeinschaft". Weiter gliedert man die Landarbeiter in Hilfs-, angelernte, Fach- und Spezialarbeiter, sowie auch danach, ob sie über eigenes bzw. Pachtland verfügen oder ob sie kein Land bewirtschaften. Teilweise sollen diese Einteilungen im wesentlichen die gleichen Unterscheidungsmerkmale erfassen, oft überschneiden sie sich auch.

Unter diesen Umständen erscheint es vorteilhaft, auf ein starres Einteilungsschema zu verzichten und, von den Arbeitsverfassungen ausgehend, die jeweils typischen Bindungsverhältnisse mit ihren betriebswirtschaftlichen und soziologischen Besonderheiten herauszustellen.

1) ABEL (1), S. 93

Da die betriebsangehörigen Personen in den Betrieben im Bereich zwischen der Familienarbeitsverfassung und der Lohnarbeitsverfassung zwar das Hauptkontingent der Arbeitskräfte stellen, diese jedoch zu einer normalen Bewirtschaftung nicht ausreichen, müssen sie durch Fremdarbeitskräfte ergänzt werden. Die geschichtliche Entwicklung, Kostenrücksichten des Betriebsinhabers, vor allem aber der diesen Betrieben eigenartige Arbeitsrhythmus brachte es mit sich, daß diese Arbeitskräfte im Haushalt des Arbeitgebers beköstigt und untergebracht werden - um nicht von einer "Aufnahme in die Familie" zu sprechen, die im echten Sinne nur selten erfolgt; sie sind "Haushaltsbeteiligte". Die Aufnahme einer weiteren Familie wäre dem Betrieb nicht nur kostenmäßig meist unmöglich, sondern trüge auch in den Hof neue Interessen und Ziele hinein, die mit Sicherheit zu dauernden Spannungen und Auseinandersetzungen führen müßten. Daher sind diese Arbeitskräfte normalerweise jung und unverheiratet und haben auf einen eigenen Lebensbereich zu verzichten. Die Schwierigkeit der Festlegung und Einhaltung klar abgegrenzter Arbeitszeiten für die fremden Arbeitnehmer behindert eine stundenweise Entlohnung; Berechnungsgrundlage für den Lohn, auf der Unterkunft und Verpflegung angerechnet werden, ist daher der Monat ('Monatslöhner'). Die früher innerhalb dieser Gruppe der Gesindekräfte bestehenden Abstufungen sind heute weitgehend abgeschafft. Es fällt ihnen entweder die Verrichtung eines bestimmten Arbeitspensums zu, oder sie müssen - meist mit sinkender Betriebsgröße - in häufigem Wechsel alle Arbeiten verrichten, wobei in den kleineren Betrieben die Hausarbeiten und die Viehhaltung und damit die weiblichen Arbeitskräfte an Bedeutung gewinnen. Die alten Bezeichnungen "Knecht" und "Magd" sind in den letzten Jahren immer mehr aus der Übung gekommen; man sucht heute den "ledigen jungen Mann" oder den "landwirtschaftlichen Gehilfen", bzw. das "junge Mädchen" oder die "Stütze".

Im Bereich der Lohnarbeitsverfassung kann der Betrieb nicht mit nur oder zwei zusätzlichen Arbeitskräften auskommen. Da mit zunehmender Betriebsgröße eine weitergehende Arbeitsteilung und Spezialisierung erforderlich wird, finden sich hier vornehmlich ältere, erfahrene und verheiratete Kräfte, deren Beschäftigung umso eher möglich ist, als eine Einzelziehung aller Arbeitnehmer in die Hausgemeinschaft nicht mehr durchführbar ist und die stärkere Mechanisierung, sowie bessere arbeitsorganisatorische Verhältnisse die Einhaltung geregelter Arbeits-

zeiten erleichtern. Die Bindungsverhältnisse dieser als "Landarbeiter" i.e.S. bezeichneten Arbeitnehmer sind außerordentlich mannigfaltig.

Dem gewerblichen Arbeiter nächststehend ist der "Freiarbeiter", der nur Barlohn erhält und in einer betriebsfremden Wohnung wohnt. Ihm gegenüber enger an den Betrieb gebunden ist der "Deputant", dessen Merkmale Bezugs- und Nutzungsrechte an landwirtschaftlichen Produkten, Land und Gebäuden sind. Mit zunehmendem Umfang des überlassenen Landes nähert sich der Landarbeiter immer mehr dem Status eines selbständig wirtschaftenden Landwirts, seine Lohnarbeitszeit wird kürzer und nimmt Ergänzungscharakter an, die rechtlichen Beziehungen zum Arbeitgeberbetrieb wandeln sich in ein Pacht-Arbeitsverhältnis; über den "Häusler", "Heuerling", "Anbauern" gibt es eine Vielzahl oft landschaftlich bestimmter Abstufungen ¹⁾ und damit weitere Übergangserscheinungen der Lohnarbeitsverfassung.

Ergeben sich also noch im Bereich dieser Arbeitsverfassung Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsdauer, so versteht man doch unter den "nichtständig beschäftigten Arbeitskräften" vornehmlich die aus meist wenig industrialisierten Gegenden des In- und Auslandes stammenden "Saison- und Wanderarbeiter", die zwar nicht das ganze Jahr, wohl aber mehrere Monate in der Vegetationsperiode beschäftigt werden. Im weiteren Sinne kann man auch die oft nur wenige Tage im Jahr zu Zeiten der Arbeitsspitzen beschäftigten "Erntehelfer" und die mehr oder weniger im Rahmen der Nachbarschaftshilfe aus kleinem Grundbesitz oder aus Familien gewerblicher Arbeiter gestellten männlichen, überwiegend aber weiblichen Arbeitskräfte dazurechnen.

Für die weitaus überwiegende Zahl aller dieser Arbeitskräfte gilt die schon vor 30 Jahren von AEREBOE getroffene Feststellung, daß sie "sich in den landwirtschaftlichen Arbeiten zwar praktisch geübt, aber für dieselbe keine besondere schulmäßige Ausbildung erfahren haben."²⁾ Der Beruf des Landarbeiters gilt als ungelernter Beruf, mit Ausnahme des kleinen Kreises der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer mit Spezialausbildung (Melker, Schäfer, Maschinen-, Schlepperführer, Gutshandwerker usw.).

1) Vgl.: Schriftenreihe der ASG (65), ALBRECHT (3).

2) AEREBOE (3), S. 175

Die in den Tarifverträgen festgelegte Einstufung in Hilfsarbeiter, Landarbeiter (= angelernte Arbeiter) und Vorarbeiter stellt auf die Berufserfahrung ab und setzt die Beherrschung bestimmter Arbeiten voraus. Es wird oft allerdings nicht berücksichtigt, daß sich der Landarbeiter gewisse Fertigkeiten durch die seit frühester Jugend bestehende Verbindung mit der Landwirtschaft gewissermaßen automatisch angeeignet hat, die ihn über den Kreis der im üblichen Sinne ungelernten Arbeiter hinausheben können.

Soweit unter dem Begriff "Landarbeiterfrage" die mangelhafte Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften verstanden wird, umfaßt sie normalerweise alle oben genannten Gruppen und Abstufungen der Arbeitnehmer; stellt man unter diesem Begriff die soziale Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter heraus und stellt diese in Gegensatz zu der der industriell-gewerblichen Arbeitnehmer, so müssen alle die Kategorien außer Betracht gelassen werden, deren Arbeit in der Landwirtschaft nur Zusatz- oder Ergänzungscharakter hat; denn soll die Gegenüberstellung Landarbeiter - Industriearbeiter überhaupt sinnvoll sein, so kann diese nur hauptberuflich und ständig in abhängiger Stellung ausschließlich ausführende Arbeiten verrichtende Arbeitskräfte umfassen

Vor einer genaueren Betrachtung der sozialen und wirtschaftlichen Lage dieser Arbeitnehmer im Untersuchungsgebiet erweist es sich als vorteilhaft, einen Überblick über den Bestand der gesamten, also auch der familieneigenen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, ihre räumliche Verteilung und innerhalb dieser Aufgliederung ihre Bedeutung für die einzelnen Betriebsgrößenklassen zu ermitteln.

Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Nordhessen

I. Das statistische Bild

. Überblick

So wünschenswert und notwendig eine genaue Angabe über Zahl und Zusammensetzung der der nordhessischen Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte ist, - das vorhandene Material erlaubt nicht eine exakte Beantwortung dieser Frage. Zwar liegen die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung aus dem Jahre 1949, sowie die der Berufszählung von 1950 vor, doch besteht kein Zweifel darüber, daß diese Zahlen auch nicht einmal annähernd den heutigen Verhältnissen entsprechen. Die Fehlerquellen, die später noch genauer zu untersuchen sind, sollen hier kurz angedeutet werden:

1. Durch Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse bedingt, war die Zahl derer, die auf dem Lande nicht nur ein Unterkommen, sondern auch einen vorläufigen Arbeitsplatz gefunden hatten, stark angestiegen (Heimatvertriebene, Evakuierte). Den Bauern kam dabei bis zum Juni 1948 zugute, daß sie nicht dem Zwang ausgesetzt waren, mit den Kosten der einzelnen Arbeitskraft ängstlich genau zu rechnen. Durch diese Entwicklung erhöhte sich besonders stark die Zahl der Lohnarbeitskräfte, aber auch die der familieneigenen Arbeitskräfte. Dieser Einfluß mußte in Nordhessen umso mehr zur Geltung kommen, als hier der Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung in den einzelnen Kreisen mit 20 - 25 v.H. besonders hoch war ¹⁾ (Bundesdurchschnitt: 16,9 v.H.). Diese Verschiebungen konnten jedoch bis zu den Jahren der Zählungen nicht mehr rückgängig gemacht werden.

2. In den vorangegangenen Jahren hatte die von den Arbeitsämtern eingeführte Meldepflicht der arbeitsfähigen Personen in starkem Maße zur Bildung von Scheinarbeitsverhältnissen beigetragen. Auch hier ist es fraglich, ob diese Verzerrungen bis zu den Jahren 1949/50 restlos abgebaut worden sind.

Außer diesen zeitbedingten Unrichtigkeiten sind noch die folgenden, sich aus der Methodik der Zählungen ergebenden Fehlerquellen zu beachten:

1) Vgl.: Der Hessenplan (71)

3. Die Landwirtschaftliche Betriebszählung (LBZ) erfaßt nicht nur die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen, sondern darüber hinaus auch die in der Gärtnerei, Fischerei und Forstwirtschaft Beschäftigten, ohne daß diese Berufsunterschiede ersichtlich würden. Stellt man lediglich auf die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ab, so können bei Nichtberücksichtigung dieser Tatsache erhebliche Fehlberechnungen entstehen.

4. Der tatsächlich für die Landwirtschaft an sich einsatzfähige Bestand an Arbeitskräften erscheint weiter durch den Umstand stark erhöht, daß die Statistik nicht zwischen Betrieb und Haushalt unterscheidet. Auf diese Weise werden eine große Anzahl Frauen als vollwertige Arbeitskräfte gezählt, die in Wirklichkeit überwiegend im Haushalt beschäftigt sind.

5. Schließlich ist damit zu rechnen, daß eine beträchtliche Zahl Personen als ständige und vollwertige Arbeitskräfte angegeben worden sind, die tatsächlich nicht als solche gelten können, da sie nur gelegentlich im Betrieb tätig sind (Altensteiler, Familienangehörige mit oder auch ohne teilweisen Nebenerwerb).

Es ist notwendig, auf diese Fehlerquellen hinzuweisen, um von vornherein das Entstehen falscher Eindrücke zu verhindern, da zur Gewinnung eines Überblicks über die Arbeitsverfassung der nordhessischen Landwirtschaft mangels brauchbarer Unterlagen zunächst von den Ergebnissen dieser Zählungen ausgegangen werden muß. Da man jedoch unterstellen darf, daß die verzerrenden Einflüsse im Untersuchungsgebiet überall in gleichem Maße zur Geltung kamen, müssen etwa vorhandene Unterschiede in der Arbeitsverfassung einzelner Teilgebiete sichtbar werden, mögen auch die absoluten Zahlen nicht mehr den heutigen Verhältnissen entsprechen.

Die Bedeutung, die die Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft für die Bewohner des nordhessischen Raumes hat, soll zunächst durch die folgenden Zahlen kurz beleuchtet werden.

Während der Anteil der zum land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftsbereich gehörenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Durchschnitt der Bundesrepublik bei 15 v.H. liegt, beträgt er in Nordhessen immerhin 20 v.H. Demgegenüber beträgt der Anteil der land- und forst-

wirtschaftlichen Erwerbspersonen an der Gesamtheit der Erwerbspersonen für die Bundesrepublik 23 v.H., für Nordhessen 33 v.H.

An diesen Zahlen fällt zunächst auf, daß sowohl für die Bundesrepublik als auch für Nordhessen die Relation landwirtschaftliche Bevölkerung: Gesamtbevölkerung nicht derjenigen von landwirtschaftlichen Erwerbspersonen: Gesamtheit der Erwerbspersonen entspricht. Hierin kommt trotz der oben gemachten Vorbehalte die Tatsache zum Ausdruck, daß in der Landwirtschaft die Familienangehörigen in weit stärkerem Maße zur Arbeit herangezogen werden als in anderen Wirtschaftszweigen. Wie die Zahlen weiter zeigen, ist dies in Nordhessen in einem stärkeren Maße der Fall als im Bundesmittel, was auch aus folgender Gegenüberstellung¹⁾ hervorgeht:

	Erwerbspersonen in v.H. d.Ges.Bevolk.	Ldwi. Erwerbspersonen in v.H. d.ldwi.Bevolkerung
Reg.Bez. Kassel	46	80
Bundes- republik	46	73

Die Volks- und Berufszählung, die diesen Zahlen zugrundeliegt, ermittelte 1950 im Reg.Bez. Kassel 190.432 land- und forstwirtschaftliche Erwerbspersonen. Die LBZ des vorangegangenen Jahres zählte dergegenüber 232.442 ständig beschäftigte Personen. Diese Differenz ist jedoch nur zu einem kleinen Teil auf eine Abwanderung in andere Berufe zurückzuführen, sondern ergibt sich in der Hauptsache aus der unterschiedlichen Methodik beider Zählungen, die auch einen Vergleich beider Zählungen nicht ohne weiteres zuläßt. Da einmal die Berufszählung nicht die besonderen Merkmale der einzelnen Betriebe berücksichtigt, andererseits ihre Angaben ungeeignet sind für einen Vergleich mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen und Erhebungen, so sollen im folgenden in der Hauptsache die Ergebnisse der LBZ zugrundegelegt werden.

1) Errechnet aus folgenden Angaben:

	Wohnbevölkerung	Land-u.forstwirt.Bevolkerung
Reg.Bez. Kassel	1.260.954	253.026
Bundesrep.i.Tsd.	47.696	7.007
	Ges.Erwerbspers.	Land-u.forstw. Erwerbspers.
Reg.Bez. Kassel	580.743	190.432
Bundesrep.i.Tsd.	22.074	5.113

Vgl. Stat.Hdbuch (81), S.21

Es muß fraglich erscheinen, ob ein Vergleich der LBZ 1939 mit der vom Jahre 1949 Aufschluß gibt über den "natürlichen", von allen Zwangsmaßnahmen und Besonderheiten unbeeinflussten Besatz mit landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Denn schon vor 1933 beginnend, später im Zuge der Wiederaufrüstung, der Schaffung neuer Industrien mit ihrer strategisch bedingten Standortwahl, der aus Autarkiegründen vorgenommenen Neuerschließung von Rohstoffvorkommen, des Autobahnbaues u.a. von Jahr zu Jahr stärker werdend, vollzog sich gerade im nordhessischen Raum ein starker industrieller Aufstieg. "Einige Industriezweige, die im südlichen Gebiet (Hessens) einer Schrumpfung unterlagen, erlebten in anderen meist ländlichen und sogar abgelegenen Gebieten im Norden und Nordwesten, also im kurhessischen und im Lahn-Dill-Gebiet, einen Aufstieg".¹⁾ Die nunmehr benötigten Arbeitskräfte rekrutierten sich zum größten Teil aus der ansässigen landwirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft, so daß im nördlichen Teil Hessens allein der Bestand an familienfremden Arbeitskräften in der Zeit von 1925 bis 1938 um 43 v.H. abnahm.²⁾ Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die familieneigenen Arbeitskräfte von dieser Entwicklung erfaßt worden sind.³⁾ Bei einem Vergleich ist weiter in Rechnung zu stellen, daß 1939 der Arbeitsmarkt auch um die Zahl derer entlastet war, die zum Wehrdienst, zum Arbeitsdienst u.ä. eingezogen waren. Auf der anderen Seite ist zu beachten, daß Maßnahmen wie das seit 1938 eingeführte Pflichtjahr oder das seit 1934 bestehende Verbot für landwirtschaftliche Arbeitnehmer, in andere Berufe hinüberzuwechseln,⁴⁾ das statistische Bild verändern.

1) WILIECKE (51), S. 133

2) WILIECKE (51), S. 136

3) Ein zahlenmäßiger Beweis ist wegen der Andersartigkeit der Zählsystematik gerade bei den familieneigenen Arbeitskräften, die zwischen den LBZ von 1933 und 1939 besteht, nicht möglich.

4) S.u., S.169

Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Nordhessen nach
den LBZ 1939 und 1949

	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
	1939			1949		
Betr.Inhaber i. Hauptberuf	34570	4061	38631	32421	4600	37021
Ständ.beschäft. Famil.Angehörige	26990	105767	132757	34772	123011	157783
Ständ.beschäft. famil.fremde AKe.	14529	10673	25202	24721	12917	37638
	76089	120501	196590	91914	140528	232442

Sieht man von den Betriebsinhabern ab, bei deren Bestand sich keine tiefgreifenden Änderungen vollzogen haben, so fällt zunächst die außerordentlich starke Zunahme (um ca. 50 v.H.) bei den familienfremden Arbeitskräften auf, während sich die Zahl der familienangehörigen Arbeitskräfte in vergleichsweise geringerem Maße erhöht hat (19 v.H.). Weiter ist festzustellen, daß der Bestand an männlichen Arbeitskräften gegenüber den Frauen stärker zugenommen hat; dies ist besonders deutlich bei den Lohnarbeitskräften, wo die Zahl der Männer um 70 v.H., die der Frauen um 22 v.H. gestiegen ist. Damit erhöht sich der Anteil der familienfremden Arbeitskräfte an den gesamten ständigen Arbeitskräften von 15.v.H. im Jahre 1939 auf 19 v.H. im Jahre 1949 (Bundesrepublik 1949: 18,8 v.H.).

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man die Arbeitskräfte auf je 100 ha landwirtschaftlich benutzte Fläche umrechnet:

Ständig beschäftigte Arbeitskräfte je 100 ha LNF.

	1939		1949	
	Heutiges Bund.Geb.	Reg.Bez. Kassel	Bundes- gebiet	Reg.Bez. Kassel
Familieneig. AKe.	33	33	35	44
Familienfremde AKe.	6	5	8	8
Insgesamt	39	38	43	52

Während 1939 der Reg.Bez. Kassel auf Grund seines je Flächeneinheit etwas geringeren Besatzes mit Lohnarbeitskräften sogar etwas unter dem Durchschnitt des Gebietes der heutigen Bundesrepublik liegt, ist er 1949 durch das absolut starke Anwachsen der Zahl der mithelfenden Familienangehörigen weit über das Bundesmittel angestiegen.

Die Erklärung für diese Erscheinung liegt in den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen jener Zeit. Durch die Abtrennung von den thüringischen Industriezentren, sowie durch die Demontage seiner Rüstungsbetriebe war Nordhessen zum Notstandsgebiet geworden. Seine Arbeitslosenquote lag weit über dem Durchschnitt der Bundesrepublik. Unter diesen Umständen war es natürlich, daß ein großer Teil der arbeitslos Gewordenen vorläufig auf den elterlichen Hof zurückging, wo er dann 1949 von der Betriebszählung unter den ständig beschäftigten Familienangehörigen erfaßt wurde.

2. Der Besatz mit ständigen Arbeitskräften in den einzelnen Betriebsgrößenklassen nach der Betriebszählung 1949

Der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft in der Landwirtschaft wird durch eine größere Anzahl natürlicher und betriebswirtschaftlicher Faktoren bestimmt. PRIEBE nennt fünf Hauptgründe für den Arbeitskräftebesatz: ¹⁾

1. Die Nutzungsrichtung. (Die Arbeitsansprüche "schwanken bei den landwirtschaftlichen Anbauarten von Getreide bis zu Zuckerrüben im Verhältnis von 1 zu 5-7 und betragen bei Intensivkulturen teilweise ein Vielfaches.")
2. Die arbeitswirtschaftliche Stufe. (Grad der Mechanisierung).
3. Die Betriebsgröße, (deren Bedeutung nach PRIEBE oft überschätzt wird, da zahlreiche arbeitswirtschaftliche Untersuchungen von Betrieben aller Größen beweisen, "daß bei sonst gleichen Voraussetzungen keine Unterschiede im Arbeitsbesatz nötig sind.")
4. Die natürlichen Verhältnisse. (Klima, Oberflächengestaltung, Bodenart u.ä.)
5. Arbeitstechnische Voraussetzungen. (Flurlage, Feldentfernung, Gestaltung und Größe der Parzellen, Gebäude- und Hoflage).

Wenn im folgenden versucht wird, einen Überblick über die Landarbeitsverhältnisse innerhalb des nordhessischen Raumes zu gewinnen, so werden die aufgeführten Bestimmungsgründe - soweit möglich - zu berücksichtigen sein. Da der Arbeitskräftebesatz in Wirklichkeit in hohem Grade mit der Betriebsgröße schwankt - mögen dafür auch andere als betriebswirtschaftliche Gründe vorhanden sein -, so empfiehlt sich trotzdem eine Trennung nach Betriebsgrößenklassen.

¹⁾ PRIEBE (39), S. 66 f.

Da infolge des Kriegsausbruchs die Ergebnisse der LBZ 1939 nicht kreisweise veröffentlicht wurden, können Vergleichszahlen nicht erstellt werden.

Die Betriebe mit einer LNF bis zu 2 ha und ihr AK-Besatz/100 ha.

Zahl der Betriebe	Anteil dieser Größenklasse an der Zahl aller Betriebe (v.H.)		Von diesen Betrieben bewirtschaftete LNF (ha)	Anteil dieser Größenklasse an der gesamten LNF (v.H.)	
	R.B.Kassel	Bundesgeb.		R.B.Kassel	Bundesgeb.
32.799	39,4	32,9	33.066	7,4	4,9

Gesamte Ake/100 ha		Fam.eigene Ake/100 ha		Lohn-Ake/100 ha	
R.B.Kassel	Bundesgeb.	R.B.Kassel	Bundesgeb.	R.B.Kassel	Bundesgeb.
138,5	143,1	130,5	131,9	8,0 ^{a)}	11,2 ^{a)}

a) Ohne die 2456 (für den Reg.Bez.Kassel) bzw. 56000 (für das Bundesgebiet) Arbeitskräfte in Betrieben ohne LNF.

Über den Arbeitskräftebesatz in dieser Größenklasse läßt sich wenig Typisches aussagen. Die Betriebe sind in der Regel zu klein, um allen Mitgliedern einer Familie volle Arbeitsmöglichkeit zu geben, so daß mindestens ein Familienangehöriger außerhalb des Betriebes seinen Lebensunterhalt verdienen muß. Normalerweise verrichtet die Ehefrau den Hauptteil der Arbeit in der Landwirtschaft und wird vom Ehemann - nach Beendigung seiner Arbeit und im Urlaub - unterstützt; die Statistik zählte in jedem dritten Betrieb einen weiteren mithelfenden Familienangehörigen.

Für die Beschäftigung von Lohnarbeitskräften fehlen hier alle Voraussetzungen, so daß die von der LBZ ausgewiesenen familienfremden Arbeiter vorwiegend den Forst- bzw. den Gartenbaubetrieben zugerechnet werden müssen.

Aus diesem Grunde kann von einer eingehenderen Untersuchung der Personalverhältnisse in dieser Größenklasse abgesehen werden.

Die Betriebe mit einer LNF von 2-5 ha und ihr
AK-Besatz je 100 ha LNF

Zahl der Betriebe	Anteil dieser Größenklasse an der Zahl aller Betriebe (v.H.)		Von diesen Betrieben bewirtschaftete LNF (ha)	Anteil dieser Größenklasse an der gesamten LNF (v.H.)	
	R.B.Kassel	Bundesgeb.		R.B.Kassel	Bundesgeb.
25.719	30,8	27,5	83.709	18,7	13,4
Gesamte AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.		Fam.eigene AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.		Lohn-AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.	
81,2		77,0		4,2	
78,1		73,2		4,9	

Auch für den weitaus größten Teil dieser Betriebe gilt das über die mit weniger als 2 ha LNF Gesagte: es handelt sich um Nebenerwerbsbetriebe. Trotzdem wirkt sich der Einfluß der größeren Betriebe dieser Klasse dahin aus, daß im Durchschnitt in 4 von 5 Betrieben eine familieneigene männliche Arbeitskraft ständig beschäftigt war.¹⁾ Neben der Ehefrau arbeitete im größten Teil der Fälle noch eine weitere Familienangehörige im Betriebe mit, so daß auf 100 Betriebe 250 familieneigene Arbeitskräfte entfielen.

Die Bedeutung der Lohnarbeitskräfte ist hier noch gering. In 100 Betrieben waren nur 7 männliche und 7 weibliche Fremde beschäftigt.

Bezogen auf die Flächeneinheit sind innerhalb des Untersuchungsgebietes deutliche Unterschiede feststellbar:

Familieneigene Arbeitskräfte: Im ganzen gesehen schwankt der Besatz je 100 ha zwischen 85 und 35 Personen in den einzelnen Kreisen. Dabei lagen die Stadtkreise Kassel, Fulda und Marburg am niedrigsten, nur wenig darüber waren die nördlichen Gebiete des Reg.Bez.Kassel (Wolfhagen, Hofgeismar, Waldeck) sowie der Landkreis Fulda. Die größte Besetzung wies der Raum um Marburg auf (Marburg-Land, Frankenberg, Ziegenhain).²⁾

Familienfremde Arbeitskräfte:³⁾ Die Spanne in der Besetzung mit männ-

1) Diese und die folgenden Angaben wurden aus den Ergebnissen der LEZ 1949 errechnet. S. Tabellenteil am Schluß dieser Arbeit.

2) S.Karte, S.171

3) In dieser, wie auch in den folgenden Größenklassen, weist die Statistik in den drei Stadtkreisen eine derart hohe Zahl an männlichen und weiblichen Lohnarbeitskräften auf, daß die Vermutung naheliegt, daß hier durch Mitzählen nicht rein landwirtschaftlicher Arbeitskräfte das statistische Bild von den tatsächlichen Verhältnissen zur Zeit der Zählung allzuweit abweicht. Aus diesem Grunde werden hier keine Angaben über den Besatz mit Lohnarbeitskräften in diesen Gebieten gemacht. Da jedoch die Stadtkreise bei der Berechnung des nordhessischen Durchschnitts berücksichtigt werden mußten, liegt dieser bei den Lohnarbeitskräften stets etwas höher, als es der Wirklichkeit entsprach.

lichen Lohnarbeitskräften je 100 ha LNF reicht von 3,6 bis 0,6. An der Obergrenze liegen die Kreise Eschwege, Frankenberg, Marburg-Land, Fritzlar-Homberg; an der Untergrenze Wolfhagen, Hersfeld, Fulda-Land, Waldeck. Bei den weiblichen Lohnarbeitskräften (Höchstzahl: 3,0, Mindestzahl: 1,0) weisen die Kreise Melsungen, Fritzlar-Homberg, Marburg-Land, Waldeck die größten, die Kreise Wolfhagen, Kassel-Land, Fulda-Land und Rotenburg die niedrigsten Zahlen je Flächeneinheit auf.

Die Betriebe mit einer LNF von 5 bis 10 ha
und ihr AK-Besatz je 100 ha LNF.

Zahl der Betriebe	Anteil dieser Größenklasse an der Zahl aller Betriebe (v.H.)		Von diesen Betrieben bewirtschafteten LNF (ha)	Anteil dieser Größenklasse an der gesamten LNF (v.H.)	
	R.B. Kassel	Bundesgeb.		R.B. Kassel	Bundesgeb.
12.635	15,2	20,2	88.590	19,8	21,1

Gesamte AKe/100 ha		Fam.eigene AKe/100 ha	Lohn-AKe/100 ha	R.B.Kassel	Bundesgeb.
R.B.Kassel	Bundesgeb.				
54,4	49,3	48,5	44,3	5,9	5,0

In den Betrieben dieser Größenklasse befinden sich neben dem Betriebsinhaber und seiner Ehefrau in 9 von 10 Fällen noch ein weiblicher, in jedem zweiten Betrieb ein weiterer männlicher Familienangehöriger. Damit waren in 100 Wirtschaften dieser Größe im Durchschnitt Nordhessens 340 familien-eigene Arbeitskräfte ständig beschäftigt.

Familienfremde Arbeitskräfte werden in dieser Gruppe naturgemäß stärker benötigt als in den Betrieben von 2 bis 5 ha, so daß in jedem 4. Betrieb eine männliche und in jedem 5. Betrieb eine weibliche Lohnarbeitskraft gezählt wurde. Auf die Flächeneinheit umgerechnet sind im nordhessischen Raum folgende Abweichungen vom Durchschnitt feststellbar. Familien-eigene Arbeitskräfte (Höchstzahl: 55,2; Mindestzahl: 25,1). Den geringsten Besatz hatten wiederum die drei Stadtkreise aufzuweisen, nur wenig darüber lagen die Kreise Kassel-Land, Hofgeismar, Wolfhagen. Den Durchschnitt überragten wesentlich die Kreise Marburg-Land, Ziegenhain sowie Hünfeld. Familienfremde Arbeitskräfte: Die Streuung reicht bei den männlichen Lohnarbeitskräften von 1 bis 5 Personen je 100 ha LNF. In der Nähe

des Maximums liegen Kassel-Land, Frankenberg, Marburg-Land, Eschwege; der Durchschnitt wird nennenswert unterschritten in den Kreisen Wolfhagen, Waldeck, Fulda-Land, Hünfeld, Rotenburg.

Die Höchstzahl im Besatz mit weiblichen Arbeitskräften liegt bei 3,7; die niedrigste bei 1,0 Personen. Die höchsten Zahlen finden sich in Marburg-Land, Frankenberg, Ziegenhain, Fritzlar-Homberg, die niedrigsten in Wolfhagen, Hofgeismar, Witzenhausen sowie in Fulda-Land, Hünfeld, Rotenburg.

Die Betriebe mit einer LNF von 10 bis 20 ha
und ihr AK-Besatz je 100 ha LNF

Zahl der Betriebe	Anteil dieser Größenklasse an der Zahl aller Betriebe (v.H.) R.B.Kassel Bundesgeb.	Von diesen Betrieben bewirtschaftete LNF (ha)	Anteil dieser Größenklasse an der gesamten LNF (v.H.) R.B.Kassel Bundesgeb.
8.887	10,7	12,9	123.527
			27,6
			26,2

Gesamte AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.	Fam.eigene AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.	Lohn-AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.
33,6	31,7	26,3
		24,8
		7,3
		6,9

In dieser Gruppe waren neben dem Betriebsleiter und seiner Frau stets noch eine weibliche Familienangehörige und in 7 von 10 Betrieben ein weiterer männlicher Familienangehöriger zu finden, so daß in 100 Betrieben 365 familienangehörige Arbeitskräfte ständig beschäftigt waren.

Außerdem beschäftigte durchschnittlich jeder Betrieb eine familienfremde Arbeitskraft, und zwar in 6 von 10 Fällen einen Mann.

Von dem durchschnittlichen Besatz je 100 ha LNF weichen stark ab: Bei den familieneigenen Arbeitskräften (Spanne von 18,9 bis 29,4) die drei Stadtgebiete, Ziegenhain, Fritzlar-Homberg sowie das Gebiet Hofgeismar, Kassel-Land, Wolfhagen, nach unten; bei der Obergrenze liegen die Kreise Frankenberg, Marburg-Land sowie Fulda-Land, Hünfeld, Hersfeld. Bei den männlichen Lohnarbeitskräften (Höchstzahl 6,8, Mindestzahl 2,7) liegen unter dem Durchschnitt die Kreise Fulda-Land, Hünfeld, Rotenburg, ferner Wolfhagen und Hofgeismar; über dem Durchschnitt die Kreise Marburg-Land, Fritzlar-Homberg, Frankenberg und Witzenhausen.

Die weiblichen Lohnarbeitskräfte (Streuung 4,7 bis 1,7) sind je Flächeneinheit am geringsten vertreten in den Kreisen Hünfeld, Fulda-Land, Rotenburg, Wolfhagen, Hofgeismar. Die stärksten Zahlen weisen auf Marburg-Land, Frankenberg, Ziegenhain, Fritzlar-Homberg.

Die Betriebe mit einer LNF von 20 bis 50 ha
und ihr AK-Besatz je 100 ha LNF.

Zahl der Betriebe	Anteil dieser Größenklasse an der Zahl aller Betriebe (v.H.)		Von diesen Betrieben bewirtschaftete LNF (ha)	Anteil dieser Größenklasse an der gesamten LNF (v.H.)	
	R.B.Kassel	Bundesgeb.		R.B.Kassel	Bundesgeb.
2.864	3,4	5,7	76.500	17,1	24,2

Gesamte AKe/100 ha		Fam.eigene R.B.Kassel	AKe/100 ha Bundesgeb.	Lohn-AKe/100 ha	
R.B.Kassel	Bundesgeb.			R.B.Kassel	Bundesgeb.
23,7	21,0	13,7	11,6	10,0	9,4

In dieser Gruppe waren außer dem Betriebsleiter und seiner Frau fast immer eine weitere Familienangehörige und in 7 von 10 Betrieben darüber hinaus noch eine zur Familie gehörende männliche Arbeitskraft beschäftigt, d.h. in 100 Betrieben 366 familieneigene Arbeitskräfte.

An familienfremden Arbeitskräften wurden je eine männliche und eine weibliche Arbeitskraft, dazu in 7 von 10 Fällen ein weiterer Lohnarbeiter gezählt.

Eine Untersuchung über die örtlichen Abweichungen vom durchschnittlichen AK-Besatz je Flächeneinheit kann in dieser, wie auch in der Gruppe von 50 bis 100 ha nicht vorgenommen werden, da die veröffentlichte Kreisstatistik nur die Größenklasse von 20 bis 100 ha umfaßt.

Die Betriebe mit einer LNF von 50 bis 100 ha
und ihr AK-Besatz je 100 ha LNF

Zahl der Betriebe	Anteil dieser Größenklasse an der Zahl aller Betriebe (v.H.)		Von diesen Betrieben bewirtschaftete LNF (ha)	Anteil dieser Größenklasse an der gesamten LNF (v.H.)	
	R.B.Kassel	Bundesgeb.		R.B.Kassel	Bundesgeb.
247	0,3	0,6	17.200	2,8	6,1

Gesamte AKe/100 ha		Fam.eigene AKe/100 ha		Lohn-AKe/100 ha	
R.B.Kassel	Bundesgeb.	R.B.Kassel	Bundesgeb.	R.B.Kassel	Bundesgeb.
19,7	17,4	3,7	4,3	16,0	13,1

Ein Betrieb dieser Größe hatte an familienangehörigen Arbeitskräften aufzuweisen: den Betriebsleiter, dessen Ehefrau und in zwei Dritteln der Fälle jeweils noch einen männlichen oder weiblichen Familienangehörigen, so daß auf 100 Betriebe 261 mithelfende Angehörige entfielen.

Weiter beschäftigte ein solcher Betrieb 8 männliche und 3 weibliche Personen im Lohnarbeitsverhältnis.

In der Gesamtgruppe von 20 bis 100 ha LNF sind bei der Besetzung je Flächeneinheit die folgenden Unterschiede festzustellen:

Familieneigene Arbeitskräfte (Spanne von 15,8 bis 2,7): An der Untergrenze lagen die Gebiete Rotenburg, Fulda-Stadt, sowie Witzenhausen, Kassel-Land, Hofgeismar, Wolfhagen. Nennenswert über den Durchschnitt hinaus reichten die Kreise Hünfeld, Fulda-Land, ferner Marburg-Land, Frankenberg, Waldeck.

Familienfremde Arbeitskräfte: Bei den männlichen Lohnarbeitskräften (Höchstzahl: 11,2; Mindestzahl: 4,4) fanden sich die niedrigsten Zahlen in den Kreisen Fulda-Land, Hünfeld, Hersfeld sowie in Waldeck und Wolfhagen; dagegen die höchsten in Hofgeismar, Witzenhausen, Kassel-Land, Frankenberg und Fritzlar-Homberg.

Den schwächsten Besatz mit weiblichen Lohnarbeitskräften (Streuung von 5,0 bis 2,6) wiesen auf: Fulda-Land, Hünfeld, Rotenburg, Eschwege, ferner das Gebiet Waldeck, Wolfhagen, Hofgeismar. Über dem Durchschnitt lagen die Kreise Kassel-Land, Witzenhausen; Ziegenhain, Marburg-Land, Fritzlar-Homberg.

Die Betriebe mit einer LNF von 100 ha und darüber
und ihr AK-Besatz je 100 ha LNF

Zahl der Betriebe	Anteil dieser Größenklasse an der Zahl aller Betriebe (v.H.) R.B.Kassel Bundesgeb.		Von diesen Betrieben bewirtschaftete LNF (ha)	Anteil dieser Größenklasse an der gesamten LNF (v.H.) R.B.Kassel Bundesgeb.	
148	0,2	0,2	25.455	5,7	4,3

Gesamte AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.		Fam.eigene AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.		Lohn-AKe/100 ha R.B.Kassel Bundesgeb.	
18,8	18,8	1,4	1,0	17,4	17,0

Die Statistik weist für einen Betrieb dieser Größenordnung neben dem Betriebsleiter und dessen Frau nur in seltenen Fällen eine weitere familienangehörige weibliche Arbeitskraft aus.

An familienfremden Arbeitskräften beschäftigte der Betrieb durchschnittlich 23 männliche und 7 weibliche Personen. Eine Untersuchung über die Abweichungen des Besatzes mit betriebs eigenen Kräften je Flächeneinheit erübrigt sich bei dieser Betriebsgröße.

Bei den männlichen Lohnarbeitskräften (Spanne von 17,4 bis 7,9) hatten die niedrigste Besetzung aufzuweisen die Kreise Fulda-Land, Rotenburg, ferner Marburg-Land, Frankenberg, Fritzlar-Homberg, Waldeck. Stark über den Durchschnitt hinaus reichten die Kreise Wolfhagen, Kassel-Land, Hünfeld, Hersfeld.

Die je Flächeneinheit wenigsten weiblichen Lohnarbeitskräfte waren beschäftigt (Höchstzahl: 7,8; Mindestzahl: 1,6) in den Kreisen Kassel-Land, Wolfhagen, Hünfeld, Rotenburg; die stärkste Besetzung fand sich in Melsungen, Marburg-Land, Eschwege, Witzenhausen.

Zusammenfassung

1. Wenn auch die Betriebe bis zu 5 ha LNF sowie ihr Anteil an der gesamten Nutzfläche etwas über dem Bundesdurchschnitt liegen, die Betriebe von 5 bis 100 ha LNF zahl- und flächenmäßig nicht an ihn heranreichen, so kann doch nicht gesagt werden, daß die Nebenerwerbs- oder die kleinbäuerlichen Betriebe das Bild der nordhessischen Landwirtschaft bestimmen. Dies wird besonders deutlich, wenn man das südhessische Gebiet auf seine Betriebsgrößenstruktur hin betrachtet, wo als Ergebnis der dort

herrschenden Realteilungssitte ¹⁾ die Betriebe über 20 ha längst nicht die Bedeutung haben wie im Norden des Landes. Insbesondere gilt das für die Betriebe über 100 ha LNF, deren Anteil an der gesamten Nutzfläche in Nordhessen den westdeutschen Durchschnitt sogar übersteigt.

Untersucht man den nordhessischen Raum im einzelnen, so stellt sich heraus, daß die Größenklasse von 20 bis 50 ha LNF besonders stark in den Kreisen Waldeck, Fritzlar-Homberg, Melsungen, Ziegenhain und Hünfeld vertreten ist (jeweils über 20.v.H. der gesamten LNF).

Die Größenklasse von 50 bis 100 ha LNF tritt besonders in den Kreisen Hofgeismar, Kassel, Witzenhausen, Melsungen, Fritzlar-Homberg und Rotenburg (über 5 v.H. der ges. LNF) und die Größenklasse von 100 ha LNF und darüber in Hofgeismar, Wolfhagen, Witzenhausen und Eschwege (jeweils über 10.v.H.) hervor.

Für die vorliegende Betrachtung folgt hieraus, daß fast überall im Untersuchungsgebiet eine relativ starke Nachfrage nach Lohnarbeitskräften bestehen muß und daß diese, was die Stellung der Arbeitnehmer im Betriebe betrifft, im Nordwestteil des Reg.Bez.Kassel eine andere sein muß als im übrigen Gebiet.

2. Im Hinblick auf den Besatz mit Arbeitskräften je 100 ha LNF waren in den einzelnen Kreisen starke Abweichungen festzustellen. Es muß hier noch einmal betont werden, daß es bei dieser Untersuchung nicht in erster Linie auf die absolute Höhe der Zahlen ankommt, sondern daß es vielmehr darum geht, die unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Kreisen aufzuzeigen.

Dabei bleibt bei den familieneigenen Arbeitskräften festzustellen, daß durch alle Betriebsgrößen hindurch die drei Kreise Hofgeismar, Wolfhagen und Kassel-Land - neben den drei Stadtkreisen Kassel, Marburg und Fulda und hier nur bei den Betrieben unter 20 ha LNF - den weitaus niedrigsten Besatz aufzuweisen hatten.

Im Gegensatz dazu hatten die zwei Gebiete Marburg-Land/Frankenberg und Fulda-Land/Hünfeld stets die höchsten Besatzzahlen mit betriebs eigenen Kräften.

Die männlichen und weiblichen Lohnarbeitskräfte waren regelmäßig am geringsten vertreten

1) Der nordhessische Raum ist mit Ausnahme der Gebiete Wolfhagen, Hofgeismar, Kassel, Eschwege und der Gegend um Kirchhain und Frankenberg reines Anerbengebiet. Vgl.: Mayer-Edenhausen (33).

- a) im Gebiet Fulda-Land/Hünfeld/Rotenburg
- b) im Raum Waldeck/Wolfhagen/ Hofgeismar (in den letzten beiden Kreisen nur in Betrieben bis zu 20 ha LNF);
dagegen war ihr Bestand recht hoch
- a) im Bezirk Frankenberg, Marburg-Land/Fritzlar-Homberg
- b) in den großbäuerlichen und Großbetrieben auch im Gebiet Wolfhagen/Hofgeismar/Kassel-Land/Witzenhausen.

Untersucht man diese in Bezug auf den Produktionsfaktor Arbeit so unterschiedlichen Gebiete an Hand der oben angeführten fünf Bestimmungsgründe für den Arbeitskräftebesatz, so stellt sich heraus, daß bei aller Unterschiedlichkeit des Klimas, des Bodens, des Bodenreliefs, der Nutzungsrichtung ¹⁾ - wobei allerdings die arbeitswirtschaftliche Stufe und die arbeitstechnischen Voraussetzungen innerhalb der einzelnen Größenklassen als einigermaßen ähnlich angenommen wurden - diese Faktoren allein nicht für die erheblichen Abweichungen verantwortlich sein können. Die von PRIEBE angeführten Gründe sind vom einzelnen Betrieb her gesehen; dessen Arbeits a n s p r ü c h e sind bei Vorliegen unterschiedlicher Betriebsverhältnisse verschieden groß.

In den hier behandelten Fällen sind es jedoch weitgehend außerhalb des Bereichs der Landwirtschaft liegende Gründe, die zu den festgestellten Abweichungen im AK-Besatz geführt haben. Besonders deutlich wird dies im nordwestlichen Teil des Untersuchungsgebietes. Hier ist es die Anziehungskraft des Industriestandortes Kassel, die so groß ist, daß nicht nur die familienfremden Kräfte ihren Arbeitsplatz in der Stadt suchen (bezeichnenderweise gilt dies nicht für die in größeren Betrieben Beschäftigten), sondern auch die zur Familie gehörenden Personen der Arbeit in der Landwirtschaft ausweichen. Wie die Statistik der Pendelwanderer zeigt, rekrutieren sich die nach Kassel einströmenden Arbeitnehmer, abgesehen vom Landkreis Kassel, in der Hauptsache aus dem nördlichen Gebiet Hofgeismar/Wolfhagen.

Ähnliche Verhältnisse liegen im Raum Fulda/Hünfeld vor. Zwar erlangt die in Fulda ansässige Industrie bei weitem nicht die Bedeutung derjenigen Kassels, doch zog sie 1950 mit ca. 11.000 Einpendlern mehr als ein Drittel der nach Kassel Einpendelnden an. Gerade auch für den Kreis Hün-

1) Vgl.: P. MEIMBERG (34)

feld stellen die Textilindustrie und der Kalibergbau im benachbarten Hersfeld weitere Arbeitsmöglichkeiten dar. Die bescheidene Industrie in Hünfeld bezog 50 v.H. ihrer Arbeitskräfte aus den umliegenden Landgemeinden.

Wenn im Fuldaer Becken die familieneigenen Kräfte nicht in dem Maße von diesem Sog erfaßt werden, so ist der Grund hierfür in der Tatsache zu suchen, daß die vorherrschenden bäuerlichen Familienwirtschaften gerade wegen der starken Abwanderung der übrigen Arbeitskräfte in die Industrie auf dem fruchtbaren, aber schweren, d.h. hohen Arbeitsaufwand erfordernden Boden selbst alle verfügbaren Arbeitskräfte einsetzen müssen.

Ganz anders sind die Verhältnisse dagegen im Gebiet Marburg/Frankenberg. Das bis vor kurzem gänzliche Fehlen jeglicher nennenswerten Industrie in diesem Raum erschwerte der betont landwirtschaftlichen Bevölkerung die Abwanderung in andere Berufe erheblich, so daß im Lichte dieser Tatsache der überdurchschnittliche AK-Besatz je Flächeneinheit verständlich wird. Für diese Gegend gilt in verstärktem Maße die Feststellung, die v. TSCHIRSCHKY für den ganzen Reg.Bez. Kassel getroffen hat, wenn er diesen zu den arbeitsextensiven Gebieten Westdeutschlands zählt.¹⁾ Um eine Vergleichsmöglichkeit zu bieten, sei die von v.TSCHIRSCHKY aufgestellte Tabelle hier wiedergegeben.¹⁾

Besatz an familieneigenen, ständig beschäftigten Personen in je 100 Betrieben

	Betriebsgrößenklassen (ha)		
	5 - 10	10 - 20	20 - 30
<u>Arbeitsintensive Gebiete</u>			
Hamburg-Bremen	256	303	296
Braunschweig	284	315	305
Rheinhessen	305	327	315
<u>Arbeitsextensive Gebiete</u>			
Reg.Bez. Kassel	334	367	372
Reg.Bez. Trier	365	398	444
Reg.Bez. Oberpfalz	308	357	391
Kreis Frankenberg ²⁾	377	389	.
Kreis Wolfhagen ²⁾	311	339	.

Berücksichtigt man die Tatsache, daß die nordhessische Landwirtschaft im überwiegenden Maße den arbeitsanspruchslosen Getreidebau betreibt, die intensivere Bebauung mit Hackfrüchten oder gar Spezialkulturen dagegen zurücktritt, so spiegelt sich in den angeführten Zahlen die fehlende industrielle Basis in diesem Raum bzw. eine relative Übervölkerung wider.

1) v. TSCHIRSCHKY (50), S. 34

2) Nach Berechnungen des Verf.

Diese Verhältnisse führten in den Nachkriegsjahren zu einer starken Wanderungsbewegung in den wirtschaftlich hochentwickelten und sozial gesünderen Süden des Landes Hessen.

Um diese Entwicklung nicht in volkswirtschaftlich unerwünschte Bahnen gleiten zu lassen und um gleichzeitig eine möglichst rasche wirtschaftliche Wiedereingliederung der Heimatvertriebenen zu gewährleisten, übernahm die hessische Landesregierung im Jahre 1950 im Rahmen des Hessenplanes die Steuerung und finanzielle Unterstützung dieses Bevölkerungsausgleiches, in dem bis zum Ende des Jahres 1954 ca. 40.000 Personen umgesiedelt, d.h. an dauerhafte Arbeitsplätze herangeführt wurden. Wie die Kreisstatistik der hessischen Binnenwanderung zeigt, haben - abgesehen von den Stadtkreisen Kassel, Marburg und Fulda - allein die beiden Landkreise Kassel und Hersfeld einen Wanderungsgewinn aufzuweisen, während alle übrigen Kreise Arbeitskräfte an die industriellen Schwerpunkte im Rhein-Main-Gebiet abgeben.

Es wurde erkannt, daß mit diesen Umsiedlungsmaßnahmen die besonderen Probleme Nordhessens nicht zu lösen sind. "Es wäre unververtretbar, Menschen dort festzuhalten, die volkswirtschaftlich nicht hingehören. Ebenso verfehlt würde es sein, Arbeitskräfte von dort abzuziehen, welche für eine gesunde Entwicklung sowohl der Landwirtschaft als auch der gewerblichen Wirtschaft benötigt werden. Hier ist die Nahtstelle zwischen der inneren Umsiedlung und der sozialen Aufrüstung des Dorfes."¹⁾

Der heutige Bestand an landwirtschaftlichen Arbeitskräften in Nordhessen.

Die im vorigen dargestellte Entwicklung mußte von Jahr zu Jahr in zunehmendem Maße auch einen Einfluß auf die Zahl und die Zusammensetzung der in der Landwirtschaft tätigen Personen ausüben. Da aus den oben angeführten Gründen die Zunahme der Beschäftigtenzahl nach dem Kriege nicht als ein echtes Hinwenden zur Landwirtschaft gewertet werden konnte, mußte in den Folgejahren mit ihrem Rückgang gerechnet werden. Die wesentliche Frage in diesem Zusammenhang ist nun: bis zu welchem Grade kennzeichnet diese Abwanderung aus der Landwirtschaft lediglich einen Normalisierungsprozeß, der aus der verworrenen wirtschaftlichen Lage der damaligen Zeit herausführt?

1) Der Hessenplan (71), S. 43

Die familienangehörigen Arbeitskräfte.

Da seit 1949 keine Betriebszählungen mehr durchgeführt wurden, fehlen genaue Unterlagen, die Aufschluß über die heutigen Personalverhältnisse geben könnten. Als Anhaltspunkt für die ungefähre Größenordnung des Rückgangs der Beschäftigtenzahl seit 1949 kann jedoch die vom Statistischen Landesamt Hessen auf repräsentativer Grundlage durchgeführte Erhebung gelten, die allerdings nur die familieneigenen Kräfte erfaßt hat. Da diese Erhebung auf das Gebiet des ganzen Landes Hessen abgestellt war, mußte erst eine Umrechnung auf den Raum des Reg.Bez.Kassel erfolgen, um die durch den überwiegend landwirtschaftlichen Charakter Nordhessens bedingten Abweichungen vom Landesdurchschnitt festzustellen.

Eine Gegenüberstellung mit den Zahlen von 1949 und 1954 ergibt folgendes Bild:

Die familienangehörigen Arbeitskräfte (ausschließlich der Betriebsinhaber) in den Jahren 1949 und 1954.

Größenklassen	1949			1954		
	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.
0,1a-unt.1 ha	2.232	18.413	20.645	608	10.403	11.011
1 ha- " 2 "	2.703	17.738	20.441	946	12.012	12.958
2 ha- " 5 "	10.580	41.215	51.795	5.445	32.653	38.098
5 ha- " 10 "	9.124	22.910	32.034	6.449	17.913	24.362
10 ha- " 20 "	7.451	16.770	24.221	6.555	14.801	21.356
20 ha- " 50 "	2.463	5.426	7.889	1.815	4.349	6.164
50 ha- u.darüb.	297	486	683	137	397	534
zusammen	34.825	122.958	157.783	21.955	92.528	114.483
dagegen 1939				26.990	105.767	132.757

Selbst wenn man die durch die Teilerhebung und die Umrechnung bedingten Fehlermöglichkeiten berücksichtigt, ergibt sich für die fünf Jahre nach 1949 eine Abwanderung beachtlichen Ausmaßes. Setzt man sie mit ca. 40.000 Personen an, so bedeutet dies gegenüber 1949 eine Abnahme um mehr als 25 v.H.; ungefähr drei Viertel des Gesamtrückgangs entfallen dabei allein auf die Betriebe unter 5 ha LNF. Bemerkenswert ist, daß die Frauen die Landwirtschaft in einem relativ stärkeren Maße verlassen haben als die Männer.

Der Vergleich mit den Zahlen von 1939 zeigt, daß diese Bewegung bei den familienangehörigen Arbeitskräften sich nicht nur auf den Abbau der nach 1945 zusätzlich Beschäftigten beschränkt, sondern darüber hinaus auch diejenigen Gruppen ergriffen hat, die bis zum Kriege dem Zuge zur Arbeit in der gewerblichen Wirtschaft nicht gefolgt waren: gegenüber der Vorkriegszeit hat sich bei Zugrundelegung der oben aufgeführten Zahlen der Bestand an familienangehörigen Arbeitskräften um 12 bis 15 v.H. vermindert.

Die Betriebsleiter.

Gegenüber diesem Rückgang der Zahl der ständig beschäftigten Familienangehörigen und Verwandten der Betriebsinhaber ist die Zahl der ständig beschäftigten Betriebsleiter selbst nach der Zählung von 1949 zunächst stark angestiegen. In den letzten Jahren jedoch ist ihre Zahl wieder im Rückgang begriffen, und zwar um so stärker, je kleiner die von ihnen bewirtschaftete Fläche ist. Das vorhandene Zahlen-Material erlaubt für Nordhessen keine ins einzelne gehende Darstellung, doch geben die für Gesamthessen vorliegenden Zahlen einen ungefähren Maßstab. Danach verzeichnet die Gruppe der ständig beschäftigten Betriebsinhaber der Größenklasse von 0,1 ha bis unter 2 ha zwischen 1953 und 1954 einen Rückgang um 13,5 v.H., die der Größenklasse von 2 ha bis unter 5 ha einen Verlust von 3,5 v.H. Demgegenüber hat sich die Zahl der nur vorübergehend beschäftigten Betriebsinhaber im gleichen Zeitraum in der ersten Klasse um 9,7 v.H., in der zweiten um 10 v.H. erhöht.¹⁾

Unter Berücksichtigung dieser Bewegungen und der besonderen Verhältnisse Nordhessens kann man für diesen Raum mit der Zahl von insgesamt etwa 45.000 ständig beschäftigten Betriebsinhabern rechnen, gegenüber 38.631 im Jahre 1939 und 37.021 im Jahre 1949. Dabei hat sich der Anteil der Frauen gegenüber 4.061 bzw. 4.600 auf etwa 8.000 erhöht.

Insgesamt ergibt sich damit für die familieneigenen Arbeitskräfte (Betriebsinhaber und Familienangehörige) ein Rückgang von etwa 12.000 bis 14.000 Personen (ca. 7 - 9 v.H.) in den letzten 15 Jahren.

1) Vgl.: Mitteilungen des Hess. Stat.Landesamtes (81).

Diese Feststellung allein rechtfertigt jedoch noch keine Beurteilung der Situation - jedenfalls nicht, soweit rein arbeitswirtschaftliche Probleme in Frage stehen -, bevor nicht eine Reihe anderer Fragen, besonders der Einfluß der Technisierung (zeit- und arbeitsparende Maschinen), die Entwicklung bei den nichtständig Beschäftigten und vor allem bei den Lohnarbeitskräften der Landwirtschaft, die in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung gewinnen, berücksichtigt worden sind.

Die Lohnarbeitskräfte.

Da die Primärstatistik nichts über den heutigen Bestand an familienfremden Arbeitskräften aussagt, kann nur die Statistik der fünf nordhessischen Arbeitsämter Aufschluß geben. Hier ist insofern ein Vergleich mit den früheren Betriebszählungen möglich, als die nur kurzfristig Beschäftigten in der Regel nicht gemeldet werden, so daß die von den Arbeitsämtern erfaßten Beschäftigten etwa die gleiche Gruppe umschließt, die bei den Betriebszählungen als ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte geführt werden. Eine Gliederung nach Betriebsgrößenklassen ist hier nicht möglich, wohl aber eine - wenn auch grobe - Aufgliederung des Untersuchungsgebietes.

Die Entwicklung der letzten 20 Jahre wird für den Reg.Bez.Kassel durch folgende Zahlen charakterisiert:

Die ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte.

	männl.	Differenz ¹⁾	weibl.	Differenz ¹⁾	insges.	Differenz ¹⁾
LBZ 1933	16.452		11.279		27.731	
LBZ 1939	14.529		10.673		25.202	
LBZ 1949	24.726		12.912		37.638	
Arb.Amt-Stat.März 52	23.675		8.375		32.050	
" " " Sept.52	22.415		10.104		32.519	
" " " März 53	22.435	-2.306	8.105	-810	30.540	-3.116
" " " Sept.53	20.109		9.294		29.403	
" " " März 54	20.427	- 300	7.064	-529	27.491	- 829
" " " Sept.54	19.809		8.765		28.574	
" " " März 55	18.611	+ 48	6.800	- 26	25.411	+ 22
" " " Sept.55	19.857		8.739		28.596	
Durchschn.Bestand 55	19.264		7.769		26.933	

1) = Differenz zwischen den Septembermonaten ab 1952.

In diesen Zahlen kommt die schon vor dem Kriege bestehende recht starke Abwanderungstendenz zum Ausdruck, die sich nach 1948/49 - von dem inzwischen erheblich angestiegenen Niveau - fortsetzte. Sieht man von den jahreszeitlich bedingten Schwankungen ab, so zeigen die Angaben der Arbeitsämter indes eine in den letzten Jahren immer kleiner werdende Abwanderungsrate. Bei aller Vorsicht, die gegenüber Prognosen über zukünftige Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich angebracht ist, wird man sagen können, daß bei den bestehenden Verhältnissen die starke Abwanderungswelle nach dem Kriege im Ausklingen begriffen ist bzw. daß ein großer Teil der Abwanderungswilligen oder -fähigen die Gelegenheit, die im wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre lag, genutzt hat. Damit ist freilich nicht gesagt, daß das Abströmen der Arbeitskräfte nun endgültig gebannt ist; vielmehr ist zu erwarten, daß die gegenwärtigen Bemühungen um die Schaffung industrieller Arbeitsplätze in den in dieser Hinsicht benachteiligten Gebieten Nordhessens noch erhebliche Veränderungen mit sich bringen werden.

Was die bisherige Abwanderung betrifft, so gelten die für den ganzen nordhessischen Raum getroffenen Feststellungen auch in den Bereichen der einzelnen Arbeitsämter. Nur der Arbeitsamtsbezirk Hersfeld fällt aus diesem Rahmen heraus, da hier im letzten Jahre keine Abnahme, sondern eine relativ starke Zunahme der männlichen wie auch der weiblichen Arbeitskräfte festzustellen war, eine Entwicklung, die sich in einem schwächeren Ausmaße zum Teil auch im Arbeitsamtsbezirk Kassel bemerkbar macht.

So liegt heute der statistische Bestand an Lohnarbeitskräften noch über den Werten von 1939 und reicht sogar an die von 1933 heran. Hinsichtlich ihrer Zusammensetzung zeichnen sich jedoch wesentliche Veränderungen ab: während der Anteil der Männer gegenüber 1939 um 33 v.H. zugenommen hat, ist der der Frauen um fast 25 v.H. gesunken. Hierin wird die zunehmende Verweigerung der Landarbeit durch die Frau, die schon bei den familieneigenen Arbeitskräften festzustellen war, besonders deutlich.

Es ist allerdings auffallend, daß gerade die Bezirke, in denen man zunächst eine starke Abwanderung aus der Landwirtschaft vermutet, gegenüber 1939 eine vergleichsweise große Zahl an Arbeitskräften aufweisen, während umgekehrt deren Zahl besonders in den Kreisen stark abgenommen hat, in denen man auf einen hohen Besatz geschlossen hätte. So ist in dem einzigen industriell bedeutsamen Raum Nordhessens, im Bezirk Kassel, die Zahl der männlichen Lohnarbeitskräfte gegenüber 1939 um 46 v.H. gestiegen, und sogar

die der weiblichen hat sich um 7 v.H. erhöht. Demgegenüber beträgt in der landwirtschaftlich ausgerichteten Bezirk Korbach die Zunahme der Männer nur 25 v.H., während bei den Frauen ein Verlust von 56 v.H. festzustellen ist. Ebenso liegen die Verhältnisse im Arbeitsamtbezirk Fulda: hier liegt bei den Männern ein Gewinn von nur 6 v.H. vor, die Zahl der weiblichen Lohnarbeitskräfte hat um 51 v.H. abgenommen.

In diesem Zusammenhang ist es aufschlußreich, kurz einen Blick auf die industrielle Entwicklung im Untersuchungsgebiet zu werfen, da diese ja die Situation am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt entscheidend beeinflusst hat. Dabei wird deutlich, daß die Zahl der in der Industrie Beschäftigten in den vergangenen fünf Jahren im Reg.Bez.Kassel um ein Drittel gewachsen ist, wobei die Veränderungen in den einzelnen Kreisen allerdings recht unterschiedlich verlaufen sind.

Zu- bzw. Abnahme der in der Industrie Beschäftigten im Reg.Bez.Kassel 1955 gegenüber 1950 ¹⁾ in v.H.

Fulda-Stadt	32,9	Kassel-Land	60,3
Kassel-Stadt	35,9	Marburg-Land	129,1
Marburg-Stadt	66,5	Melsungen	9,8
Eschwege	43,0	Rotenburg	18,7
Frankenberg	57,7	Waldeck	32,0
Fritzlar-Homberg	22,9	Witzenhausen	8,1
Fulda-Land	124,0	Wolfhagen	- 13,1
Hersfeld	12,6	Ziegenhain	16,9
Hofgeismar	42,7	Reg.Bez. Kassel	33,8
Hünfeld	52,3	Land Hessen	37,9

Die Bedeutung der Industrie als Arbeitgeber hat also gebietsweise, insbesondere in den Räumen Marburg/Frankenberg und Fulda/Hünfeld, erheblich zugenommen, wodurch die oben erwähnte vergleichsweise geringfügige Zunahme der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte im Arbeitsamtbezirk Fulda und z.T. auch Korbach eine Erklärung findet. Bei diesen "extremen Beschäftigungsveränderungen handelt es sich um Kreise mit schwach bis mittlerer Industriedichte ... Andererseits aber zeigen sich gerade in diesen Kreisen die Linien der Gesamtentwicklung am deutlichsten". ²⁾ Da-

1) Aus: Staat und Wirtschaft in Hessen (84), 11. Jg. 4.Heft, April 56, S.87 f.

2) Aus: Staat und Wirtschaft in Hessen (84), 11. Jg. 4.Heft, April 56, S.87 f.

nach ist also zu erwarten, daß auch in nächster Zukunft im nordhessischen Raum der Wettbewerb zwischen Landwirtschaft und Industrie um die menschliche Arbeitskraft anhalten wird.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich der Anteil der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte an den gesamten ständigen Arbeitskräften von 1949 bis 1954/55 nur um ca. 2 v.H. auf 17 v.H. vermindert hat (1939: 19 v.H.). Dieser geringe relative Rückgang gewinnt aber um so mehr an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß er sich nur aus der absolut sehr starken Abwanderung der familienangehörigen Kräfte erklärt; denn gemessen am Bestand von 1949 hat die Zahl der Lohnarbeitskräfte um 18.v.H. abgenommen.

Demnach ist die Flucht aus der Landarbeit auch nicht eine Erscheinung, von der etwa nur die in abhängiger Stellung arbeitenden Personen ergriffen sind. Die hier gemachten Angaben mögen dadurch beeinträchtigt sein, daß sie auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum abstellen, in dem, durch die Zeitumstände bedingt, besonders unklare Verhältnisse herrschten. Sicher ist aber, daß in Nordhessen die Zahl der Familienarbeitskräfte gegenüber 1939 bedeutend abgenommen hat und daß damit auch Menschen der Landarbeit den Rücken kehren, die ein persönliches Verhältnis mit ihrer Arbeit verbindet.

Die nichtständig beschäftigten Arbeitskräfte in Nordhessen.

Neben den ständigen Kräften sollen auch die nichtständig beschäftigten Arbeitskräfte, d.h. diejenigen, die weniger als sechs Monate pro Jahr im Betrieb oder Betriebshaushalt beschäftigt sind, einer kurzen Betrachtung unterzogen werden, da sie für die Landwirtschaft eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben: einmal, weil sie in den größeren, aber auch in den kleineren Betrieben insgesamt eine beachtliche Arbeit leisten; zum anderen, weil die Verfügung über diese gelegentlichen Helfer den einzelnen Betrieb den Stand setzt, einen über die eigene Arbeitskapazität hinausgehenden Bauplan zu wählen, wodurch ihm oft wesentliche Mehrerträge zufließen. Wenn diese Arbeitskräfte auch nur verhältnismäßig wenige Arbeitsstunden pro Jahr eingesetzt werden und entsprechend geringe Lohnkosten verursachen, müßte doch bei ihrem Fehlen entweder der Anbau der Nutzungsarten eingeschränkt werden, die in der Pflege- und Erntezeit dieser zusätzlichen Arbeitsaufwendungen bedürfen, oder der Maschineneinsatz müßte erheblich gesteigert werden.

So finden diese Hilfskräfte, abgesehen von ihrem üblichen Einsatz in der Neu-, Getreide- und Kartoffelernte, am häufigsten in den Betrieben Verwendung, die durch den Anbau von Hackfrüchten und Spezialkulturen besonders hohe Arbeitsspitzen zu überwinden haben. Um so auffallender ist die Tatsache, daß in Nordhessen, wo diese letztgenannten Nutzungsarten nur sehr vereinzelt zu finden sind, der Besatz an nichtständigen Arbeitskräften je Flächeneinheit weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, wie aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht:

Der Besatz an nichtständigen Arbeitskräften je 100 ha LFN (1949)

Größenklasse	Bundesdurchschnitt ¹⁾				
	2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 50	üb. 50 ha
Personen	11,0	5,5	4,5	4,0	4,0
<u>geg. Bez. Kassel</u>					
Größenklasse	2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 100	üb. 100 ha
Personen	16,2	7,9	7,2	7,0	17,8

Im Gegensatz zu den Beobachtungen v. TSCHIRSCHKYs, der nur das Gebiet der Bundesrepublik festgestellt hat, "daß im allgemeinen der Besatz nichtständig tätiger Arbeitskräfte in denjenigen Ländern am höchsten ist, in denen bereits ein relativ hoher Bestand ständiger Arbeitskräfte vorhanden ist," findet sich innerhalb Nordhessens die größte Anzahl nichtständiger Kräfte in den Kreisen, die einen unterdurchschnittlichen Besatz mit ständig beschäftigten Personen aufzuweisen haben (Kassel-Land, Hofgeismar, Witzenhausen). Demgegenüber hatten den niedrigsten Besatz die zwei Gebiete Fulda-Land/Hünfeld und Marburg-Land/Frankenberg/Waldeck.

Diese in gleicher Weise für die nichtständigen familieneigenen, wie für die familienfremden Arbeitskräfte geltende Erscheinung findet ihre Erklärung darin, daß der Industriestandort Kassel eine große Anzahl Personen aus der Landwirtschaft als Hauptberuf abgezogen hat, diese aber - soweit sie ihren Wohnsitz auf dem Lande behalten haben - ihre Verbindung zur Landwirtschaft nicht so vollständig gelöst haben, daß sie sich nicht vorläufig noch zu einer vorübergehenden Mitarbeit auf dem elterlichen oder Nachbarhofe bereithalten könnten.

Der Anteil der familienfremden Arbeitskräfte am Gesamtbestand der nichtständigen Kräfte liegt in Nordhessen mit 44 v.H. nur wenig unter dem Bundes-

1) v. TSCHIRSCHKY (50), S.34 f.

Durchschnitt (47 v.H.). (Wesentlich niedriger ist er im benachbarten Reg. Bez. Wiesbaden, wo er nur 33 v.H. beträgt).

Während der Anteil der Frauen bei den familieneigenen Arbeitskräften nur gering unter dem der Männer liegt, steigt er bei den vorübergehend beschäftigten Lohnarbeitskräften auf fast das Dreifache an.

Da das Hauptgewicht dieser Arbeit bei der Betrachtung der Verhältnisse bei den ständig beschäftigten Arbeitskräften liegt, soll hier nicht näher erörtert werden, inwieweit dieser sehr hohe Besatz mit unständigen Hilfskräften betriebswirtschaftlich notwendig ist, oder nur die gesamtwirtschaftliche Lage Nordhessens in der Vergangenheit, oder gar nur das Haften an alten Gewohnheiten dazu geführt haben. Jedenfalls bewegt sich die Gesamtzahl dieser vorübergehend beschäftigten Kräfte 1949 (57.591 Pers.) durchaus noch im Rahmen der 1939 vorliegenden Verhältnisse (53.443 Pers.)

II. Der tatsächliche Bestand an landwirtschaftlichen Kräften.

Wie bereits erwähnt, leidet der Wert der bisher gemachten Zahlenangaben unter der Tatsache, daß sie nur sehr bedingt den wirklich vorliegenden Verhältnissen gerecht werden. Wenn in dieser Arbeit soweit mit ihnen gerechnet werden mußte, so geschah dies erstens, um einen allgemeinen Überblick zu verschaffen und eine Grundlage zu finden, von der aus ein Berichtigungsversuch möglich ist, und zweitens, weil sonst jeder zeitliche und örtliche Vergleich sinnlos geworden wäre, da allgemein dieses Zahlenmaterial als Basis derartiger Untersuchungen verwendet wird.

Ein Grund dafür, daß der statistische Arbeitskräftebesatz als überhöht anzusehen ist, lag in der Tatsache, daß die Betriebszählung außer den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen auch Gärtner, Fischer und Waldarbeiter mitzählt. Mag auch die Zahl der Gärtner relativ klein sein und die der Fischer in Nordhessen so gut wie gar kein Gewicht haben, so ist die Zahl der Forstarbeiter in einem so walddreichen Gebiet wie Hessen um so bedeutungsvoller. Da gerade die letzteren fast ausschließlich als abhängige Lohnarbeitskräfte auftreten, werden sie im Rahmen der vorliegenden Arbeit besonders interessant, denn bei ihrer Mitberücksichtigung müssen die Verhältnisse bei den landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräften in einem ganz verzerrten Bild erscheinen. So ist es z.B. unsinnig, bei der Untersuchung des Arbeitskräftebesatzes je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche die in der Forst- und Jagdwirtschaft beschäftigten Personen mitzuzählen.

Da nach der Berufszählung 1950 und den Statistiken der Arbeitsämter die Zahl der von der Betriebszählung erfaßten nicht rein landwirtschaftlich beschäftigten Arbeitskräfte in Nordhessen rund 10.000 Personen ausmacht, vermindert sich die Zahl der der Landwirtschaft effektiv zur Verfügung stehenden Lohnarbeitskräfte auf ca. 28.000, die sich nach Arbeitsamtbezirken wie folgt aufteilt:

Arbeitsamtbezirke ¹⁾	Rein landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1949		Von der LBZ 1949 miterfaßte nichtlandwirtschaftliche Arbeitskräfte	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Fulda	2.009	1.479	909	214
Kassel	6.072	3.496	3.260	785
Korbach	2.719	2.229	1.574	146
Hersfeld	2.539	1.585	1.405	162
Marburg	3.172	2.754	1.122	167
Insges.	16.511	11.543	8.270	1.474

1) S.unten.S.174

Demgegenüber ergeben sich für das Jahr 1955 im Durchschnitt folgende Zahlen (Mittelwerte der März- und Septembermeldungen der einzelnen Arbeitsämter).

Arbeitsamt- bezirke	Rein landwirtschaft- liche Arbeitskräfte 1955		abgewanderte landwirtschaft- liche Arbeitskräfte seit 1949	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Fulda	1.179	511	830	969
Kassel	5.523	3.169	554	327
Korbach	1.793	715	926	1.514
Hersfeld	1.480	637	1.059	948
Marburg	2.063	1.238	1.109	1.516
Insges.	12.038	6.270	4.418	5.273

Da sich in den letzten Jahren der Bestand der in Forst- und Jagdwirtschaft usw. Beschäftigten im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Arbeitskräften nur unwesentlich verringert hat, ergibt die Zurechnung der für sie ermittelten Zahlen aus dem Jahre 1949 zu dem Durchschnittsbestand der rein landwirtschaftlichen Arbeitskräfte 1955 die auf S. 30 dargestellten Werte für den heutigen Gesamtbestand an land- und fortwirtschaftlichen Lohnarbeitskräften.

Zusammenfassend ist festzustellen:

1. Wenn man auf die rein landwirtschaftlichen Kräfte abhebt, kommt es bei Zugrundelegung der Ergebnisse der Betriebszählung, insbesondere bei den männlichen Lohnarbeitskräften, zu einem völlig falschen Bild.
2. Die Zahl der seit 1949 der Landwirtschaft Nordhessens verlorengegangenen Lohnarbeitskräfte beträgt rd. 10.000 Personen, wobei der Anteil der Frauen leicht überwiegt. Besonders auffallend ist die hohe Zahl der Frauen, die die Landwirtschaft verlassen haben, in den Bezirken Marburg und Korbach, Bemerkenswert gering ist bei beiden Geschlechtern der Ausfall im Arbeitsamtbezirk Kassel, obwohl dieser der räumlich ausgedehnteste und am meisten industrialisierte ist.
3. Die Zahl der in den landwirtschaftsverwandten Berufen Beschäftigten hat in einem weit geringeren Maße abgenommen.

Gegenüber den familienfremden Arbeitskräften, die meist in größeren Betrieben Beschäftigung finden, gelten die von der Statistik vor allem für die kleineren Betriebsgrößenklassen ausgewiesenen Zahlen für die familieneigenen Arbeitskräfte als überhöht, da hier ein großer Teil solcher Personen miterfaßt wird, die für den Betrieb keine vollwertige Arbeitskraft darstellen.¹⁾

PRIEBE sieht, neben den eigentlich arbeitslosen Familienangehörigen, die, ohne selbst viel im Betriebe mitzuarbeiten, doch von der Statistik als Vollarbeitskraft ausgewiesen werden, ebenso wie denjenigen, die teilweise einem Nebenerwerb nachgehen, die größte Fehlerquelle darin, "daß die im Haushalt Beschäftigten voll einbezogen werden", obgleich "im ganzen doch wenigstens die Jahresleistung einer vollen Kraft auf Hausarbeiten entfällt".²⁾ Da auch Arbeitsbuchführungen zeigen, daß 31 bis 43 v.H. aller Arbeiten im Haushalt, Hausgarten und beim Geflügel geleistet werden, zieht er bei seinem Berichtigungsversuch je Betrieb eine volle Kraft für den Haushalt ab.

Um eine Vorstellung zu gewinnen, welche Rolle die Lohnarbeitskräfte im Rahmen des gesamten Kräftebesatzes in Nordhessen tatsächlich spielen, soll hier diesem Beispiel gefolgt werden. Ausgehend von dem auf S. 28 für 1954 festgestellten Bestand an familieneigenen Arbeitskräften erscheint jedoch der Abzug von einer Arbeitskraft je Haushalt im Gegensatz zum Vorgehen PRIEBEs, dem die Zahlen von 1949 zugrunde liegen, zu hoch. Dabei bliebe einmal unberücksichtigt, daß seit 1949 über 35.000 familieneigene Kräfte die nordhessische Landwirtschaft verlassen haben, zum anderen ginge man an der Tatsache vorbei, daß die Arbeitszeit der betriebseigenen Mitarbeiter und insbesondere die der Bäuerin die normalen Arbeitszeiten weit übersteigt. Wenn bei Betriebsuntersuchungen im nordhessischen Raum festgestellt wurde, daß sich die durchschnittliche Arbeitszeit der Bäuerin während eines Jahres auf 12,8 Stunden belief,³⁾ so weist das darauf hin, daß ein großer Teil der gewiß umfangreichen Hausarbeiten gewissermaßen neben der Arbeit im landwirtschaftlichen Betrieb geleistet wird.

Um überhaupt zu einem Anhaltswert zu kommen, wird aus diesen Gründen nur eine halbe Arbeitskraft je Betrieb für Haushaltsarbeiten veranschlagt,

1) Vgl.: v. TSCHIRSCHKY (50) S. 32

2) PRIEBE (39), S. 65

3) Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Ber. Üb. Landw. (59) N.F. 158. Sonderheft, S. 130.

das sind bei etwa 80.000 Betrieben 40.000 Personen, die von den insgesamt ca. 160.000 familieneigenen Arbeitskräften abzusetzen sind.

Demzufolge ist damit zu rechnen, daß heute den 18.000 Lohnarbeitskräften 120.000 vollwertige betriebseigene Arbeitskräfte in Nordhessen gegenüberstehen oder, anders ausgedrückt, daß die Lohnarbeitskräfte etwa 13 v.H. vom Gesamtbestand an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ausmachen.

Auf die Flächeneinheit entfallen damit vier familienfremde und 27 familieneigene Arbeitskräfte; gegenüber dem durchschnittlichen Arbeitskräftebesatz in Westdeutschland, den PRIEBE mit etwa 20 bis 25 AK, das Ifo-Institut mit 21,7 AK je 100 ha LNF ansetzt, ist damit der Besatz in Nordhessen noch beträchtlich hoch.

Die Struktur der nordhessischen Landerbeiterschaft.

Zur Beurteilung der Situation am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt genügt nicht allein die Feststellung der quantitativen Veränderungen im Bestand der Landerbeiterschaft, vielmehr muß - besonders im Hinblick auf wirtschafts- und sozialpolitische Einriffe - versucht werden, eine detaillierte Analyse darüber zu geben, inwieweit diese Beobachtung für die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte zutrifft, oder ob nur einzelne Gruppen dieser vielgestaltigen Arbeiterschaft von dem Streben aus ihrem Beruf erfaßt sind.

Dieses Bemühen wird jedoch durch die Mangelhaftigkeit der vorhandenen statistischen Unterlagen sehr erschwert bzw. in der wünschenswerten Verfeinerung sogar unmöglich gemacht. Der schon erwähnte Umstand, daß die Betriebszählung auch Arbeitnehmer anderer Berufe erfaßt, macht die von der Statistik vorgenommene Aufgliederung der familienfremden Arbeitskräfte in die einzelnen Kategorien: Verwaltungs-, Rechnungs- und Aufsichtspersonal, Lehrlinge, Knecht Mägde und sonstige ständig beschäftigte Arbeitskräfte beinahe wertlos, wenn man nur die Arbeiter der landwirtschaftlichen Berufsgruppe ins Auge faßt. Könnten bei einem allgemeinen Überblick die Ergebnisse der Berufszählung und die Statistik der Arbeitsämter einen einigermaßen zutreffenden Hinweis über die zahlenmäßige Stärke der mitgezählten nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte geben, so verbietet sich dieses Vorgehen bei einer auf Einzelheiten abzielenden Untersuchung, da die Arbeitnehmer bei allen drei Erhebungen nach jeweils verschiedenen Kriterien erfaßt wurden und darüber hinaus eine zeitliche Verfolgung der Veränderungen im strukturellen Aufbau der Landerbeiterschaft bei der die berufliche Stellung nicht berücksichtigenden Arbeitsamt-Statistik im einzelnen nicht möglich ist. Weitere Schwierigkeiten ergeben

sich aus der beschränkten Vergleichbarkeit der einzelnen Erhebungen, die auch aus den verschiedenen Erhebungszeitpunkten resultiert, wodurch sich die durch die allgemeine Abwanderung der letzten Jahre hervorgerufenen Verschiebungen in der Zusammensetzung der Landarbeiterschaft mit saisonal bedingten Umgruppierungen unkontrollierbar vermischen müssen.

Wenn im folgenden trotz allem der Versuch unternommen wird, die heutige Struktur der Fremdarbeitskräfte darzustellen, so kann es sich nach allem verständlicherweise nur um Hinweise auf die Größenordnungen handeln, mit denen man bei den zwei wichtigsten Gruppen der nordhessischen Landarbeiterschaft, den Gesindekräften und den Stundenlöhnern, ¹⁾ zu rechnen hat, wobei eine räumliche Differenzierung unterbleiben muß.

Ausgangspunkt ist die LBZ 1949, die die landwirtschaftliche Arbeitnehmerschaft Nordhessens in die folgenden Gruppen aufteilt:

Verwaltungs-, Aufsichts- und Rechnungspersonal				Lehrlinge	
Selbst.Betr.leiter		Sonst.Verw.u.Aufsichts-Personal			
männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1.472	72	924	529	1.110	415
Knechte Mägde		Sonst. ständig beschäftigte Arbeitskräfte		insgesamt	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
11.375	9.917	9.840	2.184	24.721	12.917

Unter diesen Arbeitskräften befinden sich nach der Berufszählung 1950 ca. 8.300 männliche und 1.500 weibliche Personen, die nicht in der Landwirtschaft arbeiten. Einen Anhaltspunkt dafür, auf welche Arbeiterkategorien sich die Kräfte im einzelnen aufteilen, geben die Ergebnisse der Berufszählung 1950.

Danach sind unter Berücksichtigung der Zahl der forstwirtschaftlichen Beamten und Angestellten von den insgesamt etwa 2.400 Personen des männlichen Verwaltungs- und Aufsichtspersonals ca. 1.300 als nicht in der Landwirtschaft beschäftigt abzusetzen. Die weiblichen Kräfte dieser Gruppe sowie die Lehrlinge dürften zum größten Teil zur Landwirtschaft zählen, während die "Knechte" und "Mägde" die einzigen Gruppen sind, bei denen es sich fast ausschließlich um landwirtschaftliche Kräfte handelt. Die restlichen 7.000 männlichen und 1.500 weiblichen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte müssen dann in der Gruppe der "Sonstigen Arbeitskräfte" enthalten

1) Das Heuerlingwesen oder ähnliche Bindungsverhältnisse sind im nordhessischen Raum unbekannt.

sein, so daß etwa 2.800 männliche und etwa 700 weibliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte verbleiben, bei denen es sich nur noch um die Gutshandwerker und die Stundenlöhner handeln kann.

Will man die Arbeitsmarktsituation von 1949 im Sinne der landwirtschaftlichen Arbeitgeber als zufriedenstellend ansehen, so müßten also ca. 11.400 männlichen 9.900 weiblichen Gesindekräften 2.800 männliche und 700 weibliche Landarbeiter i.e.S. gegenüberstehen, d.h. ungefähr 80 v.H. der männlichen Arbeitnehmer müßten auf einen eigenen Lebensbereich und die Gründung einer Familie verzichten.

Seither hat sich jedoch der Bestand der Lohnarbeitskräfte schnell verringert: im Durchschnitt des Jahres 1955 waren nach der Statistik der Arbeitsämter nur noch etwa 12.000 männliche und 6.300 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Auf welche Gruppen verteilen sich die abgewanderten 4.400 bzw. 5.100 Personen?

Man darf unterstellen, daß bei dem Aufsichts- und Rechnungspersonal sowie bei den Lehrlingen die zahlenmäßig geringsten Veränderungen vorgekommen sind. Da nach den Berichten der Arbeitsämter noch verhältnismäßig zahlreiche verheiratete Landarbeiter arbeitslos sind, da für sie im hiesigen Gebiet nicht genügend Beschäftigungs- und Unterbringungsmöglichkeiten gegeben sind, ist anzunehmen, daß aus der Gruppe der Stundenlöhner nur die Kräfte abgewandert sind, die in den größeren Betrieben durch den Mechanisierungsprozeß freigesetzt worden sind, so daß sich - insgesamt gesehen - auch der Bestand dieser Kräfte nicht allzu einschneidend verringert haben dürfte. Damit entfällt der Hauptteil der Abwanderung auf die weiblichen Stundenlöhner und die Gesindekräfte, und man kann damit rechnen, daß heute etwa 7.500 bis 8.500 männliche und 4.000 bis 5.000 weibliche Monatslöhner in der nordhessischen Landwirtschaft arbeiten, die allerdings in ihrem Alter und ihrem Familienstand nicht mehr durchweg den herkömmlichen Vorstellungen von "Knecht" und "Magd" entsprechen.¹⁾

Die Härte, die in dieser Feststellung liegt, wird etwas gemildert, wenn man die heutige Anzahl der Gesindekräfte mit den entsprechenden Zahlen früherer Jahre vergleicht:

1) Vgl. unten S.47

	<u>Knechte</u>	<u>Mägde</u>
1933 ¹⁾	9.000	9.500
1939	5.190	7.741
1949	11.375	9.917
1955 Ø	7.500 - 8.500	4.000 - 5.000

Hieraus wird wiederum ersichtlich, daß vor allem die weiblichen Kräfte aus der Landwirtschaft fortstreben - der Bestand der "Mägde" hat sich in den letzten 20 Jahren um die Hälfte vermindert. Dagegen liegt die Zahl der männlichen Monatslöhner noch weit über dem Stand von 1939, was man angesichts der heftigen Klagen über den Kräfterangel einerseits und der zunehmenden Mechanisierung auch der kleineren Betriebe andererseits nicht erwartet hätte.

Betrachtet man die Größe der Betriebe, in denen 1949 die Gesindekräfte arbeiteten, so kann kein Zweifel darüber bestehen, aus welchen Höfen die Arbeitskräfte zuerst abwanderten.

Von 100 Knechten bzw. Mägden waren 1949 im Reg.Bez.Kassel beschäftigt in den Größenklassen:

	<u>Knechte</u>	<u>Mägde</u>
unter 2 ha	1,5 (1,9) ²⁾	6,2 (5,9)
2 ha - unter 5 ha	6,2 (5,3)	14,2 (10,6)
5 ha - unter 10 ha	16,9 (14,8)	18,9 (16,7)
10 ha - unter 20 ha	37,2 (30,5)	31,9 (28,1)
20 ha - unter 100 ha	35,1 (44,9)	25,6 (36,6)
100 ha und darüber	3,1 (2,6)	3,1 (2,1)

Die - absolut und gegenüber dem Bundesdurchschnitt - hohe Zahl der in den unteren Betriebsgrößen Beschäftigten dürfte demnach am stärksten abgenommen haben, da diese Größenklassen in der Regel nicht mehr fähig oder bereit sind, allein schon den heutigen Lohnforderungen Rechnung zu tragen.

Für die Stundenlöhner lassen sich ähnliche Vergleiche aus den bekannten Gründen nicht durchführen. Im Hinblick auf ihre Verteilung auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen kann aber als sicher gelten, daß sie im Unter-

1) Zahlen geschätzt, da nur Gesamtzahlen für den Reg.Bez. Kassel vorliegen, der seinerzeit ein weiteres Gebiet umfaßte.

2) Die Zahlen in Klammern geben die entsprechenden Werte für den Bundesdurchschnitt wieder.

suchungsgebiet im weitaus überwiegenden Maße nur in den Betrieben über 50 ha LNF beschäftigt sind.¹⁾

Altersgliederung und Familienstand der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte

Über die altersmäßige Gliederung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik liegen einander sehr widersprechende Angaben vor. So gliedern sich nach einer Sondererhebung²⁾ der Arbeitsämter 1950 die Arbeiter (Männer und Frauen) der Berufsgruppe Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer in folgende Altersklassen:

Von 100 männlichen und weiblichen Arbeitnehmern entfallen auf die einzelnen Gruppen:

Ges.Zahl	unter 18	18-20	21-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65 u. älter
100	9	14	16	20	17	16	6	2

Dagegen arbeitet BOESLER mit Zahlen, denen offenbar die Berufszählung 1950 zugrunde liegt und die umgerechnet folgendes Bild ergeben:³⁾

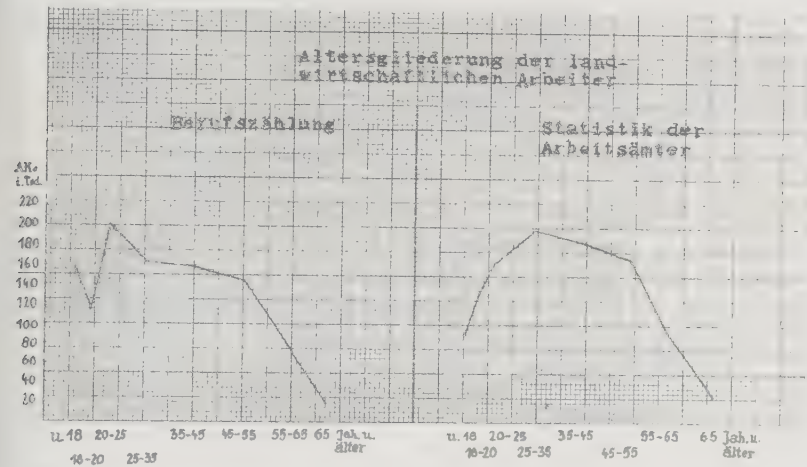
Ges.Zahl	unter 18	18-20	21-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65 u. älter
100	15	10	19	16	16	15	7	2

1) Bei der Repräsentativerhebung im Jahre 1955 wurden von 675 Stundenlöhnern nur 5 in Betrieben unter 50 ha LNF gezählt, von 756 Fach- und Spezialarbeitern, die jedoch nicht alle im Stundenlohn stehen, waren 72 in Betrieben unter 50 ha LNF beschäftigt. Vgl.: Arbeiterverdienste (83).

2) Vgl.: Arb.-u.Sozialstat.Mitt. (78), Jg. 2 Nr.1, S.22

3) DLP (60), Jg. 77, 1954, Nr.11

Der Unterschied zwischen den Ergebnissen beider Erhebungen verdeutlicht sich ein wenig an den beiden untenstehenden Skizzen, tritt aber auch hier noch nicht klar hervor.



Während nach der Berufszählung (abgesehen von dem Einschnitt bei den 16 bis 20-jährigen) ein starker Abfall nach Erreichung etwa des 25. Lebensjahres festzustellen ist - der bei der Wahl kleinerer Zeitintervalle noch sehr viel schroffer in Erscheinung tritt: Zahl der 30 bis 35-jährigen nur ca. 62.000 Personen in Westdeutschland! -, steigt nach der Statistik der Arbeitsämter die Zahl der Beschäftigten über dieses Alter hinaus weiter an und beginnt erst zwischen dem 35. und 40. Lebensjahr allmählich zu sinken. In beiden Fällen nimmt sie dann rasch bei den 45 bis 55-jährigen ab.

Dieser Unterschied mag auf den ersten Blick verhältnismäßig bedeutungslos erscheinen, doch ist die genaue Kenntnis des Altersgefüges der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte für die Beurteilung der Abwanderungssachen gerade in den hier unklar gebliebenen Lebensjahren außerordentlich wertvoll. Nur eindeutig feststehende Angaben können Grundlage für auf die Dauer wirkungsvolle Planungsarbeiten sein, so z.B. bei der umstrittenen Frage, ob man zweckmäßigerweise in der Hauptsache bei der Jugend oder bei den Älteren für die Landarbeit werben sollte. Daneben sind zuverlässige Un-

terlagen über die Altersgliederung erforderlich bei der Beurteilung globaler Angaben über Lohnhöhe und Arbeitsproduktivität, da diese durch das Alter der Arbeitskräfte entscheidend mitbestimmt werden.

Einen wie geringen Aussagewert allerdings solche allgemein gehaltenen Angaben, wie die oben wiedergegebenen, für diese Zwecke haben, geht aus der folgenden Aufteilung des zunächst ungegliedert dargestellten Altersaufbaus der landwirtschaftlichen Arbeiter in Hessen hervor, die bei der repräsentativen Verdiensterhebung 1953 erfaßt wurden. (Jedoch muß in diesem Falle die Zahl der Altersgruppen als unzureichend angesehen werden).

Erfaßte landwirtschaftliche Arbeiter nach Altersgruppen im September 1953 ¹⁾

Arbeitergruppe	Geschlecht	Erfaßte Person.	Davon standen im Alter von... Jahren				
			14-u.21	21-u.25	25-u.55	55-u.65	65 u.ä. v.H.
Insges.		2.482	17	13	58	10	2
Davon Dauerarbeitskräfte:							
i.Monatslohn	männl.	807	22,4	18,4	50,9	7,2	1,1
	weibl.	417	45,3	18,2	31,2	4,8	0,5
i.Stundenlohn	männl.	524	8,2	9,0	65,3	14,3	3,2
	weibl.	75	-	-	-	-	-
Fach-u. Spezialarbeiter:							
i.Monatslohn	männl.	414	6,0	7,7	74,7	9,9	1,7
	weibl.	32	-	-	-	-	-
i.Stundenlohn	männl.	212	3,8	11,3	68,9	13,2	2,8
	weibl.	1	-	-	-	-	-

Ein Vergleich der Insgesamt-Zahlen dieser Erhebung mit den beiden oben wiedergegebenen Erhebungsergebnissen ²⁾ zeigt sowohl gegenüber der Berufszählung als auch gegenüber der Statistik der Arbeitsämter einen außerordentlich starken Abfall des Anteils der Jugendlichen unter 21 Jahren. Die

1) Nach: Arbeitsverdienst (83), S.3

2) Zu berücksichtigen ist allerdings, "daß im Verhältnis zu der Zahl der familienfremden Arbeitskräfte in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen, die hier erfaßten Arbeitskräfte in den Betrieben mit 50 und mehr h.a. LNF, gegenüber den der unteren Betriebsgrößenklassen ein stärkeres Gewicht besitzen". Vgl.: Arbeiterverdienste (83).

atsache, daß gerade bei den Jugendlichen ein starker Drang zur Abwanderung besteht und bis in die jüngste Zeit hinein anhält, bestätigt die Statistik der Arbeitsämter, die seit 1953 die Jugendlichen unter 18 Jahren gesondert erfassen. Danach war der Anteil dieser jungen Arbeitskräfte in den Bezirken der fünf nordhessischen Arbeitsämter an den

	gesamten Lohnarbeitskräften	
	männl.	weibl.
September 1953	8.v.H.	19.v.H.
September 1954	9.v.H.	18.v.H.
September 1955	6.v.H.	17.v.H.

Berücksichtigt man, daß gerade die männlichen Jugendlichen aus den Reihen der Ostzonenflüchtlinge laufend ergänzt werden (worauf auch das Ansteigen ihrer Zahl im Jahre 1954 zurückzuführen sein dürfte), so tritt die Abwanderungstendenz noch deutlicher hervor.

Selbst wenn man annimmt, daß der heutige Bestand an männlichen Lohnarbeitskräften ausreicht, ergibt sich bei Annahme einer Arbeitsdauer von 50 Jahren ein jährlicher Nachwuchsbedarf von etwa 240 Arbeitskräften, dem ein tatsächlicher Bestand von etwa 180 Personen gegenübersteht (s.S. 36 f.). Die Verhältnisse scheinen in dieser Hinsicht bei den weiblichen Arbeitskräften wesentlich besser zu sein, doch wird sich zeigen, daß hier ganz andere Voraussetzungen vorliegen, abgesehen davon, daß die Annahme einer 50-jährigen Arbeitsdauer bei den Frauen unrealistisch wäre.

Auch der Vergleich mit der Altersgliederung der männlichen und weiblichen Arbeiter Hessens in allen Berufsgruppen zeigt, daß der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren in der Landwirtschaft zu gering ist.

Altersgliederung der hessischen Erwerbstätigen in allen Berufsgruppen ¹⁾					
es.Zahl	unter 18	18-20	21-24	25-65	65 u.ä.
100	11	8	16	64	1

Unter diesen Umständen erscheint die Behauptung fragwürdig, "daß man eine Werbung für die Landarbeit bzw. gegen die Landflucht falsch ansetzt, wenn man bei der Jugend wirbt." ²⁾ Man wird nicht annehmen können, daß die Arbeiter bereits in diesem Alter allein wegen der Schwierigkeit oder Unmöglich-

Vgl.: Stat. Handbuch (81), S. 125
Vgl. DLP (60) Nr. 11, 1954. Dieses Urteil wurde auf Grund der Altersgliederung der Landarbeiter, wie sie sich nach der Berufszählung 1950 ergab, gefällt.

lichkeit der späteren Gründung eines Hausstandes der Landwirtschaft den Rücken kehren. (Das durchschnittliche Heiratsalter lag in den letzten Jahren in Hessen bei den Männern bei 29 bis 30, bei den Frauen bei 26 bis 27 Jahren).¹⁾

Da nicht zu erwarten ist, daß einmal aus der Landwirtschaft Abgewanderte in größerem Umfange auch bei Erleichterung der Familiengründung wieder zurückgewonnen werden können, muß nach dem hier erscheinenden Bild unter allen Umständen gerade dieser frühzeitigen Abkehr entgegengearbeitet werden, d.h. zunächst müßten - soweit das überhaupt mit den Mitteln der Arbeitsmarktpolitik möglich ist - die Gründe beseitigt werden, die besonders diese jungen Arbeitskräfte zu einer Abwanderung veranlassen.

Die Aufstellung der Gesamtgruppe der Ländarbeiter nach Geschlechtern und Altersgruppen läßt bei den Arbeitskräften im Monatslohn zunächst einen wesentlich günstigeren Eindruck entstehen. Dabei ist jedoch die Tatsache zu berücksichtigen, daß der Hauptteil der Abwanderung gerade auf die weiblichen Kräfte entfällt und damit heute die entsprechenden Anteilszahlen wesentlich niedriger liegen.

Die allgemeine Darstellung, daß ein Bemühen um die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu bestehen bei den Älteren erfolgen sollte, trifft nur für die weiblichen Monatslöhner zu, hier aber um so deutlicher, da fast die Hälfte dieser Kräfte schon 30 Jahre alt ist; dagegen sind bei den männlichen Gesinnskräften fast 60 % über 25 Jahre, wobei der relativ hohe Anteil der 55 bis 60-jährigen darauf schließen läßt, daß auch die unmittelbar unter dieser Altersspanne liegenden Jahrgänge recht zahlreich vertreten sind.

Nach wie bisher verschiebt sich der Altersaufbau zuungunsten der jüngeren Jahrgänge bei den Stundenlöhnern, sowie bei den Fach- und Spezialarbeitern, an welchen Gruppen die Frauen einen nur sehr geringen Anteil haben.

Wenn dieses Bild so stark von der landläufigen Meinung über die vorwiegend jugendlichen Gesamtkräfte abweicht, so kommt darin die außerordentlich starke Abwanderungsbewegung insbesondere dieser Arbeitskräfte zum Ausdruck, die den Anteil der Älteren, weniger beweglichen Jahrgänge derart groß erscheinen läßt. Dabei ist der Ausdruck "Abwanderung" eigentlich nur für die weiblichen Kräfte zutreffend, während bei den männlichen Jugendlichen offenbar von vornherein die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme in der Landwirtschaft geringer ist.

1) Vgl. Stat.Handb. (81), S. 48

Diese Feststellungen werden bestätigt, wenn man die Landarbeiterschaft auf ihren Familienstand und die Zahl ihrer Kinder hin untersucht.

Landwirtschaftliche Arbeiter nach Familienstand und
die Zahl der Kinder im September 1953 .¹⁾

Arbeiter- gruppe	Geschlecht	Erfasste Arbeiter ^{a)}		Von je 100 Verheirateten ^{b)} hatten ... Kind(er) ^{c)}				
		ins- ges. Zahl	davon Ledige v.H.	0	1	2	3	4 u.mehr
Dauerar- beits- kräfte								
i.Monats- lohn	männl.	626	52,4	42,3	26,5	19,4	7,4	4,4
	weibl.	228	73,2	-	-	-	-	-
i.Stunden- lohn	männl.	481	14,1	40,7	25,9	18,7	9,9	4,8
	weibl.	62	45,2	-	-	-	-	-
Fach-und Spezial- arbeiter	männl.	593	15,5	27,3	24,6	24,7	12,6	10,8
	weibl.	30	23,3	-	-	-	-	-

a) Im Alter von 21 und mehr Jahren

b) Einschließlich der Verwitweten und Geschiedenen, aber ohne mitarbeitende Ehefrauen landwirtschaftlicher Arbeiter (insges. 207, davon 64 ständig Beschäftigte)

c) Nach der Lohnsteuervkarte.

Die hier angegebenen Prozentzahlen ergeben insofern kein zutreffendes Bild, als sie sich nur auf die Arbeitskräfte über 21 Jahre beziehen. Trotzdem wird deutlich, daß eine relativ große Zahl der männlichen Monatslöhner verheiratet ist; dies widerspricht der ebenfalls verbreiteten (und bis vor wenigen Jahren auch zutreffenden) Ansicht, daß es sich bei den Gesindepersonen "fast ausschließlich um ledige und jugendliche" ²⁾ Arbeitskräfte handelt. Kommt auch in den oben dargestellten Zahlen noch deutlich die Grundstruktur der beiden Arbeitsverfassungen mit Fremdarbeitskräften zum Ausdruck - die in die Hausgemeinschaft aufgenommenen Personen sind unverheiratet, und erst eine Freiarbeiter- oder Deputantenstelle bietet die Möglichkeit einer Eheschließung -, so zeigt sich hier, daß die Betriebsleiter unter dem Druck des Mangels jugendlicher Kräfte, soweit es die betrieblichen Verhältnisse irgend zulassen, auch schon verheiratete Personen im Monatslohn beschäftigen. Wieweit hier allerdings die Gesindeverfassung in dem Sinne aufrechterhalten wird, daß diese Arbeitskräfte voll in die bau-

1) Nach: Arbeiterverdienste (83)

2) LINDE: (32), S. 72

erliche Familie einbezogen werden, oder inwieweit hier Übergänge zur Tagelöhnerverfassung auftreten, geht aus den Angaben nicht hervor.

In diesem Zusammenhang sei noch auf den vom Monatslöhner über den Stundenlöhner zum Fach- und Spezialarbeiter zunehmenden Kinderreichtum hingewiesen, wie überhaupt die Tatsache bevölkerungspolitisch interessant ist, daß die Landarbeiterschaft durchschnittlich eine höhere Kinderzahl hat (1,3) als die Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft (1,1) und in der Forstwirtschaft (1,0) ¹⁾

Es ist vorauszusehen, daß die aufgezeigten Veränderungen des altersmäßigen Aufbaus und der Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte weiter anhalten werden. Der Bauernhof bzw. die Gesindestelle ist heute bereits nicht mehr in dem Umfange "Durchgangslager", ²⁾ das sie früher für die Jugendlichen darstellten; sie werden überhaupt umgangen. Es liegt auf der Hand, daß diese Entwicklung die Arbeitsverfassung der Landwirtschaft im Laufe der Zeit tiefgreifend beeinflussen muß.

1) Arbeiterverdienst (83), S. 3

2) LINDE: (32), S. 79

Die Heimatvertriebenen in der Landarbeiterschaft.

Der Zustrom von etwa 235.000 Heimatvertriebenen nach Nordhessen und ihre aus Wohnraumrücksichten hauptsächlich Unterbringung auf dem Lande ¹⁾ brachte es in Verbindung mit der nordhessischen Wirtschaftsstruktur und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der vergangenen Jahre mit sich, daß eine verhältnismäßig große Zahl von ihnen in der Landwirtschaft Beschäftigung fand. Die LBZ 1949 ermittelte 5.656 männliche und 3.013 weibliche heimatvertriebene Arbeitskräfte, die nicht Betriebsleiter waren. Diese Zahlen enthalten aber eine kleinere Zahl familieneigener Kräfte, aber auch die heimatvertriebenen Waldarbeiter, so daß wiederum die Statistik der Arbeitsämter herangezogen werden muß.

Danach waren 1952 (Sept.) 4.435 männliche und 2.372 weibliche Vertriebene in Nordhessen als landwirtschaftliche Lohnarbeiter tätig, das entspricht einem Beschäftigtenanteil von 25 bzw. 28 v.H.

Man darf annehmen, daß 1949 ihr Anteil über diesen Werten lag, was auch die von ALBRECHT ²⁾ ermittelten Angaben beweisen, wonach 1950 im Land Hessen der entsprechende Vertriebenenanteil 29 v.H. betrug. Damit war ihre Aufnahme durch die Landwirtschaft größer als durch die Gesamtheit aller Wirtschaftszweige, in der ihr Anteil im Bereich der nordhessischen Arbeitsamtbezirke 19,3 v.H. ausmachte.

Nach einer 1951 in der Hauptsache in Nordhessen durchgeführten Untersuchung ist damit zu rechnen, daß etwa 10 bis 20 v.H. der Vertriebenen in ihrer Heimat als selbständige Bauern, Nebenerwerbswirte, Landarbeiter, Gärtner u.ä. mit der Landwirtschaft eng verbunden waren; ³⁾ auf die heimatvertriebenen Erwerbspersonen in Nordhessen bezogen sind das etwa 7.000 bis 14.000 ihrer beruflichen Herkunft nach dem Landvolk Zugehörige. Da die Untersuchung weiter ergab, daß nur noch 50 v.H. dieses Personenkreises in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren (davon 90 v.H. in unselbständiger Stellung), diese Zahl aber seither weiter zurückgeht, erweist sich indessen die Hoffnung derer als falsch, die im heimatvertriebenen Landvolk eine dauerhafte Entlastung des landwirtschaftlichen Ar-

1) 1950/51 lebten etwa 80 v.H. der Heimatvertriebenen in den Landkreisen; 1952 lag mit Ausnahme der Kreise Waldeck, Kassel, Melsungen und Fulda (15-20%) in Nordhessen ihr Anteil zwischen 20 und 25% der Wohnbevölkerung.

2) ALBRECHT: (4), S. 65

3) ALBRECHT: (4), S. 104 f.

beitsmarktes gesehen hatten. Denn obgleich hier die wichtigsten Voraussetzungen, nämlich Neigung und Fähigkeit zum landwirtschaftlichen Beruf, vorliegen, ist "kein anderer Beruf... offensichtlich bei den vertriebenen Landwirten so unbeliebt wie gerade die Landarbeit". ¹⁾ Abgesehen von den allgemeinen Arbeitsverhältnissen, die weiter unten dargestellt werden, wird diese ablehnende Haltung gerade für die früher Selbständigen durch das Gefühl des sozialen Abstiegs hervorgerufen, das der Landarbeiterberuf für diese mit sich bringen mußte. "Oft war der eigene Hof größer als die jetzige Arbeitsstelle, und gerade in kleinbäuerlichen Betrieben durften sie, die selbst zum Bauern voll qualifiziert sind, häufig Anlaß zur Kritik an den Anordnungen des Arbeitgebers haben". ²⁾ Doch auch bei den schon früher unselbständig in der Landwirtschaft Beschäftigten und auch bei denen, die in ihrer Heimat nicht zum Landvolk zählten, war der Drang zu einem Berufswechsel unverkennbar.

So sind heute die als Landarbeiter beschäftigten Vertriebenen in der Hauptsache solche, denen ihr Schicksal von Mut und die Kraft zum Übergang in einen anderen Beruf genommen hatte. Auch Leute, die in der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Heimat eine Auseinandersetzung mit den realen Verhältnissen für unnötig hielten, oder solche, die durch ihr Alter und ihre Familie zu unbeweglich geworden waren und die sich einer nochmaligen Umstellung schwerer anpassen konnten als die Jünglicheren und Wendigeren.

So darf man annehmen, daß ein großer Teil der älteren Landarbeiter überhaupt diesen Heimatvertriebenen zuzurechnen ist, während demgegenüber unter den jüngeren Landarbeitern vergleichsweise weniger Vertriebene zu finden sind, woraus sich auch der verhältnismäßig große Anteil der älteren Generation an der gesamten Landarbeiterschaft erklärt.

Daneben weist die Tatsache, daß in den vergangenen Jahren etwa jeder dritte bis vierte Landarbeiter ein Heimatvertriebener war, auf die große Bedeutung hin, die dieser Personenkreis für die nordhessische Landwirtschaft hatte. Ohne diese Vertriebenen hätte die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit zweifellos nicht in dem erfolgten Ausmaß vorangetrieben werden können; allerdings wären auf der anderen Seite viele nordhessische Bauern nicht so lange über die Anforderungen im unklaren gehalten worden, die die Lage am Arbeitsmarkt an die Betriebsleiter in weniger "begünstigten" Gegenden Deutschlands schon seit geraumer Zeit stellte.

1) v. BLANCKENBURG (10), S. 48 f.

2) Derselbe

Stellenwechsel und Arbeitslosigkeit am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt.

Im Jahre 1955 vermittelten die fünf nordhessischen Arbeitsämter der Landwirtschaft 3.057 männliche und 867 weibliche Arbeitskräfte in "Dauerbeschäftigung". Wenn man annimmt, daß die Zahl derer, die sich ohne Zuhilfenahme der Arbeitsvermittlung selbst eine Arbeitskraft bzw. einen Arbeitsplatz gesucht haben, etwa genau so groß ist, wurden im Laufe des letzten Jahres ca. 6.100 männliche und 1.700 weibliche Stellen besetzt.¹⁾ Diese Zahlen umfassen jedoch auch die Fälle der Arbeitswiederaufnahme der Kräfte, die jeweils über den Winter entlassen werden, um im Frühjahr wieder eingestellt zu werden. Ihre Zahl läßt sich ungefähr aus der Differenz des Arbeitslosen höchststandes Ende März (1.331 Männer, 1.260 Frauen) und des Arbeitslosenniedrigststandes Ende September (178 Männer, 154 Frauen) abschätzen.²⁾ In ihr sind - abgesehen von den reinen Saisonarbeitskräften - fast ausschließlich ältere und verheiratete Kräfte enthalten, da nach übereinstimmenden Berichten aller Arbeitsämter saisonal bedingte Entlassungen nur in den Großbetrieben vorgenommen werden, während die Leiter kleinerer Betriebe befürchten müssen, daß die von ihnen vorübergehend entlassenen Gesindekräfte in der Zwischenzeit entweder ganz in die Industrie abwandern oder von anderen landwirtschaftlichen Betrieben eingestellt werden.³⁾ Die Restzahl der Stellenbesetzungen des letzten Jahres (etwa 4.900 männliche und 600 weibliche

- 1) Da die Statistik der Arbeitsämter die Zahl der Selbstsuchenden nicht ausweist, waren die Sachbearbeiter der einzelnen Arbeitsämter auf Schätzungen angewiesen, die teilweise beträchtlich von einander abweichen. Das hier angenommene Verhältnis der Zahl der Vermittelten zu der der Selbstsuchenden von 50 : 50 ist daher nur ein Annäherungswert.
- 2) Auch diese Angaben sind ungenau: ein Teil der als Landarbeiter geführten Arbeitslosen arbeitet im Sommer tatsächlich in nichtlandwirtschaftlichen Berufen (bes. als Bauarbeiter) ohne ernsthaft eine Anstellung als Landarbeiter anzustreben; ein Teil der entlassenen Frauen meldet sich nicht arbeitslos, weil sie ihrer Arbeit im eigenen oder fremden Haushalten nachgehen; wieder andere nehmen im Winter einen - unbezahlten - Urlaub.
- 3) Vgl. auch die Monatsberichte der einzelnen Arbeitsämter: im folgenden werden einige Auszüge wiedergegeben. Arbeitsamt Kassel, Januar 1955: Beträchtliche Entlassungen in größeren Betrieben (überwiegend männliches Stammpersonal u. weibliche Saisonarbeitskräfte). Arbeitsamt Korbach, Januar 1954: Entlassung verheirateter Landarbeiter aus Gutsbetrieben. Januar 1956: Weitere Entlassungen verheirateter Landarbeiter. Arbeitsamt Hersfeld: Januar 1955: Im Gegensatz zu den Gütern keine Entlassungen aus Mittel- und Kleinbetrieben, bei einigen bereits Neueinstellungen. Arbeitsamt Marburg, November 1955: Entlassungen von Tagelöhnern aus Gutsbetrieben und größeren Bauernhöfen.
- Dezember 1955: Gesindekräfte werden nicht mehr entlassen.

Kräfte) kann sich daher auch bei Berücksichtigung einer normalen Fluktuation am Arbeitsmarkt hauptsächlich nur auf den Stellenwechsel der Monatslöhner beziehen, von deren männlichen Kräften demnach mehr als die Hälfte ihren bisherigen Arbeitsplatz verließen, um in einen anderen Betrieb überzugehen; von den entsprechenden weiblichen Arbeitskräften wechselte dagegen nur jede 8. bis 9. ihren Arbeitsplatz.

Vergleiche mit den Zahlen der vergangenen Jahre zeigen, daß die Häufigkeit des Stellenwechsels von Jahr zu Jahr zugenommen hat und daß die hier wiedergegebenen Zahlen durchaus nicht etwa den Charakter einer außergewöhnlichen Erscheinung tragen.

Daraus ergeben sich im wesentlichen zwei Folgerungen:

1. Die Landwirtschaft wird mehr und mehr zu einem Saisonberuf. Diese Entwicklung wird zwar hinsichtlich der Gesindearbeitskräfte durch die besondere Lage am Arbeitsmarkt nicht so sichtbar, dagegen wirkt sie sich um so stärker für die verheirateten Landarbeiter aus, die vom November ab damit rechnen müssen, bis April/Mai arbeitslos zu werden. Auf eine solche Entwicklung hin wirkt einmal die fortschreitende Mechanisierung, die es mit sich bringt, daß während der Wintermonate weitaus weniger Arbeitskräfte als in früheren Zeiten benötigt werden. Zum anderen reizen die gegenüber den Gesindekräften höheren Löhne der verheirateten Kräfte die Betriebsleiter, durch vorübergehende Entlassungen das Lohnkonto zu entlasten; eine Maßnahme, die sie aufgrund der noch zahlreicher vorhandenen verheirateten Landarbeiter noch ohne Gefahr des Verlustes dieser Arbeiter durchführen können.

Diese Tatsache gewinnt im Rahmen der vorliegenden Arbeit insbesondere bei der Untersuchung der Lohnfrage an Bedeutung, da sich der Stundenlohn eines Arbeiters, der mehrere Monate im Jahr arbeitslos ist, nicht ohne weiteres mit dem eines das ganze Jahr hindurch beschäftigten Arbeitnehmers vergleichen läßt.

Auch für die Frage der Arbeitslosenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ist diese Entwicklung von erheblicher Bedeutung. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes stellte am 9. September 1955 in Kassel unter anderem die Forderung, daß die bisher geltenden Vorschriften über die Befreiung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte von der Arbeitslosenversicherung aufrechtzuerhalten und dahin zu ergänzen seien, daß auch die in der landwirtschaftlichen Hauswirtschaft beschäftigten Personen versicherungsfrei bleiben.

Ohne hier im einzelnen auf die arbeits- und sozialrechtlichen Fragen der Landarbeiterschaft einzugehen, sei kurz darauf hingewiesen, daß bei der seit einiger Zeit aufgeworfenen Frage der Einbeziehung der Landarbeiter in die Arbeitslosenversicherung ¹⁾ von Arbeitgeberseite vorgebracht wird, daß bei dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften keine Notwendigkeit und kein Bedürfnis zu einer Versicherungspflicht gegeben sei. Darüber hinaus bestehe die Gefahr, daß das schon jetzt bestehende Bestreben, die Gesindekräfte in Zeiten schwächeren Arbeitsanfalls zu entlassen, bei der Einbeziehung in die Versicherung stark zunehme und der Landarbeiter mit zum Saisonarbeiter werde. ²⁾

Damit werden - jedenfalls nach den Verhältnissen in Nordhessen zu urteilen - die Tatsachen auf den Kopf gestellt; denn für einen großen Teil der verheirateten Landarbeiter ist ihr Beruf bereits ein Saisonberuf worden und gerade bei ihnen, die sich meist stärker gebunden fühlen, ist die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung recht wohl gegeben, auch wenn sie ein Stück eigenes oder gepachtetes Land bewirtschaften, (warum sollten sie auch schlechter gestellt werden als ein in der Industrie arbeitender Nebenerwerbslandwirt?). Dagegen ist bei den Gesindekräften die Gefahr des Saisonberufes weder heute vorhanden, noch für die absehbare Zukunft zu erwarten. Insofern besteht hier tatsächlich eine geringere Dringlichkeit für eine Versicherungspflicht. Man hat aber mit Recht darauf hingewiesen, daß sich für diese Kräfte die Situation sofort ändert, wenn sie heiraten und weiter in der Landwirtschaft tätig bleiben wollen. ³⁾

Abgesehen von einer aus grundsätzlichen Erwägungen wünschenswerten Gleichstellung des Landarbeiterberufes mit den Berufen der übrigen Wirtschaftszweige, sprechen demnach auch die herrschenden Verhältnisse für die Aufhebung der Vorschriften im Arbeitslosenversicherungsrecht über die Versicherungsfreiheit der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer.

Die andere Folgerung ergibt sich aus der Tatsache des außerordentlich häufigen Stellenwechsels bei den Gesindekräften. Herrschte bei ihnen schon bisher eine gegenüber anderen Arbeitnehmern stärkere Beweglichkeit, so nimmt diese Erscheinung in neuerer Zeit bedenkliche Formen an: in weniger

Vgl. dazu auch die von der Bundesregierung vorgelegte Novelle zum AVAVG, Bundestagsdrucksache Nr. 1274

RB (63) Nr.VI/7, 1955, S. 93

RB (63) Nr.VI/7, 1955, S. 95 f.

als zwei Jahren wird die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Landarbeiterschaft die der männlichen Monatslöhner, auf dem Arbeitsmarkt einmal "umgeschlagen". Dies ist eine Entwicklung, die in jeder Hinsicht unerwünscht sein muß und nur nachteilige Folgen haben kann, sowohl im Hinblick auf das Arbeitnehmer-arbeitgeberverhältnis und die Einstellung der einzelnen Arbeiter zu ihrem Beruf, als auch hinsichtlich der beruflichen Ausbildung und des Ansehens des ganzen Berufsstandes - soweit hiervon überhaupt die Rede sein kann.

Die Verbindung dieser Entwicklung mit der nach außen hin viel klarer in Erscheinung tretenden Abwanderung ist deutlich: bevor der Landarbeiter der Landwirtschaft endgültig den Rücken kehrt, begibt er sich auf eine - meist räumlich begrenzte - Wanderschaft von Betrieb zu Betrieb. Insofern handelt es sich bei der Flucht aus der Landwirtschaft und dem häufigen Stellenwechsel auch nicht um zwei verschiedene Erscheinungen, sondern um zwei Stadien ein und desselben Vorganges: der Loslösung von der Landarbeit.

Die Arbeitszeit.

Die Frage der Arbeitszeit wird von Sachkennern als einer der heute entscheidenden, teilweise sogar als der einzig maßgebliche Gesichtspunkt für die Beurteilung nicht allein der Landarbeiterfrage, sondern der Beurteilung der ländlichen Situation schlechthin herausgestellt. In der Hauptsache sind es zwei Gründe, die diese Frage als ein besonderes Problem in der Landwirtschaft erscheinen lassen: auf der einen Seite steht die vollkommene Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion von der Natur. Die jahreszeitlichen Schwankungen bedingen einen im Verlaufe des Jahres stark wechselnden Arbeitsanfall, der eine gleichmäßige Arbeitszeit außerordentlich erschwert. Außerdem treten auch innerhalb der Vegetationsperiode plötzliche und sehr unterschiedliche Arbeitsansprüche auf, die befriedigt werden müssen, wenn nicht der Erfolg der ganzen Arbeit in Frage gestellt werden soll. Weiter spielen Bodenbeschaffenheit und Oberflächengestaltung eine wesentliche Rolle. Gerade in Nordhessen mit seinen oft ungünstigen Boden- und Klimaverhältnissen treten in dieser Hinsicht besondere Schwierigkeiten auf, die bei Vergleichen mit anderen Gegenden zu berücksichtigen sind.

Angesichts dieser unabänderlichen Naturgegebenheiten ergibt sich für den in der Landwirtschaft tätigen Menschen in viel stärkerem Maße als in der Industrie, die ja weitgehend von derartigen Natureinflüssen frei ist,

die Notwendigkeit, durch vernünftiges Planen und Gestalten der Arbeit den Erfordernissen einer leistungsstarken Produktion sowie den berechtigten Bedürfnissen des modernen Menschen nach Erholung und Freizeit gerecht zu werden. Die landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft ist besonders in den letzten Jahren in stärkstem Maße bemüht, neue und arbeitssparende Geräte und Maschinen zu entwickeln, einfachere Methoden zur Verrichtung einzelner Arbeitsvorgänge zu erproben, Hinweise und Anregungen für eine bessere Arbeitsorganisation zu geben u.a.m., doch kann man sagen, daß bis heute ein großer Teil dieser Bestrebungen von der breiten Masse der Betriebe noch nicht übernommen, ja vielleicht in ihrer ganzen Bedeutung nicht einmal voll erkannt worden ist. Das gilt weniger im Hinblick auf die Mechanisierung; auch die nordhessische Landwirtschaft hat in den letzten Jahren umfangreiche Investitionen, insbes. für Maschinen, vorgenommen. ¹⁾

Doch sind die Probleme nicht mit einer unter mehr oder weniger großen Mühen vorgenommenen Anschaffung eines Treckers oder sonstiger Maschinen und Gerätschaften zu lösen, wenn gleichzeitig nicht die bisherige Arbeitsweise einer grundlegenden Wandlung unterworfen wird.

Gerade auf diesem Gebiet, wo es weniger um mit großen Kosten verbundene Anschaffungen geht, sondern um eine durchdachte, zweckmäßige Einteilung und Verrichtung der Arbeit, liegt es unter dem Einfluß des im Untersuchungsgebietes noch herrschenden außerordentlich starken Hanges zum Althergebrachten noch sehr im argen.

WILLEKE schreibt vor 15 Jahren, daß Fachleute "in der Arbeitszeit oder auch in einer falschen Arbeitsorganisation das dringendste Problem, insbesondere für Hessen, erblicken". ²⁾ Er äußert sich vorsichtig, wenn er sagt, daß es sich nicht im einzelnen bestimmen lasse, ob diese Verhältnisse die Folge wirtschaftlichen Notstandes, unzureichender Betriebsgröße oder die Auswirkung schlechter Arbeitsorganisation und diese wieder Ausdruck landmannschaftlicher Eigenart sei. Gewiß sind die besonderen Schwierigkeiten, mit denen die nordhessische Landwirtschaft von Natur aus belastet ist, nicht zu unterschätzen, doch wird man die sprichwörtliche Beharrlichkeit und Unbegreiflichkeit des nordhessischen Menschenschlages bei der Beurteilung der angeschnittenen Frage nicht unberücksichtigt lassen können.

} s. unt. S. 143 f.
) WILLEKE (51), S.144

In neuerer Zeit stellt MEIMBERG das Problem klar heraus, wenn er sagt: "Diese vielfach bis zur Erstarrung geregelte Lebensführung des althessischen Menschen, die nicht leicht den Schritt vom Wägen zum Wagen tut und der der leidenschaftliche Gedanke des "Nichts oder Alles" ein Greuel ist" (WÄHLER), macht ihn auf der einen Seite zu einem besonders krisenfesten und stetigen Element der Wirtschaftsordnung, ist aber andererseits ein schweres Hemmnis für jede fortschrittliche Wirtschaftsweise. Denn diese Einstellung läßt die Erfordernisse der Zeit nicht rechtzeitig erkennen oder, wenn sie erkannt sind, aus Furcht vor Rückschlägen nicht befolgen". ¹⁾ Diese Einstellung, verstärkt durch die Abwanderung vieler Arbeitskräfte in den letzten Jahren, führte aber auch dazu, daß heute auf dem Bauern, insbesondere aber auf der Bäuerin, ein Arbeitspensum lastet, das selbst die Kräfte des sehr arbeitsamen nordhessischen Menschen zu übersteigen beginnt: die völlig abgespannte und verzweifelte Bauersfrau ist heute im Untersuchungsgebiet keine Einzelercheinung mehr. Die vom Gießener Institut festgestellte durchschnittliche Arbeitszeit der Bäuerin von 13 Stunden, die sich während der Arbeitsspitzen auf über 14 Stunden täglich erhöht, kennzeichnet die Situation hinreichend. ²⁾

So bedenklich diese Entwicklung in vielerlei Hinsicht ist, so ist doch die Frage der Arbeitszeit der familieneigenen Kräfte unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten als bei den Lohnarbeitskräften. Für den Bauern und seine Angehörigen ist heute noch vielfach der Betrieb und die Arbeit im Betriebe nicht nur Möglichkeit des Lebensunterhaltes, sondern Lebensmittelpunkt und Lebensinhalt schlechthin. Im Gegensatz dazu stellt der Landarbeiter als Unselbständiger seine Arbeitskraft ausschließlich zum Zwecke des Gelderwerbes zur Verfügung. Ihm fehlt die Bodenverbundenheit und die geistige Ausrichtung auf den Hof, folglich auch die Bereitschaft, seine gesamte Zeit dem Betrieb zu opfern.

Wenn die Gewerkschaften heute für die nichtlandwirtschaftlichen Berufe die 40-Stundenwoche propagieren, so geschieht das unter gänzlich anderen Gesichtspunkten, als noch vor wenigen Jahrzehnten die Forderung nach dem 8-Stundentag erhoben wurde. Stand seinerzeit der Schutz des Industriearbei-

1) MEIMBERG (33), S. 17

2) Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, in: Ber.üb.Landw. (59), 158. Sonderheft, 1953, S. 129

ters vor physischer Überanstrengung und gesundheitlichen Schäden im Vordergrund des Interesses, so trifft dies für die heutigen Verhältnisse in der Industrie nicht mehr zu. Für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte indessen, insbesondere für das Gesinde, wird man diese Gefahr nicht ganz aus dem Auge verlieren dürfen.

Der hessische Landarbeitertarifvertrag von 1949 bestimmte hinsichtlich der Arbeitszeit für die Gesindekräfte folgendes:

Die regelmäßige Arbeitszeit der Haushaltsbeteiligten richtet sich nach den betrieblichen Verhältnissen. Sie verlängert sich mit Rücksicht auf die von ihnen betriebsüblicherweise werktäglich und sonntäglich zu leistenden Vor- und Abschlußarbeiten, z.B. Wartung der Gespanntiere, sonstige Stallarbeiten, unaufschiebbare häusliche Arbeiten usw., entsprechend. Die Sondervergütung hierfür ist im Lohn enthalten.

Es liegt an der Hand, daß unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der oft recht veralteten "betrieblichen Verhältnisse" die Freizeit des Gesindes nicht allzu lang bemessen war bzw. nur unter dem Druck des Kräftemangels in einer für beide Seiten häufig unerfreulichen Weise zugestanden wurde.

Der neue Tarif vom Februar 1954 sieht nun auch für die Gesindekräfte eine genauere Regelung der Arbeitszeit vor: sie beträgt in 8 Monaten 66 Stunden und in 4 Wintermonaten 54 Stunden wöchentlich. Weiter hat das Gesinde jeden zweiten Sonntag bzw. gesetzlichen Feiertag ab 13 Uhr und jeden 4. Sonntag bzw. Feiertag ganztägig Anspruch auf Freizeit.

Inwieweit diese tarifliche Arbeitszeit tatsächlich allgemein eingehalten wird, läßt sich nicht mit Sicherheit angeben. Das Statistische Landesamt verzichtet bei seinen Erhebungen auf diesbezügliche Angaben für die Monatslöhner mit Rücksicht auf die erfahrungsgemäß bei diesen Kräften auftretenden Unsicherheiten.

Jedoch wird selbst auf Arbeitgeberseite die Zahl der jährlichen Arbeitsstunden bei den Gesindekräften in Nordhessen auf jährlich 3.200 Stunden und mehr geschätzt, womit die ohnedies hohe tarifliche Arbeitszeit, die unter Berücksichtigung eines 14-tägigen Urlaubsanspruches im Jahr höchstens 3.100 Stunden betragen sollte, im allgemeinen überschritten werden dürfte.

Daß eine durchschnittliche Arbeitszeit von 10 und mehr Stunden pro Tag - die sich in Zeiten der Arbeitsspitzen noch wesentlich erhöht - sich der Grenze des gesundheitlich Vertretbaren nähert, wird durch den Umstand unterstrichen, daß ein großer Teil der Gesindekräfte sich noch im jugendlichen Alter befindet. Ein Blick auf den Gesundheitszustand der bäuerlichen Bevölkerung, ¹⁾ der sich leider sehr stark von den landläufigen Vorstellungen unterscheidet, zeigt, daß hiermit nicht übertriebene Befürchtungen ausgesprochen werden.

Man mag dem entgegenhalten, daß gerade die landwirtschaftliche Arbeit viele freiwillige und unfreiwillige Pausen miteinschließt, in denen sich der Arbeitnehmer erholen kann, und daß er dadurch effektiv nicht länger arbeiten müsse als sein Kollege in der Industrie. Diese Rechnung trifft vielleicht auf das ganze Jahr hin betrachtet zu, nicht aber für die Sommermonate mit ihrem besonders hohen Arbeitsanfall; außerdem ist damit noch nichts über die Schwere der landwirtschaftlichen Arbeit gesagt, die auch heute noch weitgehend Handarbeit ist und bleiben wird, während in der Industrie gerade heute die schwere menschliche Arbeit mehr und mehr durch Maschinen ersetzt wird.

Diese Überlegungen gelten nicht allein für das Gesinde, sondern auch für die Landarbeiter i.e.S., deren Arbeitszeit jedoch im ganzen gesehen unter der der Monatslöhner liegt. Für sie sah der alte Tarifvertrag eine jährliche Arbeitszeit von 2.750 Stunden vor, die sich - sofern keine anderen betrieblichen Abmachungen getroffen wurden - folgendermaßen verteilen sollten:

4 Monate = täglich 8 Stunden

2 Monate = täglich 9 Stunden

6 Monate = täglich 10 Stunden

Demgegenüber sieht der Tarifvertrag von 1954 folgende Verkürzung vor:

4 Monate = täglich 8 Stunden

4 Monate = täglich 9 Stunden

4 Monate = täglich 10 Stunden

Die Arbeitszeit beginnt morgens und mittags auf dem Hofe, endet zur Mittagspause auf dem Hofe (die Mahlzeiten können auch auf der Arbeitsstelle eingenommen werden) und abends auf dem Arbeitsplatz, soweit die Arbeitsstelle nicht weiter als 2 km vom Hofe entfernt liegt. Weiter haben die Arbeitnehmer während der Arbeitszeit Anspruch auf täglich bis zu 2

¹⁾ Vgl.: STOLTE (49), S. 56 ff.

Stunden Pause. Der Sonnabend Nachmittag soll - wenigstens außerhalb der Zeit der Arbeitsspitzen - möglichst arbeitsfrei sein, wobei die ausfallenden Stunden vor- oder nachgearbeitet werden können.

Diese regelmäßige Arbeitszeit verlängert sich für diejenigen Kräfte, die zusätzliche Arbeiten übernehmen, insbesondere Fütterung und Pflege der Gespanntiere. Die Vergütung hierfür wird durch die Gespannführerzulage abgegolten (nach der Lohn tariff vereinbarung vom 5. April 1955 wöchent lich DM 9.-).

Über die tatsächliche Arbeitszeit der Stundenlöhner läßt sich - im Gegensatz zu der der Gesindekräfte - an Hand der vom Statistischen Landesamt durchgeführten Erhebungen eine genauere Aussage machen. Sie scheint von der tariflich festgelegten Arbeitszeit nicht allzu weit abzuweichen, wie die folgende Übersicht zeigt:

Durchschnittliche Jahres- und Wochenarbeitszeit landwirtschaftlicher Stundenlöhner in Hessen 1953 ¹⁾

Arbeitergruppe	Durchschnittliche Jahresarbeitszeit insges. darunter		Durchschnittliche Wochenarbeitszeit
		Mehrarbeit a) Stunden	
Dauerarb.kräfte b)	2.765	22	53,2
darunter:			
männl. Arbeiter c)	2.769	22	53,3
weibl. Arbeiter c)	2.775	15	53,4
Fach-u. Spezial- arbeiter b)	2.811	47	54,2
Ständig beschäf- tigt. Stundenlöhne b)	2.780	29	53,5
Saisonarbeiter d)	1.469	5	48,0

a) Zuschlagspflichtige Über-, Sonn- und Feiertagsstunden.

b) Das ganze Jahr beschäftigte Arbeitskräfte mit mindestens 2.500 Arbeitsstunden.-

c) Im Alter von 21 und mehr Jahren. -

d) In der Zeit von Mai bis November 1953 beschäftigte Arbeiter mit mindestens 1.250 Stunden.

Ein restlos zutreffendes Bild der Verhältnisse geben indessen auch diese Angaben nicht, denn die "tatsächlich geleistete Arbeit der männlichen Dauerarbeitskräfte dürfte allerdings höher liegen, als sie hier ausgewiesen wurde. weil die außerhalb der normalen Arbeitszeit geleisteten Arbeitsstunden der Gespannführer - nahezu die Hälfte der erfaßten männlichen Arbeiter die-

1) Aus: Arbeiterverdienste (83), S. 3 f.

ser Gruppe sind Gespannführer - für die vollständige Betreuung der Zugtiere (Füttern, Putzen, An- und Abschirren, Stallreinigung usw.), die in Form besonderer Zulagen abgegolten wird, durch die Erhebung nicht erfaßt werden konnten".¹⁾

Stellt man diese Mehrarbeitszeit in Rechnung, so ergibt sich für die große Masse der Landarbeiterschaft, nämlich die Gesindekräfte und einen großen Teil der Stundenlöhner, eine Jahresarbeitszeit von teilweise weit über 3.000 Stunden.²⁾ Es ist verständlich, wenn diese Verhältnisse nicht im Sinne einer Empfehlung der Landarbeit gewertet werden. Abgesehen von den oben angedeuteten Bedenken ist noch eines zu berücksichtigen: Den Landarbeiter interessiert nicht, wieviel von dieser Zeit er wirklich wertschöpfend arbeitet oder nicht, sondern er sieht nur, daß er nie einen rechten Feierabend hat. Diesen Gesichtspunkt zu verstehen und anzuerkennen, scheint den meisten Betriebsleitern große Schwierigkeiten zu bereiten, und es setzt in der Tat auf Seiten des einzelnen Bauern ein besonderes Maß von Einsicht und Verständnis voraus, den Gehilfen nach einer angemessenen Zahl von Arbeitsstunden nach Hause zu schicken, während er selbst noch einige Stunden auf dem Felde weiterarbeiten muß.

Die größten Schwierigkeiten ergeben sich im Zusammenhang mit der Viehhaltung und -pflege; hier auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene zu einer Lösung zu kommen, die die Arbeitskräfte aus dieser dauernden Bindung befreit, wäre schon eine große Erleichterung. In Nordhessen sind in dieser Hinsicht vereinzelte Bemühungen bekannt geworden, so z.B. die von Schweden übernommene Regelung, sonntags auf die Fütterung der Schweine zu verzichten, was sich auch ohne Nachteile für die Tiere durchführen läßt. Jedoch stecken diese Lösungsversuche erst in den allerersten Anfängen.

- 1) Arbeiterverdienste (83), S. 4
- 2) PRIEBE scheint in den letzten Jahren seine Ansicht über die tatsächliche Arbeitszeit der deutschen Landarbeiterschaft geändert zu haben: vgl. seine diesbezüglichen Ausführungen (65), H.3, S. 26, wo er von einer Arbeitszeit von 2.700 Stunden ausgeht und (40), S. 256 ff, wo er von der vielfach noch anzutreffenden Ausnutzung der landwirtschaftlichen Gehilfen sowie davon spricht, daß "die Gesindekräfte von der alten Gewohnheit der ungemessenen Dienste größtenteils noch nicht sehr weit entfernt" sind.

Eine weitere Aufgabe liegt in der Verbesserung des Verhältnisses von produktiver zu unproduktiver Arbeitszeit, das von Fachleuten in der Größenordnung von 50 : 50 angegeben wird. Das größte Hindernis in dieser Hinsicht liegt hierbei allgemein in der zersplitterten Gemengelage. Berücksichtigt man, daß das Land Hessen mit 78 v.H. aller in Betracht kommenden Ländereien flurbereinigt ist und damit an der Spitze aller Bundesländer liegt, ¹⁾ und untersucht man weiter den Grad der Zersplitterung innerhalb Hessens, so wird deutlich, daß die Verhältnisse gerade in Nordhessen in dieser Hinsicht außerordentlich günstig sind.

Die Betriebe verteilen sich nach der Zahl der getrennt liegenden Stücke der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf folgende Gruppen:

Regierungsbezirk	Ges.Zahl der ld.-u.forst-wirtsch. Betriebe mit LNF	Zahl der Teilstücke					
		bis 10	11-20	21-30	31-40	41-50	50 u.m.
Darmstadt	64.759	36.733	15.309	1.001	2.955	1.287	1.474
Wiesbaden	63.880	28.283	16.867	7.899	4.265	2.366	4.200
Kassel	83.299	73.165	8.855	888	224	90	77
Hessen	211.938	138.181	41.031	15.788	7.444	3.743	5.751

Dieser Vorteil, d.h. die gegenüber anderen Gebieten beachtliche Einschränkung des Zwanges zum häufigen Arbeitswechsel auf den einzelnen Parzellen sowie die Verkürzung der Zu- und Abfahrtswege, müßte sich bei einer überlegten Arbeitseinteilung und vernünftiger Pausengestaltung in der Form günstigerer Arbeitszeitverhältnisse bemerkbar machen!

An die Frage der durchgehenden Arbeitszeit, durch die einzelne Betriebsleiter versuchen, ihren Arbeitern zu einem früheren Feierabend als deren Kollegen aus der Industrie zu verhelfen, ist bei den langen Arbeitszeiten in Nordhessen allgemein vorläufig noch nicht zu denken. Hier gilt es zunächst einmal, generell die tariflichen Arbeitszeiten auch tatsächlich einzuhalten. Dann wird sich die Bauernschaft auf die Einführung des 8-Stunden-Tages auch in der Landwirtschaft einstellen müssen; ihre Aufgabe ist es, die Arbeitskräfte in dieser Zeit so produktiv wie möglich einzusetzen, um einen Leistungsabfall zu verhindern. In der nächsten Stufe ist dann mit der 8-Stundenwoche, d.h. 2050 Jahresarbeitsstunden, zu rechnen, die man auf die Dauer auch den landwirtschaftlichen Kräften nicht vorenthalten können.

Die Landwirtschaft erwartet also in den kommenden Jahren die Aufgabe, die Arbeitszeit ihrer Arbeitnehmer um ein Drittel ihres heutigen Umfanges einzuschränken. Der Berufsvertretung obliegt es, die Bauern auf die Notwendigkeit dieser Maßnahme dauernd und nachdrücklich hinzuweisen sowie darauf hinzuwirken, daß sich der Landwirt von der Auffassung löst, daß das allmählich Gewordene und Gewohnte in jedem Falle auch das Zweckmäßigste sei; denn bei einem Festhalten an der bisherigen Arbeitsorganisation wird die Landwirtschaft den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden können. Ausnahmeregelungen wären dann wieder der einzige Ausweg.

Eines sollte aber nicht übersehen werden: in der Literatur werden diese Fragen stets so behandelt, als ob die lange Arbeitszeit schlechthin die Arbeiter aus der Landwirtschaft vertreibe bzw. von ihr fernhalte. In einer Zeit, in der einzelne Berufszweige nur noch Arbeitskräfte bekommen können, wenn sie ihnen eine Mindestzahl von Überstunden garantieren, und in der man sich Gedanken macht, wie man mit der Einführung der 40-Stundenwoche ein Überhandnehmen der Schwarzarbeit verhindern kann, wird man diese Auffassung nicht aufrechterhalten können. Die Befriedigung der von der Industrie stets neu aufgedeckten Bedürfnisse zwingt zu einer vermehrten Einkommensgewinnung, wofür man lange Arbeitszeiten - zumindest zeitweilig - ohne weiteres in Kauf nimmt.

Mit diesem Hinweis soll selbstverständlich nicht die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung in der Landwirtschaft in Frage gestellt werden. Diese darf schon allein aus psychologischen Zweckmäßigkeitsgründen nie wesentlich über der der Industriesarbeiter liegen. Hier soll lediglich darauf hingewiesen werden, daß die Frage der Arbeitszeit und die der Lohnhöhe miteinander in engem Zusammenhang stehen und sich die eine ohne Berücksichtigung der anderen nie beantworten läßt.

Die Lohnfrage.

1. Zur Auswahl der zu untersuchenden Lohngruppen.

Die Eigenart der landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse erfordert zunächst die kurze Betrachtung einiger personeller und sachlicher Probleme, die bei der Untersuchung landwirtschaftlicher Löhne immer wiederkehren, ohne daß es jedoch bisher zu einer einheitlichen Auffassung gekommen wäre.

Sie betreffen einmal die Frage: welche Arbeitergruppen sind zweckmäßiger-, aber auch notwendigerweise zu Lohnuntersuchungen heranzuziehen?

In neuester Zeit versucht ZÖLLNER den Begriff des Landarbeiters zu umgrenzen, indem er als Kriterium "die zeitlich begrenzte Überlassung seiner körperlichen Arbeitskraft ansieht" ¹⁾ und damit überwiegend leitende Tätigkeiten ausschließt. Darauf fußend schlägt er dann für den Zweck von Lohnvergleichen und -erhebungen die folgende Einteilung vor: 1. Gesindekräfte, 2. Deputanten, 3. Freiarbeiter, 4. Facharbeiter.

Diese Gliederung entspricht mit einer Ausnahme der AEREBOEs, die auch HUCHO ²⁾ für seine Lohnuntersuchungen herangezogen hat und die neben den Wanderarbeitern folgende Arbeiterkategorien vorsieht:

1. Gesinde, 2. Tagelöhner, a) vertraglich gebundene, b) freie.

Die unter dem Eindruck der landwirtschaftlichen Berufsflucht immer lauter werdende Forderung, der ländlichen Arbeiterschaft in stärkerem Umfange Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten, läßt die Einbeziehung der Facharbeiter, wie sie ZÖLLNER vornimmt, geboten erscheinen; nur auf diese Weise ist es möglich, eine Vorstellung von den einkommensmäßigen Vorteilen zu gewinnen, die diese gehobenen Arbeiten mit sich bringen.

Man könnte auch daran denken, die Einkommensverhältnisse der Lehrlinge zu untersuchen. Doch ist es fraglich, ob die ihnen gewährten Bezüge als Lohn im üblichen Sinne anzusehen sind, aus welchem Grunde offenbar auch HUCHO und ZÖLLNER auf ihre Erfassung verzichten.

Eines ist indes auffallend, insbesondere bei den Arbeiten in neuerer Zeit: die Löhne der weiblichen ländlichen Arbeitskräfte werden allgemein nur am Rande erwähnt oder gar überhaupt nicht beachtet. Die Tatsache, daß der Anteil der Frauen an den gesamten Lohnarbeitskräften der Landwirtschaft weit höher liegt als ihr Anteil in den industriell-gewerblichen Berufen sowie der Umstand, daß insbesondere bei den Frauen eine außerordentlich starke Abwanderungstendenz festzustellen ist, lenkt heute die Aufmerksamkeit gerade auf die sie betreffenden Lohnverhältnisse. Nicht zuletzt gewinnt die Frage der Frauenlöhne auch grundsätzliche Bedeutung, wie sie in den "Leitsätzen zur Arbeitspolitik" der Agrarsozialen Gesellschaft zum Ausdruck kommt: "Unabhängig

1) ZÖLLNER (53), S.37

2) HUCHO (24), S.537

von Alter und Geschlecht ist für die gleiche Leistung gleicher Lohn zu gewähren. Landarbeiterinnen sind auch im Lohn - entsprechend dem Grundgesetz - Männern gleichzustellen" ¹⁾).

Dementsprechend ist die Einteilung ZÖLLNERs zu erweitern, wobei, gemäß ihrer überwiegenden zahlenmäßigen Bedeutung, besonderes Gewicht auf die Lohnverhältnisse der weiblichen Gesindekräfte zu legen ist.

Neben dem Lohn dieser ständig beschäftigten Arbeitergruppen entstehen der Landwirtschaft weitere Kosten durch die nur vorübergehend beschäftigten Kräfte. Es ließe sich auch für diese eine entsprechende Einteilung finden, doch stellt ihr Arbeitsentgelt in allen Fällen ein Zusatzeinkommen zu irgendwelchen anderen Einkünften (Hauptberuf, Rente, Einkommen des Ehepartners) dar, so daß eine solche Untersuchung jedenfalls im Hinblick auf die Frage der Flucht aus der Landarbeit wegen einkommensmäßiger Nachteile gegenüber anderen Berufen nicht sinnvoll wäre. Darüber hinaus ergeben sich - im Gegensatz zu den vertraglich festgelegten Verhältnissen bei den ständigen Arbeitern - größere Schwierigkeiten in bezug auf die Abgrenzung von Arbeitszeit und Arbeitsart innerhalb der einzelnen Gruppen, so daß auch aus methodischen Gründen die Berücksichtigung dieser unständig beschäftigten Arbeitskräfte besser unterbleibt.

Das Hessische Statistische Landesamt legte demgegenüber seinen auf repräsentativer Grundlage durchgeführten Verdiensterhebungen für die ländlichen Arbeitskräfte in den Jahren 1950 und 1953 ein etwas abgewandeltes Einteilungsschema zugrunde. Auch hier verzichtete man bei beiden Erhebungen auf die Ermittlung der Löhne der nur vorübergehend Beschäftigten. Für das Jahr 1950 wurde zur Aufgliederung der ständig Beschäftigten eine Kombination nach dem Merkmal des Beköstigungsverhältnisses (Gewährung von freier Kost und Wohnung oder nicht) sowie nach Leistungsgruppen (ungelernte, gelernte, Facharbeiter) und Geschlecht vorgenommen. 1953 trat an die Stelle der Unterscheidung nach dem Beköstigungsverhältnis die nach Monatslöhner (bzw. Wochenlöhner) und Stundenlöhner (bzw. Tagelöhner); die Gliederung nach Leistungsgruppen wurde aufrechterhalten (Hilfs-, Land-, Fach- und Spezialarbeiter). In beiden Fällen werden die Lohnverhältnisse der jugendlichen Arbeiter gesondert aufgeführt.

1) Schriftenreihe der ASG (65), Heft 3, S. 55

Diese Einteilungen lassen trotz anderer Bezeichnungen die Ausrichtung nach den zwei seither tragenden Arbeitergruppen erkennen.

2. Lohnarten und Lohngüter (Bewertungsprobleme)

In den zweiten, sachlichen Fragenkreis fallen alle die Probleme, die mit den Begriffen Lohnarten und Lohngüter verbunden sind.

1. Bei den Lohngütern ¹⁾ unterscheidet man in Barlohn, Naturalien (Erzeugnisse zum Verbrauch im Haushalt und zur Ermöglichung einer eigenen Viehhaltung) und Nutzungsrechte an Gebäuden und Land (Wohnung, Stallung, Garten- und Kartoffelfeld usw.).

Die Notwendigkeit, für die naturalen Lohngüter einen möglichst exakten geldmäßigen Ausdruck zu gewinnen, hat in Theorie und Praxis Anlaß zu zahlreichen Erörterungen gegeben, ohne daß aber bis heute diese Fragen als gelöst bezeichnet werden könnten. Ohne auf diese Lösungsversuche im einzelnen einzugehen, sollen hier lediglich die knappen, mehr auf das Grundsätzliche abgestellten Ausführungen ZÖLLNERS kurz berührt werden, die wohl die neueste - und verbreitetste - Stellungnahme zu diesem Problem darstellen.

Allerdings lassen schon die einleitenden Sätze des betreffenden Abschnittes einige ergänzende Bemerkungen erforderlich erscheinen. ZÖLLNER schreibt: "Alle hier möglichen Kombinationen (sc. der verschiedenen Naturallohn-güter) in qualitativer und quantitativer Hinsicht müssen auf einen gemeinsamen, meßbaren Nenner gebracht werden, der nur das Geld sein kann. Aber wenn auch diese Naturalempfängnisse des Landarbeiters für Vergleichszwecke in Geld ausgedrückt werden müssen, so ist damit noch nicht jeder beliebige Vergleich, z.B. mit Arbeitereinkommen in der Großstadt, erlaubt ... Deshalb geht man bei der Geldbewertung in Deutschland grundsätzlich von dem aus, 'was ein Industriearbeiter in ländlichen Bezirken zu zahlen hat' (BELF-Sonderdienst, Nr.9 v. 7.3.51)". ²⁾

1) Um der von ZÖLLNER kritisierten, häufigen Verwechslung der Begriffe Lohnformen und Lohnarten (vgl. z.B.: HUCH (24), S. 571, PRIEBE (39), S. 28) vorzubeugen, wird hier der weniger verfängliche Ausdruck "Lohngut", statt "Lohnform" gebraucht, den auch RIES (42), S. 225 verwendet.

2) ZÖLLNER (53), S. 41

Dazu ist zunächst zu sagen, daß eine Bewertung des Naturallohnes nicht allein zum Lohnvergleich zwischen dem Land- und dem Industriearbeiter erforderlich ist, sondern daß darüber hinaus z.B. auch die Besteuerung, die Sozialversicherung die die richtige Anwendung von Leistungslöhnen ¹⁾ eine Wertansetzung in Geld erforderlich machen. Will man den unerwünschten Zustand vermeiden, daß mehrere Bewertungsschlüssel existieren, die im Hinblick auf den jeweiligen "Zweck" verschiedene Aussagewerte beinhalten, wird man sich um eine allgemein gültige, einheitliche und von jeder Zweckbindung losgelöste Bewertung bemühen müssen. ²⁾

Doch selbst wenn man hierzu die Situation der ländlichen Industriearbeiter als Maßstab wählen wollte, wäre für eine gerechte Bewertung nur wenig gewonnen. Denn gerade was die Nutzungsrechte des Deputanten betrifft, so gibt es für diese keinen Marktpreis, der sich als vom "Industriearbeiter in ländlichen Gegenden in gleicher Weise zu zahlen" in die Rechnung einsetzen ließe. So ist z.B. der Landwirt kein Hausbesitzer, der Wohnungen mit mehr oder weniger Gewinn an seine Arbeiter vermietet. Zu dieser Frage schreibt BOESLER: "Die 'freie' Wohnung des Deputanten zeichnet sich nun leider dadurch aus, daß sie nicht 'frei' ist. Sie ist nämlich mit dem Arbeitsvertrag gekoppelt. Der Deputant muß - im Gegensatz zum gewerblichen Arbeiter in freier Mietwohnung auf dem Lande - seine Wohnung räumen, wenn er den Arbeitsplatz wechselt. Dieser Zwang zum Wohnungswechsel bedeutet zumindest eine Wertminderung der Wohnung ..." ³⁾

Der von ZÖLLNER vorgeschlagene Weg, für die Überlassung der Werkwohnung einen vergleichbaren Mietpreis, wie ihm z.B. gewerbliche oder Freiarbeiter zahlen, anzurechnen, führt also zu einer Benachteiligung des Deputanten und kann daher nicht als richtiger Wertansatz angesehen werden.

Da sich keine Möglichkeit bietet, diese Wertminderung geldmäßig irgendwo auszudrücken, werden die Baukosten der einzige Ausgangspunkt bleiben, von dem aus die Belastung des Betriebes durch die Arbeiterwohnung errechnet werden kann. Statt einer Miete hat der Arbeiter dann eine Amortisations- und Zins-

1) Vgl.: PRIEBE (39), S. 31

2) Vgl.: HUCHO (24), S. 603

3) BOESLER in RB (63), Nr. V/3, 1954; vgl. auch PRIEBE (40), S. 290, der aber trotzdem offenbar den ortsüblichen Mietpreis angesetzt wissen will, wie auch BLOHM (11), S. 289.

te zu zahlen. Dieses Verfahren führt bei folgerichtiger Durchführung, d.h. Nichtberechnung eines Mietgewinnes und Berücksichtigung etwa verwendeter subventionierter Kredite der öffentlichen Hand, zu einem Wert, der normalerweise unter den Mietpreisen vergleichbarer freier Wohnungen liegen dürfte, aber auch in der gefundenen Höhe eingesetzt werden muß.¹⁾

Ähnlich verhält es sich mit dem Nutzungsrecht für Garten und Kartoffel-
d; auch hier ergäbe die Anwendung von Pachtsätzen ein schiefes Bild.

ZÖLLNER geht auch von seinem Grundsatz ab und erklärt eine Berechnung auf Grundlage von Pachtpreisen für unanwendbar - allerdings mit dem Hinweis auf die gebietsweise unterschiedliche Pachtpreisbildung. Mit Bedenken liebt er sich dann der Methode des Statistischen Bundesamtes an, das seine Berechnungen den Einheitswert zugrunde legt, obwohl "der Einheitswert oft und vor allen Dingen unregelmäßig hinter dem Ertragswert zurückbleibt."²⁾

Seine von vornherein zu niedrig angesetzte Bewertung ebenfalls nicht im Sinne einer objektiven Beurteilung der Landarbeiterverhältnisse liegt, wäre zu prüfen, ob die Ermittlung eines durchschnittlichen Ertrages - es handelt sich ja fast ausschließlich um den Anbau von Kartoffeln - und der Abzug durchschnittlicher Aufwendungen des Arbeitnehmers (Saatgut, Pflege- und Erntearbeiten) tatsächlich auf zu große Schwierigkeiten stößt, und ob die Bildung selbst grober Ertragsdurchschnitte der Situation nicht eher gerecht ist, als eine Berechnung zu dem recht zweifelhaften Einheitswert.³⁾

Im Hinblick auf die Bewertung der Naturalien kann ZÖLLNER weitgehend zustimmt werden, insbesondere, wenn er betont, daß zusätzlich geleistete Arbeit zum Zwecke der Werterhöhung (Veredelung) zu berücksichtigen sei, und der Wertansatz in Höhe des Erzeugerpreises zu erfolgen habe. Wenn er es zu Recht damit begründet, daß "der Freiarbeiter mit ausschließlicher -Entlohnung fast immer in der Lage ist, Landesprodukte zum Erzeugerpreis zu erwerben",⁴⁾ - ländliche Industriearbeiter hätten dazu wohl kaum immer

Vgl. dagegen: HUCHO (24), S. 599

ZÖLLNER (53), S. 43

Vgl. hierzu: HUCHO (24), S. 599 f, HELMERKING (19), S. 20 f.

ZÖLLNER (53), S. 42; vgl. auch: PRIEBE (40), S. 273

Gelegenheit -, so ist es unverständlich, warum er zur Errechnung des "versteckten Lohnanteiles" bei den "unechten Deputaten" die Differenz bis zum Marktpreis zugrunde legt. Das "unechte Deputat", das heute immer stärker in den Vordergrund tritt, bedeutet für den vertraglich gebundenen Landarbeiter die Möglichkeit, gewisse Naturalien zu Vorzugspreisen zu beziehen, wobei im übrigen bei der Entlohnung vom Barlohn ausgegangen wird.

Bei der Bewertung von freier Kost und Wohnung sind, wie auch ZÖLLNER meint, die Aufwendungen für Ernährungszwecke zugrunde zu legen; diese sind aber keinesfalls den Haushaltsrechnungen städtischer Familien zu entnehmen, wie mitunter vorgeschlagen wird, da die städtischen Ernährungsgewohnheiten von den ländlichen offenbar erheblich abweichen. Aber auch bei der Ermittlung der ländlichen Verpflegungskosten sind Differenzierungen nach den einzelnen Landesteilen vorzunehmen, da auch in dieser Hinsicht größere Unterschiede festzustellen sind.¹⁾ Da andererseits innerhalb desselben Gebietes und desselben Dorfes die Pro-Kopf-Entnahmen für Ernährungszwecke mit der Betriebsgröße zu steigen scheinen, lassen sich auch hier nur Durchschnittswerte bilden, die dem Einzelfall nur sehr angenähert gerecht werden können.

Die verbrauchten Güter sind, soweit sie aus dem Betrieb stammen, wie die Natrualdeputate zu Erzeugerpreisen zu bewerten.

Die Kammer der Gesindekräfte kann ebensowenig wie die Wohnung des Deputanten zum landesüblichen Mietpreis angesetzt werden, ganz abgesehen davon, daß die Ausstattung der Stube in den wenigsten Fällen mit der eines möblierten Zimmers verglichen werden kann.²⁾

Nach allem entsteht der Eindruck, daß jede Bewertung nur zu einem recht groben Annäherungswert führen kann: einmal, weil die gewährten Güter und Nutzungsrechte im Hinblick auf Quantität und Qualität große Unterschiede aufweisen, zum anderen, weil auch im Einzelfall ein gerechter Preisansatz nur schwer zu finden ist. Wurde im Vorstehenden der Ansatz zu Marktpreisen aus den angegebenen Gründen abgelehnt und stattdessen der Erzeuger- bzw. Selbstkostenpreis herangezogen, so ist zuzugeben, daß auch diese Werte den tatsächlichen Verhältnissen nicht immer genau entsprechen.

1) Vgl. die verschiedenen Speisepläne und den unterschiedlichen Wert der je Vollperson entnommenen Ernährungsgüter im Dorf "Wilhelmshaven" und "Erlangen" in: Legensverhältnisse i. kleinbäuerl. Dörfern, Ber.üb.Landw. (59); 158. Sonderh. 1953, S. 125 f.

2) Ebenda, S. 122 f.

Bei den Verdiensterhebungen in der Landwirtschaft, - die mit Rücksicht auf diese Schwierigkeiten bei weitem nicht so häufig wie in der Industrie vorgenommen werden -, steht die amtliche Statistik vor dem Problem, brauchbare Ansätze für die Naturalleistungen zu finden. Für die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1953 wurden einheitlich für das Bundesgebiet von einem Sonderausschuß unter Mitwirkung von Vertretern der zuständigen Ministerien, der Spitzenverbände der Tarifpartner, des Statistischen Bundesamtes und einiger Landesämter Richtlinien für die Bewertung ausgearbeitet. Wie der nachstehende Auszug zeigt, wurden die Sachleistungen unter Zugrundelegung von Erzeuger-, Großhandels-, Markt- oder Verbraucherpreisen bewertet.

Auszug aus den Richtlinien für die Bewertung der Sachleistungen bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der Landwirtschaft 1953

Sachleistung	Bewertungsgrundlage	Menge	Betrag in DM
Milch	Durchschnittlicher Verbraucherpreis des Landes aus Gemeinden unter 20.000 Einwohner, vermindert um 10 v.H.	1	0,34
Butter	wie vor	kg	5.59
Weizen	Durchschn.Erzeugerpreis d.Landes	kg	0.42
Roggen	wie vor	kg	0.39
Futtergetreide	Durchschnittl.Erzeugerpreis f. Roggen, vermindert um 20 v.H.	kg	0.31
Speisekartoffeln	Mittel aus Verbraucher- und Erzeugerpreis f.d.Zeit v.Sept.bis Nov.1953	dz	13.00
Futterkartoffeln	wie vor, vermindert um 33 1/3 v.H.	dz	8.66
Schwein, lebend	Schlachtviehmarktpreis f.Schweine Klasse a, vermindert um die übliche Handelsspanne	dz	255,50
Ferkel, lebend	Großhand.preis f.6-8 Wochen alte Ferkel	Stck.	40.00
Weizenmehl	Verbraucherpreis	kg	0.69
Hülsenfrüchte	Verbraucherpreis f.Speiseerbsen	kg	1.19
Raps	Erzeugerpreis f.Raps mittl.Art und Güte	dz	75,00
Holz	Erzeugerpreis f.Brennholz	rm	14,00
Kartoffelland, bestellt (ohne Saatgut und Dünger)	Rohertrag je ha, vermindert um die Aufwendungen des Deputanten	ha	778,00
Sonstiges Ackerland (unbearbeitet)	10 v.H. des durchschnittlichen Einheitswertes als Pachtzins	ha	120,00
Gartenland (unbearbeitet)	150 v.H. des sonstigen Ackerlandes	ha	180,00
Gespannstunden	ohne Kutscher	Std.	1.40
	mit Kutscher	Std.	2.40

Die teilweise Berücksichtigung der Verbraucherpreise deutet darauf hin, daß man sich bemühte, einen zu niedrigen Wertansatz zu vermeiden.

Die Wohnung wurde je nach Zahl der überlassenen Räume mit folgenden Beträgen je Monat bewertet:

2 Raum	=	3,00 DM (Bei Benutzung durch mehrere Arbeiter)
"	=	6,00 "
Räume	=	11,50 "
"	=	16,50 "
"	=	21,50 "
"	=	26,50 "

Gegenüber den durchschnittlichen monatlichen Wohnungsausgaben in hessischen Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushaltungen (bei meist 3 bis 4 Räumen) Höhe von 37,41 DM im Jahre 1953 ¹⁾ ist diese Bewertung der Wohnung gering. Der Hessische Bauernverband setzt den durchschnittlichen Mietwert der Wohnung des Betriebsleiters mit ca. DM 46,00 im Monat an. ²⁾ Da eine Landarbeiterfamilie im allgemeinen weit weniger Wohnraum beanspruchen dürfte, als sie offenbar geräumigeren Wohnungen der Betriebsleiter, und da ferner der Mietwert dieser Wohnungen "in Anlehnung an die Mietsätze für Altbaumieten in Abhängigkeit vom Zustand der Wohnungen, der Lage und der ortsüblichen Mietpreise" ²⁾ berechnet wurde, aus den oben genannten Gründen jedoch Mietpreise für die Bewertung von Landarbeiterwohnungen ungeeignet sind, erscheinen insofern die von der amtlichen Statistik angewandten Bewertungsansätze durchaus gerechtfertigt.

Die Bewertung der "freien Station" des Gesindes oder freier Kost allein folgte an Hand von Grundwerten, die mit den vom Statistischen Bundesamt monatlich berechneten Preisindizes für die Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe, und zwar mit dem jeweiligen Gruppenindex "Ernährung" bzw. "Wohnung", multipliziert wurden. Grundwerte waren für jedes Land die gewogenen Mittel der Landesbauernschaften für männliche und weibliche Landarbeiter ermittelt-

Vgl.: Staat u. Wirtschaft (84), 10. Jg., 3. Heft, S. 76
Vgl.: Die wirtschaftl. Lage d. Hess. Landw. (75): Der durchschnittliche Mietwert beträgt umgerechnet je ha LNF im Mittelwert aller buchführenden Betriebe im Jahr 1953/54 DM 23.-. Bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 22 ha ergibt sich eine Jahresmiete von ca. DM 506.-

ten Sätze für Kost und Unterkunft bei der amtlichen Lohnerhebung in der Landwirtschaft im Jahre 1937. Auf diese Weise wurde 1953 die freie Station in Hessen für Männer mit $DM\ 64,41 + DM\ 5,70 = DM\ 70,11$, für Frauen mit $DM\ 55,09 + DM\ 5,70 = DM\ 60,79$ bewertet.

Wenn dieser Ansatz erscheint auf den ersten Blick gering, denn eine alleinstehende Person dürfte im allgemeinen nicht in der Lage sein, sich zu den angegebenen Werten Unterkunft und Verpflegung zu beschaffen. Da man jedoch annehmen kann, daß die den Gesindekräften entsprechenden unverheirateten Arbeitnehmer in der Industrie größtenteils im Haushalt der Eltern oder anderer Familienangehöriger wohnen und beköstigt werden, wären solche besonders hohe Belastungen als Ausnahmefälle anzusehen.

Die Ausgaben in hessischer Arbeitnehmerhaushaltungen für die Ausgaben für Nahrungsmittel und Wohnung beliefen sich im Jahre 1953 auf monatlich 211,49 DM¹⁾. Bei Zugrundelegung von 3,7 Personen ergibt sich pro Kopf ein Ausgabeposten von ca. 57,- DM. Diese methodisch allerdings nicht einwandfreie Gegenüberstellung und Division soll lediglich auf die ungefähre Größenordnung hinweisen, mit der man im städtischen Bereich bei der Bewertung von Kost und Unterkunft zu rechnen hat.

Gemgegenüber betrugen im gleichen Jahr die Ausgaben für die beiden Gruppen Nahrungsmittel und Wohnung in hessischen Bauernhaushaltungen je Kopf etwa DM 71,- (Bewertung zu Verbraucherpreisen), welcher Betrag den oben erwähnten Indexberechnungen zur Bewertung der "freien Kost" für die männlichen Arbeitskräfte recht genau entspricht.²⁾

Allerdings umfassen die gewährten unbaren Leistungen über freie Kost und Gonnung hinaus noch einige kleinere Posten, wie z.B. Reinigung der Kleidung, Beleuchtung und Heizung etc. Hierfür einen gerechten Wertansatz in Geld zu finden, ist recht schwierig, und es fragt sich, ob man diese auf den einzelnen Arbeitnehmer entfallenden Ausgaben nicht als in den oben wiedergegebenen Sätzen für die "freie Station" enthalten ansehen soll. Für ein solches Verfahren spricht die Überlegung, daß man dem in die Hausgemeinschaft aufgenommenen Landarbeiter die gegenüber den städtischen Haushaltungen aufwendigere Haushaltsführung auf dem Lande schlecht in voller Höhe als Lohnanteil be-

1) Staat und Wirtsch. (84), 10. Jg., 3. Heft, S. 76

2) Staat und Wirtsch. (84), 11. Jg., 6. Heft, S. 141 ff.

ohnen kann, zumal trotz allem häufig Klage über einseitige und eintönige
st geführt wird. ¹⁾

Es wird häufig darauf hingewiesen, daß vom Landarbeiter der "Wert der
genen Lebenshaltung ... allgemein unterschätzt, der Wert des in der Stadt
rdienten Geldes überschätzt" wird. ²⁾ Zum Beweis führt PRIEBE an, daß
ch den Haushaltsrechnungen des Statistischen Bundesamtes in vierköpfigen
beiterhaushaltungen fast 60 v.H. des monatlichen Nettoeinkommens für Woh-
ng und Ernährung ausgegeben wird, und er fragt dann weiter: "Welcher Land-
beiter, der neben Werkwohnung und Naturalien einen Barbetrag von 160.- DM
hält, dabei seine Ernährung im wesentlichen der durch unbare Leistungen
ler Art ermöglichten Eigenwirtschaft verdankt, würde seinen Lebensstan-
nd auch nur annähernd dem eines Städtlers mit 400.- DM Barlohn gleichset-
en?" ³⁾

Der Ausgangswert dieser Gegenüberstellung ist zweifelhaft. Abgesehen da-
n, daß sich auch das Landvolk 10 bis 20 v.H. seiner Nahrungsmittel zukauf-
n muß (Zucker, Margarine, Käse, verschiedene Nährmittel, Fisch, Südfrüch-
usw.), nahm der Anteil der Ernährungsausgaben bei gleichzeitiger Verbes-
rung des Ernährungsstandards in den letzten Jahren ständig ab, so daß
54 der Anteil der Ausgabengruppe Ernährung und Wohnung an den gesamten
rverbrauchsausgaben nur noch 50,6 v.H. ausmachte. ⁴⁾ Der zum Vergleich heran-
gezogene Städter verdient dann nicht mehr DM 400.-, sondern nur noch etwa
320.-. Aus diesem Beispiel geht die Fragwürdigkeit derartiger schemati-
her Berechnungen hervor. Darüber hinaus stellt der so errechnete Betrag
ar das Gesamteinkommen des Landarbeiters dar, doch ist dies - wie immer
eder nachdrücklich betont werden muß - als Vergleichsbasis gegenüber den
hnverhältnissen anderer Berufe gänzlich unbrauchbar, da es außerhalb der
Lohnverhältnis abzuleistenden Arbeitszeit erwirtschaftete Bestandteile

Mit welchen Kosten die Bauern selbst rechnen, mag daraus hervorgehen,
daß sich die Einrichtung eines landwirtschaftlichen Ledigenheimes im
Kreise Lübbecke auch deswegen als Mißerfolg erwies, weil die Landwirte
es ablehnten, außer dem Tariflohn für die Unterbringung und Verpflegung
der Jugendlichen im Heim (nur Mittagessen im Betrieb) monatlich DM 52.-
zu bezahlen.- Vgl.: RB (63), V/9-10

PRIEBE (40), S. 277

Ebenda.

Bei einem Auseinanderfallen von Nettoeinkommen und Verbrauch (Sparen)
wäre der auf das Einkommen bezogene Anteil noch geringer. Vgl.: Staat
und Wirtsch. (84), 10. Jg., 3.H., S. 76

mitumschließt. Man rechnet ja auch nicht dem städtischen Arbeiter den Wert seiner im Schrebergarten gezogenen Früchte als Verdienst an.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß selbst diejenigen Landarbeiter, die nicht der allgemeinen Neigung zum Opfer fallen, lediglich den Geldlohn als Verdienst zu werten, von ihrem wirklichen (Arbeits-)Gesamteinkommen nur recht verschwommene Vorstellungen haben. Hauptsächlich aus diesem Grunde wird in neuerer Zeit eine ausschließliche Barentlohnung empfohlen, da nur so der Landarbeiter bei Lohnvergleichen mit anderen Berufen einen eindeutigen Vergleichsmaßstab gewinnt; ferner werden folgende Gründe gegen eine Naturalentlohnung genannt: die geringere Anpassungsfähigkeit des Naturallohnes an die tatsächliche Leistung; Arbeitsüberlastung des Landarbeiters, insbesondere auch seiner Frau; Bindung von Arbeitgeber und -nehmer (soweit Nutzungsrechte an Land und Gebäuden gewährt sind), so daß arbeitsmarktmäßige Vorteile nicht kurzfristig ausgenützt werden können.¹⁾

Auch im Hinblick auf die heutigen Bewertungssätze der Finanzämter und Sozialversicherungsträger wäre die Einführung reiner Barlöhne erwünscht, denn bei der jetzigen Regelung der zu niedrigen Bewertung der Naturalien braucht der Landarbeiter zwar weniger Steuern und geringere Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen, er hat aber andererseits einen entsprechend geringeren Anspruch auf Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung, vor allem aber auf eine niedrigere Altersrente. Eine entsprechende Erhöhung der Sätze findet allerdings nicht die uneingeschränkte Billigung der Arbeitgeber, da diese dann nicht nur höhere Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung zu tragen haben, sondern auch noch mit außerordentlichen Lohnforderungen der Arbeiter zu rechnen haben.

In Nordhessen hat der Naturallohn in den letzten Jahrzehnten eine wechselnde Bedeutung gehabt. Waren Deputate vor dem ersten Weltkrieg in West- und Süddeutschland fast unbekannt, so sind sie nach 1918 in verschiedenem Umfang auch in diese Gebiete eingeführt worden. HUCHO teilt Deutschland nach der Lohnform der Deputanten ein und erhält für 1934 folgende Aufgliederung (wobei hier neben dem Untersuchungsgebiet nur die benachbarten Bezirke angeführt sind):

- 1) Gebiet vorherrschenden Naturallohnes: Westfalen (etwa gleicher Anteil von Barlohn und Naturallohn - Heuerlinge -).

1) Vgl. z.B.: PRIEBE (40), S. 272 ff, (39), S. 28 f;
ABEL (1), S. 110 f; BLOHM (11), S. 286 ff.

- 2) Gebiet vorherrschenden Geldlohnes: Hannover, Thüringen, Bayern, Rheinprovinz, Kurhessen.
- 3) Gebiet ausschließlichen Geldlohnes: Baden-Württemberg, Oberhessen.

Allgemein läßt sich sagen, daß in Deutschland der Anteil des Naturallohnes von Norden nach Süden abnahm und daß Nordhessen - an die beiden in dieser Hinsicht gegensätzlichen Gebiete angrenzend - innerhalb des Gebietes des vorherrschenden Geldlohnes eine Mittelstellung einnahm. Nach der Inflation ging die Bedeutung der Naturallohngüter bei steigenden Geldlohn rasch wieder zurück:

Gesamt-Deputatwert in RM ¹⁾

Bezirk	1924	1925	1926
Kassel-Hofgeismar } Eschwege-Fritzlar }	381,45	365,95	287,98

Die 1926 den Deputatarbeitern gewährten Naturallohngüter verteilten sich im einzelnen wie folgt: ¹⁾

Kartoffelland 12,5 a	46.- RM
Roggen und Weizen 13,0 Ztr.	145.- "
Sonstiges Getreide u. Hülsenfrüchte 4,0 Ztr.	46.- "
Sonstige Naturalbezüge (Butter, Eier, Ferkel, Stroh, Heu, Weide, Fuhren usw.)	50.- "
	287.- RM
Freie ärztliche Behandlung und dergleichen Soziallasten	60.- RM
	347.- RM

= 27 v.H. des Gesamtlohnes (gegenüber 38 v.H. in Hannover oder 62 v.H. in Schleswig-Holstein).

In neuerer Zeit hat die Bedeutung der Deputatentlohnung nach dem Zusammenbruch 1945 zunächst stark zugenommen; sie ist jedoch nach der Währungsumstellung wieder in stärkerem Maße dem Barlohn gewichen.

Die Betriebszählung 1949 läßt gegenüber Südhessen im nördlichen Landesteil eine stärkere Bereitschaft zur Gewährung und zum Empfang von Sachbezügen erkennen. Von den 2.935 Betrieben mit Deputatentlohnung (echte und unechte Deputate), die im Lande Hessen gezählt wurden, entfallen auf den Reg. Bez. Kassel 2.120. Davon gaben:

1) Unters. üb. Landarbeitsverh. (67), S. 210 ff.

- 1.248 Betriebe an 5.332 Arbeiterhaushaltungen 976 ha Deputatland, d.h.
je Haushalt knapp 3/4 Morgen.
- 1.384 Betriebe an 4.779 Haushalte Deputatkartoffeln .
- 1.301 Betriebe an 5.414 Haushalte Deputatgetreide.
- 975 Betriebe an 4.421 Haushalte Deputatmilch.

Wie die folgende Gegenüberstellung zeigt, überwiegt auch im Vergleich zum Bundesdurchschnitt der Naturalienbezug in Nordhessen:

Betriebe mit Deputatentlohnung in v.H. der Gesamtzahl der
Betriebe (nach LBZ 1949)

Betriebsgrößen- klasse	Reg.Bez. Kassel	Bundesrepublik ¹⁾
20 - 50 ha	27	12,3
50 - 100 ha	81	55,7
100 ha u. darüber	93	79,0

Die Ergebnisse der im Jahre 1950 und 1953 durchgeführten Lohnerhebungen beleuchten diese Frage von der Seite des einzelnen landwirtschaftlichen Arbeitnehmers.²⁾ Danach haben 1950 etwa 17 v.H. der befragten Landarbeiter Deputatland bewirtschaftet. Die Aufgliederung dieser Gruppe ergibt, daß in ihr 40 v.H. der Facharbeiter, 20 v.H. der männlichen und 3 v.H. der weiblichen Landarbeiter enthalten waren. Der geringe Anteil der Landarbeiterinnen wird damit erklärt, daß der größte Teil (72 v.H.) unverheiratet war. Die durchschnittliche Fläche des Deputatlandes, das zu überwiegendem Teil als Kartoffelland genutzt wurde, betrug je Facharbeiter 16 ar, je Landarbeiter 17 ar und je Landarbeiterin 8 ar.

1) Vgl.: Wirtsch.u.Stat. (80), 3.Jg. N.F., 1951, Heft 2, S. 63

2) Dabei ist zu beachten, daß die Erhebungen auf die landwirtschaftliche Struktur Gesamthessens abgestellt waren, und daß bei der Auswahl der zu befragenden Betriebe dementsprechend die andersartigen Verhältnisse im Süden des Landes zu berücksichtigen waren. Der überwiegend agrarische Charakter Nordhessens, insbesondere die relativ große Zahl der großbäuerlichen und Großbetriebe, führten jedoch dazu, daß bei der Erhebung 1953 78 v.H. der untersuchten Betriebe der Größenklasse 20-50 ha und 62 v.H. der Betriebe der Größenklasse 50 und mehr ha im Reg.Bez.Kassel lagen, so daß damit zu rechnen ist, daß die Ergebnisse in erster Linie die Verhältnisse in Nordhessen wiedergeben.

Auch die heutige Bedeutung der "freien Station" für die Gesindekräfte (Monatslöhner) ist bei den Erhebungen sichtbar geworden. (Die in der Gruppe der Monatslöhner mitaufgeführten Fach- und Spezialarbeiter erklären sich aus der Tatsache, daß zwei Drittel der Arbeiter dieser Leistungsgruppen im Monatslohn stehen, die aber nur in Einzelfällen zu den haushaltsbeteiligten Arbeitskräften zählen).

Wertanteil des Naturalverdienstes am Gesamtbruttogehaltsverdienst 1953 v.H. ¹⁾

Arbeitergruppe	Monatslöhner		Stundenlöhner	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Hilfsarbeiter ^{a)}	56,7	54,9	-	-
Landarbeiter ^{a)}	37,7	44,7	13,6	9,4
Jugendliche Arbeiter	47,3	50,3	4,7	-
Fach- und Spezialarbeiter	27,7	27,7	12,9	-

Im Alter von 21 und mehr Jahren.

Selbst wenn die Bewertung in Einzelfällen den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen sollte, wird deutlich, daß dem Naturallohnanteil bei den für Nordhessen wichtigsten Kräften, den Monatslöhnern, eine entscheidende Bedeutung zukommt. Wenn das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften bei der Berechnung der landwirtschaftlichen Löhne lediglich die Lohnsumme zugrunde legt, ²⁾ muß es - jedenfalls nach den im Untersuchungsgebiet herrschenden Verhältnissen zu urteilen - zu völlig falschen Ergebnissen kommen. Der Wertanteil des Naturallohnes, der beim Gesinde etwa die Hälfte und bei der Gruppe der Fach- und Spezialarbeiter doch noch über ein Drittel des Gesamtverdienstes ausmacht, ist keine Größe, die man ohne weiteres vernachlässigen könnte.

Der Anteil von über 10 v.H. bei den Stundenlöhnern dürfte sich zum größten Teil aus dem Bezugsrecht verbilligter Naturalien ergeben.

Ein Vergleich mit den Verhältnissen in anderen Bundesländern zeigt, daß der Wertanteil der Naturalien (mit Ausnahme des Landes Rheinland-Pfalz)

bei den Gesindekräften überall im Bundesgebiet zwischen 45 und 50 v.H. des Bruttoverdienstes beträgt. Dagegen liegt er bei den außerhalb der Hausgemeinschaft lebenden Arbeitnehmern und bei den Fach- und Spezialarbeitern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen über, in Bayern, Württemberg-Baden und Rheinland-Pfalz unter den für Hessen angegebenen Werten, während in Niedersachsen etwa die gleichen Verhältnisse vorliegen. ¹⁾

Im einzelnen bestimmt der Landarbeiter-Tarifvertrag für das Land Hessen über die Gewährung von Sachleistungen folgendes:

Der ständige Arbeitnehmer hat Anspruch auf die nachstehend aufgeführten Sachbezüge, ohne daß eine Verpflichtung zur Abnahme besteht:

548 l Vollmilch (= täglich 1 1/2 l),

8 Ztr. Roggen

4 Ztr. Weizen

6 Ztr. Futtergetreide

1/2 Ztr. Hülsenfrüchte

1 bis 2 Ferkel oder ein Schlachtschwein

weiter hat er Anspruch auf:

200 qm Gartenland (ungedüngt und unbearbeitet)

12,5 a Kartoffelland, wo bisher üblich (gedüngt, pflanzfertig)

bzw. 25 Ztr. Speisekartoffeln oder 30 Ztr. unverlesene Kartoffeln

3 Gespanntage jährlich

begrenzte Kleintierhaltung

durch den Betrieb angekaufte Sachwerte zum Selbstkostenpreis (Kohle, Dünger, Saatgut) sowie auf eine Werkwohnung (ohne Licht, Heizung usw.), die mit monatlich höchstens DM 15.- anzusetzen ist; bei Neubauwohnungen (nach dem 1. Jan. 1951 errichtet) kann eine Erhöhung bis zu DM 25.- vorgenommen werden.

1) Arb. u. Sozialstat. Mitt. (78) 3. Jg. Nr. 7, S. 41 f.

Für diese Naturalien sind von den Tarifparteien folgende Preise (1.Spalte) festgelegt worden:

1	1	Vollmilch	=	0,20 DM	0,34 ¹⁾	76,72 x ¹⁾
1		Ztr.Kartoffeln, sort.	=	3,50 DM	6,50	75,--
1		Ztr.Kartoffeln, unsort.	=	2,50 DM	4,33	54,90
1		Ztr.Brotgetreide	=	12,-- DM	Weizen 24,--	48,-- x
					Roggen 19,50	60,-- x
1		Ztr.Futtergetreide	=	11,-- DM	15,50	27,-- x
1		Ztr.Hülsenfrüchte	=	30,-- DM	59,50	14,75 x
1		Ztr.Schwein, Lebendgew.	=	90,-- DM	127,75	37,75
1		Ferkel	=	25,-- DM	40,--	30,-- x
		Gartenland	=	6,-- DM	3,60	- 2,40 x
		Kartoffelland	=	40,-- DM	97,25	57,25 x
1		Gespannstunde	=	2,50 DM	m.Kutsch. 2,40	- 3,20 x
		Wohnung (4 Räume)	=	15,-- DM	21,50	78,-- x
		Sonstiges				63,88 x
						450,-- DM

Da aber nicht mit Sicherheit anzugeben ist, in welchem Umfange von diesen Bezugsrechten Gebrauch gemacht wird, ob über die angegebenen Mengen hinaus Naturalien gewährt und genommen werden, insbesondere auch nicht allgemein bekannt ist, welche Regelung in dieser Hinsicht zwischen den nicht den Tarifparteien angehörenden Arbeitgebern und -nehmern getroffen werden, läßt sich vom Tarifvertrag her nichts Bestimmtes über Art und Umfang der durchschnittlich empfangenen Naturalgüter aussagen.

Jedenfalls liegt - bei Zugrundelegung der von der Statistik ermittelten Zahlen - in Nordhessen der Wertanteil des Naturalverdienstes, bzw. der versteckte Lohnanteil, mit mehr als 10 v.H. des Gesamtverdienstes der Deputanten noch nicht in einer Größenordnung, daß man ihn für die Beurteilung der Landarbeiterlöhne relativ unwichtig nennen könnte; und insofern ist es auch keine "falsch verstandene Objektivität",²⁾ wenn man versucht, einen Anhaltspunkt für seine tatsächliche Höhe zu finden. BOESLER hat sicher recht, wenn er darauf hinweist, daß auch in anderen Berufen derartige Bezugsrechte nicht unbekannt sind: Deputatkohle der Bergarbeiter, Freifahrtsscheine für Eisenbahnangehörige, Einkauf zu Großhandelspreisen bei kaufmännischen Angestellten. Die Liste läßt sich um die vielfältigen Sozialeinrichtungen zahl-

1) Siehe unten, S. 86, Fußnote

2) BOESLER in: RB (63), Nr. V, S. 3

reicher industrieller und gewerblicher Betriebe erweitern: die Werksküchen und -kantinen (der Preis einer Mahlzeit liegt im allgemeinen bei DM 0,50¹⁾), Werksfürsorge, betriebliche Erholungsprogramme, Werksbüchereien usw. Doch das Vorhandensein derartiger Einrichtungen kann allein kein Grund dafür sein, bei Lohnuntersuchungen in der Landwirtschaft auf die Berücksichtigung der Bezugs- und Nutzungsrechte von vornherein zu verzichten. In einem Vergleich mit den Lohnverhältnissen anderer Berufe gewissermaßen zu einer Aufrechnung der unbaren Lohngüter zu kommen, wäre erst dann möglich, wenn deren durchschnittliche Höhe hinreichend sicher bekannt wäre.

II. Die Frage der Lohnart kann kurz behandelt werden: die große Masse der Landarbeiter wird fast ausschließlich im Zeitlohn bezahlt. Auch in der Landwirtschaft sind die verschiedensten Möglichkeiten der Entlohnung nach Leistung bekannt: Akkord-, Prämien-, Prämienpensumlohn, Tantième und Gewinnbeteiligung.²⁾ Doch obwohl im hessischen Tarifvertrag ein besonderer Absatz die Frage des Leistungslohnes behandelt, in dem die Einigkeit beider Parteien darüber zum Ausdruck kommt, daß grundsätzlich Leistungslohne anzuwenden sind, scheint deren Verbreitung in Hessen noch geringer zu sein als im übrigen Bundesgebiet. ZÜLLNER gibt für Westdeutschland an, daß 0,8 v.H. der Lohnsumme als Akkordlohn bezahlt werden;³⁾ demgegenüber wurde bei der Lohnerhebung in Hessen 1950 nur ein Satz von 0,2 v.H. ermittelt. Die geringe Bedeutung des Akkordlohnes erklärt sich aus der überwiegenden Zahl der mittleren Betriebe und den verschiedenen Nutzungsrichtungen und Arbeitsbedingungen, die eine kontinuierliche Arbeitsweise - die Vorbedingung eines jeden Akkordlohnes - ausschließen. Hinzu kommt, daß die zugrundezulegenden Leistungsnormen stets auf die Besonderheiten eines jeden Betriebes abzustellen sind, wodurch die ohnedies schon schwierige Berechnungsweise noch weiter erschwert wird, was bei der Masse der Arbeitgeber auch nicht als Anreiz wirkt, zu diesem Lohnsystem überzugehen. Andererseits mag die Furcht der Bauern eine Rolle spielen, daß der Akkordlohn die Qualität der Arbeit mindert - für diesen Fall ist im Tarifvertrag die Pflicht zur Nacharbeit bzw. eine Lohnminderung vorgesehen -, und daß durch diese Lohnart der Zeitlohn in die Höhe getrieben wird. Trotz des grundsätzlichen Einverständnisses der Gewerkschaft mit dem Akkordlohnsystem scheint auch auf Seiten des einzelnen Arbeitnehmers ein gewisses Mißtrauen beste-

1) CATTEPOEL (13), S. 134

2) FRIEBE (39), S. 31 ff

3) ZÜLLNER (53), S. 41

hen zu bleiben, insbes. unter dem Eindruck der angedeuteten Berechnungsschwierigkeiten. Um etwaigen Übervorteilungen vorzubeugen, sichert ihnen der Tarifvertrag ein Mitspracherecht bei der Festsetzung der Akkordsätze zu, die so festzulegen sind, daß eine vollwertige Arbeitskraft bei normaler Leistung 20 v.H. über dem Zeitlohn verdient.

Für die Facharbeiter - insbesondere für die Melker und Maschinen- und Treckerführer - hat die Tantieme eine nennenswerte Bedeutung, die sich indes zahlenmäßig nicht allgemein darstellen läßt, ebenso wenig wie die der Gewinn- bzw. Ertragsbeteiligung, die auch in Nordhessen vereinzelt anzutreffen ist. Dieser letzten Art der Leistungsentlohnung wird heute wenig praktischer Wert mehr zugesprochen, da sie für den einzelnen Arbeitnehmer zu abstrakt ist.¹⁾ Als soziale Maßnahme mag sie eine gewisse Berechtigung haben, doch bestehen gerade auf diesem Gebiete in der Landwirtschaft vielfältige andere Möglichkeiten und Aufgaben.

3. Tariflohn und Effektivlohn

Die in den Lohn tariffvereinbarungen zwischen den beiden Sozialpartnern ausgehandelten Lohnsätze brauchen den tatsächlichen Verdiensten der Arbeitnehmer nicht notwendig zu entsprechen. Das wäre schon deshalb nicht erforderlich, weil im Lande Hessen bei etwa 25.000 Betrieben mit einer Nutzfläche über 10 ha der Land- und Fortwirtschaftliche Arbeitgeberverband im Jahre 1953 nur 450 Mitglieder zählte,²⁾ das sind 1,8 v.H., während die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten mit einem Mitgliederbestand von 12 bis 15 v.H. der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer rechnet, wovon der Hauptteil auf die Deputanten und Freiarbeiter entfällt, die breite Masse der Gesindekräfte wegen ihrer größeren örtlichen Verstreutheit und wohl auch wegen ihrer Interesselosigkeit unerfaßt bleibt. Aus diesem Grunde wird bei den weniger leistungsstarken Betrieben immer die Versuchung groß sein, soweit es die Verhältnisse am Arbeitsmarkt zulassen, untertarifliche Löhne zu zahlen. Jedenfalls konnten noch im Jahre 1954/55 die nordhessischen Arbeitsämter häufiger Fälle untertariflicher

1) Vgl.: BLOHM (11), S. 293; PRIEBE (39), S. 35

2) Jahresber.d.Hess.Bauernverb.f.d.Jahr 1953 (74), S. 14

Entlohnung melden. 1)

Auf lange Sicht ist freilich die Bedeutung der in den Tarifen festgelegten Bestimmungen über Arbeitsbedingungen und Lohnhöhe nicht zu unterschätzen. Insbesondere unter dem Einfluß des immer stärker schrumpfenden Arbeitsangebots sowie der Tatsache, daß die Arbeitsämter Arbeitskräfte nur zu den tariflich vereinbarten Bedingungen vermitteln, muß der Tariflohn für den gesamten landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt immer mehr den Charakter eines Mindestlohnes gewinnen. Außer gegebenenfalls über den tariflichen Barlohn hinausbezahlten Beträgen schließt der Effektivlohn auch die im Laufe des Jahres gewährten Sachleistungen, sowie alle dem Arbeiter im Rahmen der normalen Arbeitszeit zugewendeten Leistungs-, Arbeiterschwer- und Sozialzulagen ein (Akkordlohn, Tantiemen, zuschlagspflichtige Mehrarbeit, Schmutzzulagen, Treueprämien, Kinderzulagen usw.).

Da jedoch der Tariflohn Ausgangspunkt einer jeglichen Lohnbetrachtung ist, insofern sich die tatsächlich gezahlten Löhne auf ihm aufbauen, der insbesondere auch in der Landwirtschaft - wegen der hier nur in größeren zeitlichen Abständen durchgeführten Erhebungen des Effektivverdienstes - die einzige Größe für zeitliche und örtliche Lohnvergleiche darstellt, kommt ihm eine erhebliche Bedeutung zu.

In der Übersicht 1 (S. 84) wird die Bewegung der Tariflöhne der verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeitergruppen in Hessen im Zeitraum der Jahre 1948 bis 1955 wiedergegeben. Die Angaben gelten für die Ortsklassen A 2) und die jeweils höchsten Altersstufen und stellen den Gesamtlohn (tariflicher Barlohn + tariflich festgelegte Naturalleistungen unter Be-

1) Vgl. z.B. Septemberbericht 1955 des Arbeitsamtes Fulda: Die Nachprüfung von 160 Krankenkassenmeldungen ... ergab, daß nur 10 v.H. der landwirtschaftlichen Arbeitgeber den Tariflohn als Grundlage für die Beitragszahlung angegeben hatten. Von 90 v.H. der Arbeitgeber wurden Lohnbeträge angegeben, die meist weit unter den Tarifsätzen liegen.

Arbeitsamt Marburg, Juni 1954: Einige Jugendliche haben ihre Stellen wegen untartiflichen Lohnes aufgegeben ...

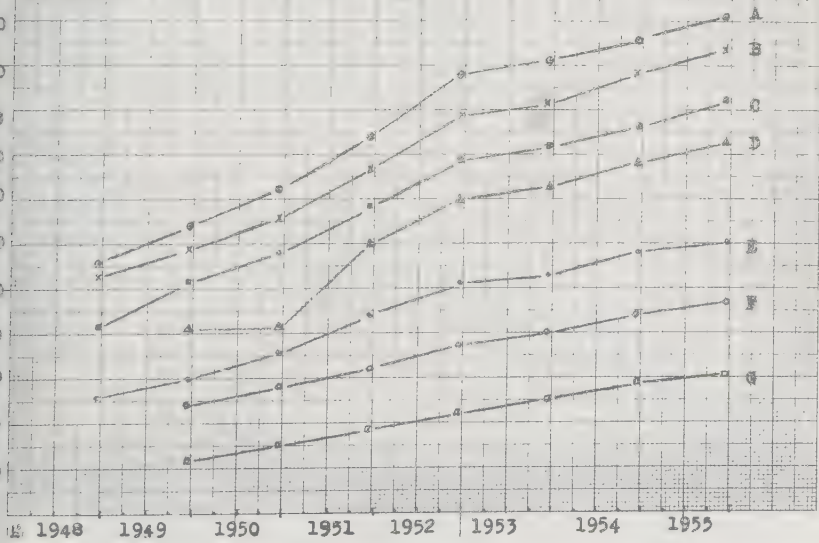
Arbeitsamt Hersfeld, Mai 1955: Lebhafter Stellenwechsel durch untartifliche Löhne oder schlechte Wohnverhältnisse.

2) Zur Ortsklasse A gehören in Nordhessen nur der Land- und Stadtkreis Kassel sowie der Kreis Hofgeismar.

Übersicht 1

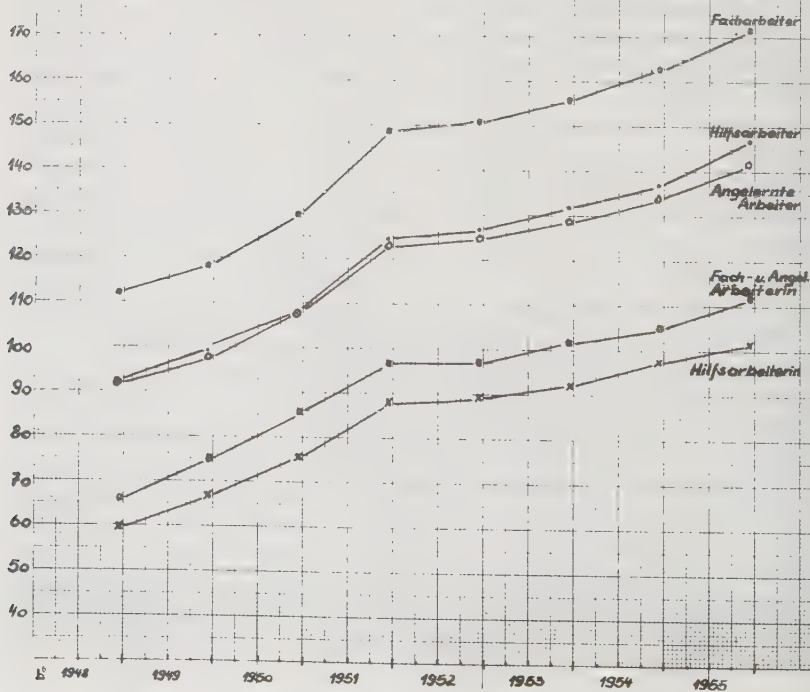
Tarif-Stundenlöhne (Gesamtlohn)
landwirtschaftlicher Arbeitnehmer
in Hessen 1948 - 1955 (in Pf)

- A = Spezialarbeiter
- B = Facharbeiter
- C = Landarbeiter
- D = Hilfsarbeiter
- E = Landarbeiterin
- F = allg. Monatslohn
- G = Weibl. Monatslohn



Übersicht 2

Tarifstundenlöhne
hessischer Industriearbeiter
1948 - 1955 (in Pf)



sichtigung der von den Arbeitnehmern bezahlten Beträge) dar, ¹⁾ und e beziehen sich auf die jeweils in den Novembermonaten geltenden Lohnsätze.

Zur Berechnung des Naturallohnanteils wurde bei den im Stundenlohn beschäftigten Arbeitnehmern (Spezial-, Fach-, Hilfs-, Landarbeiter und Landarbeiterinnen) angenommen, daß sie alle das tariflich vorgesehene Zukaufsrecht voll beanspruchen (s. die auf Seite 80 mit einem x versehenen Posten). Die Differenz zwischen den im Tarif festgelegten Zukaufspreisen und der amtlichen Bewertung, zuzüglich eines Betrages von ca. DM 64.- für sonstige Bezüge, ergibt einen versteckten Lohnanteil von DM 450.- für das Jahr 1953. Bei Zugrundelegung der tariflichen Arbeitszeit von 2.750 Stunden entfällt auf eine Arbeitsstunde ein Betrag von DM 0,16 (s. oben S. 60).

Bei den Monatslöhnern wurde mit den von der amtlichen Statistik ermittelten Sätzen für "freie Station" von DM 70,11 bzw. 60,79 sowie mit der tariflichen Jahresarbeitszeit von 3.100 Stunden gerechnet, wobei sich ein Naturallohnanteil in Höhe von DM 0,27 für männliche bzw. DM 0,23 für weibliche Arbeitskräfte je Arbeitsstunde ergibt, der zu dem auf Stunden umgerechneten Monatslohn addiert wurde.

Die so errechneten Stundenlohnsätze sind in mehrfacher Hinsicht ungenau: erstens, weil vor 1954 die tarifliche Arbeitszeit der Stundenlöhner länger war als hier angenommen, während für die G. sindekräfte überhaupt keine genaue Arbeitszeitregelung bestand; zweitens, weil 1948 die Werkwohnung und andere Sachleistungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, für die erst seit 1949 bestimmte Beträge zu zahlen sind. Schließlich aber wurde der Naturallohnanteil in der Höhe, wie er für das Jahr 1953 ermittelt wurde, auch in den anderen Jahren in Rechnung gestellt, obwohl sich sein Wert - hauptsächlich gemäß den Schwankungen der Erzeugerpreise - laufend änderte. (Vgl. den Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte:

1949 = 100;

1950 = 95;

1951 = 112;

1952 = 110;

1953 = 108;

1954 = 110;

Dez.

1955 = 119;

aus: Wirtsch.u.Stat. (80), 8.Jg., NF, Heft 4, S. 213)

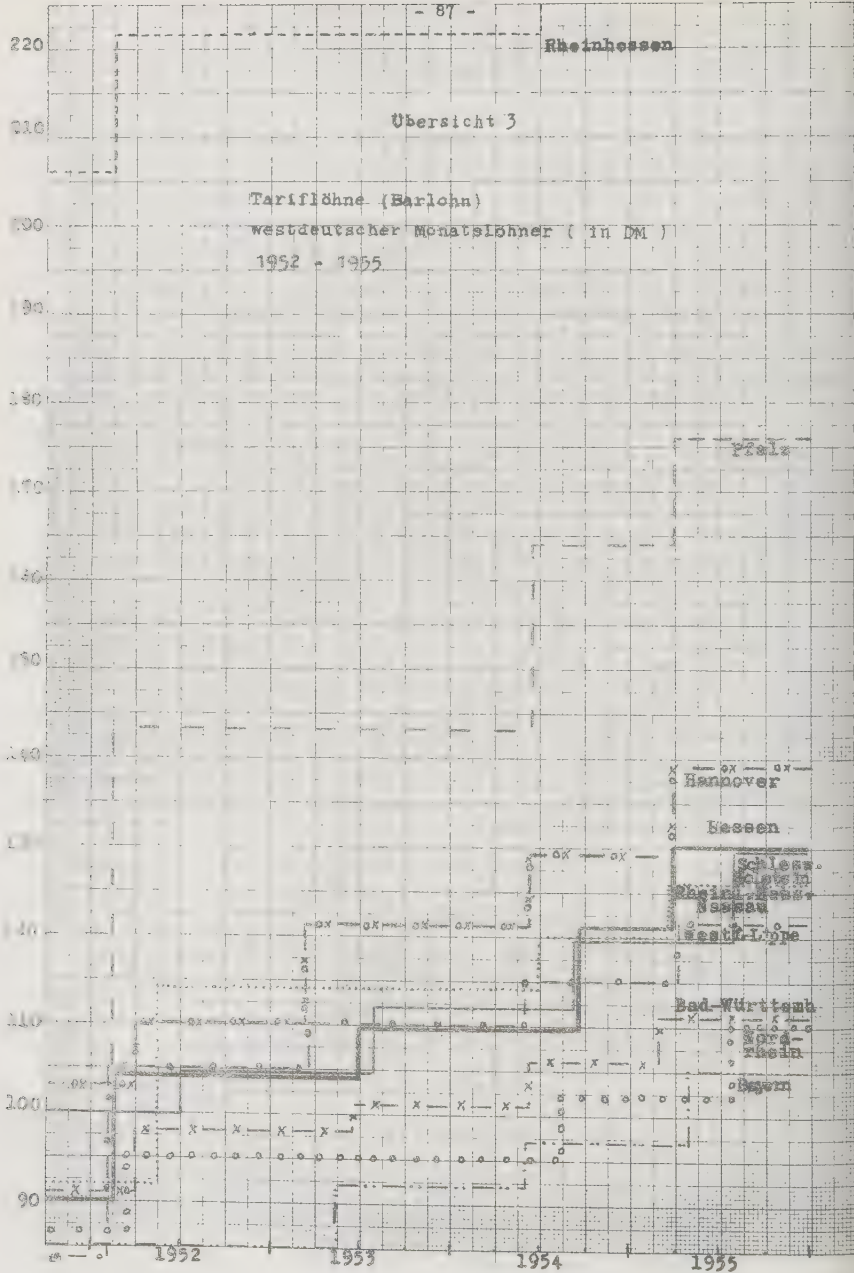
Rheinhausen

Übersicht 3

Tarifföhne (Barlohn)

westdeutscher Monatslöhner (in DM)

1952 - 1955

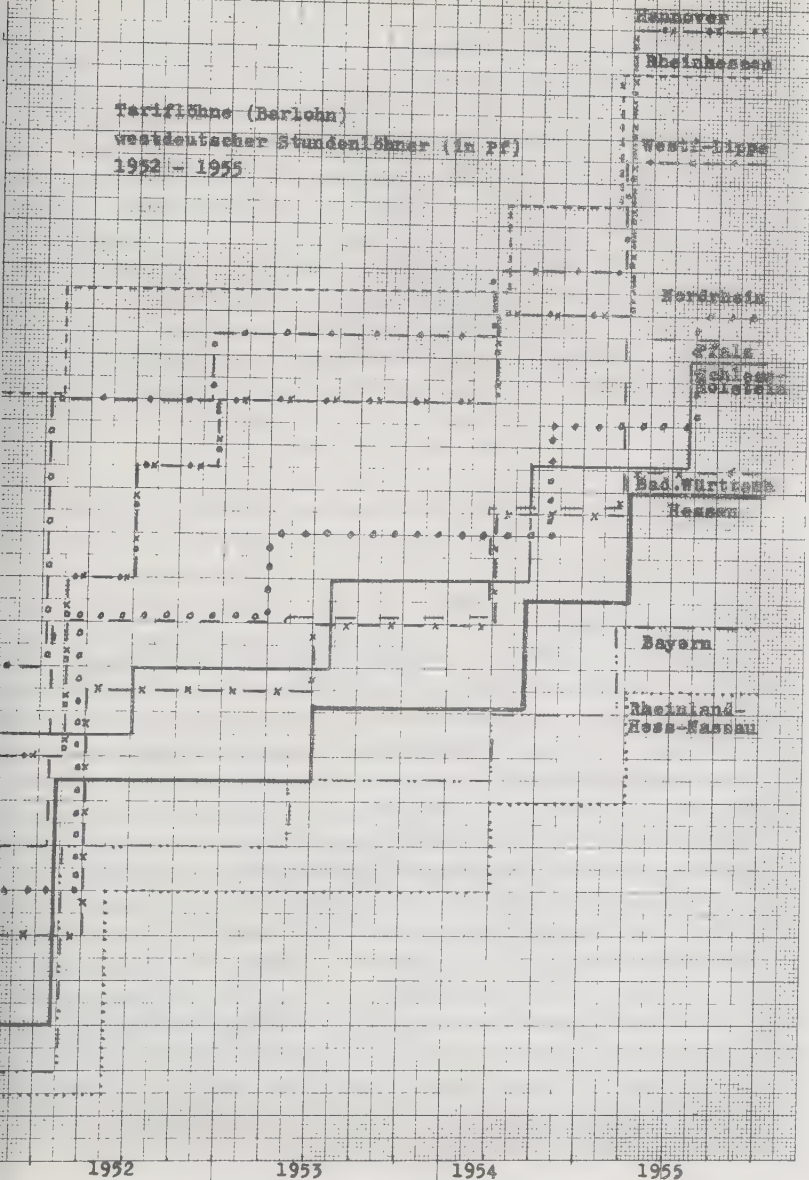


Übersicht 4

Tariflöhne (Berlohn)

westdeutscher Stundenlöhner (in Pf)

1952 - 1955



Trotz der bei derartigen Berechnungen unvermeidbaren Ungenauigkeiten dürften die Angaben eine im ganzen zutreffende Übersicht über die Größenordnungen vermitteln, mit denen man im hessischen landwirtschaftlichen Tariflohnwesen der letzten Jahre zu rechnen hat.

Am auffälligsten ist die absolut, wie auch im Vergleich zu den anderen Arbeitergruppen sehr geringe Lohnhöhe bei den Gesindekräften, obwohl es sich hier nicht etwa um den Lohn jugendlicher Arbeitskräfte handelt. Bei dem seit langem herrschenden Mangel an diesen Kräften, der sich von Jahr zu Jahr verschärft, hätte man erwarten können, daß die Tariftlöhne der Monatslöhner eine entsprechende Aufbesserung erfahren. Aber eher das Gegenteil ist der Fall; denn setzt man die Löhne der einzelnen Arbeitergruppen im Jahre 1949 = 100, so ergibt sich für 1955 folgende Steigerung:

Spezialarbeiter	150
Facharbeiter	149
Landarbeiter (= angelernte Arbeiter)	149
Hilfsarbeiter	157
Landarbeiterin (= angel.Arbeiterin)	150
männl. Monatslöhner	154
weibl. Monatslöhner	142

Abgesehen von der ohnedies schwächeren Lohnbewegung bei den weiblichen Monatslöhnern zeigt die Tabelle, daß man sich um eine im gegenseitigen Verhältnis der einzelnen Arbeitergruppen etwa gleichen Lohnentwicklung bemüht. So begrüßenswert dies auch im Hinblick auf die Herbeiführung eines als Anreiz wirkenden verhältnismäßig hohen Facharbeiter(tarif-)lohnes sein mag, um so benachteiligter sind von Jahr zu Jahr insbesondere die Gesindekräfte, da sich bei dieser Regelung die absolute Lohndifferenz ständig vergrößert. So betrug der Unterschied zwischen den Stundenlöhnen eines Landarbeiters und einer männlichen Gesindekraft im Jahre 1949 0,32 DM, im Jahre 1955 aber 0,45 DM (bei den entsprechenden weiblichen Kräften 0,17 und 0,29 DM). Das Bestreben, sich im Stundenlohn entlohnen zu lassen, wenn man sich überhaupt zum Landarbeiterberuf entschließt, wird schon allein aus dieser Tatsache verständlich. Man kann sagen, daß diese Politik nicht geeignet ist, dem Mangel an Gesindekräften von der Lohnseite her wirksam zu begegnen, zumal sich bei den besonders gesuchten jugendlichen Arbeitskräften die Diskrepanz noch vergrößert.

Bei der Betrachtung der übrigen (im Stundenlohn stehenden) Arbeitskräfte ist im Zeitraum 1949 bis 1952 ein schnelles Ansteigen der Lohnsätze festzustellen, in dessen Verlauf sich der Abstand des Spezial- und Facharbeiterlohnes vom Landarbeiterlohn ständig vergrößert, welche Entwicklung aus dem oben genannten Grund durchaus zu begrüßen ist. Seit 1953 verläuft die Bewegung jedoch in wesentlich ruhigeren Bahnen. Während sich die Differenz zum Hilfsarbeiterlohn etwas verringert hat, ist sie gegenüber der Landarbeitern - aus demselben Grund wie bei den Gesindekräften - immer größer geworden; eine Tatsache, die man bei der wachsenden Ablehnung der Landarbeit durch die Frau ebenfalls nicht erwartet hätte.

Der Vergleich der Tariflohnverhältnisse in der hessischen Landwirtschaft mit denen anderer westdeutscher Tarifbezirke zeigt ein unterschiedliches Bild.¹⁾ Während der Tariflohn der hessischen Monatslöhner Ende 1955 unter dem Bundesdurchschnitt lag (wobei für die Gebiete Rheinhessen und Pfalz besondere örtliche Verhältnisse in Rechnung zu stellen sind), ergibt sich für die hessischen Stundenlöhner ein unter dem Bundesdurchschnitt liegender Wert (vgl. Übersicht 3 und 4, S. 87, 88).

Die Gegenüberstellung der Tariflohnbewegungen innerhalb der letzten Jahre läßt jedoch deutlich werden, daß in Hessen die Bemühungen um die Verbesserung der Löhne beider Arbeitergruppen vergleichsweise intensiver waren als in den meisten anderen Bundesländern.

Hierbei handelt es sich allerdings nur um eine Betrachtung der reinen Lohnanteile.

Die Tariflohnbewegung in der westdeutschen Landwirtschaft 1951 - 1955

Tarifbezirk	Monats- löhner ^{a)}	Stunden- löhner ^{a)}
	1951	= 100
Schleswig-Holstein	130	118
Hannover	134	135
Nordrhein	126	130
Westfalen-Lippe	148	123
<u>Hessen</u>	144	129
Rheinland-Hessen-Nassau	137	123
Rheinhausen	119	114
Pfalz	171	124
Baden-Württemberg	122	126
Bayern	124	125

a) Männliche, gelernte Arbeitskräfte, über 21 Jahre

Interessante Aufschlüsse vermittelt auch ein Vergleich zwischen den Tariflöhnen in Landwirtschaft und Industrie.¹⁾ (Vgl. Übersichten 1 und 2, S. 84, 85).

Bei Zugrundelegung des Jahres 1949 (=100) ist bis Ende 1955 bei den industriellen Tariflöhnen folgende Bewegung festzustellen:

- 1) Zur Erläuterung der dargestellten industriellen Tariflöhne ist zu bemerken, daß es sich hierbei um die von der amtlichen Statistik ermittelten durchschnittlichen Werte der verschiedenen Industriegruppen Hessens handelt, zu deren Berechnung ebenfalls nur die Lohnsätze der höchsten tariflichen Altersstufe eingestellt wurden, wobei man sich auf die Erfassung der Zeitlöhne beschränkte und auch auf eine Aufgliederung nach Ortsklassen verzichtete. Da der Anteil der einzelnen Industriegruppen an der Gesamtindustrie sowie die Gliederung der Arbeitnehmer nach Geschlecht und Lohngruppen zu berücksichtigen war, handelt es sich um mehrfach gewogene Durchschnitte.
Vgl.: Staat und Wirtschaft (83), 6. Jg., Heft 5, S. 150 ff.

Männl. Facharbeiter	= 146
Männl. angelernter Arbeiter	= 145
Männl. Hilfsarbeiter	= 148
Weibl. Fach- und angel.Arb.	= 149
Weibl. Hilfsarbeiter	= 152

Gegenüber den landwirtschaftlichen Löhnen ist bis zum Jahre 1955 die Steigerungstendenz im ganzen etwas geringer, doch fällt hier das Bestreben auf, den Frauenlöhnen einen stärkeren Auftrieb zu geben. Absolut gesehen vergrößert sich freilich auch in der Industrie der Abstand der Frauenlöhne immer mehr, so daß man ihr Zurückbleiben in der Landwirtschaft wird weniger streng beurteilen müssen. Während die Relation der Löhne der angelernten Arbeiter zu denen der Facharbeiter ein ständig zunehmendes tarifliches Ungleichgefälle zeigt, bewegen sich die Tariflöhne der männlichen Hilfsarbeiter ebenfalls in steigendem Maße über dem Lohnniveau der angelernten Arbeiter. Diese Erscheinung erklärt sich aus dem großen Anteil der Hilfsarbeiter in einzelnen Industriegruppen, insbesondere im Baugewerbe, sowie aus dem hohen durchschnittlichen Tariflohn.

Bei einem Vergleich der landwirtschaftlichen und industriellen Löhne der einzelnen Leistungsgruppen zieht man üblicherweise bei den letzteren die den niedrigsten Ortsklassen entsprechenden Werte heran. Insofern man sich dabei von der Überlegung leiten läßt, daß sich der um einen industriellen Arbeitsplatz bemühende Landarbeiter in den meisten Fällen den dem Lande befindlichen Industrien zuwenden wird, ist es fraglich, ob den tatsächlichen Verhältnissen voll gerecht wird. Das gilt insbesondere für Nordhessen, aus dessen Bereich im Zuge der recht beträchtlichen Wanderungsbewegung der letzten Jahre in die südlichen Gebiete Hessens ebenfalls auch mancher Landarbeiter abgezogen worden ist. Freilich ist nicht zu übersehen, daß der seit neuerer Zeit zu beobachtende Aufschwung der ländlichen Industrie in Nordhessen auch für die örtlich gebundenen Landarbeiter Möglichkeiten eines Berufswechsels bietet.

Bedeutungsvoller ist indes ein anderes Argument, mit dem die Notwendigkeit der Heranziehung ländlicher Industriearbeiterlöhne zu Vergleichszwecken vertreten wird. Ausgangspunkt ist dabei die Tatsache, daß der Lohn eine Bedeutung nicht in sich selbst trägt, sondern daß die Markt- und Preisverhältnisse, sowie der jeweilige Lebensspielraum und das Milieu sei-

nen realen Wert entscheidend bestimmen. Aus diesem Grunde wurde schon vom Statistischen Reichsamt ¹⁾ 1924 die Ansicht geäußert, daß zu einem Lohnvergleich zwischen Landwirtschaft und Industrie nur solche Industriearbeiter herangezogen werden sollten, die unter Landarbeitern ungefähr ähnlichen Verhältnissen leben, das bedeutet also eine Beschränkung auf die Lohnempfänger niedriger Ortsklassen. Die gleiche Auffassung wird in neuester Zeit wieder vom Bundesernährungsministerium und auch in der erwähnten Arbeit ZÖLLNERS vertreten. ²⁾

Es erscheint indessen zweifelhaft, ob diese vor 30 Jahren sicher berechnete Auswahl auch heute noch voll gerechtfertigt ist. Denn obgleich keine statistischen Aussagen darüber vorliegen, deutet doch alles darauf hin, daß sich die Lebensverhältnisse und Verbrauchsgewohnheiten der ländlichen Industriearbeiter mehr und mehr denen ihrer in der Stadt wohnenden Kollegen angleichen, zumal sie bei den heute gezahlten Löhnen zu einem großen Teil nicht mehr darauf angewiesen sind, etwa durch Viehhaltung und Landbewirtschaftung ihre Lebenshaltung zu verbessern. ³⁾ Da man dem Landarbeiter nicht ernsthaft solche Ausgaben, wie sie das städtische Leben mit seinen Kinos, Sportveranstaltungen, Vergnügungen usw. als gesparte Beträge zur Last legen kann, läuft die Heranziehung nur der niedrigen Löhne auf die Berücksichtigung des Kaufkraftunterschiedes zwischen Stadt und Land hinaus, die ja aber gerade durch die verschiedenen Ortsklassen ausgeglichen werden soll.

Darüber hinaus ist die landläufig vertretene Meinung über die niedrigen Preise in ländlichen Gegenden alles andere als sicher. Denn nicht nur gegenüber Gütern des gehobenen Bedarfs, sondern auch gegenüber einfacheren Erzeugnissen hat die Geldeinheit der ländlichen Bevölkerung eine verminderte Kaufkraft.

"Selbst in der Versorgung mit Lebens- und Genußmitteln ist die Stadt dem Lande in normalen Zeiten überlegen. Gewiß schafft sich das Landvolk billig seine eigenen Nahrungsmittel. Sollen sie aber dauernd und in der gleichen Güte wie in der Stadt zur Verfügung stehen, etwa in der Form von Frischfleisch, Frühgemüse, Obst usw., so entfallen auch auf diesem Gebiete viele

1) Wirtsch. u. Stat. (80), Jg. 1924, Heft 21, S. 679

2) siehe oben S. 67

3) Siehe unt. S. 130

rzüge des Landlebens".¹⁾

Da auch in dieser Hinsicht brauchbare Unterlagen darüber fehlen, ob, insgesamt gesehen, die Lebenshaltungskosten auf dem Lande tatsächlich niedriger sind als in der Stadt, darüber hinaus heute die breite Masse der Landarbeiterschaft das Leben auf dem Lande sowieso als Nachteil empfindet, kann die Zweckmäßigkeit einer Beschränkung auf die niedrigsten Einklassens nicht überzeugen.

Abgesehen von dem Individualcharakter des einzelnen Lohnes, der jeglichen Vergleich in seinem Aussagewert beeinträchtigt, zeigen die vorstehenden Überlegungen die hauptsächlichsten Schwierigkeiten, die bei der Festfindung eines vergleichbaren nichtlandwirtschaftlichen Lohnes auftreten. Da aber die Lohnpolitik sich nicht allein auf die subjektive Ansicht der Landarbeiter darüber verlassen kann, ob ihr Lohn angemessen ist oder nicht, ergibt sich die Notwendigkeit, die vorhandenen Angaben über die Lohnverhältnisse der Industriearbeiter als ungefähren Maßstab heranzuziehen, wobei die Frage nach der Auswahl höherer oder niedrigerer Ortsklassen mindestens solange verhältnismäßig unbedeutend ist, als der Landarbeiter Lohn im einen wie im anderen Falle unter dem industriell-gewerblichen Lohnniveau liegt. Soweit trotzdem auf die niedrige Ortsklasse abgestellt werden muß, ist von den hier ausgewiesenen Lohngrößen - die den Durchschnitt aller Ortsklassen darstellen - ein Abzug in Höhe von 7,5 v.H. vorzunehmen, der der fraglichen Differenz entsprechen.

Im einzelnen ergeben sich für das Ende des Jahres 1955 zwischen den Tariflöhnen der vergleichbaren Leistungsgruppen in Industrie und Landwirtschaft die folgenden Lohnunterschiede:

SENDORF (46), S. 245; vgl. zu diesem Fragenkreis auch die Bestrebungen der Gewerkschaften, die Lohnunterschiede nach Ortsklassen fallen zu lassen, "da die Lebenshaltungsunterschiede zwischen Stadt und Land infolge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse im wesentlichen beseitigt wurden". POTH (37).

Lohndifferenzen zwischen den durchschnittlichen industriellen und landwirtschaftlichen (Gesamt-) Tarifstundenlöhnen in Hessen 1955 (in v.H.)¹

Leistungsgruppe	Industrie	Landwirtschaft
Facharbeiter	100	77 (Vorarbeiter)
Angelernter Arbeiter	100	a) 86 (Landarb.i/Std.lohn) b) 54 (Landarb.i/Mon.lohn)
Hilfsarbeiter	100	77 (ungel.Arbeiter in Stundenlohn)
Fach-u.angelernte Arbeiterinnen	100	a) 80 (Landarbeiterin in Stundenlohn) b) 54 (Landarbeiterin in Monatslohn)

Es wird ersichtlich, daß die Lohnangleichung von den Sozialpartnern am stärksten in der Gruppe der Landarbeiter (bzw. den entsprechenden weiblichen Arbeitskräften) vorangetrieben wurde, Fach-²⁾ und Hilfsarbeiter folgen in einigem Abstand, während der Lohn der Gesindekräfte nur wenig mehr als die Hälfte der entsprechenden Verdienste in der Industrie ausmacht.

Da diese Regelung keinesfalls den Angebots- und Nachfrageverhältnissen auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt entspricht, kann die Gegenüberstellung der landwirtschaftlichen Tariflöhne und der tatsächlichen Bruttostundenverdienste einen Hinweis darauf geben, wie die Landwirtschaft den Wert der einzelnen Arbeiterkategorien beurteilt bzw. inwieweit sie überhaupt willens oder fähig ist, die von den Sozialpartnern vereinbarten Löhne zu zahlen.

In der Nachkriegszeit wurden jedoch nur zwei Verdiensterhebungen in der Landwirtschaft durchgeführt, so daß der Vergleich lediglich für die Erhebungsjahre 1950 und 1953 durchgeführt werden kann. Eine Darstellung der Verhältnisse der letzten zwei bis drei Jahre, die im Hinblick auf die in dieser Zeit eingetretenen Veränderungen am Arbeitsmarkt von Interesse

1) S. Übersichten 1 u. 2, S. 84, 85

2) Setzt man den Lohn der landwirtschaftlichen Spezialarbeiter zu dem der industriellen Facharbeiter in Beziehung, so ergibt sich eine Differenz von 18 v.H.

wäre, ist daher nicht möglich. ¹⁾

Durchschnittliche Tariflöhne und Effektivverdienste ²⁾ in der
hessischen Landwirtschaft 1950 und 1953 (Pf/Std.)

Arbeitergruppe	Tarif- lohn a)	Effektiv- lohn b)	Tarif- lohn a)	Effekt, lohn b)
	1950		1953	
Spezialarbeiter	94	86	128	119
Facharbeiter	89		118	
Hilfsarbeiter	70	65	100	nicht erfaßt
Landarbeiter	82	80	109	112
Landarbeiterin	60	50	80	72
m.Monatslöhner	52	53	67	74
w.Monatslöhner	42	42	49	54

a) Gewogener Durchschnitt für die Ortsklasse B

b) angenommene Arbeitszeit bei Stundenlöhnern = 2.750,
bei Monatslöhnern = 3.100 Jahresarbeitsstunden.

Die Aufstellung zeigt, daß im ganzen gesehen zwar die tatsächlichen Verdienste dem steigenden Tariflohniveau folgen, bei den einzelnen Arbeitergruppen dagegen Korrekturen vorgenommen werden. Da die Effektivverdienste die oben genannten Zuschläge mitumfassen, diese aber in der Hauptsache nur bei den Spezial- und Facharbeitern eine Rolle spielen, scheinen die Löhne der Landarbeiter am meisten ihren Tariflöhnen zu entsprechen (1950 lagen sie etwas unter, 1953 vermutlich leicht über dem tariflichen Lohnsatz). Da die Spezialarbeiter und Facharbeiter bei der Erhebung zusammen erfaßt wurden, verwischt sich das zwischen ihnen bestehende Lohngefälle; jedenfalls kann man annehmen, daß beide Gruppen in beiden Erhebungsjahren knapp unter-

1) Wenn schon die Eigenart der landwirtschaftlichen Entlohnung Verdiensterhebungen in der Landwirtschaft nur in erheblich größeren Zeitabständen zuläßt, als diese bei den Industriearbeiterlöhnen erfolgen, so wäre doch eine raschere Veröffentlichung der Ergebnisse erwünscht. Für die laufenden Lohnverhandlungen dürfte ihre Bekanntgabe zwei Jahre nach Abschluß der Erhebungsarbeiten - wie im Falle der Verdiensterhebung 1953 - nur noch von geringerem Werte sein.

2) Vgl.: Arbeiterverdienste (83).

tariflich bezahlt wurden. Eindeutig zu ihren Ungunsten nicht tarifmäßig entlohnt wurden in beiden Fällen die Landarbeiterinnen (1950 um ca. 15 v.H., 1953 um ca. 10 v.H.). Der Lohn der Hilfsarbeiter lag 1950 um etwa 6 v.H. unter dem Tariflohn, er dürfte sich in der Zwischenzeit diesem weiter angenähert haben.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei der Lohnsituation der Monatslöhner: schon 1950 entsprachen die effektiven Verdienste der männlichen und weiblichen Gesindekräfte ihren Tariflöhnen und stiegen in den folgenden drei Jahren in beiden Fällen um 10 v.H. über diese hinaus. Diese durchschnittlich übertarifliche Bezahlung ist indessen nicht im Sinne einer besonderen Leistung der Landwirtschaft zu werten, sondern unterstreicht die Notwendigkeit einer energischen - tariflichen - Lohnaufbesserung der Monatslöhner.

Die hier dargestellten Lohnangaben bedürfen noch insofern einer Ergänzung, als für einen Teil der Arbeitnehmer, insbesondere für die Monatslöhner, oft "freier Lohn" vereinbart wird. Der effektive Lohn dieser Kräfte erhöht sich also um die vom Arbeitgeber übernommenen Soziallasten. Diese bestehen bei den Gesindekräften in der Hauptsache aus dem Sozialversicherungsanteil (etwa 7 bis 8 v.H. des Bruttoverdienstes), während die Steuerabzüge kaum ins Gewicht fallen (0,1 bis 0,2 v.H.). Soweit also eine entsprechende Regelung getroffen wurde, ist zum Lohn der männlichen Monatslöhner ein entsprechender Betrag von ca. 6 Pf./Std., zu dem der weiblichen Monatslöhner einer in Höhe von rd. 4 Pf./Std. hinzuzurechnen. Diese Besonderheit ist auch bei den folgenden Lohnvergleichen zu beachten.

Die oben wiedergegebenen tatsächlichen Verdienste der verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeitergruppen geben einen Einblick in die durchschnittliche Lohnsituation der hessischen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, von der in mehrfacher Hinsicht Abweichungen festzustellen sind. So ist sicher, daß in abgelegenen und industriefernen Gegenden der Lohn tendenziell niedriger ist als z.B. in der näheren Umgebung Kassels, wo die Landwirtschaft mit der Industrie in eine schärfere Konkurrenz um die Arbeitskräfte treten muß. Ebenso spielt die Nutzungsrichtung eine bedeutende Rolle: ein auf Spezialkulturen ausgerichteter Betrieb wird viel eher in der Lage und bereit sein, höhere Löhne zu zahlen als ein extensiv betriebener Hof in den Futterbaugegenden des Landes. Über die Möglichkei-

ten der Verdienstdifferenzierungen konnten von der Statistik im Rahmen der Repräsentativ-Erhebungen keine Angaben gemacht werden.

Dagegen erlaubten die Ergebnisse der Erhebung des Jahres 1953 die Untersuchung der Verdienstabstufungen nach zwei weiteren Kriterien: nach dem Familienstand und der Kinderzahl der Arbeiter sowie nach der Größe des sie beschäftigenden Betriebes.

Im ersten Falle zeigt sich, daß bei der Entlohnung Familienstand und Kinderzahl Berücksichtigung finden, obwohl eine tariflich vereinbarte Verpflichtung zu Sozialzulagen irgendwelcher Art nicht bestehen.

Durchschnittliche Effektivverdienste ^{a)} landwirtschaftlicher Arbeitskräfte nach Familienstand und Kinderzahl im September 1953 ¹⁾

Arbeitergruppe	Ledige ^{b)}	Verheiratete, Verwitwete oder Geschiedene				
		ohne Kinder	mit 1 Kind	mit 2 Kindern	mit 3 Kindern	m.4.u. mehr K.
		Gesamtbruttogehaltsverdienste in DM				
Monatslöhner insgesamt	162 (0,63)	216 (0,84)	242 (0,93)	269 (1,04)	289 (1,12)	303 (1,17)
darunter männl.Dauerarbeitskräfte	170 (0,66)	200 (0,77)	221 (0,86)	226 (0,87)	226 (0,87)	[200 (0,77)]
männl.Fach-und Spezialarbeiter	223 (0,86)	297 (1,15)	331 (1,28)	349 (1,35)	357 (1,38)	389 (1,51)
		Gesamtbruttostundenverdienste in Pf.				
Stundenlöhner insgesamt	85	91	91	89	91	87
darunter männl.Dauerarbeitskräfte	103	109	111	114	116	111
männl.Fach-und Spezialarbeiter	107	118	119	126	[120]	[120]

- a) Gewogene Durchschnittswerte für alle Betriebsgrößenklassen. Zahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf weniger als 20 erfaßte Arbeitskräfte, die in runden Klammern zeigen die unter Zugrundelegung der tariflichen Arbeitszeit vom Verfasser errechneten Stundenverdienste der Monatslöhner
- b) Ohne Berücksichtigung der Kinderzahl.

1) Nach: Arbeiterverdienste (83), S. 7

Die Verdienste der im Monatslohn wie im Stundenlohn stehenden Arbeitnehmer steigen vom Ledigen über den Verheirateten ohne Kinder zu den Verheirateten mit Kindern an und richten sich hier deutlich nach deren Zahl. Diese Erscheinung dürfte sich weitgehend aus einer Erweiterung des Bezugsrechtes verbilligter Nahrungsmittel ergeben. Ein Vergleich der hier ausgewiesenen Effektivverdienste der verheirateten Monatslöhner (insbes. der Fach- und Spezialarbeiter) sowie der unverheirateten Stundenlöhner mit den oben errechneten Tariflöhnen ist nicht möglich, da die ersteren meist nicht im Haushalt des Arbeitgebers leben, die letzteren keinen Anspruch auf den zugrundegelegten Naturalienbezug haben. Dagegen wird ersichtlich, daß die ledigen männlichen Dauerarbeitskräfte im Monatslohn nur knapp den Tariflohn erreichen.¹⁾ Berücksichtigt man, daß diese Arbeitnehmer vornehmlich in den kleineren Betrieben arbeiten, die im allgemeinen verheiratete Kräfte nicht beschäftigen, beweist auch die Aufgliederung der Monatslöhner nach der Größenklasse der sie beschäftigenden Betriebe ihre unterdurchschnittliche Bezahlung.

Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der Monatslöhner
im Jahre 1953 nach Betriebsgrößenklassen. ²⁾

Betriebs- größenklasse	Landarbeiter ^{a)}		Meßzahl ^{b)}	Landarbeiterinnen ^{a)}	
	DM			DM	Meßzahl ^{b)}
5-unt. 20 ha	2101 (0,68) ^{c)}	100	1598 (0,52)	100	
20 " 50 ha	2398 (0,77)	114	1718 (0,55)	108	
50 ha u.mehr	2758 (0,89)	131	1851 (0,60)	116	

a) Im Alter von 21 und mehr Jahren. b) Bruttojahresverdienst in der Betriebsgrößenklasse 5 bis unter 20 ha = 100.

c) Zahlen in Klammern geben die gemäß der tariflichen Arbeitszeit umgerechneten Stundenverdienste wieder.

Die geringere Verdienststeigerung bei den Frauen erklärt sich hauptsächlich aus dem auch in den größeren Betrieben gegenüber den Männern geringeren Anteil der Verheirateten.

Diese im einzelnen auftretenden Möglichkeiten der Verdienstdifferenzierungen innerhalb der verschiedenen Arbeitergruppen sind zu berücksichtigen,

1) Bei einem Vergleich mit den auf S. 98 angegebenen Werten ist zu beachten, daß es sich dort um die durchschnittlichen Effektivlöhne der Arbeitskräfte über 21 Jahre handelt, während bei dem hier wiedergegebenen Lohnsatz die jüngeren und niedriger bezahlten Arbeiter ein starkes Gewicht haben.

2) Arbeiterverdienste (83), S. 7

wenn nun im folgenden die tatsächlichen Verdienste der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer denen der Industriearbeiter gegenübergestellt werden.

Lohndifferenzen zwischen den durchschnittlichen industriellen und landwirtschaftlichen Effektivstundenlöhnen in Hessen 1950 und 1953 (in v.H.) ¹⁾

Industrie	1950,53	Landwirtschaft	1950	1953
Facharbeiter	100	Fach-u. Spezialarbeiter im Stundenlohn	57	63
Angelernter Arbeiter	100	Landarb. i. Stundenlohn Landarb. i. Monatslohn	58 38	64 42
Hilfsarbeiter	100	Ungelernter Arbeiter im Stundenlohn	56	-
Fach-u. angelernte Arbeiterin	100	Landarbeiterin im Stundenlohn Monatslohn	56 47	64 48

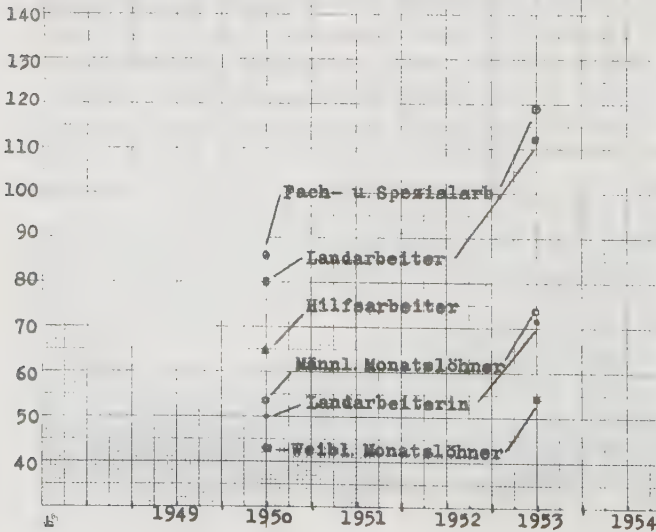
In diesen Zahlen spiegelt sich die allmähliche Annäherung der Löhne der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer an die der Industriearbeiter im Zeitraum 1950/53 wider, die bei den Stundenlöhnern in stärkerem Maße als bei den Monatslöhnern vor sich ging. Es zeigt sich aber auch die große Differenz, die zwischen den einzelnen Gruppen noch besteht, so daß man zweifeln muß, ob es der Landwirtschaft in absehbarer Zeit gelingen wird, allgemein industriegleiche Löhne zu zahlen: der absolute Lohnunterschied zwischen einem Landarbeiter im Monatslohn und einem angelernten Industriearbeiter betrug im Jahre 1953 je Arbeitsstunde durchschnittlich ca. DM 1.-! ²⁾ (Vgl. Übersichten 5 u. 6, S. 101, 102).

Die Gegenüberstellung des durchschnittlichen Lohnes eines industriellen Hilfsarbeiters und der Landarbeiterlöhne zeigt, inwieweit sich die einzelnen landwirtschaftlichen Arbeitergruppen bei einem Berufswechsel - bei dem sie zunächst meist als Hilfsarbeiter eingestellt werden dürften - eine Lohnverbesserung versprechen können.

- ¹⁾ Siehe Übersichten 5 u. 6, S. 101, 102
²⁾ "Der Gesamtlohn ... ist schließlich der gesamten Arbeitszeit im Betrieb gegenüberzustellen, da sonst die Gefahr besteht, daß ein nur durch hohe zeitliche Beanspruchung erreichtes hohes Gesamtergebnis zu günstig erscheint. In der Errechnung des Gesamtlohnes je Arbeitsstunde liegt daher eine wichtige Gegenprobe".
 PRIEBER, BOESLER, SCHUBERT: Der Lebensbereich des Landarbeiters (65), S. 7

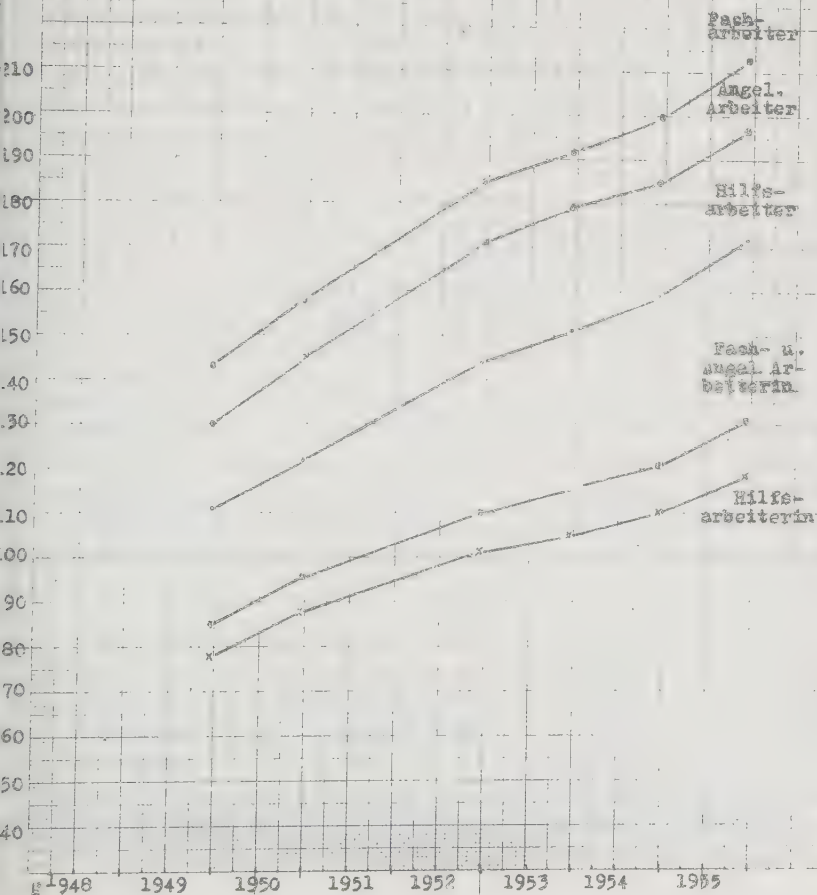
Übersicht 5

Effektivstundenlöhne (Gesamtlohn)
landwirtschaftlicher Arbeitnehmer
in Hessen 1950 und 1953 (in Pf)



Übersicht 6

Effektiv-Stundenlöhne
hessischer Industriearbeiter
1949 - 1955 (in Pf)



Setzt man den Lohn des männlichen bzw. weiblichen Hilfsarbeiters = 100, so betrug 1953 der Lohn des/der landwirtschaftlichen

Fach- und Spezialarbeiters	= 80
Landarbeiters	= 76
Landarbeiterin	= 69
männl.Monatslöhners	= 50
weibl.Monatslöhners	= 52

Stellt man auf die Situation in Nordhessen ab, so kann der Eindruck entstehen, daß die hier wiedergegebenen, für das ganze Land Hessen geltenden Industriearbeiterlöhne durch die andersartigen Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft im Rhein-Main-Gebiet zu stark überhöht sind. Dieser Einwand ist insofern berechtigt, als es in den vergangenen Jahren infolge der starken Arbeitslosigkeit in Nordhessen durchaus nicht in das Belieben des einzelnen Arbeiters gestellt war, in die jeweils in der Nähe gelegene Industrie abzuwandern oder nicht. Das Überangebot an Arbeitskräften wirkte sich in jener Zeit dahin aus, daß der Lohn der nordhessischen Arbeitnehmerschaft teilweise erheblich unter dem ihrer südhessischen Kollegen lag, was durch die Tatsache bewiesen wird, daß im Rechnungsjahr 1952 die je Kopf entfallende Lohnsteuer in den Reg.Bez. Darmstadt und Wiesbaden DM 92,01, im Bezirk der Handelskammer Kassel dagegen nur DM 43.96¹⁾ betrug.

Mit zunehmender Annäherung an die Vollbeschäftigung entsteht jedoch in neuerer Zeit für die nordhessische Landwirtschaft der Zwang, nun auch mit den ländlichen Industrien in Wettbewerb um die Arbeitskräfte zu treten.

Betrachtet man die einzelnen nordhessischen Landkreise auf die Ausweichmöglichkeiten hin, die sie den Landarbeitern bieten, so fallen in der Hauptsache die folgenden Industriezweige ins Auge (Kassel-Stadt bleibt unberücksichtigt):

Holz- und holzverarbeitende Industrie: (Witzenhausen, Waldeck, Frankenberg, Hofgeismar, Wolfhagen).

Textilindustrie: (Hersfeld, Witzenhausen, Eschwege, Marburg-L.)

Industrie der Steine und Erden: (Witzenhausen, Kassel-L.)

Bergbau: (Kali: Hersfeld; Kohle: Witzenhausen, Fritzlar, Ziegenhain;

Kupfer, Schiefer: Rotenburg).

¹⁾ Vgl.: Wirtschaft von Kurhessen-Waldeck, Lage und Entwicklung 1953/54 in: Kurhess.Wirtschaft (72).

Wie aus den Übersichten 7 u. 8, S. 105 f. ersichtlich wird, waren die im Jahre 1953 in diesen Industriezweigen tatsächlich gezahlten Löhne in der Tat niedriger als die aus dem Durchschnitt aller Industriegruppen ermittelten Lohnangaben. Eine Ausnahme bilden die Frauenlöhne, doch sind die hier ausgewählten Berufe, abgesehen von der Textilindustrie, nicht als typische Frauenberufe anzusehen. Jedenfalls sank auch hier der Lohn niemals soweit ab, daß ein Berufswechsel für den größten Teil der Landwirtschaft nicht eine zum Teil erhebliche Lohnverbesserung bedeutet hätte. Darüber hinaus darf man mit dem Fortschreiten der Industriean siedlung in Nordhessen auch mit einer Annäherung des Industriearbeiterlohnes an die in südlichen Hessen herrschenden Verhältnisse rechnen. Setzt man den Lohn der entsprechenden Leistungsgruppen in den verschiedenen Industriezweigen = 100, so ergibt sich für die im Jahre 1953 effektiv gezahlten Landarbeiterlöhne folgendes Bild:

Leistungsgruppe	I n d u s t r i e z w e i g e			
	Sägerei	Bautisch- lerei und Möbelher- stellung	Steine u. Erden	Textil
Fach- u. Spezialarbeit er im Stundenlohn 1)	79	75	70	75
Landarbeiter im Stundenlohn 2)	80	73	65	73
Landarbeiter im Monatslohn 2)	53	48	43	48
Landarbeiterin 2) im Stundenlohn	60	59	48	63
Landarbeiterin 2) im Monatslohn	44	44	35	47
	Bergbau 3)			
	Eisenerz	Kali	Braunkohle	
Landarbeiter im Stundenlohn 2)	71	69	68	
Landarbeiter im Monatslohn 2)	48	46	45	

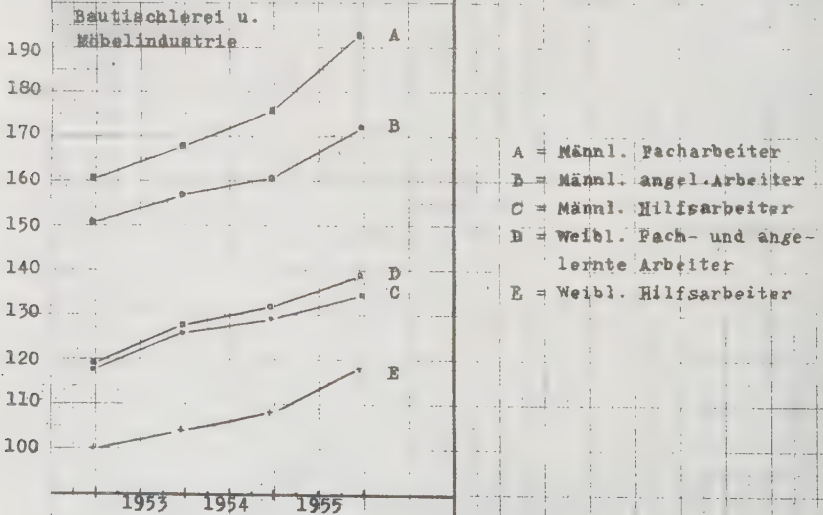
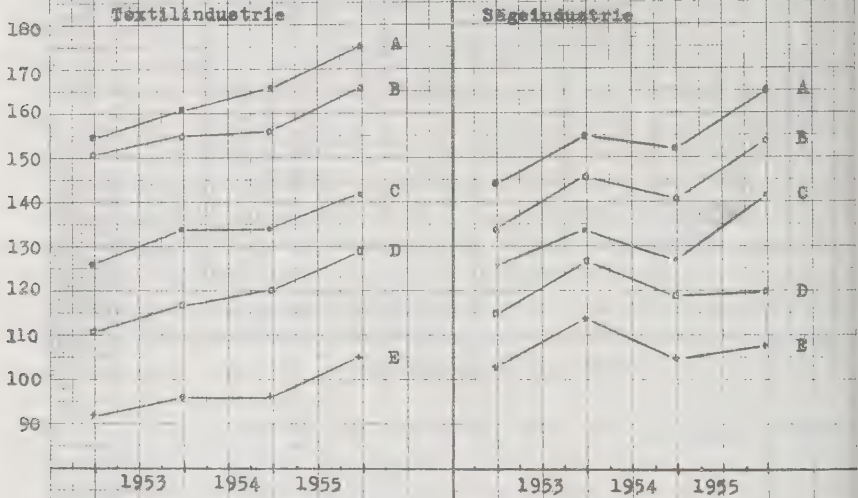
1) Entspr. der industriellen Gruppe des Facharbeiters

2) Entspr. der industriellen Gruppe des angelernten Arbeiters bzw. der Fach- und angelernten Arbeiterin

3) Durchschnittslohn aller männlichen Leistungsgruppen.

105 -
Übersicht 7

Effektiv-Stundenlöhne (in Pf) ländlicher Industrien Hessens

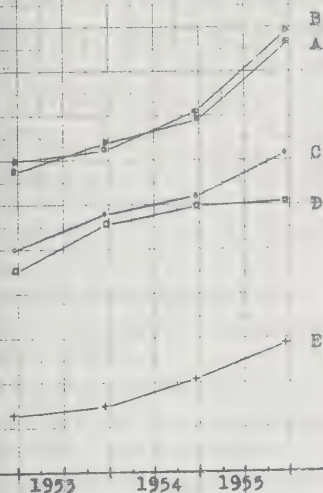


- A = Männl. Facharbeiter
- B = Männl. angelernte Arbeiter
- C = Männl. Hilfsarbeiter
- D = Weibl. Fach- und angelernte Arbeiter
- E = Weibl. Hilfsarbeiter

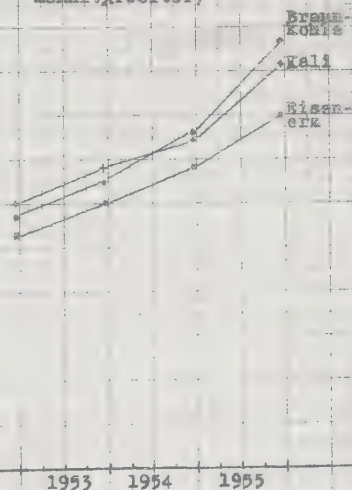
Übersicht 2

Effektiv-Stundenlöhne (in Pf.) ländlicher Industrien Hessens
1953 - 1955

Steine und Erden



Bergbau (Durchschnitt aller männl. Arbeiter)



- A = Männl. Facharbeiter
- B = Männl. angel. Arbeiter
- C = Männl. Hilfsarbeiter
- D = Weibl. Fach- und ange-
lernter Arbeiter
- E = Weibl. Hilfsarbeiter

Schließlich soll das Verhältnis des Landarbeiterlohnes zu dem des Baugewerbes untersucht werden, das im hier behandelten Zusammenhang insofern von Bedeutung ist, als nach den übereinstimmenden Berichten der Arbeitsämter gerade dieser Beruf als erste Station des abwandernden jugendlichen Landarbeiters anzusehen ist, von der aus oft noch weitere Berufswechsel erfolgen, die aber nur in seltenen Fällen zurück in die Landwirtschaft führen.

Im Baugewerbe bezog ein berufsfremder Arbeiter über 17 Jahre 1955 bei einer täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden in Ortsklasse III (also keinesfalls in Großstadtnähe) einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von ca. DM 250.-- (Stundenlohn = DM 1.20) ¹⁾.

Dem soll der Lohn eines gleichaltrigen Monatslöhners gegenübergestellt werden, für dessen "freie Station" nicht der von der Statistik für 1953 er rechnete Satz von DM 70.--, sondern ein Betrag von DM 100.-- angesetzt wird zuzüglich den tariflichen Barlohn in Höhe von DM 107.--. Weiter wird unter stellt, daß der Jugendliche in einem größeren Betriebe arbeitet, der ihn um 20 v.H. über den tariflichen Gesamtlohn entlohnt (DM 100.- + 107.- + 41.-).

Unter diesen im einzelnen Fall durchaus möglichen Umständen sind die monatlichen Bruttoverdienste beider Arbeitnehmer gleich; indessen muß der Landarbeiter im Monat mindestens 50 unbezahlte Überstunden leisten, während der Bauarbeiter die Aussicht hat, nach 4 Monaten in die nächsthöhere Lohngruppe aufzurücken. An diesem Beispiel soll verdeutlicht werden, in welchem Maße auf der Basis von Jahres- oder Monatsverdiensten durchgeführte Lohnvergleiche zu einem schiefen Bild führen; denn der auf der einzig sinnvollen Grundlage, der Arbeitsstunde, durchgeführte Vergleich zeigt selbst unter den angenommenen günstigen Bedingungen eine Lohndifferenz von 23 Pf. je Stunde.

Zusammenfassend ist man zu folgender Beurteilung der Lohnsituation berechtigt: ohne die Lohnfrage als die allein ausschlaggebende Ursache der "Leutenot" auf dem Lande anzusehen, wird man doch den bleibenden Erfolg aller weiteren Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels bezweifeln

1) Errechnet nach den geltenden Tariflöhnen, die hier nach Angaben des Stat. Landesamtes erfahrungsgemäß mit den Effektivverdiensten im allgemeinen übereinstimmen.

essen, solange die Lohndifferenz selbst zu den niedriger entlohten ländlichen Industriearbeitern 25 bis 50 v.H. beträgt. Erschwerend kommt hinzu, daß sich diese Lohnlücke für die Landarbeiter infolge der subjektiv niedrigeren Bewertung des Naturallohnanteiles noch vergrößert. Diese Auffassung ist vom Standpunkt des einzelnen Arbeitnehmers insofern durchaus beachtlich, als ein großer Teil der jungen Industriearbeiter im elterlichen Hause wohnt, wo er oft überhaupt kein Kostgeld abzuführen braucht oder für einen nicht die Kosten deckenden Betrag.

Mit der unvermeidbar gewordenen Einführung kürzerer Arbeitszeiten in der Landwirtschaft wird sich zwar der Lohnunterschied, insbesondere bei den Gesindekräften, vermindern. Inwieweit aber der Landwirtschaft die Meierung der beiden Aufgaben - bessere Entlohnung bei gleichzeitiger Einkürzung der Arbeitszeit - gelingt, hängt davon ab, in welchem Maße sie ihre unausgenutzten Reserven zu mobilisieren versteht.

Die Ursachen, die das Zurückbleiben der Landarbeiterlöhne hinter den Industriearbeiterlöhnen bewirken, sind prinzipiell die gleichen, die die Einkommensverhältnisse der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung bestimmen - wobei man sich darüber streitet, ob die einen oder die anderen Anteile die Benachteiligten sind. Diese Fragen sind jedoch schon häufiger behandelt worden und brauchen hier nicht mehr im einzelnen untersucht zu werden. Die unbestreitbar niedrigere Ergiebigkeit der Arbeit in der Landwirtschaft führt dazu - da der Lohn auf die Dauer nie höher sein kann als das Grenzprodukt der Arbeit -, daß die Industrie, insbesondere in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs, die von den ländlichen Arbeitgebern gezahlten Löhne mühelos überbieten kann. Da die Arbeitsproduktivität in den größeren Betrieben höher ist als in den Klein- und Mittelbetrieben, ¹⁾ müssen letztere am weitesten hinter dem allgemeinen Lohnniveau zurückbleiben, und der Anreiz zur Abwanderung ist bei den hier beschäftigten Gesindearbeitskräften besonders groß.

Damit hängt die Aussicht auf eine Verbesserung der Lohn- (und Arbeits-) Verhältnisse für die in den Betrieben verbleibenden Landarbeiter von der Bereitwilligkeit und Fähigkeit der Betriebsleiter ab, die Effizienz der einzelnen Arbeitskraft zu steigern und - soweit das bei den unterschiedlichen Ertragsbedingungen möglich ist - sie der in der gewerblichen Produktionsphäre anzugleichen.

Vgl. z.B.: ABEL (1), S. 207 f

Diese Forderung nach einer Steigerung des Nutzeffektes der Arbeit findet jedoch in den Kreisen der Landwirtschaft nicht uneingeschränkte Billigung, wie z.B. aus der Äußerung eines ihrer maßgeblichen Vertreter in Hessen hervorgeht, der sich gegen "die tröstlichen Hinweise auf eine sog. Arbeitsproduktivität" mit dem Bemerken wendet, daß diese gegenüber der Vorkriegszeit bereits um 40 v.H. gehoben worden sei, außerdem aber auch der Forderung nach Steigerung der Flächenproduktivität Rechnung getragen werden müsse.¹⁾

Die Gefahr besteht, daß damit der Eindruck hervorgerufen wird, die Landwirtschaft habe mit den im Einzelfall sicher oft unter großen Schwierigkeiten vorgenommenen Investitionen, auf die die genannte Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Hauptsache zurückzuführen ist, das ihre getan. Entgegen dieser Ansicht sind sich die landwirtschaftlichen Arbeitswissenschaftler darin einig, daß allein schon durch die Abkehr von der überkommenen Arbeitsteilung, durch besseres Planen der Arbeitswirtschaft, durch gründliche Umgestaltung der Arbeitsorganisation u.dergl. - Maßnahmen, die jeder Investor voraussetzen habe, eine erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen ist.

Dem angeblichen Gegensatz von Arbeits- und Flächenproduktivität begegnet man häufiger im Zusammenhang mit der Argumentation, daß mit zunehmender Bevölkerung die Flächenerträge gesteigert werden müssen, dabei aber als Folge des Gesetzes des abnehmenden Ertragszuwachses die Arbeitsproduktivität sinke und damit die Notwendigkeit entstehe, entweder den Import agrarischer Erzeugnisse zu steigern oder die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu subventionieren. Die Unhaltbarkeit dieser Behauptung ergibt sich schon aus der Tatsache, daß das Ertragsgesetz, das eine Aussage über die quantitativen Beziehungen zwischen den Mengenkombinationen der Produktionsmittel und den verschiedenen Ertragsgrößen machen will, nur ceteris paribus gilt. Veränderungen der Technik und der Preisverhältnisse, Rationalisierungsmaßnahmen u.d. bedeuten aber jeweils qualitativ andersartige Ausgangspositionen wie sie sich im dynamischen Wirtschaftsablauf stets neu ergeben. Es ist die Aufgabe des disponierenden Produktionsleiters, sich den veränderten Daten anzupassen und die den Gegebenheiten entsprechenden besseren und ergiebigeren Kombinationsmöglichkeiten zu finden.

¹⁾ Landwirtschaftliches Wochenblatt (73). 170.Jg., F. 23, S. 915, 1955

Gerade in dieser Beziehung besteht aber nach den Untersuchungen IMBERGs in Nordhessen - im Gegensatz zu den südlichen Landesteilen - noch ein weiterer Spielraum:

"Konservativer Geist wirkt sich dagegen in den meisten ... kleinbäuerlichen bis bäuerlichen ober- und niederhessischen Gebieten durch Beibehaltung hergekommener Wirtschaftsweise aus. Das System der Getreide- und Kleebruchwirtschaft beruht in den meisten Gebieten auch auf dem starren Festhalten an dem überlieferten Wirtschaftsrahmen der Dreifelderwirtschaft (Limburger Becken, Hessisches Bergland, Hessische Senke, Lahn- und Fuldaergebiet, Waldeck).-" ¹⁾

Wenn auch in neuester Zeit Ansätze zu einer Abkehr von den alten Arbeitsgewohnheiten festzustellen sind, so besteht doch die große Gefahr, daß dieser Vorgang - soweit er nicht bewußt vorangetrieben und gefördert wird - einen zu langen Zeitraum in Anspruch nimmt und soweit hinter der eigentlichen volkswirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt, daß die Landwirtschaft in der Zwischenzeit nicht nur ihre Lohnarbeiter, sondern auch einen großen Teil ihrer familieneigenen Arbeitskräfte verliert.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Spannungen im Führungs - Unterordnungsverhältnis ergeben sich überall, wo gesellschaftlich gearbeitet wird, als die - nicht immer mit logischen und rationalen Mitteln faßbare - Folge der Verschiedenartigkeit der Meinungen und Interessen. Während man jedoch im industriellen Bereich seit einiger Zeit bemüht ist, die Auswüchse und Gefahren zu beseitigen, die sich aus der einseitig rational-technischen Ausrichtung des Unternehmertums im liberal-kapitalistischen Zeitalter im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und dem Betrieb entwickelt hatten ("Arbeit als Ware" im Gegensatz zu den heutigen Bemühungen um die "human relations"), wurden auf dem agrarischen Gebiet keine derartigen Bestrebungen bemerkbar. Dies findet seine Erklärung darin, daß man sich allgemein von der Konzeption leiten läßt, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft sich von dem in der Industrie grundsätzlich durch einen weitaus geringeren Grad der Versachlichung und Entpersönlichung auszeichnet. Das hier

noch bestehende patriarchalische Verhältnis hat den Arbeitgeber von seinen Bindungen und sozialen Verpflichtungen nicht soweit befreit, daß etwa nur der rechtliche Vertrag das einzige Bindeglied zwischen beiden Beteiligten ist. Wenn für die Landarbeiterschaft bis in die neueste Zeit hinein hinsichtlich der allgemeinen Sicherungsmaßnahmen durch die staatliche Sozialpolitik weitgehend Ausnahmeregelungen getroffen wurden - meist mit dem Hinweis auf die Eigenart der landwirtschaftlichen Produktions- und Arbeitsbedingungen - so geschah dies um so leichter, als man den Arbeitnehmer vor Ausbeutungen und Übervorteilungen geschützt, im sicheren Hort der väterlichen Aufsicht und Sorge des Arbeitgebers wußte.

In der Tat sind die Voraussetzungen für eine unbelastete Zusammenarbeit in der Landwirtschaft weitaus günstiger als in der industriellen Sphäre: die Unterschiede sind hier hinsichtlich des Herkommens, der Ausbildung und der Arbeit meist weniger ausgeprägt als dort, und wenn noch ein industrieller Betrieb bis zu 500 Mitarbeitern als überschaubar gilt "bis in die persönlichen Verhältnisse des Einzelnen hinein",¹⁾ so kann sich im Landarbeiter um so weniger das Gefühl des Eingespanntseins in einen anonym-unpersönlichen "Apparat" entwickeln, zumal der landwirtschaftliche Produktionsprozeß auch nicht mit dem sozialen Problem belastet ist, das man in der Entfremdung und Sinnentleerung der Arbeit durch die moderne Arbeitsteilung gemeinhin erblickt.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es bemerkenswert, daß Vertreter der Arbeitnehmerseite und der Arbeitsvermittlung einen der Hauptgründe der Berufsflucht der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer - jedenfalls im Bereich des Untersuchungsgebietes - in allen den Fragen sehen, die mit dem Begriff der "guten Behandlung" im Zusammenhang stehen. Die oben dargestellte Häufigkeit des Stellenwechsels, die in keinem anderen Beruf wiederzufinden ist, dürfte auch nur zu dem geringsten Teil aus wesentlich besseren Arbeitsbedingungen am neuen Arbeitsplatz zu erklären sein, und sie zeigt in jedem Falle, daß von einer engen Verbundenheit von Bauer und Landarbeiter nicht die Rede sein kann.

Es ist schwierig, die Ursachen für diese von den theoretisch möglichen Beziehungen abweichenden Erscheinungen im einzelnen zu finden. Gewiß setzt die zurückhaltende und vorsichtige Art des hessischen Bauern nicht immer ein positives Vorzeichen vor das Arbeitsverhältnis, aber es wäre falsch,

1) CATTEPOEL (13), S. 48

wenn man die Gründe für die bestehenden Schwierigkeiten nur auf der Seite der Arbeitgeber suchen wollte. Vielmehr hat es den Anschein, daß eine seit Jahrzehnten offiziell und inoffiziell betriebene Arbeitsmarktpolitik sich mehr und mehr dahin ausgewirkt hat, daß heute fast jedes landwirtschaftliche Arbeitsverhältnis von vornherein in einer Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens steht.

Hatte die natürliche Bevölkerungsbewegung vom Lande zur Stadt ohnedies zu einer "negativen Auslese" geführt, die meist die passiven und labilen Menschen als Arbeitskräfte auf dem Lande zurückließ, so wurde diese Situation weiter dadurch verschärft, daß man vornehmlich solche Kräfte in die Landwirtschaft vermittelte, denen auch der letzte städtische Gewerbetreibende eine Anstellung selbst als Karrenschieber versagt hätte: Personen, die sich für alle anderen Berufe als untauglich erwiesen hatten, Asoziale, Strafgefangene, Fürsorgezöglinge, "psychisch Labile" die später durch Ostarbeiter und Kriegsgefangene ergänzt wurden. Hierbei handelt es sich also meist um Menschen, die als vollwertige Vertragspartner anzuerkennen der gesunde Menschenverstand oder das sittliche Empfinden verbieten. In der Nachkriegszeit bildete das Heer der Heimatvertriebenen und die Flüchtlinge aus der Ostzone das Reservoir der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte; Leute, die in den Augen der Bauern den Mangel hatten, heimatlos und entwurzelt zu sein, und deren Verdächtigkeit weiter dadurch gesteigert wurde, daß sie aus "Lagern" und "Heimen" kamen.

"HOFFMANN ¹⁾ bringt aus der Vorkriegszeit das Beispiel einer Gemeinde, wo auf 7 Bauernhöfen folgende Besetzungen ständigen familienfremden Arbeitskräften angetroffen wurde:

1. Betrieb mit einer Magd (sterilisiert)
2. Betrieb mit einem Knecht (Russe, staatenlos)
3. Betrieb mit zwei Knechten (Zöglinge aus einer Anstalt)
4. Betrieb mit einer Magd (aus einer Anstalt)
5. Betrieb mit drei Knechten (Zöglinge aus einer Anstalt)
6. Betrieb mit einer Magd (geistig minderwertig)
7. Betrieb mit einem Knecht (Zögling aus der Anstalt).

) Die ländl. Arbeitsverfassung (58), S. 31

Aus neuerer Zeit findet sich bei PRIEBE unter der Überschrift "Qualitative Mängel" eine Aufzählung von Arbeitskräften aus zwei Dörfern, "beliebig und keineswegs als besonders negative Beispiele ausgesucht", wo von 42 Personen 7 verheiratet und von den restlichen 35 Ledigen 14 Fürsorgezöglinge, 2 Vorbestrafte, 2 geistig Unzurechnungsfähige, 1 Ausländerin (Polin) waren; (wenn er von 11 weiteren als "Besonderes" berichtet, daß es sich hier um 9 Heimatvertriebene und politische Flüchtlinge und 2 über Fünfzigjährige handelt, so scheinen diese sich wohl nur bedingt in den Kreis der zuerst Genannten einzupassen.)¹⁾

Soweit diese Beispiele nicht schon aus dem Bereich des Untersuchungsgebietes stammen, geben sie die in den nordhessischen Dörfern herrschenden Verhältnisse recht genau wieder. Der landwirtschaftliche Arbeitgeber hat sich im Laufe der Zeit darauf eingestellt, in der Hauptsache mit derartigen Hilfskräften versorgt zu werden, und mißtrauische Zurückhaltung schien unter diesen Umständen in der Tat oft eher am Platze zu sein als partnerschaftliches Entgegenkommen oder gar ein patriarchalisch-fürsorgendes Verhältnis.

Aus diesem Zusammenhang erklärt sich der Zustand, daß der kleine Kreis derer, die nicht aus irgend einer Zwangslage, sondern aus Freude und Interesse an der Landwirtschaft den Beruf des Landarbeiters gewählt haben, häufig über eine ungerechte und unfreundliche Behandlung klagen und in den Kreis der "Stellenwechsler" eintreten, um schließlich oft endgültig den Beruf zu verlassen.

Es muß allerdings gesagt sein, daß sich die Landwirtschaft niemals energisch gegen diese vorzugsweise Versorgung mit minderwertigen Arbeitskräften gewandt hat, daß es vielmehr den Anschein hat, als ob sie auf diese - solange sie nur in ausreichender Zahl zur Verfügung standen - um so bereitwilliger zurückgriff, als es sich hier um billige Arbeitskräfte handelt, die eine gute Behandlung mit den damit verbundenen materiellen und immateriellen Aufwendungen oft nicht verlangten oder auf Grund ihrer sozialen Stellung auch nicht verlangen konnten. Jedenfalls entspricht dem die Bauern

1) PRIEBE (40), S. 210

gel, wonach

Kurze G ul und lange Rinder

S hne M gd und dumme Knecht

es erstrebenswerte Ziel seien. So wird man nicht behaupten können, daß die Arbeitgeberseite von sich aus alles getan hätte, um sich von dieser Seite einen ordentlichen und zufriedenen ständigen Arbeiterstamm zu sichern.

Diese Aussage kann freilich nur eine ganz allgemeine Gültigkeit haben, und sie soll nicht die Tatsache verschleiern, daß es durchaus Betriebe gibt, denen in dieser Hinsicht ausgezeichnete Verhältnisse herrschen, die sich manchmal gegenüber einer höheren Entlohnung sogar als wichtiger erweisen.

Im ganzen gesehen gilt aber auch heute noch die Feststellung WILLEKES, daß es auch im hessischen Wirtschaftsraum dieses Problem (sc. der Behandlung) gibt und daß es sich vornehmlich in der Form darstellt, daß es in den Betriebsgrößenklassen Betriebe mit schlechter Menschenbehandlung gibt, bei dem starken "Umschlag" an Arbeitskräften einen schädlicheren Ein   ausüben, als ihrer mengenmäßigen Bedeutung entspricht".¹⁾

Im Rahmen der vorliegenden Erörterung gewinnt der angeschnittene Fragenkomplex indes auch in einer anderen Hinsicht an Bedeutung, wobei es sich nicht in erster Linie um das einzelne Mensch-zu-Mensch-Verhältnis handelt, sondern es darum geht, allgemein den ganzen Berufsstand der Landarbeiter über das Maß der formalen Anerkennung als Tarifpartner hinaus auch als Angehörigen der ländlichen Gemeinschaft und als Mitarbeiter überhaupt wahrzunehmen und anzusprechen. Auch die oben erwähnten Mängel eines großen Teiles der Landarbeiterschaft rechtfertigen es keinesfalls, daß man den gesamten Berufsstand - abgesehen von gelegentlichen Erwähnungen in Ansprachen und Berufen - fast gänzlich ignoriert. Wenn es sich auch innerhalb des einzelnen Hofes oft als schwierig erweist, eine Vertrauenssph re zu schaffen, so ergibt sich zweifellos im Wege eines überbetrieblichen Bemühens zumindest eine Möglichkeit zur Verbesserung der Situation. Es ist offensichtlich, daß ein solches Bestreben am wirkungsvollsten ist, wenn es von der bäuerlichen Gesamtvertretung ausgeht, das sich aber nicht nur auf vereinzelte Ansätze beschränken darf, sondern das eine ständige Kontaktsuche und -pflege darstellen muß, etwa in der Weise, wie es in der westdeutschen Industrie heute mit

WILLEKE (51), S. 146 f.

über 400 Werkzeitungen - deren Bedeutung man nicht unterschätzen sollte - geschieht. Man kann darüber im Zweifel sein, ob die Herausgabe von besonderen Zeitungen in der Landwirtschaft die geeignete Form einer publizistischen Betreuung ist; nicht die Form, sondern die grundsätzliche Bereitschaft steht in Frage. Es ist auffallend, daß man in den letzten Jahrgängen des Organs der bäuerlichen Berufsvertretung des Untersuchungsgebietes das darüber hinaus gleichzeitig das Mitteilungsblatt der Landwirtschaftskammer Kurhessen ist, vergeblich nach Artikeln und Aufsätzen sucht, die über die Veröffentlichung des Notwendigsten (geltende Tarife, Wohnungsbarbestimmungen u. dergl.) hinaus entweder die Bauern auf die Probleme ihrer Arbeitnehmer hinweisen, noch etwa den Landarbeiter direkt anzusprechen versuchen; sicherlich beides Wege, die zu einem gegenseitigen Verständnis auf die Dauer nicht unwesentlich beitragen könnten. Das ist um so bemerkenswerter, als der Bauernverband satzungsgemäß auch Landarbeiter in seine Reihen aufnimmt, während in der Landwirtschaftskammer Kurhessen seit 1953 die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zu einem Drittel vertreten sind.

Die Berücksichtigung der Landarbeiter könnte über die rein menschliche Anerkennung hinaus - die freilich im Vordergrund zu stehen hätte - ein Weg sein, die Eigenständigkeit und Selbständigkeit besonders der Kräfte zu fördern, die eine kleine Veredelungswirtschaft betreiben und denen damit auch materiell durch Hinweise und Anregungen für rationellere Bewirtschaftungsmethoden (Kleintierhaltung, Gartenbau usw.) geholfen werden könnte.

Die Bedeutung der Aufgaben, die sich aus der besonderen Lage des Menschen auf dem Lande - und nicht allein für die in abhängiger Arbeit Beschäftigten - ergeben, wurde schon vor einigen Jahren von den landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erkannt und führte hier zur Einrichtung von Sozialreferaten bei den Landwirtschaftskammern dieser Länder. Neben der arbeitswirtschaftlichen und sozialen Fachberatung (Arbeitstagebuchführung und Arbeitsbeobachtungen, arbeitswirtschaftliche und soziale Beratung von Betrieben, Festigung der Arbeitsverfassung, arbeitswirtschaftliche Lehrgänge für Betriebsleiter und Mitarbeiter) erstreckte sich die agrarsoziale Arbeit auch auf die Beratung der Landarbeiter im Hinblick auf Fragen der Berufsausbildung, der Land- und Hauswirtschaft, des Landarbeiterwohnungsba

sowie des Arbeits- und Sozialrechts.¹⁾ Das Interesse und die Aufgeschlossenheit, mit der insbesondere die verheirateten Kräfte der Behandlung dieser Fragen gegenüberstanden, läßt die weitere Durchführung und Erweiterung dieser Landarbeiterberatungen als empfehlenswert und erfolgversprechend erscheinen.

In den beiden hessischen Land- und Forstwirtschaftskammern wurde die Einrichtung entsprechender Sozialabteilungen, die seit dem Herbst 1954 vorgesehen sind, bisher aus verschiedenen Gründen nicht verwirklicht. Während zunächst diese Institution an sich abgelehnt wurde, werden neuerdings von den Kammern haushaltsrechtliche Schwierigkeiten angeführt.

Nach § 22 des Hessischen Land- und Forstwirtschaftskammergesetzes vom 24.6.1953 ist ein Sozialausschuß zu errichten, der in der Kammer Hessen-Nassau im Winter 1954/55 gebildet wurde und im April 1955 zusammengetreten ist. In der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen trat dieser Ausschuß erstmalig im Januar 1956 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen; er besteht aus zwei Landwirten, einer Bäuerin und drei Arbeitnehmern.

Aus dieser Zeit stammt auch die erste nähere Stellungnahme seitens der Landwirtschaftskammer Kurhessen zu den anstehenden Aufgaben und Zielen der sozialen Arbeit auf dem Lande.²⁾ Man vermißt auch hierin die Berücksichtigung des neuen Aufgabengebietes der speziellen Landarbeiterberatung und -betreuung. Falls als Begründung dafür die Erwähnung der Tatsache dienen soll, daß im Kammerbezirk nur 15 v.H. der Betriebe mit entlohnenden Arbeitskräften wirtschaften, von denen 60 v.H. als Gesindekräfte tätig sind,³⁾ so vermag dieses Argument nicht recht zu überzeugen. Abgesehen von der volkswirtschaftlichen Bedeutung gerade dieser mit Lohnarbeitskräften arbeitenden Betriebe - über ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfällt allein auf die Betriebe der Größenklasse über 20 ha -, handelt es sich bei etwa 18.000 landwirtschaftlichen Arbeitnehmern gewiß um eine Gruppe, die auch im Rahmen der zahlreichen anderen Probleme auf dem Lande Beachtung verdient. Was das Verhältnis zwischen ledigen und verheirateten Landarbeitern anbelangt, so sollen doch gerade die erwähnten

1) Vgl.: RB (63) VII/5-6

2) Vgl.: Die soziale Arbeit der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen, in (73), 171. Jg., F. 2, S. 41

3) Vgl. unten S. 118

Einrichtungen zur Verbesserung der bestehenden Situation beitragen. Nach allem entsteht der Eindruck, daß der Hang zum Konservativen und die Abneigung gegen alle Neuerungen auf diesem Gebiet auch hier besonders wirksam werden.

Immerhin bekennt man sich zur Notwendigkeit der Hebung des Landarbeitersstandes durch entsprechende Maßnahmen hinsichtlich der Förderung des Ausbildungswesens auch für die Mitarbeiter, der Schaffung von Landarbeiterwohnungen, der Fragen der Lohngestaltung und der Arbeitszeit sowie der Errichtung von Stellen für verheiratete Kräfte. Die nächste Zukunft wird zeigen, zu welchen konkreten Maßnahmen diese Einsicht führen wird.

Wenn es aber weiter heißt, daß außer lohnpolitischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben noch ein reiches Feld der Betätigung besteht, so kann dies leicht zu Mißdeutungen führen. Lohnpolitik zu treiben, ist Sache der Berufsorganisationen der Sozialpartner. Aufgabe der Landwirtschaftskammer als unparteilicher Organisation ist dagegen die Realisierung und Förderung der zwischen beiden Tarifparteien erzielten Ergebnisse, wobei ihr auch die finanzielle Unterstützung des Staates sicher sein sollte.

Bis heute ist aber die Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Tätigkeit nicht weit verbreitet. Die Agrarsoziale Gesellschaft hat in jüngster Zeit für das Hessische Ministerium für Landwirtschaft und Forsten eine Reihe von Vorträgen ausgearbeitet, die als Unterlagen für die Aufklärung der ländlichen Bevölkerung über die wichtigsten agrarsozialen Fragen dienen sollen. Der Titel des in diesem Zusammenhange interessierenden Vortrages weist deutlich auf die Schwierigkeiten hin, denen noch heute ein großer Teil der landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse ausgesetzt ist, die aber auf die Dauer nur zu beseitigen sind, wenn der einzelne Bauer sich tatsächlich mit den Belangen seiner Arbeitnehmer auseinandersetzt und erkennt: "Landarbeiter sind Mitarbeiter".

Die Seßhaftmachung der Landarbeiter

Den größten Raum in der Diskussion um das Landarbeiterproblem nimmt in neuester Zeit im Rahmen der Aufstiegsfrage der Landarbeiterwohnungsbau ein. Obgleich die Wohnverhältnisse schon in früheren Jahren eine wesentliche Rolle in den Untersuchungen der Landflucht gespielt haben, hat die arbeitswirtschaftliche und soziale Entwicklung auf dem Lande gerade in den letz-

ten Jahren ihre erneute Beachtung stark in den Vordergrund gerückt.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die altersmäßige Gliederung der Landarbeiterschaft, wie sie oben S.44 wiedergegeben wurde. Aus ihr entnimmt man, "daß nur einer von sechs Jugendlichen in der Landwirtschaft bleiben kann. Die anderen m ü s s e n abwandern, weil sie als Verheiratete weder Wohnung noch überhaupt Anstellung erhalten können. Der größte Teil der Landarbeiter ... verläßt bis zum 30. Lebensjahr das Land, und zwar durchaus nicht immer aus den viel diskutierten Gründen (Bezahlung, Entfernung von der Stadt etc.), sondern weil sie als Verheiratete nicht bleiben k ö n n e n ." ¹⁾

Um bei dieser Sachlage den Jugendlichen das Bleiben bzw. die Existenzgründung auf dem Lande zu ermöglichen und darüber hinaus einen Ausgleich zu schaffen zwischen der starken Nachfrage nach jungen Arbeitskräften und dem sich überwiegend aus älteren Kräften rekrutierenden Angebot, wird die Landwirtschaft aufgefordert, ihre Arbeitsverfassung dement umzugestalten, daß in verstärktem Umfange die verheirateten Arbeiter Beschäftigung finden können.

Wenn man das durchschnittliche männliche Heiratsalter von ca. 30 Jahren zugrundelegt, ²⁾ so entspricht das - bei Annahme einer durchschnittlichen Arbeitsdauer von 50 Jahren - einem Verhältnis von 15 zu 35 oder etwa 1 zu 2,5 von Ledigen gegenüber Verheirateten. (Nach der LBZ von 1949 bestand dagegen ein Verhältnis von 1 zu 0,25, wobei allerdings die notwendige Berichtigung der statistischen Zahlen noch nicht berücksichtigt ist.)

Ausgehend von dem heutigen Bestand an männlichen Arbeitskräften im Untersuchungsgebiet müßten also im Mindestfalle etwa 3.500 Ledigenstellen 8.500 Stellen für Verheiratete gegenüberstehen. Tatsächlich ist aber damit zu rechnen, daß heute ungefähr 7.500 bis 8.500 Arbeitsplätze für unverheiratete und nur 2.500 bis 3.500 Arbeitsplätze für verheiratete Kräfte vorhanden sind. ³⁾ Danach müßte der Anteil der ledigen Landarbeiter von ca. 75 v.H. auf ungefähr 30 v.H. zurückgedrängt werden, indem für - niedrig gerechnet - etwa 4.000 Verheiratete entsprechende Stellen geschaffen werden. Diese Zahl kann bei der Unsicherheit der statistischen Unterlagen natürlich nur als ungefährender Maßstab gewertet werden; auch die maßgeblichen Stellen im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten scheinen aus dem-

1) Vgl.: DLP (60), 77.Jg. S. 151. vom 15.VI.1954. PRIEBE rechnet damit, daß von 9 ledigen Gehilfen 8 den Beruf verlassen müssen, wenn sie heiraten.

Vgl.: (40), S. 206

2) Vgl.: oben, S. 47

3) Vgl.oben, S.41 f.

selben Grunde über das Ausmaß der fehlenden Landarbeiterwohnungen nicht eindeutig unterrichtet zu sein: im Herbst 1955 spricht man von 8.000, ¹⁾ im Frühjahr 1956 von 6.000 ²⁾ zu errichtenden Landarbeiterstellen im Bereich des Landes Hessen.

Die Aufforderung zur entsprechenden Umgestaltung ihrer Arbeitsverfassung trifft bei den dafür in Frage kommenden großbäuerlichen, z.T. auch mittelbäuerlichen Betrieben auf Vorbehalte. Wenn jedoch behauptet wird, daß allein der Hang zum Herkömmlichen eine rasche Umstellung hindere, da die Kosten einer ledigen Arbeitskraft bei Bewertung aller Lohnanteile nur unwesentlich unter denen eines verheirateten Landarbeiters lagen, so kann dem nach den oben (S. 97 f) angestellten Lohnuntersuchungen nicht zugestimmt werden. Hier treten im praktischen Fall die Auswirkungen des Vergleichsverfahrens zutage, das jeweils vom Jahreslohn ausgeht, wobei unberücksichtigt bleibt, daß ein Landarbeiter mit eigenem Hausstand sich im Regelfall in weitaus geringerem Maße mit einer derart langen durchschnittlichen Arbeitszeit einverstanden erklären wird, wie das heute noch der Bauer seinem ledigen Gehilfen im Monatslohn zumuten kann. Außerdem wird übersehen, daß der Lohn eines Verheirateten durch die Erweiterung des Bezugsrechtes verbilligter Nahrungsmittel mit der Zahl seiner Familienangehörigen steigt.³⁾ Beide Faktoren, die Vergütung bisher unbezahlter Überstunden und die Gewährung erweiterter unechter Deputate, können neben der ohnedies höheren Bezahlung des Stundenlöhners im Lohnkonto des einzelnen Hofes empfindlich zu Buche schlagen. Auf der anderen Seite hat PRIEBE recht, wenn er die Vorteile, die ein erfahrener und ständiger Facharbeiter für den Betrieb bedeuten kann, dem Schaden gegenüberstellt, der als Folge des dauernden Wechsels ungeübter und unzuverlässiger Kräfte auftritt. ⁴⁾ Bei dieser recht unübersichtlichen Situation ist es verständlich, wenn ein großer Teil der Bauern es vorzieht, im Rahmen der alten Arbeits- und Betriebsorganisation weiterzuarbeiten, solange sich das noch irgendwie bewerkstelligen läßt.

1) Vgl.: "Hessische Nachrichten" Nr. 219 v. 21.9.1955:

"8.000 Landarbeiterwohnungen fehlen".

2) Vgl.: Landw. Wochenblatt (73) Nr. 16 v. 5.5.56:

"Hessens Agrarstruktur in neuer Sicht".

3) S. oben S. 97

4) PRIEBE (40), S. 224

Demgegenüber erklärt SCHINDLER bereits im Jahre 1938 zur Frage der Seßhaftmachung der Landarbeiter im Reg. Bez. Kassel: "Soweit es Verheiratete mit Familie sind, konnte in Kurhessen die Beobachtung gemacht werden, daß die Bauern den Landarbeitern, vorausgesetzt, daß es sich um ständige Arbeitskräfte handelt, aus eigenem Antrieb Wohnungen und auch Eigenheime mit Landzulagen erstellen".¹⁾ Soweit der Bau von Eigenheimen in Frage steht, wird die Allgemeingültigkeit dieser Feststellung durch die Tatsache beeinträchtigt, daß in der Zeit von 1927 bis 1932, als den alleinigen Baujahren,²⁾ im Untersuchungsgebiet lediglich 228 Landarbeitereigenheime errichtet wurden, eine Zahl, die gegenüber den heutigen Forderungen als sehr gering angesehen werden muß.

Es liegt auf der Hand, daß die verhältnismäßig kurzfristige Durchführung eines derart umfangreichen Bauprogramms, wie es in neuester Zeit für notwendig gehalten wird, nicht allein der Landwirtschaft überlassen bleiben kann, sondern daß es dabei der Förderung und Unterstützung durch die öffentliche Hand bedarf. Dies ist um so notwendiger, als bei der angestrebten Umstellung der Arbeitsverfassung nicht in erster Linie an die Schaffung neuer Werkwohnungen gedacht wird, da man gleichzeitig hofft, die gesellschaftliche Eingliederung des Landarbeiters dadurch zu erreichen, daß man es ihm ermöglicht, Besitzer eines eigenen Heimes zu werden.

Aus diesem Grunde wurde in den vergangenen Jahren in den meisten Ländern der Bundesrepublik der Landarbeiterwohnungsbau im Rahmen der öffentlichen Förderungsmaßnahmen in einem teilweise recht bedeutenden Maße unterstützt. Im Land Hessen nahmen dagegen diese Bemühungen bis zum Jahre 1955 einen weniger breiten Raum ein, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht.

Landarbeitersiedlung und -wohnungsbau in einzelnen Bundesländern bis Ende 1954

L a n d	Förderungs- mittel (DM)	Stellen	DM/Ak	Stellen je 1000 Ak
Niedersachsen	61.000.000.--	4.600	210.-	27
Schlesw.-Holstein	52.000.000.--	3.353	300.-	34
Nordrh.-Westfalen	83.000.000.--	7.593	405.-	53
Hessen	759.000.--	95	10.-	1,2

(Die Ak-Zahlen gehen vom statistischen Bestand an land-u. forstwirtschaftlichen Arbeitskräften der einzelnen Länder aus; die Stellenzahlen geben jeweils die Zahl der im Rahmen des Landarbeiterwohnungsbaus und der Landarbeitersiedlung errichteten Stellen an. Die DM-Beträge beziehen sich auf die bereitgestellten Siedlungsmittel oder Landesbandarlehen).

1) SCHINDLER (43), S. 70
2) 1932 mußte der Bau von Landarbeitereigenheimen aus Mitteln der wertschaf-

Um bei dieser Situation den Landarbeitermangel nicht noch größere Ausmaße annehmen zu lassen, entschloß sich die Hessische Landesregierung, vom Jahre 1955 an der Selbsthaftmachung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ebenfalls ein größeres Augenmerk zu widmen.

Die Förderung war allerdings durch die Tatsache behindert, daß der Verfahrensweg äußerst schwierig und umständlich war, so daß der Landarbeiter kein klares Bild über die bestehenden Möglichkeiten gewinnen konnte. Das Zentralprogramm "Landarbeitereigenheimbau" wurde im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durchgeführt, für den das Hessische Ministerium des Inneren und die Heimstättengesellschaften "Hessische Heimstätte" für Nordhessen und "Nassauische Heimstätte" für Südhessen zuständig waren. Dagegen wurde das Programm "Landarbeitersiedlung" im Rahmen der ländlichen Siedlungsaktion betrieben, wobei die Zuständigkeit beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Forsten, bei den Siedlungsgesellschaften "Hessische Heimat" für Nordhessen und "Nassauische Siedlungsgesellschaft" für Südhessen lag.

Im Juni 1956 wurde diese Unübersichtlichkeit z.T. insofern behoben, als nun auch die Durchführung des Eigenheimbaus dem Ministerium für Landwirtschaft und Forsten übertragen wurde, wobei aber das Nebeneinander beider Förderungsprogramme bestehen bleibt. Diese Doppelgleisigkeit ist durch die Verschiedenartigkeit der Finanzierungsquellen verursacht, die auch die Vereinheitlichung des Verfahrens behindert.

Für den Landarbeiterwohnungsbau wurden im Sonderetat des hessischen Schwerpunktprogramms für das Jahr 1955 1,5 Mio DM als Landesbaudarlehen bereitgestellt. Da in den "Richtlinien für den Einsatz der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau 1955" u.a. festgelegt ist: "Angemessen zu berücksichtigen ist auch der Wohnungsbau auf dem Lande, wobei besonders der Landarbeiterwohnungsbau und der Bau von Altenteilerwohnungen gefördert werden soll ...".¹⁾ hielten interessierte Kreise die eingesetzten Mittel für zu gering. Bei einem Anteil der Land- und Forstarbeiter von 3 bis 4 v.H. an der Zahl aller Erwerbstätigen und bei einer Gewährung von Landesbaudarlehen für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von jährlich durchschnittlich 120 Mio DM errechnete man einen Bedarf von etwa 4,5 Mio DM

für den Erwerbslosenfürsorge wegen der ungünstigen Lage der Reichsfinanzen eingestellt werden.

1) S.: Bundesanzeiger Nr. 238 vom 9.12.1955.

pro Jahr zur Förderung des Landarbeiterwohnungsbaus. ¹⁾

Im Haushaltsjahr 1956 wurden insgesamt 2 Mio DM Landesbaudarlehensbeiträge verfügbar gemacht, die ebenfalls in erster Linie zur Förderung des Landarbeiter-Eigenheimbaus verwendet werden sollen. Daneben wurden 300.000.- aus zentralen Mitteln für den Landarbeiter-Eigenheimbau bereitgestellt, wovon der Siedlungsgesellschaft "Hessische Heimat" 120.000.- DM zur Verfügung stehen.

Für das erweiterte "Landarbeitersiedlungs-Programm" hat die Hessische Landesregierung zunächst sogar unbegrenzte Mittel vorgesehen.

Der Unterschied zwischen Landarbeitersiedlung und Landarbeitereigenheim besteht im wesentlichen in folgendem:

Für ein Bauvorhaben, das im Rahmen der Landarbeitersiedlung durchgeführt werden soll, ist eine Gesamtwirtschaftsfläche von 2.500 qm, davon 2.300 qm Nutzfläche, erforderlich, die grundsätzlich im Eigentum des Siedlers stehen soll. Eine Reihe von Ausnahmen lassen auch kleinere Stellen zu, wobei auch Deputatland Berücksichtigung findet.

Als Baukosten werden bis zu 25.000.- DM je Stelle gewährt. Vom Siedler wird eine Eigenleistung in Höhe von etwa 10 v.H. erwartet, die er als Eigenkapital oder im Wege von Selbsthilfearbeiten erbringen kann. Heimatvertriebenen, die zu einer Eigenleistung dieser Höhe nicht imstande sind, kann eine zusätzliche Finanzierungshilfe gegeben werden.

Es werden grundsätzlich nur Kredite mit 2%iger Tilgung gewährt, und die Rente für die Landarbeiterstelle soll nach Möglichkeit monatlich 40.-DM nicht übersteigen.

1) Es soll hier nicht untersucht werden, ob aus der Formulierung des betr. Absatzes in den Richtlinien zu entnehmen ist, daß die Höhe der für den Landarbeiterwohnungsbau bereitzustellenden Gelder auf diesem Wege zu ermitteln ist.

Es ist aber in diesem Zusammenhang interessant, daß die Verteilung der sog. zentralen Mittel für den sozialen Wohnungsbau nach einem Rechnungsverfahren vorgenommen wird, durch das "ein arbeitsfähiger Flüchtling aus einer der Bevölkerungs a b wandern ausgesetzten politischen Gemeinde Nordhessens ... mehr als die doppelte Chance (erhält), in einer politischen Gemeinde z.B. des südhessischen Industrieballungsgebietes schnell zu einer Wohnung zu kommen, als wenn er auf die Abwanderung verzichtet u. in seiner gegenwärtigen Wohnsitzgemeinde als Wohnungssuchender weiter vor-notiert bleibt". Vgl.: Kurhess. Wirtschaft (72) 10. Jg., Nr. 20, S. 322, 1955.

Voraussetzung für die Zulassung ist, daß der Land- bzw. Forstarbeiter in seinem Beruf weiter tätig bleibt. Im Falle eines Berufswechsels ist an eine Rückgabe der Siedlerstelle oder an eine Umfinanzierung gedacht.

Zur Errichtung eines Landarbeitereigenheimes genügt dagegen eine wirtschaftliche Gesamtfläche von 500 qm. Die Baukosten sollen 24.000.- ~~DM~~ nicht übersteigen, von denen er ebenfalls etwa 10 v.H. als Eigenleistung zu erbringen hat. Bis zu 8.000.- ~~DM~~ können als erste Hypothek der Deutschen Landesrentenbank gegeben werden, die durch Inanspruchnahme der Zinsverbilligung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten jährlich mit 4,13% zu verzinsen und mit 1% zu tilgen sind. Es ist beabsichtigt, eine weitere Zinsverbilligung um 2% aus Landesmitteln zu gewähren. Landesbaudarlehen können im Einzelfall bis zu einer Höhe von 12.000.- ~~DM~~ gegeben werden, wenn der Landarbeiter über ein geringeres monatliches Bruttoeinkommen als 250.- ~~DM~~ verfügt; liegt es über diesem Betrag, erhält er nur bis zu 10.000.- ~~DM~~ (2% Zinsen, 1% Tilgung und 1/4% Verwaltungs-kostenbeitrag).

Auch hier muß sich der Bewerber verpflichten, weiterhin in der Landwirtschaft zu arbeiten. Bei Aufgabe des Berufes entfallen die Vergünstigungen bei der Darlehens- und Hypothekenhergabe.

Bauherr ist in beiden Fällen der Arbeiter selbst.

Im Bereich des Reg. Bez. Kassel wurden bis Ende Juli 1956 insgesamt 158 Bauvorhaben bewilligt,¹⁾ davon wurden 60 im Rahmen des Landarbeiter-Eigenheimbaus²⁾ und 98 im Rahmen des Landarbeitersiedlungsprogrammes durchgeführt. Verzögerungen im Verfahren, insbesondere beim Eigenheimbau, gaben der Arbeitnehmerseite Anlaß zu Klagen, da teilweise die Landarbeiter mangels weiterer Finanzierungsaussichten den schon erworbenen Bauplatz wieder verkauft hätten oder in der Hoffnung auf einen baldigen Baubeginn das entsprechende Land nicht mehr bestellt hätten, wodurch ihnen wesentliche Ausfälle entstanden seien.

Die Bautätigkeit verteilt sich auf die einzelnen nordhessischen Kreise wie folgt:

- 1) Bis Ende November 1955 wurden im Lande Hessen 449 Anträge gestellt, davon 283 auf Landarbeiter-Eigenheime und 169 auf Landarbeitersiedlungen. (Nach Unterlagen d. "Hess. Heimat").
- 2) Nach Mitteilung der "Hessischen Heimstätte".

Kreis	Landarbeiter- siedlung	Landarbeiter- eigenheim
Eschwege	11	5
Frankenberg	2	3
Fritzlar-Homberg	10	3
Fulda-Land	5	1
Hersfeld	3	3
Hofgeismar	10	12
Hünfeld	-	2
Kassel-Land	3	5
Marburg-Land	4	6
Melsungen	15	2
Rotenburg	6	6
Waldeck	9	6
Witzenhausen	14	-
Wolfhagen	2	3
Ziegenhain	4	5
Reg. Bez. Kassel	98	60

Die Aufstellung zeigt, daß der Landarbeiterwohnungsbau bisher vornehmlich im Nordwestteil des Untersuchungsgebietes vorangetrieben wurde, in jener Gegend also, wo der Anteil der großbäuerlichen und Großbetriebe ein vergleichsweise starkes Gewicht hat.

Die finanzielle Förderung aus öffentlichen Mitteln betrug bisher insgesamt 3.209.875.- DM, die sich auf die beiden Programme folgendermaßen aufteilen:

Landarbeitersiedlung:

Darlehen aus Haushaltsmitteln des Landes Hessen	DM 764.525.-
Darlehen nach dem Siedlungsförderungsgesetz	DM 756.100.-
Landesbaudarlehen	DM 467.700.-
Darlehen nach dem Bundesvertriebenengesetz	DM 222.750.-
Landesmittel gem. § 46 (2) BVFG	DM 54.500.-
	DM 2265.575.-

Landarbeitereigenheime

1. Hypothek	350.500.- DM
Landesbaudarlehen	501.800.- DM
Aufbaudarlehen	<u>92.000.- DM</u>
	944.300.- DM

Im Hinblick auf die Ziele, die mit dem Landarbeiter-Wohnungsbau verfolgt werden, ist eine kurze Betrachtung der Bewerber aufschlußreich.

Zunächst ist damit zu rechnen, daß eine verhältnismäßig große Zahl der Antragsteller nicht in der Landwirtschaft arbeitet: von 450 Anträgen, die im November 1955 für den Bereich des Landes Heßsen vorlagen, waren 40 v.H. von Arbeitnehmern eingereicht, die in der Forstwirtschaft, im Garten- oder Weinbau tätig waren.¹⁾

Die altersmäßige Gliederung der 98 nordhessischen Bewerber²⁾ um eine Landarbeitersiedlung zeigt folgendes Bild:³⁾

Alter	20 - 25	26 - 30	31 - 35	36 - 40	41 - 45	46 - 50	51 - 55	56-60
Bewerber	2	6	9	9	19	36	16	1

Soweit es darum geht, den sozialen Standard der Älteren und verheirateten Kräfte zu heben, indem man ihnen die Möglichkeit gibt, aus den oft sehr ungastlichen Werkwohnungen herauszukommen und in einem eigenen Heim zu leben, scheinen die Aussichten auf Verwirklichung dieses Programms nicht ungünstig zu sein. Es liegen auch keine Gründe vor, warum dieser Personenkreis von den außerordentlich günstigen Möglichkeiten nicht Gebrauch machen sollte, zumal in den mittleren und höheren Altersklassen die Neigung zu einem Berufswechsel ohnedies geringer ist.

Ein anderes Bild ergibt sich indessen, wenn man das Hauptziel des Landarbeiterwohnungsbaus, gerade die Jugendlichen zu einem Bleiben auf dem Lande zu veranlassen, ins Auge faßt. Bei dem heute wieder stark im Vordergrund stehenden Begriff der "Landvertreibung" geht man offensichtlich von der Annahme aus, daß der jugendliche Landarbeiter seinen Beruf aus den angeführ-

1) Nach Unterlagen der "Hessischen Heimat".

2) Von diesen 98 Antragstellern waren 23 Heimatvertriebene, das entspricht etwa dem Vertriebenenanteil an der gesamten nordhessischen Landarbeiter-schaft.

3) Nach Unterlagen der "Hessischen Heimat".

ten Gründen nur sehr widerstrebend verläßt. Demnach hätte die Vermutung nahegelegen, daß sich insbesondere die jüngeren Jahrgänge die gegebenen Vorteile zunutze machen. Demgegenüber zeigt die obenstehende Altersgliederung, daß der Anteil der Bewerber bis zum Alter von 40 Jahren nur etwa 25 v.H. ausmacht. Hier scheinen also die Hemmungen trotz allem größer zu sein, und sicherlich hat manch einer Bedenken, sich infolge der erforderlichen Erklärung, auch weiterhin als Landarbeiter tätig sein zu wollen, für die Zukunft an diesen Beruf und durch seine Stelle an den Ort zu binden, sich also selbst der Freiheit der Arbeitsplatzwahl zu begeben.

Es ist zuzugeben, daß das vorliegende Material zu einer endgültigen Stellungnahme zu diesem Problem noch nicht berechtigt, doch wird es sich als nützlich erweisen können, wenn man die hier aufgeworfene Frage in Zukunft weiter verfolgt.

Das Problem der Selbsthaftmachung der Landarbeiter steht in enger Verbindung mit der Frage der sozialen Geltung und daher unmittelbar auch mit der Frage des beruflichen Aufstiegs. Grundsätzlich bestehen dabei für den Landarbeiter zwei Möglichkeiten: der eine Weg führt zum selbständigen Bauern, der andere zum landwirtschaftlichen Fach- und Spezialarbeiter.

So aner kennenswert der Aufstiegs wille derer ist, die sich den Weg ins Bauerntum erarbeiten wollen, so stellt sich doch die Frage, ob heute noch diesem Wege in jedem Falle der Vorzug zu geben ist. BOESLER deutet bei der Beurteilung der Anbauernstelle und der Anbauernsiedlung auf dieses Problem hin, wenn er fragt, "ob es im Zeitalter der Aufstockung zu kleiner Betriebe richtig ist, neue Kleinbetriebe auszulegen".¹⁾ Ohne hier auf die Frage der Kleinbetriebe näher eingehen zu können, sei lediglich auf die Entwicklung des Heuerlingwesens hingewiesen, das trotz mancher Unterschiede eine gewisse Verwandtschaft zu den hier besprochenen Landarbeiterstellen zeigt. Kenner dieser Arbeitsverfassung sind der Meinung, daß die Heuerlingsverfassung heute keine Zukunft mehr hat. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der Arbeitsüberlastung des Heuerlings und insbesondere auch seiner Frau, die um so bedrohlichere Formen annimmt, wenn - wie das häufig der Fall ist - die Kinder zur Mitarbeit nicht mehr bereit sind.

1) BOESLER (12), S. 73.

Wenn fortschrittlichere und wendigere Leiter großbäuerlicher oder Großbetriebe sich aus eigenem Antriebe bereit erklären, dem Landarbeiter Land zu Eigentum oder Pacht zu günstigen Bedingungen zu überlassen, so verbindet sich sicher oft die echte Bereitschaft, den Arbeitnehmer in seinem Vorwärtstreben zu unterstützen, mit dem eigenen Wunsch, sich eine zuverlässige Arbeitskraft zu sichern. Bedenklich erscheint es aber, wenn mit der Landüberlassung im Arbeitnehmer der Eindruck hervorgerufen werden soll, daß er sich nunmehr als Bodeneigentümer bereits zum Bauernstand rechnen könne und daß er auf "eigener Scholle" dem "besitzlosen Proletariat", d.h. also der Masse der Industriearbeiterschaft, sozial überlegen sei. Es kann allzu leicht der Eindruck entstehen, daß mit der Hergabe von ein oder zwei Morgen Land die anderweitigen berechtigten Forderungen der Landarbeiterschaft überdeckt oder neutralisiert werden sollen, indem man versucht, dem Landarbeiter durch Hinweise auf die "Schollenverbundenheit" oder die "besonderen bäuerlichen Lebensgefühle" nahezu legen, daß ja er nunmehr nicht mehr dem Lager der Arbeitnehmer zuzurechnen sei.

Die zweite Aufstiegsmöglichkeit liegt für den Landarbeiter in der Ausbildung zum Facharbeiter. Hierzu meint BOESLER: "Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der westdeutschen Landwirtschaft gibt es für den tüchtigen Landarbeiter allein den Aufstieg zum Facharbeiter. Hier müssen alle Bestrebungen ansetzen, wenn die Gesellschaft etwas zur Förderung des Landarbeiterberufsstandes tun will." ¹⁾ Von der sich daraus ableitenden Forderung nach einer geordneten Berufsausbildung dieser Fachkräfte und vor allem der Errichtung entsprechender Fachschulen ist man heute jedoch noch weit entfernt.

Wannem im Dezember 1948 in allen Ländern Einigkeit erzielt wurde, daß die seit 1937 bestehende Zweigleisigkeit in der landwirtschaftlichen Berufsausbildung - die Landwirtschaftslehre für den künftigen Betriebsleiter, die Landarbeitslehre für den landwirtschaftlichen Facharbeiter - aufzueben sei, gibt es jetzt nur noch eine einheitliche Landwirtschaftslehre für alle, die die Landwirtschaft erlernen wollen. Die dreijährige Lehrzeit wird durch die Prüfung zum Landwirtschaftsgehilfen abgeschlossen. Danach beginnt eine sechsjährige Gehilfenfortbildungszeit nicht mehr nur für die Spezialberufe, wie Melker, Schäfer, Schweinemeister u.a., sondern seit neu-

1) BOESLER (12), S. 71

besten Zeit auch für diejenigen, die eine Prüfung als "Landwirtschaftsmeister" ablegen wollen.

Es war vorgesehen, daß Landarbeiter diese Ausbildung ebenfalls durchlaufen, mindestens aber die Landwirtschaftsgehilfenprüfung ablegen sollten. Obwohl keine genauen Zahlenangaben vorliegen, kann als sicher gelten, daß im Untersuchungsgebiet die Teilnahme der Arbeitnehmer an dieser Berufsausbildung verschwindend gering ist. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich in den noch weit verbreiteten Zweifeln, ob sich für den Arbeitnehmer die regelrechte Erlernung eines landwirtschaftlichen Berufes überhaupt lohnt.

Wenn auch nicht zu erwarten wäre, daß in Zukunft alle Landarbeiter diese Ausbildung durchlaufen - auch in der Industrie gibt es die große Gruppe der ungelernten und angelernten Arbeiter -, so ist die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Tatsache, daß auch für den Landarbeiterberuf eine geordnete Ausbildung besteht, durchaus beachtlich. Inwieweit es über gerade in der heutigen Zeit gelingen wird, durch diese Maßnahme das geringe gesellschaftliche Ansehen dieses Berufsstandes in der notwendigen Kürze der Zeit zu heben, nachdem der Landarbeiter seit Jahrzehnten selbst nach dem Urteil der ländlichen Bevölkerung den letzten Platz unter allen Berufen einnimmt, muß fraglich erscheinen.¹⁾

Die Ursachen des Landarbeitermangels

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte war der von Jahr zu Jahr zunehmende Landarbeitermangel Gegenstand zahlreicher Erörterungen. Dabei treten die im vorstehenden angeschnittenen Fragen nach der Lohnhöhe, der Arbeitszeit, den Wohnungsverhältnissen usw., neben der arbeits- und sozialrechtlichen Unterstellung der Landarbeiterschaft, immer wieder in den Vordergrund der Untersuchungen. Oft wird dabei je nach den Besonderheiten des jeweiligen Falles oder dem Endzwecke der Untersuchung der eine oder der andere Punkt als die "Hauptursache" der allgemeinen Abwanderung der Landarbeiterschaft herausgehoben.

In neuester Zeit sind es im wesentlichen zwei Meinungen, die sich gegenüberstehen: der ersten, die den Landarbeitermangel mit der allgemein noch immer bestehenden Lohn Differenz erklärt, scheint heute - im Zeichen

¹⁾ Vgl. unten, S. 136

der Paritätsforderung - die Arbeitgeberseite zuzuneigen, die allgemein das Zurückbleiben der Landarbeiterlöhne, das trotz der allergrößten Bemühungen nicht im gewünschten Tempo zu beseitigen sei, durchaus zugibt. Demgegenüber schließen sich die Gewerkschaften - vornehmlich wohl unter dem Eindruck des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte - mehr der neueren Ansicht der Wissenschaft an, die in den geringen Aufstiegsmöglichkeiten der ledigen Arbeitskräfte das Hauptübel erblickt. Anstelle des abwertend klingenden Begriffes der "Landflucht" wird damit SEEDORFs Deutung als "Landvertreibung" immer mehr in den Vordergrund gerückt (PRIEBE, ABEL, IPSEN, LINDE u.a.). Gleichzeitig damit wurde der Begriff der Landflucht noch in einer weiteren Hinsicht korrigiert: spätestens seit den Untersuchungen QUANTES deutet man die Abwanderung nicht mehr als Flucht vom Lande, sondern vielmehr als "Flucht aus der Landwirtschaft", d.h. also nicht mehr als Abwanderung im Sinne eines Ortswechsels, sondern lediglich als Berufswechsel; denn in den letzten Jahrzehnten wanderte nur der Geburtenüberschuß des Landes in die Städte ab, während die absolute Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, auf die Flächeneinheit umgerechnet, sich nur unwesentlich verändert hat, ja sogar zugenommen hat, wenn man nicht nur auf die Berufszugehörigkeit, sondern auf den ländlichen Wohnsitz abstellt. PRIEBE engt den Begriff noch weiter ein und spricht von der "Flucht aus der abhängigen Landerbeit" von der im wesentlichen also nur die Lohnarbeitskräfte erfaßt werden, die aber, wie gesagt, mehr im Sinne einer "Landvertreibung" zu deuten ist.

Grundsätzlich aber glaubt PRIEBE feststellen zu können, daß "die zum Land hinführende Bewegung ... stärker (ist) als die Abwanderung vom Lande. Viele Menschen streben nach ländlicher Lebensweise und Bodenbesitz. Sie geben ihre Freizeit daran, um den kleinen eigenen Grund zu bebauen, und die ländliche Heimstätte ist ein Lebensziel, dem sie bedeutende Opfer bringen".¹⁾ Gegenüber der bisherigen Ansicht, ein Sog der Stadt wirke allgemein und auf alle sozialen Schichten des Landes, und nur Besitz und Tradition binde mehr oder weniger gegen ihren Willen gewisse Bevölkerungsteile an die ländliche Heimat, wird nun die Meinung vertreten, daß eine generalle Vorliebe für das Landleben bestehe, so daß nur diejenigen Menschen, denen nicht die Möglichkeiten einer freien Lebensgestaltung gegeben sind, und die die besonderen Werte einer Eigenwirtschaft nicht kennen, der Abwanderung ausgesetzt seien.

1) PRIEBE (40), S. 33

Das Wort von der "zum Lande hinführenden Bewegung" ist dabei nicht im Sinne einer unmittelbaren Entstädterung zu verstehen, sondern es soll die Tatsache kennzeichnen, daß die Zahl derer, die sich eine ländliche Heimstätte als Wohnsitz gewählt haben, in den letzten Jahren gewachsen ist. Es ist hier nicht zu untersuchen, inwieweit die Tatsache der Wohnungsbe- gründungen auf dem Lande sich nur auf die weitere Umgebung der Großstädte oder industrieller Ballungsräume beschränkt, inwieweit sie aus gesundheit- lichen Rücksichtigen (Flucht vor Staub, Lärm der Stadt usw.) oder etwa aus Furcht vor kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen vorgenommen wer- den, oder welche anderen Gründe hierbei mitwirken mögen. Fraglich bleibt jedoch, ob tatsächlich ein Hang zum Boden und seiner Bewirtschaftung heute noch allgemein in dem Ausmaße besteht, daß man nur von der Flucht aus der abhängigen Landwirtschaft reden kann.

Für den Bereich Nordhessens liegen keine Anzeichen vor, die für diese Annahme sprechen. Der oben (S. 28) dargestellte Rückgang der familienei- genen Arbeitskräfte erklärt sich zwar zum überwiegenden Teil aus der Abwan- derung aus den kleinen stark überbesetzten Betriebsgrößenklassen, doch deut- et die Zahl von etwa 5.000 abgewanderten Kräften aus den Betrieben über 10 ha LNF im Zeitraum 1949 bis 1954 darauf hin, daß auch hier - wo von einem Überbesatz meist nicht mehr gesprochen werden kann - die Familienan- gehörigen nicht immer der Landarbeit den Vorzug zu geben scheinen. Das wird auch durch die Berichte der Arbeitsämter bestätigt, die nicht selten Einträge auf Vermittlung einer Arbeitskraft mit dem Hinweis auf die außer- landwirtschaftliche Tätigkeit anderer Familienmitglieder zurückstellen.

Diese Entwicklung wird durch die Ausdehnung der Erscheinung unterstrich- en, für die HARTKE ¹⁾ den Begriff der "Sozialbrache" geprägt hat: hierbei handelt es sich um Land, dessen Bewirtschaftung von seinem Eigentümer auf- gegeben wird, ohne daß dafür betriebswirtschaftliche oder -technische Gründe maßgebend sind; für das brachgefallene Land findet sich kein neuer Bewirtschafter, und es erfüllt somit keinerlei volkswirtschaftliche oder betriebswirtschaftliche Funktion mehr.

Untersuchungen dieses Phänomens, die im Lande Hessen durchgeführt wur- den, zeigen zunächst, daß im Erhebungszeitraum 1953 brachliegendes Land

¹⁾ HARTKE (18), S. 11 ff.

vor allem in Südhessen und im Dill-Gebiet zu finden war, während im Nordteil des Landes Brachland nicht in diesem Ausmaße vorlag.¹⁾ KÖTTER faßt die Gründe dafür folgendermaßen zusammen: "No Brachland in nennenswertem Umfang auftritt, so ist es dadurch verursacht, daß gute Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in der Industrie und im Gewerbe, die bisherigen Neben-erwerbslandwirte veranlassen, die Landbewirtschaftung ihrer Kleinbetriebe zu vernachlässigen".¹⁾ Danach ist zu erwarten, daß auch in Nordhessen mit der zunehmenden Verbesserung der allgemeinen Arbeitsmarktsituation diese Erscheinung an Bedeutung gewinnen wird. In diese Richtung weist auch die Beobachtung der Landwirtschaftskammer Kurhessen, daß seit neuester Zeit das Interesse an der Neu- oder Wiederpachtung von Ländereien bei ablaufenden Pachtverträgen fast überall in Nordhessen spürbar nachläßt.²⁾ Es ist hier nicht der Ort, in allen Einzelheiten auf das Problem einzugehen; PRIEBE scheint aber doch die Bedeutung dieser Erscheinung zu unterschätzen, wenn er meint: "Wenn einige Industriearbeiter mit gutem Einkommen Teile ihres landwirtschaftlichen Besitzes ungenutzt lassen, wird diese Tatsache weit über ihre wirkliche Bedeutung dramatisiert, während die weit größeren Produktionsreserven in den Extensivflächen vieler menschenarmer Großbauernhöfe und Bauerngüter unbeachtet bleiben".³⁾ Es geht hier nicht um das Ausmaß des brachliegenden Landes - in Hessen betrug sein Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche nicht einmal ein halbes Prozent -, sondern die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Menschen zur Bewirtschaftung des ihnen zur Verfügung stehenden Landes steht in Frage; und gerade an dieser scheint es doch in zunehmendem Maße zu mangeln. Alle Anzeichen deuten vielmehr darauf hin, daß heute mehr denn je eine alle soziale Schichten erfassende Abneigung gegen eine Betätigung in der Landwirtschaft besteht, die auch eine Bindung an den Boden nicht mehr aufhalten kann.

Torin liegen die Gründe für diese Entwicklung, und wie kann man ihr begegnen? "Will man die Ursachen der Landflucht erforschen, so muß man die Landflüchtigen befragen".⁴⁾ Ein solches Vorgehen ist gegenüber weltfremden Konstruktionen selbstverständlich vorzuziehen, aber man wird auch nicht die Mängel übersehen dürfen, die in der Natur solcher Meinungserfer-

1) KÖTTER (31), S. 23 ff.

1) ders.

2) Landw. Wochenblatt (73) 1955, F. 42, S. 1640

3) PRIEBE (40), S. 152

4) ABEL (1), S. 104

Erhebungen und Befragungen liegen, besonders, wenn sie von Kräften durchgeführt werden, die mit der vielfältigen Problematik dieser Untersuchungen nicht voll vertraut sind.¹⁾ Aber selbst wenn man von diesen Fehlermöglichkeiten absieht, die in der Person des Fragenden und des Befragten sowie in der Form der Befragung liegen mögen, (es sei hier bei der stark mit Gefühlswerten belasteten Landfluchtfrage nur auf die Gefahr einer Ausrichtung auf eine vermeintlich gewünschte oder erwartete Antwort hingewiesen), wird man einer unmittelbaren praktischen Verwendung der Angaben zumindest etwas zurückhaltend gegenüberstehen müssen: jedenfalls erscheint es fraglich, ob man z.B. gerade von der ländlichen Jugend erwarten kann, daß sie ihrer aus wirtschaftlichen, sozialen und rein gefühlsmäßigen Momenten zusammengesetzten Einstellung zur Landarbeit einen präzisen Ausdruck zu verleihen imstande oder bereit ist, oder ob nicht in einem großen Teil der Fälle zu vermuten ist, daß man sich hier der Einfachheit halber auf die wiedergabe der ja auch naheliegenden, seit langer Zeit allen bekannten Argumente (Arbeitszeit, Lohn, usw.) beschränkt.

Trotz allen diesen Einschränkungen ist nicht zu bestreiten, daß diese Befragungen wichtige Hinweise vermitteln können; daher ist zu bedauern, daß bei den erst in jüngster Zeit wieder aufgenommenen sozialwissenschaftlichen Dorfuntersuchungen auf die Frage der Einstellung zur Landarbeit nur in geringem Umfange eingegangen wird.

SCHNELSKY gibt den Untersuchungsbericht einer der wenigen Befragungen neuerer Zeit wieder,²⁾ aus der zunächst hervorgeht, daß von den Jugendlichen, die nicht damit rechnen, einmal als selbstständiger Landwirt einen Hof zu übernehmen, selbst in rein agrarischen Gegenden die Beschäftigung in der Landwirtschaft zu 90 bis 99 v.H. abgelehnt wird. Weiter wird wiederum ersichtlich, daß auch von den Hoferben die Landarbeit durchaus nicht immer positiv beurteilt wird, eine Feststellung, die sich auch aus den Äußerungen von Landwirtschaftsschülern in Niedersachsen zu dieser Frage ergibt.³⁾

Die Begründungen dieser Haltung teilt SCHNELSKY in zwei Gruppen: 1. Harte, schmutzige Arbeit; lange Arbeitszeit; geringer Lohn; eintönige Kost; schlech-

Vgl. HOFSTETTER (23), HYMAN (26)

SCHNELSKY (43), S. 51

ARBEITSBERICHT d. Landwirtschaftskammer Hannover

te Unterbringung; unbefriedigende Behandlung. In der zweiten Gruppe finden sich die sozialen Folgen dieser Arbeitsbedingungen: fehlende Heirats- und Aufstiegschancen, der Hilfsarbeitscharakter der Landarbeit, das geringe gesellschaftliche Ansehen.

Wenn SCHELSKY darauf hinweist, daß es kaum zu übersehen sei, daß in den Einwendungen der ersten Gruppe die Maßstäbe der städtisch-industriellen Arbeitsbedingungen zugrunde gelegt seien, so ist hierin eine der Auswirkungen der Wandlung der dörflichen Sozialstruktur zu sehen, die in allen neueren Dorfuntersuchungen zutage tritt.

Aber nicht nur die Arbeitsbedingungen, auch die Wohn- und Lebensverhältnisse, die kulturellen und sozialen Ansprüche nähern sich - zumal in den "Arbeiter-Bauern-Dörfern" - immer mehr dem städtischen Vorbild. Waren es bis vor wenigen Jahren noch rein bäuerlich bestimmte Werte, die das Leben im Dorf bestimmten - die Verbundenheit mit Boden und Natur, die Familienbestimmtheit des einzelnen, das Denken vom Hof her -, so verlieren mit dem immer stärkeren Hervortreten der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsteile und mit dem Einzug der Technik auch in das letzte Dorf diese altbäuerlichen Leitbilder immer mehr an Bedeutung. Vor allem rückt an die Stelle des bäuerlichen Besitzdenkens als sozialen Wertungsmaßstabs nun auch auf dem Lande das bürgerlich-städtische Bildungsideal.

Diese Umwandlungen der Wertvorstellungen, die sich auf alle Lebensbereiche erstrecken, führen zwar nicht dazu, daß die ländliche Gemeinde nunmehr lediglich als eine "Filiale" der Stadt in Erscheinung tritt, sie lassen aber andererseits jeden Versuch als zweifelhaft erscheinen, der darauf hinausläuft, den Landarbeiter durch Maßnahmen bei seiner Arbeit zu halten, die ihm grundsätzlich andersartige Wünsche und Anforderungen an das Leben und seine Arbeit unterstellen, als sie heute bei den Arbeitern der anderen Berufe zu finden sind. Unter diesem Gesichtswinkel erscheint es auch fraglich, ob sich für die Anliegen der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft tatsächlich eine von den anderen Berufen abweichende Wertskala aufstellen läßt. Wenn diese mehr aussagen soll, als daß der Landarbeiter die gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen erstrebt, wie sie in den meisten nichtlandwirtschaftlichen Berufen erreicht wurden.

1) PRIEBE (40), S. 246 ff.

Für die Beurteilung der Frage, ob und in welchem Maße sich die heutige Jugend für die Landarbeit wird gewinnen lassen, genügt nicht mehr der Hinweis auf die Notwendigkeit und die betriebswirtschaftliche Möglichkeit der Verwirklichung dieser schon selbstverständlichen Forderungen. Vielmehr ist hier von der Tatsache auszugehen, daß die jungen Arbeiter von heute sich in jeder Weise von der älteren Arbeitergeneration unterscheiden. Obwohl das Erscheinungsbild dieses neuen Typs auch in der ländlichen Gemeinde immer stärker hervortritt, wird bei der Behandlung der zukünftigen Lösung der Landarbeiterfrage meist über den Umstand hinweggesehen, daß die neuere Entwicklung zu einer völlig andersartigen Einstellung der heutigen Arbeiterjugend zu allen Lebensfragen geführt hat, als sie etwa noch in der Zwischenkriegszeit bei der Arbeiterschaft zu finden war. Nur so ist es zu erklären, daß Maßnahmen und Einrichtungen zur Behebung der "Landflucht" vorgeschlagen werden, die heute als gänzlich unzeitgemäß und wirkungslos angesehen werden müssen. Wenn man weiß, daß sich die Jugend aus allen ideologischen und sozialen Bindungen bewußt heraushält, daß sie in der Arbeit keinen Eigenwert erblickt (weder im Sinne des "Dienens" noch im Sinne eines Arbeitsethos') und daß ihr Interesse erst voll erwacht, wenn außerberufliche Belange in Frage stehen - Erscheinungen übrigens, die mit Recht durchaus nicht immer negativ gewertet werden -, dann wird man auch nicht die Landarbeiterfrage mit Vorschlägen lösen wollen, die darauf abzielen, die Jugendlichen durch die Belebung einer romantischen Naturmystik, durch Erweckung eines landwirtschaftlichen Berufsstolzes oder durch Hinweise auf die "besonderen Werte" des Landlebens für die Landarbeit zu interessieren.

Welch geringe Aussichten auf Erfolg diese Bestrebungen haben müssen, veranschaulichen die Untersuchungen neuester Zeit über die innere Haltung und die Vorstellungswelt der heutigen Jugend. Ohne hier im einzelnen auf diese Fragen eingehen zu können, sei kurz auf den Gegensatz hingewiesen, der zwischen den Bezugswerten der z.T. heute noch im Sinne der "Blut und Boden"-Propaganda betriebenen Werbung und den tatsächlichen Wünschen und Zielen der Arbeiterjugend besteht. Das heute fast ausschließlich geltende Kriterium ist das soziale Prestige, dessen Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann. Die hier wirksam werdenden gesellschaftlichen Vorstellungen beschreibt CATTEPOEL als "jenes Leitbild, das man durch die Welt des Films und des Radios vermittelt erhält und das Leitbild, das man im 'Ange-

stellten' tagtäglich vor Augen hat. Man möchte eben so sein und so leben, wie man es beim Filmheld und bei der Filmhelding sieht, und so, wie es der Angestellte Müller ... vorlebt".¹⁾ Daß es sich bei diesen Feststellungen nicht um abwegige Vermutungen handelt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß das Verhältnis der Jugendlichen in Westdeutschland, die einen industriellen Ausbildungsberuf wählten, zur Zahl der Bewerber in den kaufmännischen Berufen, das sich 1947/48 noch die Waage hielt, sich heute erheblich zugunsten einer kaufmännischen Betätigung verschoben hat.²⁾

Wenn sich indessen die heute geltenden gesellschaftlichen Bezugswerte bereits dahin auswirken, daß der Beruf des Industriearbeiters unpopulär zu werden scheint, so entsteht die Frage, welche Aussichten man dem Landarbeiterberuf einräumen soll, der mit den neuen Leitbildern in gar keiner Hinsicht mehr in Einklang gebracht werden kann.

Es wäre falsch, wenn man versuchen wollte, diese Einstellung der heutigen Jugend auf die Stadt zu lokalisieren; wenn sie in manchen abseits gelegenen ländlichen Gegenden noch nicht in diesem Ausmaße zur Geltung kommt, so wird sie mit der weiteren industriellen Entwicklung auch dort ihren Eindruck verfehlen.

Da das hauptsächliche Bestreben des jugendlichen Arbeiters eben darin liegt, nicht als "Arbeiter" angesehen zu werden, macht er sich die allgemeine Neigung zunutze, die soziale Einschätzung nur noch auf Grund der äußeren Anhaltspunkte des Lebensstandards vorzunehmen, und er bedient sich deshalb jedes Komforts, den ihm die heutige Zeit zu bieten hat. Es fragt sich daher, inwieweit die Übersichtlichkeit der ländlichen Gemeinde diesem Streben in die Anonymität nicht hindernd im Wege steht. Erwies sich die "Landflucht" bisher auch nur als eine Flucht aus der Landarbeit, so wäre es nicht dieser Entwicklung zu prüfen, ob man in Zukunft nicht mit einer Wanderung im wörtlichen Sinne, jedenfalls aus den abseits gelegenen Gemeinden, wird rechnen müssen.

1) CATTEPOEL (13), S. 25 f. Ähnlich auch BEDNARIK (7), der von dem "Kulturraum Kino" spricht, in dem sich die seelische Grundstimmung der jungen Menschen bestätige. "Der neue Typ ist ohne den Film nicht denkbar, ... er l e b t gewissermaßen im Film, und er lebt in ihm nicht nur ein zweites, sondern sein eigentliches Leben" (S. 37 f.).

2) Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Juli 1956.

Denn gerade die Gemeindebevölkerung hat recht genaue Ansichten und Wertvorstellungen über die einzelnen Berufe und Berufsgruppen, und WURZBACHER erklärt den starken Rückgang der Landarbeiterschaft - aber auch der hauptberuflich-kleinbäuerlichen Berufsgruppe, die sich im Urteil der Allgemeinheit nur unwesentlich von der erstgenannten unterscheidet ¹⁾ - als die objektive Auswirkung des dadurch geweckten Aufstiegsbedürfnisses. Jedenfalls wird selbst auf dem Lande der Beruf des Landarbeiters nicht mehr als vollwertig anerkannt und erscheint in der Skala der Berufswünsche überhaupt nicht mehr. Dies bestätigen auch die Erfahrungen der nordhessischen Arbeitsämter bei ihren Bemühungen, Nachwuchskräfte für den Landarbeiterberuf sicherzustellen. So schreibt z.B. das Arbeitsamt Korbach: "Männliche Arbeitskräfte aus schulentlassenen Jahrgängen für die Landwirtschaft zu gewinnen, ist hoffnungslos".²⁾

In diesem Zusammenhang stellt sich die bisher wenig beachtete Frage nach der Bedeutung, die der Frau bei der Beurteilung der Landfluchtursachen zugeschrieben werden muß. An das Argument, der Landarbeiter müsse seinen Beruf verlassen, da er keine Möglichkeit zu einer Familiengründung findet, wird man die Frage anknüpfen müssen, ob sich heute überhaupt Mädchen in genügender Zahl finden, die zu einer solchen Ehe bereit wären. Die erwähnte starke Abhängigkeit von der sozialen Geltung, in diesem Falle aber auch die geringen gesellschaftlichen Möglichkeiten, die das Leben auf dem Lande zu bieten hat, ³⁾ spielen in der weiblichen Psyche eine weitaus größere Rolle als beim Manne und dürften bei der Wahl des Ehepartners ein erhebliches Gewicht besitzen.⁴⁾

1) Vgl.: WURZBACHER (52), S. 44 ff.

2) Vgl.: Textberichte des Arbeitsamts Korbach, Mai 1955

3) Im Juli-Bericht 1954 des Arbeitsamts Korbach wird die Angelegenheit des Dorfes als einer der wesentlichsten Gründe der Abwanderung der Mädchen angegeben.

4) In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß Untersuchungen in Schweden zu der Erkenntnis geführt haben, daß die Abwanderung "stadtkrank" Mädchen vom Lande in einem bedeutenden Maße auch zur "Landflucht" der jungen Männer beigetragen hat, so daß man heute sogar den Plan erwägt, ausländische, insbes. deutsche Frauen zur Einwanderung aufzufordern. Vgl.

HERZ (21).

Man bezweifelt zwar heute oft, daß die Stadt auf die ländliche Bevölkerung einen Sog ausübt; Befragungen (für die leider keine altersmäßigen Abstufungen vorliegen) zeigen jedoch, daß immerhin 40 v.H. der Dorfbevölkerung die Stadt oder den Stadtrand als Wohnort vorziehen würden.¹⁾ Die Tatsache, daß dieser Wunsch vornehmlich bei den Flüchtlingen und Evakuierten besteht, weist auf die Motive derjenigen Bevölkerungsteile hin, die auch weiterhin auf dem Lande leben möchten, und die WURZBACHER auch an anderer Stelle herausstellt, nämlich die "Besitzgebundenheit der meisten Werktätigen".²⁾ Die wenigen Worte über die innere Grundeinstellung der heutigen Jugend weisen schon darauf hin, daß man einen mehr oder weniger beschränkten Bodenbesitz heute nicht mehr als wirksames Hemmnis gegenüber einem Zug in die Stadt oder zumindest in die Stadtnähe wird ansehen können; das Phänomen der Sozialbrache unterstreicht die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung.

Unter den so gesehenen Voraussetzungen weichen die hier vertretenen Ansichten über die zukünftige Entwicklung in der Landarbeiterfrage wesentliche von den optimistischen Erwartungen maßgeblicher Autoren und Gremien ab, die glauben, daß sich mit der Einführung neuer und zeitgemäßer Arbeits- und Lebensbedingungen, zusammen mit der fortschreitenden Mechanisierung der Landwirtschaft, die Verhältnisse am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt erheblich verbessern würden.

Abgesehen von der Tatsache, daß in weiten Kreisen der Landwirtschaft noch die Einsicht in die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen fehlt, beweisen die Erfahrungen aus anderen Berufszweigen, daß man mit ihrer Verwirklichung nicht allzu große Hoffnungen verbinden kann.

Es ist aufschlußreich, in diesem Zusammenhang kurz die Verhältnisse in zwei Berufen zu betrachten, die bisher auf große Teile der abwandernden Landarbeiterschaft eine erhebliche Anziehungskraft ausübten, und in die hinüberzuwechseln sie als eine Verbesserung ihrer Lage ansahen: der Beruf der Hausgehilfin und der des Bergmannes.

Es ist bekannt, daß trotz der durch die Verarmung der Mittelschichten wesentlich zurückgegangenen Nachfrage das Angebot an Hausgehilfinnen bei weitem nicht ausreicht, um den vorhandenen Bedarf zu decken. Von der Geld-

1) WURZBACHER (52), S. 57

2) ders.

seite her ist dieser Vorgang nicht zu erklären, da hier der Haushalt mit erfolgreich mit Industrie und Gewerbe konkurrieren kann. Auch die Arbeitszeit- und Urlaubsregelung ist größtenteils nicht wesentlich ungünstiger als in anderen Berufen. Hinzu kommen oft noch bedeutende Vergünstigungen, wie Übernahme der Soziallasten, Radio, Fernsehen, Weihnachtsgeschenke in Höhe eines Monatslohns u.ä. Trotzdem scheint der Zeitpunkt nicht mehr fern zu liegen, zu dem das Angebot an diesen Hilfskräften vom Arbeitsmarkt so gut wie völlig verschwunden sein wird.

Der Beruf der Hausgehilfin gilt gegenüber dem der Fabrikarbeiterin als sozial unterlegen, und alle Anstrengungen, die von seiten der Arbeitgeber unternommen wurden, helfen nicht darüber hinweg, daß auch der Arbeiter in ihr "bloß" die Hausangestellte sieht. Diese irrationalen Gründe der Hausflucht konnten nicht dadurch beseitigt werden, daß man die Bezeichnung "Dienstmädchen" durch die Ausdrücke "Hausgehilfin" oder "Heimpflegerin" ersetzte; auch die Anerkennung "treuer Dienste", Ausstattungsbeihilfen, und die Anerkennung der "Geprüften Hausgehilfin" als Lehrberuf haben das Bild nicht verändert.

Ebenso ist im zweiten Fall die Grubenflucht eine allgemein bekannte Erscheinung. Von den rd. 550.000 seit 1948 im Ruhrbergbau neu angeworbenen Kräften sind nur knapp 15 v.H. geblieben, und man verhandelt heute über die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte. Dabei liegt der Bergarbeiterlohn seit langem über den meisten anderen Löhnen (allerdings wirkt sich das Verbot von Überstunden unter Tage nachteilig aus). Die effektive Arbeitszeit beträgt häufig nur sechs Stunden. Weiter haben weder die ausgezeichnete Lehrlingsausbildung und -betreuung noch die Fülle der sozialen Einrichtungen, ebenso wenig die vorbildliche Knappschaftsversicherung und der Bergarbeiterwohnungsbau der Abwanderung Einhalt gebieten können. Fast ein Drittel der von den Zechengesellschaften mit großem Kapitalaufwand errichteten Bergarbeitersiedlungen wird heute von Arbeitnehmern bewohnt, die nicht im Bergbau beschäftigt sind. Auch die lange Tradition des Berufsstandes der Bergleute ändert nichts an der Tatsache, daß heute der Bergarbeiterberuf nicht als sozial ebenbürtig angesehen wird.

Die Liste der Berufe, die heute als unzeitgemäß gelten, weil sie nicht in die allgemeine Vorstellungswelt unserer Zeit passen, ließe sich leicht

erweitern. Hier sollte nur an zwei Beispielen gezeigt werden, daß in Berufen, die seither der Landwirtschaft in der allgemeinen sozialen Wertung erheblich überlegen waren, die gleichen Maßnahmen, die heute mit soviel Zuvorsicht zur Eindämmung der Flucht aus der Landarbeit vorgeschlagen werden, die Abwanderung aus diesen Berufen nicht haben verhindern können.

Besondere Hoffnung knüpft man an die zukünftige technische Entwicklung in der Landwirtschaft, da sie in Verbindung mit fortschrittlicheren Wirtschaftsmethoden an die Stelle der eintönigen und stumpfsinnigen Kolonnenarbeit die körperlich einfachere und abwechslungsreichere Arbeit mit der Landmaschine treten lassen wird. Dabei wird häufiger auf die Tatsache hingewiesen, daß die Landarbeit stets an die natürlichen Wachstumsrhythmen gebunden bleiben wird und sich auch zukünftig nicht, wie die industrielle Produktion, in eine Vielzahl monoton wiederkehrender Fragmentverrichtungen zerlegen läßt; der Mensch wird hier immer den gesamten Produktionsprozeß überschauen und seine technische Ausrüstung als aktiver Teil lenkend und regulierend einsetzen. Aus dieser Entwicklung leitet man für die soziale Stellung der in der Landwirtschaft Beschäftigten eine entscheidende Wandlung ab. PRIEBE spricht von einer "echten Befreiung", die die neuzeitlichen Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft im Gegensatz zur "Sklaverei des Fließbandes" mit sich bringen und im Landarbeiter von morgen das Gefühl der Freude und Lebenserfüllung wachrufen werden. "Der landwirtschaftliche Berufsstand wird ... durch die besondere Art seiner Arbeit mehr und mehr werbende Kraft entfalten können".¹⁾

Aber auch gegenüber solchen Erwartungen stellt sich die Frage, ob sie nicht von einer unzutreffenden Einschätzung insbes. der jugendlichen Menschen ausgehen. So richtig die nachteiligen Folgen gesehen sein mögen, die die moderne industrielle Produktionsweise für die Entfaltung aller Kräfte des arbeitenden Menschen haben - subjektiv wird diese Entwicklung vom einzelnen Arbeiter schon nicht mehr als Verlust irgendwelcher Persönlichkeitswerte empfunden. "Es ist nicht wahr, daß die Arbeit am Fließband jeden Menschen unglücklich macht. Die Erfahrung in Fließbandbetrieben ... geht dahin, daß ungelernte und angelernte Arbeiter und besonders auch Frauen gerne am Fließband arbeiten und sich sogar dem Wechsel in dieser Arbeit widersetzen".²⁾ In gleicher Weise äußert sich auch SCHELSKY: "Allerdings

1) PRIEBE (40), S. 269

2) CATTEPOEL (13), S. 269

ist auch hier zu fragen, wie weit nicht Änderungen und Anpassungen in den Tiefenschichten der menschlichen Antriebsstrukturen und -bedürfnisse längst ein viel weniger belastendes Verhältnis des Menschen zur arbeitsteiligen mechanisierten Produktion und ihren erforderlichen Organisationsformen geschaffen haben ...¹⁾ Ebenso trifft es nicht zu, daß die Versachlichung und Entpersönlichung der zwischenmenschlichen Beziehungen heute als abstoßend angesehen werden; neuere Untersuchungen deuten im Gegenteil darauf hin, daß die Arbeit in Großbetrieben gerade wegen dieser von der Zivilisationskritik bemängelten Erscheinungen gesucht wird. Aufschlußreich ist darüber hinaus die Feststellung, daß bei der Wahl des Arbeitsplatzes nicht so sehr ein bestimmter Beruf, sondern ein bestimmter Großbetrieb, von dessen allgemeinen Ansehen man auch für die eigene Geltung Vorteile erhofft, in wachsendem Maße entscheidend zu werden scheint.²⁾

Aus diesen Beobachtungen wird deutlich, daß bei der Berufswahl durchaus irrationale Momente eine Rolle spielen, die der einzelne landwirtschaftliche Betrieb seinen Arbeitnehmern nie wird bieten können, und es erscheint fraglich, ob es sich als zweckmäßig erweisen wird, wenn man heute von der Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik auf eine grundlegend veränderte Haltung der Menschen zur Landarbeit schließt.³⁾

1) SCHELSKY (44), S. 162

2) PFELIL (36), S. 231 f., ähnlich auch BEDNARIK (7), S. 66

3) Darauf deuten auch die Verhältnisse in den USA hin, die ja in dieser Hinsicht einen gewissen Entwicklungsvorsprung aufzuweisen haben. Auch hier herrscht ein großer Mangel an "farmhands"; ihre Zahl ist von 2.727.000 im Jahre 1939 auf 1.935.000 im Jahre 1953 zurückgegangen. Dabei haben sich die Gesamtlohnausgaben an die Landarbeiter in der gleichen Zeit verdreifacht (1939: 700 Mill.; 1953: 2.139 Mill. Dollar). (Quelle: Agricultural Statistics 1954, hrsg. v. U.S. Department of Agriculture, Washington, 1954). Die in Deutschland soviel diskutierten Wohnungs- und Aufstiegsprobleme sind in den USA weitgehend gegenstandslos, da dort der Landarbeiter meist über ein eigenes Wohnhaus, ausgestattet mit allem Komfort, verfügt, und da er auch weitaus mehr Chancen hat als sein deutscher Kollege, sich durch Landerwerb eine eigene Existenz zu gründen. Es sei dahingestellt, in welchem Maße der amerikanische Landarbeiter damit den Lebensstandard der Arbeiter in anderen Berufen erreicht hat. Man darf jedoch als sicher ansehen, daß der Unterschied zwischen den industriellen und landwirtschaftlichen Lebensbedingungen wesentlich geringer ist als in Deutschland, und daß die dort für den Landarbeiter geschaffenen Verhältnisse weit von dem entfernt sind, was sich der deutsche Landarbeiter auch in absehbarer Zukunft erhoffen darf. Aber nicht allein die abhängigen Arbeitskräfte verlassen in den USA die Landwirtschaft: in den letzten 25 Jahren sank der Anteil der Farmer an der nordamerikanischen Bevölkerung von 25 v.H. auf 13,5 v.H. Diese Entwicklung läßt sich nicht nur bei dem (noch heute oft zu Unrecht gering-schätzig beurteilten) amerikanischen Farmer feststellen, auch in Schweden tritt sie - trotz Erreichung der "Parität" - in die Erscheinung.

Es erweist sich, daß die Abwanderung aus der Landwirtschaft eine Erscheinung ist, die auch in Ländern mit fortgeschrittener Mechanisierung der Landarbeit und gehobenen agrarsozialen Verhältnissen nicht aufgehalten werden kann. Man wird sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Landwirtschaft an erster Stelle unter den Berufen steht, in denen zu arbeiten mit der fortschreitenden industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung immer unpopulärer wird. Sind auch die einzelnen Gründe hierfür noch weitgehend ungeklärt, so zeigt sich doch schon jetzt, daß alle Bemühungen um die Verbesserung des sozialen und materiellen Standards dieser Berufsgruppe aufs ganze gesehen wirkungslos bleiben.

Wenn man heute in der Landwirtschaft die gar nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung des sozialen Prestigeanspruches zu erkennen beginnt und durch die verschiedenen Maßnahmen versucht, im einzelnen Arbeitnehmer das Gefühl der gesellschaftlichen Ebenbürtigkeit zu erwecken, so müssen diese Bestrebungen solange als unzureichend angesehen werden, als man sich nicht gleichzeitig bemüht, auch in der breitesten Öffentlichkeit die soziale Deklassierung des Landarbeiterstandes zu überwinden; denn der Landarbeiter fühlt sich durch die öffentliche Meinung kontrolliert und taxiert und alle Hinweise, daß man, um ein Beispiel zu nennen, in ihm heute nicht mehr den "Knecht", sondern den "Mitarbeiter" sieht, werden für ihn bedeutungslos bleiben, wenn er nicht weiß, daß auch der letzte Städter von seinem Aufstieg zum freien Partner des Bauern Kenntnis genommen hat. Inwieweit allerdings das Verständnis und das Interesse der Allgemeinheit für diese Belange gerade in Deutschland kurzfristig wachgerufen werden können, muß dahingestellt bleiben, nachdem in ihr ein Gefühl des Mißtrauens durch eine jahrzehntelange Umdeutung und propagandistische Auswertung der ländlich-bäuerlichen Lebensweise hervorgerufen wurde, das sich heute fast in eine feindliche Gleichgültigkeit gegenüber den Fragen der Landwirtschaft verwandelt hat.

Die bisherigen Ausführungen sind indessen nicht dahin auszulegen, daß jegliches weitere Bemühen um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter überflüssig sei. Es wird auch zukünftig Menschen geben, die der Arbeit auf dem Lande Freude und Interesse abgewinnen und die geistig unabhängig genug sind, um sich über ihre Einschätzung durch die Öffentlichkeit hinwegzusetzen. Ihnen eine zeitgemäße materielle Grundlage zu schaffen und dafür zu sorgen, daß ihre Arbeitszeit, ihre Be-

handlung, ihre Wohnungen usw. den heute allgemein üblichen Bedingungen angepaßt werden, sowie sie in ihrem Fortkommen in jeder Weise zu unterstützen, muß als Selbstverständlichkeit gelten.

Auf der anderen Seite darf aber nicht verkannt werden, daß die Zahl derer, die eine echte Neigung für diese Tätigkeit empfinden, immer weiter abnehmen wird und daß - wie die Erfahrungen aus anderen Berufen bzw. aus anderen Längern zeigen - die Aussichten, die Arbeitskräfte durch die verschiedenen Maßnahmen in größerer Zahl und nachhaltig zurückhalten oder gar zurückgewinnen zu können, als außerordentlich gering angesehen werden müssen.

Unter diesen Umständen stellt sich sogar die Frage, ob der Aufwand von Kapital und Energien, den man heute für diese Zwecke von der Landwirtschaft und für die Landwirtschaft aufbringt, nicht besser in anderer Weise Verwendung finden könnte. Dieses Problem wäre insbesondere im Hinblick auf den heute so sehr empfohlenen Bau von Landarbeiterwohnungen zu prüfen, wenn vermieden werden soll, daß in wenigen Jahren in den aus landwirtschaftlichen Mitteln bereitgestellten Wohnungen zum größten Teil Arbeitnehmer wohnen, die die Arbeit in der Landwirtschaft trotz allem aufgegeben haben.¹⁾

Die Folgen der Verweigerung der Landarbeit

Die Auswirkungen der Flucht aus der Landarbeit sind äußerst vielseitig; auf der einen Seite sind die bereits erwähnten Bemühungen um die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer als unmittelbare Folgeerscheinungen anzusehen. Auf sie ist in diesem Zusammenhang nicht mehr weiter einzugehen. Hier soll kurz die Situation behandelt werden, die sich andererseits für die Landwirtschaft aus dem Fehlen der erforderlichen Arbeitskräfte ergibt.

Dabei ergeben sich zwei Betrachtungsmöglichkeiten: im Rahmen der langfristigen Betrachtungsweise soll versucht werden, anhand einer Entwicklungslinie aufzuzeigen, wie die Landwirtschaft unter dem Druck des wachsenden Arbeitskräftemangels zu einer allmählichen Umstellung ihrer bisherigen Wirtschaftsweise gezwungen sein wird. Dagegen zeigt die kurzfristige Betrachtungsweise das Bestreben der Bauernschaft, durch Maßnahmen und Vorschläge verschiedenster Art die bisherige Form der Arbeitsorganisation wenigstens einigermaßen beizubehalten.

1) Siehe oben, S.138

1. Die langfristige Entwicklung

In der ersten Phase der Abwanderung der Landarbeiter wurde versucht, die ausfallende Arbeitskraft durch ein verstärktes Heranziehen der familieneigenen Kräfte zu ersetzen. Der dem Bauern eigene "Hang zur Arbeit" ermöglichte so zunächst die Fortführung der Produktion, ohne daß nach außen hin größere Schwierigkeiten in Erscheinung traten. Da die Gesindekräfte an erster Stelle ausfielen, dehnte sich die den Familienbetrieben nachgerühmte arbeitswirtschaftliche Anpassungsfähigkeit - die ja ursprünglich nur für die Zeiten saisonaler Arbeitsspitzen galt - als Dauerzustand auf die darüberliegenden Betriebsgrößenklassen aus und führte dann im Laufe der Zeit zu einer ständigen Überbeanspruchung insbesondere der Bauersfrau und der Kinder. Statistische Erhebungen zeigen, daß die durchschnittliche Lebenserwartung der Bäuerin mit 52 Jahren gegenüber Frauen aus anderen Berufen um 15 Jahre tiefer liegt,¹⁾ und eine in neuerer Zeit von beamteten Ärzten durchgeführte Untersuchung ergab weiterhin, daß in Nordhessen der Gesundheitszustand der Kinder in den ausgesprochenen Landgemeinden sehr zu wünschen übrig läßt; die Ursachen hierfür erblickt man in ihrer Heranziehung zu schwerer landwirtschaftlicher Arbeit, zu wenig Schlaf und einseitiger Ernährung.²⁾ Diese Entwicklung brachte es - zusammen mit den sich auch auf dem Lande wandelnden Ansprüchen an das Leben - mit sich, daß sich auch bei den Bauernkindern die Bindung zur Landwirtschaft lockerte, und auch bei ihnen eine Neigung zum Verlassen ihres Berufes eintrat. Damit verschärfte sich die Situation für die zurückbleibenden Arbeitskräfte, ohne daß indessen eine wesentliche Änderung der überkommenen Wirtschaftsweise vorgenommen wurde.

Da auf längere Sicht die Produktion auch durch die stärkste Anspannung der familieneigenen Kräfte nicht aufrecht oder gar gesteigert werden konnte, ergab sich für die Betriebe die Notwendigkeit eines verstärkten Maschineneinsatzes. Welches Ausmaß die Mechanisierung der hessischen Landwirtschaft innerhalb der letzten Jahre angenommen hat, soll im folgenden kurz an den beiden typischen Beispielen der Verwendung des Schleppers und der Melkmaschine gezeigt werden.

Während im Jahre 1950 in Hessen 4.671 betriebseigene Zweiachs- und Ketenschlepper gezählt wurden, war ihre Zahl Ende 1954 um das Fünffache auf

1) Vgl.: RB VI, 9-10, S. 130

2) Landjugend ruft: Nr.1, 1955, (RB (63), VI, 2)

23.485 Stück angestiegen, davon entfielen 53 v.H. allein auf den Reg.Bez. Kassel.

Schlepperbesatz nach Betriebsgrößenklassen 1953 und
1954 in Hessen

Größenklasse	1953	1954
Unter 5 ha	1.778	3.139
5 bis unt. 10 ha	4.367	6.842
10 " " 20 "	6.618	8.808
20 " " 50 "	2.924	3.422
50 ha und darüber	1.122	1.274
	16.809	23.485
Dagegen 1950		4.671

Als Ursache dieser außerordentlich hohen Nachfrage nach Schleppern wird von landwirtschaftlicher Seite der Mangel an Arbeitskräften angegeben, der zwangsweise zu dieser Entwicklung geführt habe. Ein Blick auf die Übersichten zeigt indessen, daß dieser Faktor allein die Schlepperbezüge in diesem Ausmaße nicht erklären kann. Wie die obenstehende Tabelle zeigt, sind an der Zunahme in erheblichem Umfange die unteren Betriebsgrößenklassen beteiligt, bei denen in den Erhebungsjahren von einem allgemeinen Kräitemangel nicht die Rede sein konnte, und für die in jedem Falle der Schwund an Lohnarbeitskräften nicht als ausschlaggebendes Moment für diese Umstellung angesehen werden kann.

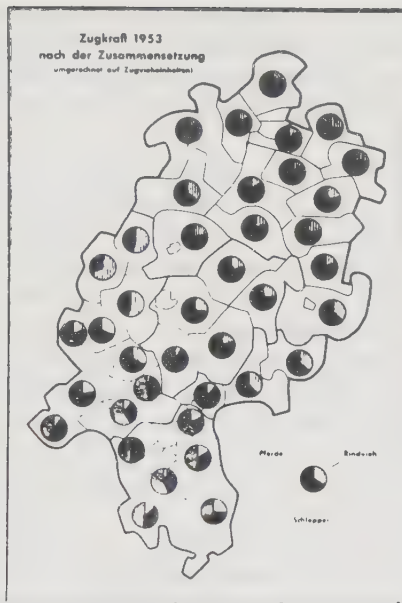
Bei Umrechnung der Schlepper-PS in Zugkrafteinheiten und bei Berücksichtigung der tierischen Zugkräfte ergab sich 1953 für die einzelnen nordhessischen Kreise folgender Besatz mit Zugkrafteinheiten (ZK) je 100 LNF. ¹⁾

1) Berechnung der ZK: Pferde üb. 3 Jahre = 1,0 ZK, Zugochsen und -Stiere = 0,5 ZK, Kühe zur Milchgewinnung und Arbeit = 0,2 ZK, je ein Schlepper-PS = 0,2 ZK (nach HOFFMANN, vgl. auch: BLOHM (11), S.76)

Zugkrafteinheiten je 100 ha LNF in den einzelnen
nordhessischen Kreisen 1953 ¹⁾

Kreise	Zugkrafteinheiten				Zunahme des Schlepperbe- standes 1954 gegenüber 1953 (=100)
	insge- samt	Pferde	davon Rinder	Schlepper	
Fulda-Stadt	24,1	10,2	3,3	10,6	128
Kassel-Stadt	20,5	13,2	0,8	6,5	144
Marburg-Stadt	30,0	21,4	4,6	4,0	167
Eschwege	19,6	6,6	4,9	8,1	125
Frankenberg	18,1	7,3	6,5	4,3	160
Fritzlar-Hombg.	25,4	8,1	3,8	13,5	132
Fulda	16,2	5,9	5,7	4,6	141
Hersfeld	22,0	7,3	5,6	9,1	131
Hofgeismar	21,8	8,6	3,0	10,2	127
Hünfeld	19,7	7,7	3,7	8,3	130
Kassel	21,5	9,1	3,3	9,1	139
Marburg	21,2	9,7	4,7	6,8	140
Melsungen	26,3	7,4	4,7	14,2	118
Rotenburg	20,8	7,9	4,7	8,2	129
Waldeck	20,4	8,1	2,7	9,6	132
Witzenhausen	17,0	6,3	4,6	6,1	141
Wolfhagen	21,5	8,5	3,6	9,4	141
Ziegenhain	22,4	7,9	4,8	9,7	138
Reg.Bez. Kassel	20,7	7,8	4,4	8,5	134
Reg.Bez. Wiesbaden	17,8	8,2	5,4	4,2	148
Reg.Bez. Darmstadt	20,4	10,2	3,4	6,8	147
Land Hessen	19,9	6,6	4,3	7,0	140

1) Aus: Staat u. Wirtschaft '64), 10. Jg., S. 185



Wie aus der letzten Übersicht und dem Schaubild hervorgeht, verläuft die Mechanisierung in den einzelnen hessischen Bezirken, aber auch innerhalb des nordhessischen Bereichs recht unterschiedlich. Für den Reg. Bez. Kassel ergibt sich ein starkes Hervortreten der Schlepper vornehmlich in den Landkreisen, von deren landwirtschaftlicher Nutzfläche ein überdurchschnittlicher Anteil auf die Betriebsgrößenklassen über 50 ha entfällt: Fritzlar-Homberg, Hofgeismar, Melsungen, Ziegenhain.¹⁾ Da es sich hierbei schon oft um reine Lohnarbeitsbetriebe handelt, läßt die Vermutung nahe, diese Entwicklung mit dem Fehlen familienfremder Arbeitskräfte zu erklären. Ein Blick auf die Verhältnisse im südhessischen Raum zeigt jedoch, daß dieser Umstand allein nicht für diesen hohen Schlepperbesatz maßgeblich gewesen sein kann; denn obgleich in vergangenen Jahren die Arbeitsmarktsituation im Rhein-Main-Gebiet wie im Dill-Gebiet auf Grund der dort günstigeren allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung für die Landwirtschaft wesentlich angespannter war als in Nordhessen, ging

¹⁾ S. 147 S.

in den beiden südlichen hessischen Regierungsbezirken - mit Ausnahme einiger Kreise mit intensiver Bodennutzung - die Umstellung auf den Schlepper teilweise erheblich langsamer voran als im Reg.Bez.Kassel (Schlepper-ZK je 100 ha im Reg.Bez. Darmstadt = 6,8 ZK, Reg.Bez. Wiesbaden = 4,2 ZK, Reg.Bez. Kassel = 8,5 ZK).

Von den zahlreichen Bestimmungsgründen für die Anschaffung eines Schleppers scheint der mit der geringeren Bodenzersplitterung in Nordhessen verbundene höhere Ausnutzungsgrad besonderes Gewicht zu haben. Andererseits ist aber auch nicht zu übersehen, daß im Gebiet mit dem höchsten AK-Besatz im Reg.Bez. Kassel, in den Kreisen Marburg/Frankenberg, die Zahl der motorischen Zugkrafteinheiten vergleichsweise niedrig war; dieser Rückstand wurde jedoch durch die über dem nordhessischen Durchschnitt liegende Zunahme zwischen den beiden letzten Erhebungsterminen vermindert, wobei allerdings ebenfalls - entsprechend der allgemeinen Tendenz - das Hauptgewicht bei den kleineren Schleppertypen lag, die im wesentlichen nur in den unteren Betriebsgrößenklassen Verwendung finden.

Insgesamt gesehen zeigt sich, daß sich in Nordhessen in neuester Zeit die Zunahme an Schleppern merkbar verringert hat, nachdem man hier bei ihrer Anschaffung dem südlichen Hessen vorausgeeilt war, obgleich die Verhältnisse am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt eher auf die umgekehrte Entwicklung hätten schließen lassen.

Dazu kommt weiter, daß die Landwirtschaft ihre Arbeitsorganisation noch nicht im möglichen Umfange auf die Motorisierung der Zugkraft eingestellt hat, wie sich aus der geringen Veränderung des tierischen Zugkraftbestandes ergibt.

Die Entwicklung der Zugkrafteinheiten in Hessen seit
1938 je Flächeneinheit ¹⁾

Art der ZK	Zugkrafteinheiten (ZK) je 100 ha				
	1938	1950	1953	1954	
Zugkrafteinheiten insgesamt	13,9	15,3	19,0	20,0	1) Aus: Staat und Wirtsch. (84), 10. Jg S. 185
davon Tierische ZK	13,5	13,4	12,2	11,6	
Pferde	8,9	8,9	8,1	7,8	
Rinder	4,6	4,5	4,1	3,8	
Maschinelle ZK	0,4	1,9	6,6	8,4	

Diese Entwicklung bedeutet eine Steigerung der Zahl der Zugkrafteinheiten in Hessen innerhalb der letzten 16 Jahre um insgesamt 37 v.H., wobei die Anbaufläche gegenüber 1939 etwa gleich geblieben ist. Es ist im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitswirtschaft bemerkenswert, daß dieser Prozeß, wie die vorstehende Übersicht zeigt, dadurch gekennzeichnet ist, daß gegenüber 1938 8,0 "motorische Zugkrafteinheiten" mehr eingesetzt wurden, die Zahl der "tierischen Zugkrafteinheiten" aber nur um 1,9 ZK je Flächeneinheit zurückgegangen ist.

Dazu äußert sich das Statistische Landesamt: "Diese Art der Doppelgleisigkeit dürfte aus der ... bereits erwähnten Struktur der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe zu erklären sein. Neben der Maschine läuft eben noch die tierische Zugkraft zu einem erheblichen Teil mit. Sie belastet den Betrieb natürlich und kann in vielen Fällen die Vorteile des Maschineneinsatzes, wie Arbeitersparnis, die bei dem bestehenden Arbeitskräftemangel ebenfalls ins Gewicht fällt, sowie Futter- und Zeiterparnis wieder aufheben. Es bleibt abzuwarten, wie lange dieser Übergangszustand noch anhält. Auf die Dauer und bei fortschreitender Entwicklung der Technik kann er jedenfalls ohne negative Auswirkungen nicht bleiben".¹⁾ Diese für das ganze Land Hessen getroffene Feststellung gilt grundsätzlich auch für den Bereich der Nordhessens, und Vergleiche mit anderen Bundesländern zeigen, daß die Umstellung im Untersuchungsgebiet offenbar größere Schwierigkeiten bereitet als in anderen Gebieten Westdeutschlands.

Allerdings bleibt die Frage offen, bis zu welchem Grade es jeweils tatsächlich rein arbeitswirtschaftliche Überlegungen gewesen sind, die zu der starken Schlepperverwendung geführt haben. Es hat nämlich den Anschein, daß der Schlepper nicht allein als arbeitskraft- und arbeitszeitersparendes Produktionsmittel betrachtet wird, sondern darüber hinaus auch die Rolle eines zum "demonstrativen Verbrauch" bestimmten Gutes spielt, auf dessen Anschaffung insbesondere die jüngere Generation selbst dann besteht, wenn der Betrieb gar nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen seines Einsatzes mitbringt. An dieser Stelle überschneiden sich

¹ Staat u. Wirtsch. (84), Nr. 9, S. 103, 1955; vgl. auch: FISCHER, der auf die Möglichkeit einer gewissen Verschwendung an Zugkraft hinweist, "die notwendigerweise zu verminderten Reinerträgen führen muß, wenn ihr nicht größere Einsparungen auf der Kostenseite oder erhöhte Posten auf der Einnahmeseite entsprechen". In: Der Schlepperbezug der westdeutschen Landwirtschaft und seine Beweggründe; Agrarwirtsch. (16), S. 162

ökonomische und außerökonomische Gesichtspunkte; und wenn man einerseits der Landwirtschaft die Freiheit zugesteht, ihr Einkommen für die Anschaffung nicht betriebsnotwendiger Maschinen auszugeben, in gleicher Weise wie andere Bevölkerungskreise dies für Autos, Fernsehapparate usw. tun, so sind andererseits die auch von gewerkschaftlicher Seite vorgebrachten Vorbehalte zu berücksichtigen, die auf die Gefahr hinweisen, daß hiermit Betriebskosten übernommen werden, die in Form höherer Lohnzahlungen an die Landerbeiter möglicherweise einen wesentlich größeren wirtschaftlichen Nutzeffekt aufweisen könnten, zumal die Tatsache, daß sich selbst die kleineren Betriebe ihre Schlepper größtenteils im Wege der Selbstfinanzierung erwerben können, darauf hindeute, daß die Landwirtschaft zur Zahlung höherer Löhne durchaus in der Lage sei. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kann jedoch auf diese komplizierten Fragen nicht näher eingegangen werden.

Hier sollte nur gezeigt werden, daß die unbedingte Zurechnung der gesamten Zunahme der Schlepperbestände in den letzten Jahren zum Mangel an Arbeitskräften nicht aufrechtzuhalten ist. Gewiß ist nicht zu übersehen, daß die schlechte Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften nicht ohne Einfluß auf die stürmische Zugkraftmotorisierung geblieben ist, es läßt sich jedoch nicht angeben, bis zu welchem Grade diese dabei bestimmend gewesen ist.

Eine engere Verbindung zwischen Mechanisierung und "Leutenot" scheint dagegen im Hinblick auf den verstärkten Einsatz von Melkmaschinen zu bestehen. Ihre Zahl ist in Hessen von 327 im Jahre 1949 auf 4.846 im Jahre 1954 gewachsen, das bedeutet eine Steigerung um das 15-fache (Westdeutschland = 17-fache). Diese außerordentlich starke Zunahme ist im wesentlichen aus der Überbeanspruchung der Bäuerin zu erklären, für die die schwere Melkarbeit eine beinahe unerträgliche Belastung bedeutet. Da sich oft sogar die eigene Tochter weigert, diese Arbeit zu übernehmen, ist es verständlich, daß die familienfremden Mädchen in der Regel die Stallarbeit von vornherein ablehnen. Die "gottesdienstliche Arbeit" der Magd im Kuhstall in Luthers bekanntem Beispiel ist heute fast schon zu einer Prestigefrage geworden.

Diese Tatsache und der oben gezeigte Abbau des weiblichen Arbeitskräftebestandes überhaupt machen es begreiflich, daß die Melkmaschine

starken Eingang gerade in die mittleren Betriebsgrößenklassen gefunden hat, wo der Anteil der Frauenarbeit vergleichsweise hoch ist - wobei allerdings auch zu berücksichtigen ist, daß die Berufsmelker in den größeren Betrieben der Melkmaschine nicht immer positiv gegenüberstehen.

Verteilung der Melkmaschinen nach der Zahl der Kühe 1954 ¹⁾

	Maschinen in Betrieben mit			
	1 - 5	6 - 10	11 - 20	21 u. mehr Kühen
	v.H.			
Reg.Bez. Kassel	13,8	70,5	12,4	2,4
Bundesgebiet	8,9	53,2	30,8	7,1

In diesem Zusammenhang sei noch der Versuch in Renda, Kreis Eschwege erwähnt, wo 1954 anstelle betriebseigener Melkanlagen mit Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten und der Molke-reigenossenschaft Eschwege eine gemeinschaftliche Dorfmelkanlage für 120 Kühe eingerichtet wurde. Da bei Verwendung der Melkmaschine im einzelnen Betriebe die Zeiteinsparung mit abnehmender Kuhzahl gegenüber dem Hand-melken immer geringer wird, ist als wichtigstes Ergebnis neben der Ar-beitserleichterung die arbeitszeitsparande Wirkung dieser Einrichtung an-zusehen, die den langen Arbeitstag der Bäuerin verkürzen hilft.

Aus diesen beiden Beispielen wird ersichtlich, daß die Landarbeiter-frage bei der Mechanisierung eine nicht immer genau abzuschätzende Rolle spielt, mit zunehmender Verschärfung der Situation aber mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Es zeigt sich jedoch auch, daß die Erwartungen nicht voll gerechtfertigt sind, die in der Technisierung der Landwirtschaft eine endgültige Lösung des Arbeitskräftemangels erblicken. Zwei Tatsachen stehen dieser Annahme entgegen:

1. Es ist fraglich, ob die eingesparten Lohnkosten hoch genug sind, um die aufwendigere kapitalintensive Wirtschaftsweise auf die Dauer zu rech-tfertigen, oder ob die Landwirtschaft darüber hinaus nicht gezwungen sein wird, so wie in der Vergangenheit die Kosten der Mechanisierung im Wege weiterer Intensivierung zu decken. Intensivere Betriebssysteme erfordern jedoch einen wachsenden Arbeitsaufwand, so daß man bei dem unaufhaltsamen Abwanderungsdrang der Arbeitskräfte in dieser Hinsicht keinen nachhaltigen Ausgleich erwarten kann. Dazu kommt

1). Vgl.: RB (63), VI/12, S. 160

2., daß die Landtechnik nicht nur der Produktionssteigerung zu dienen hat, sondern daß eine ihrer Hauptaufgaben auch darin liegen muß, "die Landarbeit zu erleichtern und die Lebensverhältnisse in Stadt und Land einander anzugleichen".¹⁾ Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Verkürzung der Arbeitszeit, und es entstehen Zweifel, ob bei einer auf diesem Wege ermöglichten Reduzierung der extrem langen Arbeitszeiten insbesondere auch der familieneigenen Kräfte genügend Spielraum bleibt, um den wachsenden Arbeitskräftemangel abzufangen.

Da unter diesen Umständen damit zu rechnen ist, daß auch Mechanisierung und Motorisierung den Betrieben nicht die erwartete arbeitswirtschaftliche Entlastung bringen wird, stellt sich die Frage, ob nicht wenigstens ein Teil des Arbeitsprogramms in Bereiche außerhalb des einzelnen Betriebes verlagert werden kann. Dieser Weg wurde ja schon mit dem Einsatz der arbeitszeit- und arbeitskraftsparenden Maschinen eingeschlagen, indem durch den Austausch zwischen Kapital und Arbeit früher dem Bauern und Landarbeiter obliegende Verrichtungen nunmehr vom Fabrikarbeiter vorgeleistet werden. Die kommende Entwicklung wird auf der einen Seite in dieser Richtung weiterführen, zum anderen aber wird der Landwirt gezwungen sein, in zunehmendem Umfange Arbeiten spezialisierten Fachkräften zu übertragen, die zu ihm in keinem direkten Abhängigkeitsverhältnis stehen.

Es wird an erster Stelle der Lohnunternehmer sein, der in wachsendem Maße an Bedeutung gewinnen wird. Insbesondere drei Faktoren sind es, die in dieser Richtung wirken. Je größer die Zahl der Arbeitsvorgänge wird, die im Zuge der technischen Entwicklung und Vervollkommenung von der Maschine übernommen werden können, desto aussichtsloser wird es für den einzelnen kleinbäuerlichen Betrieb, alle diese Geräte selbst anzuschaffen und zu halten. Da auf Grund der Eigenart des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses die Einsatzmöglichkeiten für eine Reihe dieser Maschinen nur auf verhältnismäßig wenige Stunden im Jahr beschränkt bleiben müssen, wäre der Auslastungsgrad viel zu niedrig und die Kapitalbelastung für den Betrieb oft zu hoch. Andererseits wäre es volkswirtschaftlich unvertretbar, aus diesem Grunde überhaupt auf leichtere, schnellere und bessere Arbeitsweisen verzichten zu wollen. Man hat versucht, in der Genossenschaftstechnik einen Ausweg zu finden, doch sind die hier bisher gemachten Erfahrungen nicht in jeder Weise erfolgverspre-

1) PRIEBE (40), S. 141

chend. Häufig wird diese Ligenmechanisierung in Gemeinschaftsform von den Bauern mit der Begründung abgelehnt, "Kumpenei ist Lumperei" und es zeigt sich, daß geradezu mit abnehmender Betriebsgröße ein wachsender Individualismus sichtbar wird. Auch hier fehlte es bisher oft an Einsicht, Rücksichtnahme und überlegtem Handeln, um auf diesem Wege der Forderung nach bestmöglicher Technisierung und Rationalisierung zum Ausgleich des Landarbeitermangels nachzukommen.

In dieser Situation scheint für den Lohnbetrieb durchaus die Möglichkeit zu bestehen, zukünftig erhebliche Teile der landwirtschaftlichen Arbeiten an sich zu ziehen. Bei dieser Form der Mechanisierung der Landwirtschaft verliert zwar der einzelne Betriebsleiter nunmehr restlos die Verfügungsgewalt über die in Frage kommende technische Ausrüstung; dafür kann er jedoch eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren auf den Lohnunternehmer abwälzen. Es ist vorauszusehen, daß eine solche Umstellung nur langsam und widerstrebend vorgenommen werden wird, doch hat es den Anschein, daß die psychologischen Hemmungen hier leichter zu überwinden sind als bei einer gemeinschaftlichen Anwendung der technischen Hilfsmittel.

Erste Ansätze zu einer Entwicklung in dieser Richtung sind bereits bemerkbar: während aus nordhessischen Nachbargebieten berichtet wird, daß im Jahre 1955 bis zu 80 v.H. der Kartoffelernte von Lohnunternehmern eingebracht wurden, empfiehlt die Landwirtschaftskammer Kurhessen seit einiger Zeit das Lohnkalcken. Doch sind damit die Einsatzmöglichkeiten solcher Unternehmen bei weitem nicht erschöpft; die technische Entwicklung hat längst zum Mähdrescher, zu Kartoffellegemaschinen, Pick-up-Pressen, mechanischen Miststreuern, selbstfahrenden Hackmaschinen usw. geführt, deren volle Anwendung erforderlich wird.

So wird der Lohnunternehmer je nach den durch Boden und Klima bedingten Anbauverhältnissen zu ganz unterschiedlichen Arbeiten und Zeiten herangezogen werden, wobei die Möglichkeit seines Einsatzes um so eher gegeben ist, je weniger fristgebunden die ihm übertragenen Aufgaben sind.

Weiter kommt hinzu, daß der Lohnunternehmer nicht nur als Spitzenbrecher für die Landwirtschaft auftreten kann, sondern darauf bedacht sein muß, das ganze Jahr hindurch beschäftigt zu sein (im Winter Füllarbeiten wie Lohnfahren, Maschinenreparaturen usw.). Es besteht für ihn die Notwendigkeit, einen technisch hochqualifizierten Stamm von Arbeitern zu halten,

die auf der einen Seite die Arbeiten termingemäß und in bester Qualität ausführen und die auf der anderen Seite eingehende Kenntnisse in der Haltung und Anwendung des Maschinenparks besitzen. Gegenüber der jetzt noch weit verbreiteten Auffassung, "daß durch die fortschreitende Mechanisierung der Bauernhöfe vielfach jugendliche Hilfskräfte genügen",¹⁾ wird dann die Erkenntnis treten, daß nur erfahrenen und ausgebildeten Kräften die immer höherwertigen Maschinen anvertraut werden dürfen. Während heute oft ungeübte Arbeiter die einzelne Maschine häufig weniger als 100 Stunden im Jahr bedienen, muß der Lohnunternehmer aus Rentabilitätsrücksichten Menschen beschäftigen, die sich durch theoretische Schulung und lange Erfahrung nur auf den Umgang und die Handhabung der technischen Geräte spezialisiert haben. Auf diesem Wege besteht für die Landwirtschaft die Möglichkeit einer fortschreitenden Arbeitsteilung und damit auch die Aussicht auf Hebung der Arbeitsproduktivität.

Der dritte Punkt, der für eine solche Entwicklung spricht, ergibt sich aus der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der beim Lohnunternehmen beschäftigten Kräfte. Die größere Effizienz der Arbeit gestattet eine höhere Bezahlung, Schwierigkeiten bei der Eheschließung bestehen hier nicht; im Hinblick auf sein berufliches Fortkommen braucht der Arbeitnehmer nicht auf das Freiwerden einer Deputantenstelle zu warten oder sich der unsicheren Hoffnung auf Erwerb einer eigenen kleinen Wirtschaft hinzugeben, sondern er hat die Aussicht, im Falle eines Berufswechsels als technisch qualifizierter Arbeiter jederzeit eine angemessen bezahlte Stellung zu finden, oder gegebenenfalls selbst ein Lohnunternehmen gründen zu können. Vor allem aber wird ihm nicht das Odium des "Knechtes" anhaften, von dem sich der Arbeitnehmer in direktem Abhängigkeitsverhältnis zum Bauern auf lange Sicht nicht wird befreien können.

Aus diesen Gründen ist zu erwarten, daß auch die Lohnbetriebe in den kommenden Jahren mit den Bauernhöfen in Konkurrenz um deren technisch begabte Arbeitskräfte treten und diese in zunehmendem Maße an sich ziehen werden.

Der Zwang und die Bereitschaft, Arbeiten einem Lohnunternehmen zu übertragen, wird - entsprechend der Intensität des Kräftemangels und der

1) S. Textbericht des Arbeitsamts Marburg, Februar 1954, als Begründung für die überwiegende Nachfrage nach jugendlichen Kräften von 16 - 18 Jahren.

Kapitalkraft des Hofes - zuerst beim Klein- und Mittelbetrieb in Erscheinung treten, während der großbäuerliche und Großbetrieb vorerst nicht in diesem Maße auf ihn angewiesen sein wird. Immerhin ist zu erwarten, daß kalkulatorische Erwägungen auch sie dazu veranlassen werden, einzelne Vorrichtungen aus dem eigenen Arbeitspensum herauszunehmen.

Doch abgesehen von allen Vor- und Nachteilen, die diese Form der Landbewirtschaftung mit sich bringt, scheint sie heute die einzige zu sein, in der ein verhältnismaßig kleiner gefestigter Landarbeiterstamm möglich ist. Daher stellt sich auch die Frage, ob nicht besser anstelle der ausichtslosen Bemühungen um die Zurückhaltung der Arbeitskräfte auf den Bauernhöfen eine bewußte Förderung dieser Entwicklung treten sollte, um der Abwanderung jener zuvorzukommen, die sicher nicht mehr willens sind, in den alten Bindungsverhältnissen noch länger auf dem Lande zu arbeiten, die aber vielleicht bereit wären, ihre Arbeitskraft im Rahmen dieser neuen Organisationsform auch weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Da diese Umstellung jedoch einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird, und auch ihr Vollzug nicht in jedem Falle eine entscheidende Annäherung an die städtischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie die Realisierung einer dem Arbeitskräftebesatz entsprechenden Produktionsleistung zu gewährleisten vermag, ¹⁾ ist für bestimmte Betriebe mit einer V e r k l e i - n e r u n g d e r b e w i r t s c h a f t e t e n F l ä c h e z u rechnen. Weil heute der einzelne Landwirt bei der Kombination der Produktionsfaktoren nicht mehr beliebig über den Einsatz der menschlichen Arbeitskraft verfügen kann, wird er bei seinem Versuch, das optimale Verhältnis der Arbeitskraft zu Intensität und Fläche zu finden, die letzteren Faktoren dem Schwinden des ersteren anpassen müssen. Solange die familien-eigenen Kräfte noch als vergleichsweise beständigstes Element der landwirtschaftlichen Arbeitswirtschaft anzusehen sind, werden d i e Betriebe, deren Fläche über die Arbeitskapazität der Bauernfamilie hinausgehen, auf die Dauer zu einer entsprechenden Einschränkung der Betriebsgröße gezwungen sein.

Auch für Nordhessen sind bereits die ersten Anzeichen für eine solche Entwicklung - zunächst in Form einer spürbar extensiveren Bodennutzung - bemerkbar; wie Untersuchungen der Agrarsozialen Gesellschaft ergaben, führte der Mangel an Gesindekräften dazu, daß in großbäuerlichen Betrie-

1) Das Weiterbestehen der heutigen Preisrelationen ist dabei vorausgesetzt.

teilweise bis zu 5 v.H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche, wenn auch nicht gänzlich brachgefallen sind, so doch sehr extensiv als Futterfläche für wenige Tiere genutzt werden.¹⁾ Die Parallele zum Problem der Sozialbrache wird sichtbar: in beiden Fällen bleibt fruchtbarer Boden weitgehend unwirtschaftet, weil seine Nutzung durch zunehmende Ablehnung der Landarbeit unmöglich wird.

Wie die Bodenbenutzungserhebung für das Jahr 1955 zeigt,²⁾ ist im Lande Hessen der Anteil des Landes, das aus den genannten sozialen Ursachen brachliegt, sowie solches, das zur Gründung verwendet oder zur Verbesserung des Kulturzustandes als Schwarzbrache gehalten wird, in den letzten 20 Jahren auf das Doppelte angewachsen. Wenn auch insgesamt im Reg.Bez.Kassel keine Veränderungen festzustellen waren, so ergibt sich doch für einzelne nordhessische Kreise ein ebenfalls spürbares Zunehmen dieser Fläche. Ihr Anteil an der LNF wuchs gegenüber 1938 z.B. in den Kreisen Melsungen auf 200 v.H.; Hersfeld: 166 v.H.; Kassel-Land: 150 v.H.; Frankenberg: 150 v.H.; Waldeck: 125 v.H.

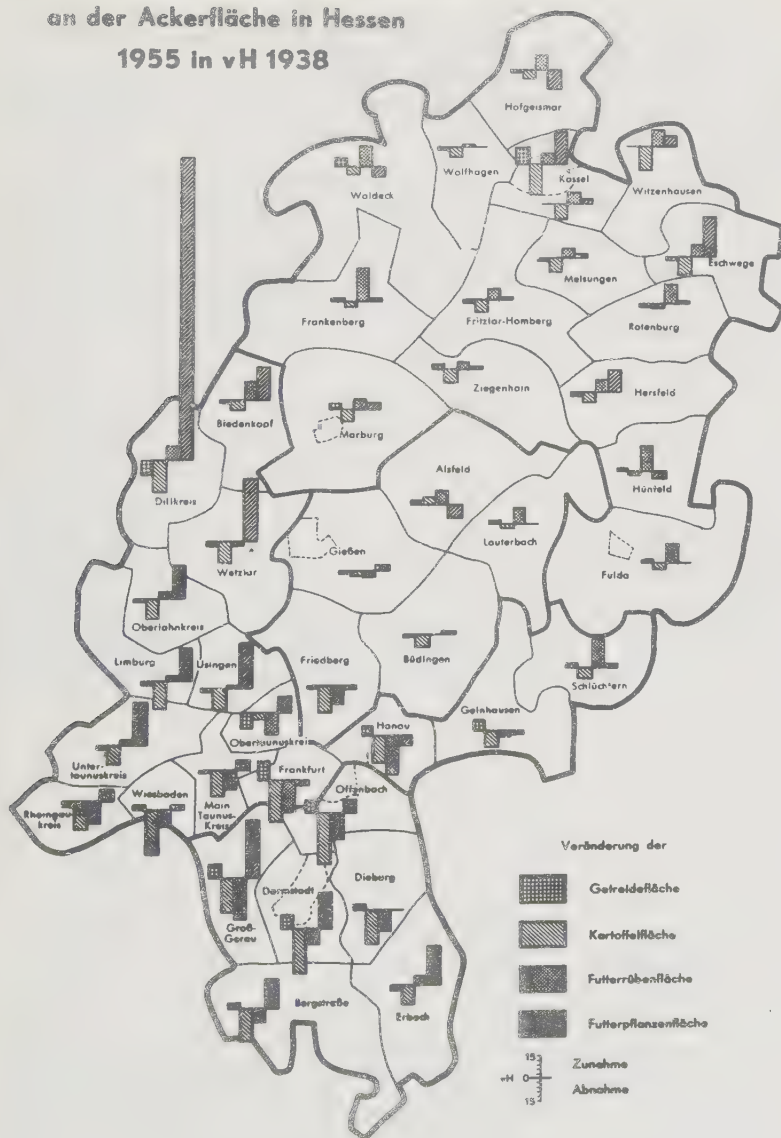
Demgegenüber steht eine allgemeine anteilmäßige Abnahme des Ackerlandes, die ebenfalls im südlichen Hessen deutlicher sichtbar wird als im Untersuchungsgebiet. Ihr Rückgang beträgt im Reg.Bez.Kassel 2,7 v.H. (Reg. Bez. Wiesbaden: 4,2 v.H.; Reg. Bez. Darmstadt: 2,9 v.H.), wobei die Stadtkreise Fulda mit 22,6 v.H. und Kassel mit 14,8 v.H. besonders ins Auge fallen. Wolfhagen ist der einzige Kreis, der eine Zunahme des Ackerlandes aufweist - allerdings nur um 0,1 v.H.

Während jedoch in Südhessen auch der Anbau der arbeitsintensiven Hackfrüchte zurückgegangen ist (Abnahme des Hackfruchtflächenanteils am Ackerland im Reg.Bez. Wiesbaden: 8,8 v.H., im Reg.Bez. Darmstadt: 6,4 v.H.), konnte im Reg.Bez.Kassel die Hackfruchtfläche zunächst noch um 3,1 v.H. ausgedehnt werden. Diese Zunahme erklärt sich in der Hauptsache aus einem verstärkten Zuckerrübenanbau, da die Kartoffelfläche ebenfalls um 7 v.H. abgenommen hat. An die Stelle der Bodennutzung durch Kartoffelanbau trat die extensivere Form des Getreide- und insbesondere die des Futterpflanzenbaus. Die Übersichtskarte (S.156) zeigt, daß diese Umstellung beson-

1) Vgl. auch: Ber. üb. Landw. (59), NF, Bd. 162, S. 46

2) S. im einzelnen: Bodenbenutzung und Ernteerträge (86)

Veränderung ausgewählter Flächenanteile an der Ackerfläche in Hessen 1955 in vH 1938



ders stark im Rhein-Main- sowie im Dill-Gebiet vorgenommen wird (Zunahme der Futterpflanzenfläche im Reg.Bez. Wiesbaden: 20,7 v.H.; im Reg.Bez. Darmstadt: 7,8 v.H.). Immerhin ergibt sich auch für einige nordhessische Kreise eine nennenswerte Zunahme der Futterpflanzenfläche, Eschwege: 27,4; Kassel-Stadt: 20,5; Hersfeld: 15,4.

"Diese Verlagerung der Futtergewinnung von dem Futterhackfruchtbau auf den Futterpflanzenbau bedeutet natürlich Extensivierung. Und wenn sich darüberhinaus die Zahl der Tiere, die von dieser heute gegenüber 1938 ausgedehnteren Fläche ernährt werden, in der gleichen Zeit vermindert hat, dann zeigt das auf weitere Wandlungen in der gesamten Bewirtschaftung hin".¹⁾

Die Tatsache, daß die mit diesen Wandlungen auftretende Extensivierung in der Bodenbewirtschaftung am stärksten zunächst im Süden des Landes (Rhein-Main- und Lahn-Dill-Gebiet) aufgetreten ist und ihr Übergreifen auf den nordhessischen Bereich sich am stärksten in den Kreisen um den Industriestandort Kassel bemerkbar macht, weist auf den Zusammenhang dieser Erscheinungen mit der beständigen Abnahme des Arbeitskräftebestandes hin.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung tritt mit den gleichen regionalen Differenzierungen eine weitere Wandlung in der landwirtschaftlichen Wirtschaftsweise in Erscheinung, die sich in einer merklichen Veränderung der bisherigen Betriebsgrößenstruktur äußert.

Veränderungen der Betriebsgrößen in der hessischen Landwirtschaft seit 1949²⁾

Größenklasse	Zahl der Betriebe		Zu- bzw. Abnahme 1955 gegenüber 1949	
	1949	1955	Anzahl	v.H.
unter 2 ha	88.522	79.341	-9.181	-10,4
2 bis unt. 5 ha	63.685	56.144	-7.541	-11,8
5 " " 10 ha	36.462	33.930	-2.532	- 6,9
10 " " 20 ha	18.606	20.151	+1.545	+ 8,3
20 und mehr ha	4.663	4.586	- 77	- 1,7

1) Bodenbenutzung und Ernteerträge (86), S.20; ein abschließendes Urteil ist jedoch erst gestattet, wenn außer der Bodennutzung auch eine ins einzelne gehende Übersicht über die Tierhaltung und ihre Veränderungen in neuester Zeit vorliegt, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der Fall ist.

2) Aus: Staat u. Wirtsch. (84), 11.Jg. 3.H., März 1956. Diese Übersicht vermittelt insofern ein zu schwaches Bild, als unberücksichtigt bleibt, daß im Zeitraum 1945-1954 2.064 Betriebe der Größenklasse unter 5 ha, 766 Betriebe zwischen 5 bis 10 ha, 522 Betriebe mit 10 bis 20 ha sowie 147 Betriebe über 20 ha LNF im Rahmen der Siedlung ausgelegt worden sind.

Die in vieler Hinsicht beachtliche Abnahme der unteren Betriebsgrößen ist jedoch hier nur insoweit von Interesse, als auch diese Zahlen die Meinung derer nicht recht bestätigen, die glauben, daß lediglich eine Abneigung gegen die a b h ä n g i g e Arbeit in der Landwirtschaft besteht.

Im vorliegenden Zusammenhang wichtiger erscheint die abnehmende Tendenz bei den größeren Betriebsgrößenklassen; da diese Betriebe vornehmlich in Nordhessen vertreten sind, entfallen von dem für das ganze Land Hessen ermittelten Rückgang der Größenklasse über 20 ha LNF um 77 Betriebe 55 allein auf das Untersuchungsgebiet, wobei die erwähnte Siedlungstätigkeit unbeachtet bleibt. Es fällt auf, daß die Abnahme mit wachsender Größenklasse um so deutlicher hervortritt, so daß in Nordhessen seit 1949 der Bestand der Betriebe in der Größenklasse von

20 - 50 ha um 1,1 v.H.
50 - 100 ha um 4,1 v.H.
100 ha und mehr um 10,9 v.H.

zurückgegangen ist.

Sicherlich wirken bei dem Plan der Betriebsverkleinerung jeweils eine größere Zahl von Faktoren mit, doch legt die folgende Übersicht ein enges Zusammenhängen mit der Frage der Arbeitskräfte nahe, da sich herausstellt, daß die Abnahme gerade in d e n Gebieten besonders stark ist, die schon 1949 über eine relativ geringe Zahl von Hilfskräften verfügten.

Die Veränderung der Betriebsgrößen über 20 ha LNF
in Nordhessen seit 1949

Kreis	20 - 100 ha LNF			100 ha und darüber		
	Zahl d. Betriebe 1949	1955	Zu- bzw. Abnahme	Zahl d. Betriebe 1949	1955	Zu- bzw. Abnahme
Fulda-Stadt	6	10	+ 4	1	1	-
Kassel-Stadt	20	17	- 3	4	3	- 1
Marburg-Stadt	1	1	-	-	-	-
Eschwege	135	139	+ 4	17	17	-
Frankenberg	109	94	- 15	6	5	- 1
Fritzlar-Homberg	355	359	+ 4	13	13	-
Fulda-Land	340	297	- 43	7	7	-
Hersfeld	131	132	+ 1	4	3	- 1
Hofgeismar	149	158	+ 9	18	15	- 3
Hünfeld	231	208	- 23	4	1	- 3
Kassel-Land	64	74	+ 10	6	5	- 1
Marburg-Land	332	327	- 5	6	5	- 1
Melsungen	147	156	+ 9	4	3	- 1
Rotenburg	163	162	- 1	5	4	- 1
Waldeck	531	540	+ 9	18	15	- 3
Witzenhausen	72	73	+ 1	17	15	- 2
Wolfhagen	81	88	+ 7	9	12	+ 3
Ziegenhain	244	237	- 7	9	8	- 1
Insgesamt	3.111	3.072	- 39	148	132	- 16

Es ist also hiernach damit zu rechnen, daß zu dem heute vielbesprochenen Problem der unterhalb des Familienbetriebes liegenden Größenklassen in Zukunft auch die Frage nach der Entwicklung in dem darüberliegenden Betriebsgrößenbereich treten wird. Der Zwang zur Verkleinerung der Betriebsfläche tritt zunächst am stärksten bei den großbäuerlichen Betrieben auf, deren familieneigenen Kräfte nach Abwanderung des Gesindes zur ordentlichen Bewirtschaftung nicht mehr ausreichen. Aber auch die Großbetriebe werden von dieser Entwicklung erfaßt, sodaß hier ebenfalls mit einem weiteren Rückgang zu rechnen ist, soweit nicht besondere Verhältnisse z.B. in der Nutzungsrichtung (Saatzuchtbetriebe u.ä.) dem Landarbeiter als Einzelerscheinung noch weitere Möglichkeiten bieten.

Bei welcher Größe der ohne Lohnarbeitskräfte wirtschaftende Familienbetrieb liegen wird, läßt sich allgemein nicht angeben. Bodenverhältnisse, Klima, Nutzungsrichtung, Marktlage und eine Reihe von örtlich verschiedenen Faktoren beeinflussen neben der Arbeitskapazität der bäuerlichen Familie seine flächenmäßige Ausdehnung.

Gerade im Hinblick auf den letztgenannten Bestimmungsgrund ist zu erwarten, daß die Diskussion um die Lösung der allgemein stark verzögerten Hofübergabe auch zu einer Verbesserung der arbeitswirtschaftlichen Situation führen wird. Auch das neue Projekt einer Pflichtvorsorge der selbständigen Landwirte für ihr Alter, das die Hofübergabe als Voraussetzung der Auszahlung des "Altenteilzuschusses" vorsieht, will damit das Nachrücken der jüngeren Generation in die landwirtschaftliche Unternehmerfunktion beschleunigen. Schon eine gegenüber den heutigen Verhältnissen um 7 bis 8 Jahre frühere Eheschließung des Jungbauern - die nur eine Angleichung an das Heiratsalter der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung bedeutet ¹⁾ - könnte für den Hof den Gewinn einer vollwertigen Arbeitskraft ausmachen. Freilich wird ein solcher Prozeß der Generationsverdichtung eine geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Die Notwendigkeit einer Anpassung der Betriebsgröße an den vorhandenen Arbeitskräftebesatz wird in Nordhessen mit seiner gegenüber dem Bundesdurchschnitt nicht geringen Zahl an großbäuerlichen Betrieben ein besonderes Gewicht erhalten. Jedoch ist auf Grund der oft ungünstigen Boden-, Klima- und Verkehrsverhältnisse damit zu rechnen, daß hier die Umstellung zu größeren Betriebseinheiten führen wird als in günstigeren Gegenden Westdeutschlands, wo eine intensivere Bodennutzung möglich ist.

Auf diesem Wege wird es nach der hier vertretenen Ansicht im Laufe der Zeit zu einer Lösung der Landarbeiterfrage kommen: da sich die angestrebte Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte zu langsam durchsetzen wird, und auch nur geringe Aussichten bestehen, durch die vorgesehenen Maßnahmen die Situation am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt in nennenswertem Maße verbessern zu können, wird die Landwirtschaft gezwungen sein, sich den daraus resultierenden Verhältnissen anzupassen.

1) Vgl.: Ipsen (27), S. 23

Die Weiterentwicklung der Landtechnik in Verbindung mit neuen Formen der Arbeitsorganisation sowie eine Strukturwandlung zugunsten eines auf die Familienarbeitskraft zugeschnittenen Betriebes werden in nächster Zukunft die Landwirtschaft weitgehend aus ihrer Abhängigkeit von den Arbeitskräften befreien, die bisher zum größten Teil ohnedies nur widerwillig der Arbeit auf dem Lande nachgingen. Damit wird der Landarbeiter alten Typs in den verschiedenen, heute noch vorherrschenden Formen der überkommenen Bindungsverhältnisse in wenigen Jahren der Vergangenheit angehören.

2. Versuche kurzfristiger Lösungen

Die außerordentlich starke Zunahme des Arbeitskräftebestandes in der Nachkriegszeit täuschte die Landwirtschaft für einige Jahre über die Notwendigkeit einer Umstellung hinweg. Die sehr rasch einsetzende Abwanderung der Hilfskräfte, der im Bauern verwurzelte starke Hang zum Hergebrachten und nicht zuletzt auch das unter den allgemeinen Durchschnitt gesunkene ländliche Bildungsniveau, das teilweise sogar die Einsicht in die Verbesserungsbedürftigkeit der heutigen Zustände hemmt, verhinderten in der Folgezeit nicht nur eine rechtzeitige Anpassung an die neue Lage, sondern bewirkte vielmehr, daß man in der Hauptsache die Energien darauf verwendete, durch verschiedene Maßnahmen die alten arbeitsorganisatorischen Verhältnisse in ihren Grundformen aufrechtzuerhalten.

Diese Bestrebungen führten zunächst zu einer verstärkten Beschäftigung von Schwarzarbeitern. Bei der paradoxen Situation, die in den vergangenen Jahren auf der einen Seite eine starke Arbeitslosigkeit in ländlichen Gegenden aufwies, während gleichzeitig die Landwirtschaft über einen zunehmenden Kräfterangel klagte, scheint zunächst der Vorwurf, die jetzige Regelung der Arbeitslosenversicherung fördere die allgemeine Ablehnung der Landarbeit, eine gewisse Berechtigung zu haben. Bei den heute gezahlten Unterstützungssätzen bietet der dem Landarbeiter gezahlte Lohn dem Arbeitslosen oft wenig Anreiz zur Arbeitsaufnahme in der Landwirtschaft, und er muß sogar für den Fall erneuter Arbeitslosigkeit mit einer Schwägerung seiner Unterstützung rechnen. Dagegen findet er sich eher zur vorübergehenden Beschäftigung als Schwarzarbeiter in der Zeit der Arbeitsspitzen bereit. Unter den bestehenden Verhältnissen ist der Bauer zur Ausschöpfung dieser ungesetzlichen Arbeits

Reserve gezwungen; für den im ordentlichen Arbeitsverhältnis stehenden Landarbeiter bedeutet diese Entwicklung eine gefährliche Untergrabung der Arbeitsmoral, wenn er sehen muß, daß der Schwarzarbeiter für die gleiche Arbeit neben seinem Unterstützungsgeld u.U. einen höheren Lohn bezieht, da ja der Abzug der Soziallasten unterbleibt.

Wenn jedoch von landwirtschaftlicher Seite der Vorschlag gemacht wird, bei Nichtannahme landwirtschaftlicher Arbeitsplätze den Arbeitslosen die Unterstützung zu streichen, scheint man einmal die für den eigenen Berufsstand oft mit großem Nachdruck geforderte Freiheit des Menschen in diesem Falle enger auslegen zu wollen, zum anderen überschätzt man die Wirkung, die eine solche Maßnahme auslöst. Die Arbeitsverwaltung hat im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewisse Möglichkeiten, in genanntem Falle den Arbeitslosen den weiteren Bezug der Unterstützung zu sperren.¹

Doch weisen die Berichte der Arbeitsämter immer wieder darauf hin, daß die Anwendung dieser Vorschriften nicht den gewünschten Erfolg hat. "Nach den in früheren Jahren gemachten Erfahrungen sind für die Landwirtschaft mit Hilfe des § 10, Abs.2 der Alfu VO keine Kräfte zu gewinnen".² Die Abneigung gegen eine Beschäftigung in der Landwirtschaft ist so groß, daß man oft den Verlust der Unterstützung ohne weiteres in Kauf nimmt. Im Juni 1955 meldet z.B. das Arbeitsamt Fulda: "Von 224 Unterstützungsempfängern, denen in den letzten beiden Monaten mit Rechtsbelehrung nach § 90 AVAVG und § 10, 2 der Alfu VO landwirtschaftliche Arbeitsplätze angeboten wurden, haben nur 12 landwirtschaftliche Arbeit angenommen; auch diese werden kaum lange aushalten. Von den übrigen suchten sich 69 anderweitig Arbeit, 68 schieden aus der Unterstützung infolge Sperre, Entziehung oder Verzicht aus".

Da bei dieser Sachlage teilweise die rechtzeitige Einbringung der Ernte gefährdet war, war man zur Vermeidung von Notständen gezwungen vorüber

1) § 90 AVAVG: "Wer sich ohne berechtigten Grund trotz Belehrung über die Rechtsfolgen weigert, eine Arbeit anzunehmen oder anzutreten, auch wenn sie außerhalb seines Wohnsitzes zu verrichten ist, erhält für vier Wochen keine Arbeitslosenunterstützung ..."

§ 10, II Alfu VO: "Der Leiter des Arbeitsamtes kann jedoch die Dauer der Arbeitslosenfürsorge beschränken, wenn begründete Aussicht besteht, daß sich der Arbeitslose innerhalb dieses Zeitraumes durch eigene Bemühungen eine Arbeit verschaffen kann, bei deren Ablehnung eine Sperrfrist verhängt werden müßte."

2) Aus dem Textbericht des Arbeitsamtes Fulda, April 1955.

gehend kleinere Einheiten des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei (Arbeitsamtbezirke Kassel und Hersfeld) oder darüber hinaus noch Schulkinder (Arbeitsamtsbezirk Korbach) einzusetzen.

Weil aber auch der Einsatz dieser Hilfskräfte nur als äußerste Notlösung anzusehen war, die keine nachhaltige Verbesserung der bestehenden Verhältnisse bewirken konnte, wurden nun auch seitens des Hessischen Bauernverbandes Stimmen laut, die die Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte forderten. Dieser zuerst vom Bauernverband Württemberg-Baden beschrittene Ausweg hatte zunächst zu einem Streit zwischen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Bundesregierung über die Frage geführt, wie der deutsche Arbeitsmarkt zu beurteilen sei. Da die Bundesregierung, vertreten durch den Bundesarbeitsminister, gegenüber der Bundesanstalt keine Weisungsbefugnisse besitzt, hängt jedoch der Wunsch der Bauernverbände und des Bundesernährungsministeriums nach Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte in der westdeutschen Landwirtschaft ausschließlich von der Bereitschaft der Bundesanstalt ab, die von ihr auszustellenden Genehmigungen auch tatsächlich zu erteilen. Im Februar 1955 lehnte das Landesarbeitsamt Hessen den Antrag auf Hereinnahme von 12.000 italienischen Landarbeitern ab, und noch im Juli 1955 erklärte der Präsident der Bundesanstalt, daß Arbeitsgenehmigungen nur in Ausnahmefällen gegeben würden. Die Vertreter der Arbeitsvermittlung waren der Auffassung, daß der Landwirtschaft auch zur Erntezeit noch heimische Arbeitskräfte in genügender Zahl zur Verfügung ständen - vorausgesetzt, daß ihnen ausreichende Löhne bezahlt würden -, und man wies darauf hin, daß die angegebenen Bedarfszahlen oft unecht seien, wie aus den vielen Fällen untertariflicher Bezahlung hervorgehe. Demgegenüber stand der Bauernverband auf dem Standpunkt, daß die Beschäftigung von Italienern unumgänglich sei, da die Arbeitsämter ihrer Aufgabe, ausreichend deutsche Arbeitskräfte zu vermitteln, nicht nachkommen könnten. Allerdings machte auch der maßgebende landwirtschaftliche Vertreter im Bereich der staatlichen Arbeitsvermittlung starke Bedenken gegen den Plan der Hinzuziehung italienischer Kräfte geltend, den er als unechte Lösung des Problems bezeichnete, und er stellte eine Reihe von Forderungen auf, die von der Landwirtschaft selbst zu erfüllen seien (moderner Arbeitsrhythmus, Zahlung von Tariflöhnen, Verbesserung der Wohnverhältnisse insbes. für verheiratete Landarbeiter u.a.). Von der Bauernschaft wurden diese Ziele jedoch nur als "Ergebnis einer langfristigen Entwicklung" anerkannt.¹⁾

1) Vgl.: Landw. Wochenblatt (73) F. 28, S. 1113, 1955.

Ebenfalls ablehnend gegenüber der Frage der Hereinnahme ausländischer Kräfte war die Haltung der Gewerkschaft; man vertritt dort die Ansicht, daß der Einsatz italienischer Landarbeiter lediglich zur Konservierung der unhaltbar gewordenen Gesindeverfassung beitrage. Nicht ohne Einfluß auf diese Einstellung dürfte auch die Befürchtung gewesen sein, die Zulassung der ausländischen Arbeitskräfte führe zu einer Neuauflage des polnischen Schnitterwesens mit seinen bekannten Folgen für den Landarbeiterlohn.

Nachdem jedoch im weiteren Verlaufe des Jahres 1955 mit der starken Senkung der Arbeitslosenzahl die Möglichkeiten der Ausschöpfung der deutschen Arbeitskräftereserven geringer geworden waren, hielt nunmehr auch die Bundesanstalt eine begrenzte Hereinnahme italienischer Landarbeiter für vertretbar und notwendig. Im Frühjahr 1956 wurde ihre Anwerbung auf der Grundlage der am 20. Dezember 1955 in Rom unterzeichneten deutsch-italienischen Regierungsvereinbarung vorgenommen.

Dabei erwies sich eine im Herbst 1955 vom Bauernverband durchgeführte Umfrage zur Ermittlung des Arbeitskräftebedarfs im Jahre 1956 teilweise als bedeutende Fehlschätzung bzw. sie zeigte an, daß die Landwirte offenbar in den Italienern billigere Arbeitskräfte erhofft hatten, als die sie sich im Laufe der nächsten Monate herausstellten.¹⁾

Aus der nachstehenden Übersicht ist zu ersehen, wieviele italienische Arbeitskräfte im Reg. Bez. Kassel dann bei den Arbeitsämtern angefordert wurden, wieviele Vermittlungsaufträge wieder zurückgezogen wurden und wieviele der gemeldeten offenen Stellen mit italienischen Landarbeitern besetzt werden konnten.

1) So war im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Marburg der Bedarf mit 700 Arbeitern angegeben worden, vom Arbeitsamt wurde er auf 80 - 100 Arbeiter geschätzt. Vgl. Textbericht vom Nov. 1955. Im Juli 56 arbeiteten in diesem Gebiet 91 Italiener.

Italienische Arbeitskräfte in Nordhessen (Stand 20. Juli 1956)¹⁾

Arbeitsamt- bezirk	Angeforderte ital.Arbeiter	Zurückgezo- gene Vermitt- lungsaufträge	Mit italieni- schen Arbeitern besetzte Stellen
Fulda	115	59	54
Hersfeld	157	85	72
Kassel	196	94	102
Korbach	147	27	120
Marburg	194	92	91

Die vergleichsweise große Zahl der zurückgezogenen Vermittlungsaufträge erklärt sich in der Hauptsache aus der Tatsache, daß sich im Laufe der Anwerbungsverhandlungen die Arbeitsbedingungen änderten, so daß ein Teil der landwirtschaftlichen Arbeitgeber nicht mehr an der Vermittlung einer italienischen Arbeitskraft interessiert war, oder auch daraus, daß die angeforderten Hilfskräfte infolge der in der ersten Zeit auftretenden Anwerbungsschwierigkeiten nicht mehr so rechtzeitig herangeführt werden konnten, wie dies den Bedürfnissen der betreffenden Arbeitgeber entsprochen hätte.

Die Italiener werden als Saisonarbeiter angeworben, d.h. als Kräfte, die nur bis zu neun Monaten in Deutschland tätig sind. Sie sind den deutschen Arbeitnehmern in jeder Weise gleichgestellt und erhalten auch das Kindergeld nach deutschem Recht. Dagegen haben sie keinen Anspruch auf deutsche Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf des Vertrages. Der Arbeitgeber hat bei der Erteilung des Vermittlungsauftrages an das Arbeitsamt DM 50.- als Vermittlungspauschale zu zahlen, aus der die Anwerbungs- und Reisekosten bestritten werden. Ebenso hat der Landwirt die Rückreisekosten zu übernehmen. Neben freier Station erhalten die Italiener, die hauptsächlich in den mittleren Betrieben als Gesindekräfte arbeiten, einen abzugsfreien Barlohn in Höhe von DM 120.- zuzüglich einer monatlichen Prämie von DM 20.--.

1) Nach Mitteilung des Landesarbeitsamtes Hessen.

Billige Arbeitskräfte sind die Italiener - gemessen an den deutschen Verhältnissen - demnach nicht, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß sie auf einer möglichst strikten Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen - vornehmlich hinsichtlich der Arbeitszeit - bedacht sind, und daß in gewissem Umfang auf ihre Ernährungsgewohnheiten Rücksicht zu nehmen ist. Zum Vergleich sei angegeben, daß nach dem hessischen Lohn tariff vom 8. März 1956 die männlichen Monatslöhner in der Ortsklasse B einen Lohn von DM 142.- erhalten.

Damit sind die erwähnten Befürchtungen, durch die Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte könnte ein Druck auf die Löhne der heimischen Landarbeiter ausgelöst werden, gegenstandslos geworden. Eher sind im Hinblick auf die Fälle untertariflicher Bezahlung gegenteilige Wirkungen zu erwarten.

Den italienischen Hilfskräften, die ja schon in der Vorkriegszeit in Deutschland gearbeitet haben,¹⁾ ging der Ruf fleißiger und geschickter Arbeiter voraus, und die in neuester Zeit mit ihnen gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den hessischen Bauern werden von der Arbeitsvermittlung als gut bezeichnet. Nach kurzer Eingewöhnungszeit und Überwindung anfänglicher sprachlicher Verständigungsschwierigkeiten seien im Regelfall Arbeitsverhältnisse zustanden gekommen, die den beiderseitigen Wünschen und Erwartungen entsprachen. Soweit es zu Unzuträglichkeiten kam, hätten diese im engen Zusammenwirken des zuständigen Arbeitsamtes, des Landesarbeitsamtes und des Italienischen Generalkonsulats in fast allen Fällen bereinigt werden können.

Gegenüber dieser amtlichen Stellungnahme vermitteln andere Meldungen ein weniger zufriedenstellendes Bild. Abgesehen von der Lohnfrage (s.unten) geben danach folgende Verhältnisse den Italienern Anlaß zu Klagen:

1. Während in Italien und Frankreich Kindergeld schon vom ersten Kind an bezahlt wird, wird es in Deutschland erst vom dritten Kind an gewährt.
2. Die steuerliche Belastung in Deutschland vergleichsweise hoch; darüber hinaus fehlt den Italienern das Verständnis für das Notopfer Berlin, zu welcher Abgabe sie ebenfalls herangezogen werden.
3. Bei der langen Arbeitszeit mangelt es an der Möglichkeit, durch Überstunden einen Zusatzverdienst zu erarbeiten.

1) Es liegen keine Unterlagen darüber vor, in welchem Umfange ausländische Kräfte vor 1939 in der nordhessischen Landwirtschaft eingesetzt waren.

4. Trotz der bestehenden Verpflichtung zur Berücksichtigung der italienischen Ernährungsgewohnheiten bemängeln die Italiener die deutsche Küche. In gleicherweise stellen sich die sprachliche Isolierung und die andersartigen klimatischen Verhältnisse als belastende psychologische Faktoren heraus.

Diese Schwierigkeiten geben auch eine Erklärung für die Tatsache, daß auch in Nordhessen eine Anzahl dieser Arbeitskräfte vor Ablauf des Vertrags wieder die Heimreise angetreten hat. Ein abschließendes Urteil wird bei dieser Sachlage erst möglich sein, wenn sich beide Seiten über einen längeren Zeitraum hinweg den gegebenen Verhältnissen angepaßt haben.

In diesem Zusammenhang sei auch kurz auf den Einsatz deutscher Saisonarbeitskräfte in der hessischen Landwirtschaft eingegangen. Diese Kräfte kommen in der Hauptsache aus landwirtschaftlichen Gegenden, in denen nur geringe Aussichten auf industriell-gewerbliche Arbeitsmöglichkeiten bestehen, vornehmlich aus der Rhön ("Rhönmädchen") und aus dem Bayerischen Wald. Im Jahre 1956 konnten vom Landesarbeitsamt Hessen 548 (1955 = 626) Arbeitskräfte aus diesen Gebieten angeworben werden. Aufnahmegebiet für diese Hilfskräfte war vor allem der südhessische Raum. In Nordhessen sind landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte schon immer in erheblich geringerem Umfange tätig gewesen. 1956 wurden für landwirtschaftliche Betriebe im Bezirk des Arbeitsamts Kassel 19 (1955 = 10) und im Arbeitsamtbezirk Korbach 58 (1955 = 60) Saisonarbeitskräfte gewonnen.

Der auf acht Monate abzuschließende Vertrag sichert allen Arbeitskräften ebenfalls kostenlose An- und Heimfahrt und gewährt neben freier Kost und Wohnung männlichen Kräften über 18 Jahren einen monatlichen Barlohn von DM 124.--, zuzüglich einer Treueprämie nach Erfüllung des Vertrages in Höhe von DM 140.--. An weibliche Kräfte über 16 Jahre zahlt der Arbeitgeber monatlich DM 100.-- und eine Prämie von DM 130.--. Darüberhinaus erhalten alle Saisonarbeiter ein Erntegeld von DM 25.-- sowie ein Vertragsabschlußgeld in Höhe von DM 20.--

Da bei der heutigen Lage am Arbeitsmarkt nicht damit zu rechnen ist, daß in den kommenden Jahren die Beschäftigung der heimischen Saisonarbeitskräfte gesteigert werden könnte, und nach der hier vertretenen Ansicht auch die Abwanderung der ständigen Arbeitskräfte unaufhaltsam andauern wird, darf man erwarten, daß der Einsatz ausländischer Arbeits-

kräfte in Zukunft stark an Bedeutung gewinnen wird. Auf der anderen Seite bleibt die Frage offen, ob gerade die nordhessische Landwirtschaft auf die Dauer mit den anderen Nachfragern um die italienischen Arbeitskräfte wird konkurrieren können. Die in den französischen Zuckerrübenbetrieben eingesetzten Italiener beziehen einen Lohn von DM 180.-- bis 200.-- und auch die belgische und schweizerische Landwirtschaft bieten vergleichsweise höhere Löhne. Dazu kommt, daß seit neuester Zeit auch die deutsche Industrie (insbes.Bau- und Steinbruchbetriebe) Interesse an diesen Kräften zeigt. Darüber hinaus ist auch zu erwarten, daß das Angebot an diesen Hilfskräften infolge der italienischen Bemühungen um eine Strukturverbesserung der dortigen Wirtschaft nicht immer auf dem jetzigen Stand bleiben wird. ¹⁾

Gleichzeitig mit den im vorstehenden genannten Lösungsversuchen wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe anderer Bestrebungen unternommen, die alle darauf hinausliefen, insbesondere den Gesindebetrieben - teilweise sogar im Zwangswege - die benötigten Arbeitskräfte zuzuführen. FÜTTERER ²⁾ nennt neben dem schon erwähnten Vorschlag einer Streichung der Arbeitslosenunterstützung den Antrag, Gesindekräften nach 10 Jahren Landarbeit Anspruch auf Staatsdienstversorgung, wohl nach Art des früheren Zivilversorgungsscheins - zu geben; oder die Bemühungen, einen freiwilligen Arbeitsdienst oder sogar eine Landarbeitsdienstpflicht für Jugendliche einzuführen.

Nachdem in neuester Zeit in einigen Gebieten die Industrie dazu übergegangen ist, die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte direkt "abzuwerben", wobei sie teilweise bereits mit werkseigenen Omnibussen in die einzelnen Gemeinden fährt, werden auf seiten der Landwirtschaft Stimmen laut, die den abwegigsten aller Vorschläge vorbringen: man stellt die Forderung nach einem "Stillhalteabkommen" mit der Industrie und verlangt die Einsetzung eines "Sonderkommissars", um die Erfüllung der arbeitsmarktpolitischen Wünsche der Landwirtschaft sicherzustellen.

- 1) Qualifizierte landwirtschaftliche Facharbeiter waren 1955 angesichts ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten in Italien nicht in der gewünschten Zahl zu finden; von den 13.000 im Vertrag zwischen der Bundesregierung und Italien vorgesehenen Arbeitskräften konnte die deutsche Werbe- und Sammelstelle in Verona bis Mitte August 1956 nur knapp 6.000 Hilfskräfte nach Deutschland vermitteln.
- 2) FÜTTERER in: ASG (65), Heft 7, S.7: Die soziale Situation in der westdeutschen Landwirtschaft.

Abgesehen von der Tatsache, daß derartige Maßnahmen in starkem Gegensatz zu unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung stehen würden, ist es unbegreiflich, daß man sich heute noch durch derartige Eingriffe eine Verbesserung der Verhältnisse am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt verspricht. Die bekannten Erfahrungen aus der deutschen Arbeitsmarkt- und Agrarpolitik zeigen, daß auf diese Weise dem Problem nicht beizukommen ist; am 15. Mai 1934 wurde das Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes erlassen. Ihm folgte am 17. Mai 1934 die Anordnung über die Beschränkung des Einsatzes landwirtschaftlicher Arbeitskräfte. Durch diese Maßnahmen sollten der Landwirtschaft ihr bisheriger Arbeiterbestand erhalten und im Bedarfsfalle darüber hinaus diejenigen Arbeitskräfte zugeführt werden, die in den vergangenen drei Jahren mindestens 52 Wochen in der Landwirtschaft tätig gewesen waren, später aber den Beruf gewechselt hatten. Die Freizügigkeit wurde eingeschränkt, da die Genehmigung zum Übertritt in andere Berufe vom Arbeitsamt nur bei Vorliegen wichtiger Gründe erteilt wurde. Nach dem Gesetz vom 26. Februar 1935 zur Befriedigung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften konnten die nichtlandwirtschaftlichen Betriebe gezwungen werden, ihre ehemals landwirtschaftlich tätig gewesenen Arbeiter zu entlassen.

Die Folge dieser Maßnahme war, daß man allgemein der Beschäftigung in der Landwirtschaft noch mehr als bisher aus dem Wege ging, da jeder befürchten mußte, sie später nicht mehr verlassen zu können.

Durch staatliche Zwangsmaßnahmen läßt sich die Bereitschaft zur Übernahme einer unbeliebten Arbeit nicht steigern, und es kann als sicher gelten, daß die vorgeschlagene Verwirklichung gleicher oder ähnlicher Eingriffe heute, bei veränderten politischen und psychologischen Voraussetzungen, sehr rasch zu einem völligen Zusammenbruch des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes führen würde.

Die hier erwähnten Anstrengungen um die Vergrößerung des Angebots an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, ob es sich nun um die Beschäftigung von Schwarzarbeitern, den Einsatz berufsforemder Erntehelfer, die zwangsweise Zuführung von Kräften oder auch die Hereinnahme ausländischer Landarbeiter handelt, tragen alle den Charakter sehr kurzfristiger Notlösungen, mit denen einerseits den Landwirten auf die Dauer nicht geholfen wird, die aber andererseits die Flucht aus der Landarbeit nur beschleunigen. Die Bil-

ung eines festen Landarbeiterstammes, wie ihn die Landwirtschaft zur Aufrechterhaltung der bisherigen Wirtschaftsweise und Arbeitsorganisation brauchte, ist auf diesen Wegen nicht zu erreichen.

Damit dürften alle Möglichkeiten erschöpft sein, die von der Angebotsseite her zu einer nachhaltigen Entspannung am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt führen könnten. Die Lösung des immer dringender werdenden Problems ist nur durch Umstellungen auf der Seite der Nachfrage zu erwarten, etwa in der Weise, wie sie im vorigen Abschnitt angedeutet wurden. Die Frage bleibt offen, wann die Landwirtschaft die ihr damit gestellten Aufgaben erkennen und zu neuen, heute gültigen Formen der Produktion übergehen wird.

Abschluß

Die im Rahmen dieser Arbeit angeschnittenen Fragen nach der wirtschaftlichen und sozialen Lage der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in Nordhessen vermitteln keinen ermutigenden Eindruck; insofern unterscheiden sich die hier gefundenen Ergebnisse wenig von denen anderer Untersuchungen. Der allgemeine Eindruck läßt sich mit folgenden Stichworten wiedergeben: geringe Löhne selbst gegenüber der Arbeiterschaft in ländlichen Industrien, lange Arbeitszeit insbesondere bei den Monatslöhnern, ein meist belastetes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und eine generelle Abneigung gegen landwirtschaftliche Arbeit. Dies ist das äußere Bild, wie es sich aus den Statistiken und kurzen Einzelberichten ergibt.

Die stärkere Beachtung des soziologischen Hintergrundes wirtschaftlicher Vorgänge, die insbesondere in den Nachkriegsjahren auch im Zusammenhang mit der Landarbeiterfrage an Bedeutung gewonnen hat, ist gegenüber einer rein ökonomischen Betrachtungsweise als Fortschritt zu begrüßen. So ist nicht zu bestreiten, daß die heute so stark in den Vordergrund gestellten Schwierigkeiten, denen sich die Gesindekräfte hinsichtlich der Heirats- und Aufstiegsmöglichkeiten gegenübergestellt sehen, für die mißliche Lage am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt mitverantwortlich sind.

Andererseits aber gibt die allgemeine Beurteilung dieses Fragenkreises Anlaß zu einer Warnung: der weitaus überwiegende Teil der neueren Stellungnahmen ist etwa in dem Ton gehalten, daß zwar gewisse Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitszeitverhältnissen unumgänglich seien, die entscheidende

Ursache des Kräfitemangels aber in der "institutionellen Sterilität" der Gesindekräfte liege; folglich sei das Problem der Versorgung der Landwirtschaft mit Hilfskräften zu lösen, indem man mit der Schaffung von Verheirateten-Stellen und dem Bau von Landarbeiterwohnungen diesen Personen die Möglichkeit zur Entfaltung eines eigenen Lebensbereiches biete.

Die Begründung dieser Feststellung erblickt man in den Äußerungen einzelner Landarbeiter, vor allem aber in dem Umstand, daß gerade die jugendlichen Kräfte die Landwirtschaft verlassen.

Diese Folgerung erscheint einleuchtend und naheliegend, aber es fragt sich doch, ob man damit die Probleme nicht allzu sehr vereinfacht bzw. in der Art eines post hoc, propter hoc vorgeht.

Da die Wirtschaftspolitik - mit deren Hilfe man in bestehende ökonomische Verhältnisse eingreifen will - nur erfolgreich sein kann, wenn alle das wirtschaftliche Geschehen bestimmenden Faktoren berücksichtigt werden, muß auch jede theoretische Erklärung - als Wegweiser für die Maßnahmen der Politik - tatsächlich alle Beweggründe, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit wirksam werden, umfassen. Dies scheint jedoch bei der heute bevorzugten Meinung über die Ursachen der Ablehnung der Landarbeit nicht der Fall zu sein, und es wurde in dieser Arbeit versucht, einige Hinweise auf mögliche andere Abwanderungsmotive zu geben.

Die begrüßenswerte Abwendung von der rein ökonomisch-rationalen Betrachtungsweise des Wirtschaftslebens darf sich nicht gleich nach ihrem ersten Schritt erschöpfen, wenn sie bereits dort auf einige außerökonomische Zusammenhänge stößt. Die Gefahr entsteht, daß man wirksame Mittel - in diesem Falle gegen die "Landflucht" - in den Händen zu halten glaubt, die sich jedoch nach einigen Augenblickserfolgen als untauglich erweisen, und daß nicht nur erhebliche Mittel unnütz vertan werden, sondern wertvolle Zeit für eine tatsächlich angemessene Anpassung an die neue Lage verloren geht.

Wenn SCHMÖLDERS ¹⁾ von dem "nervösen, von fremden Denk- und Aktions-schemata hin- und hergezogenen modernen Massenmenschen" spricht, dessen wirtschaftliches Verhalten "oft weniger von dem Ergebnis rationaler Erwägungen als von gefühlsmäßig bedingten Reaktionen, fertigen Denkformeln

1) SCHMÖLDERS (48), S. 216

und dem jeweiligen Tenor der öffentlichen Meinung abhängig" ist, so ist diese allgemeine, aber durchaus zutreffende Charakterisierung der heutigen Wirtschaftler insbesondere auch bei der Untersuchung agrarsozialer Fragen zugrunde zu legen, und die aus ihr resultierenden Mittel und Wege zur Erforschung und Bekämpfung der Flucht aus der Landarbeit sind nicht nur im Hinblick auf einzelne Fragen, sondern im v o l l e n U m f a n g anzuwenden.

Damit soll gesagt sein, daß die Landarbeiterfrage nicht durch Patentlösungen zu klären ist - ob es sich nun dabei um die Forderung höherer Preise für landwirtschaftliche Produkte zur Ermöglichung einer besseren Entlohnung der Arbeitskräfte oder um den Ruf nach Landarbeiterwohnungen handelt -, sondern daß auch in die Landwirtschaft die Sozialpsychologie mit ihrem theoretischen und empirischen Rüstzeug vollen Eingang finden muß, wenn man die vielen, oft unwägbaren Ursachen für das Verhalten der in ihr beschäftigten Menschen finden will, um auf dieser Grundlage tatsächlich erfolgversprechende Maßnahmen zu treffen.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob nicht zu erwarten ist, daß selbst wenn heute schon alle "Landflucht"-Ursachen als erkannt angesehen werden könnten - die erforderlichen Maßnahmen erst nach einer zu langen Zeitspanne voll wirksam werden. Denn die wirtschaftliche und technische Fortentwicklung führt in der Landwirtschaft in der Zwischenzeit, vor allem in der Form eines immer weiter fortschreitenden Einsatzes von Kapital anstelle menschlicher Arbeitskraft, zu neuen Wirtschaftsmethoden und anderen arbeitsorganisatorischen Zuständen, die in ihren einzelnen Auswirkungen heute noch gar nicht zu übersehen sind.

Unter diesem Blickwinkel besteht durchaus Anlaß zu der Vermutung, daß nach einer Zeit der Übergangsschwierigkeiten in wenigen Jahren das "Landarbeiterproblem" seine heutige Aktualität verloren haben wird.



T a b e l l e n t e i l

(Auszüge aus: Beiträge für Statistik Hessens, hersg.
v.Statistischen Landesamt Hessen, Wiesbaden.
Sonderreihe: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949)

Die Betriebe nach Größenklassen der landw.Nutzfläche.

Kreise bzw. Reg. Bez.	Von d. l.d. u. f.w. Be- tr. sind B. m. LNF		Dav. (Sp. 1) Betr., deren LNF beträgt 0,1 Ar - u. 2 ha 2 bis unt. 5 ha			
	Betr.	ldw. Nfl.	Betr.	ldw. Nfl.	Betr.	ldw. Nfl.
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
	1	2	3	4	5	6
Fulda-Stadt	162	926	80	89	38	114
Kassel-Stadt	577	3037	330	281	100	307
Marburg-Stadt	100	351	45	44	39	135
Eschwege	5539	24856	2694	2563	1619	5140
Frankenberg	5253	27466	1270	1497	2181	7283
Fritzl.-Homberg	6527	37797	2834	2699	1742	5856
Fulda-Land	8542	53606	2150	2294	2950	9800
Hersfeld	4605	21987	1609	1726	1910	5894
Hofgeismar	5148	27761	2328	2452	1464	4639
Hünfeld	3395	24459	816	833	1044	3519
Kassel-Land	4427	14476	2950	2568	755	2353
Marburg-Land	8580	45831	3125	3270	2654	8557
Melsungen	3750	18133	1795	1775	1042	3356
Rotenburg	4860	23602	2113	2134	1566	5021
Waldeck	7685	54458	2478	2624	2231	7477
Witzenhausen	4301	17052	2416	2364	1197	3826
Wolfhagen	4389	22001	1930	2022	1172	3914
Ziegenhain	5459	30199	1836	1836	2015	6523
Reg. Bez. Kassel	83299	447998	32799	33066	25719	83709

Kreise bzw. Reg. Bez.	noch: Dav. (Sp. 1) Betr., deren landw. Nutzfl. beträgt :							
	5 - u. 10 ha		10 - u. 20 ha		20 - u. 100 ha		100 ha u. darüber	
	Betr.	LNF	Betr.	LNF	Betr.	LNF	Betr.	LNF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
	7	8	9	10	11	12	13	14
Fulda-Stadt	20	147	17	253	6	150	1	173
Kassel-Stadt	70	512	53	704	20	561	4	672
Marburg-Stadt	12	87	3	37	1	48	-	-
Eschwege	717	5026	357	4842	135	4260	17	3025
Frankenberg	1203	8214	484	6413	109	3019	6	1040
Fritzl.-Homberg	914	6359	669	9539	355	11422	13	1927
Fulda-Land	1734	12235	1361	19009	340	8828	7	1440
Hersfeld	512	3619	439	6092	131	4082	4	574
Hofgeismar	706	5045	483	6611	149	5062	18	3952
Hünfeld	674	4707	626	8875	231	5861	4	664
Kassel-Land	381	2730	271	3697	64	2210	6	918
Marburg-Land	1521	10824	942	12973	332	9395	6	812
Melsungen	417	2927	345	4813	147	4618	4	644
Rotenburg	552	3804	461	6542	163	5310	5	791
Waldeck	1288	9069	1139	16069	531	16360	18	2859
Witzenhausen	414	2812	185	2518	72	2946	17	2586
Wolfhagen	702	5005	495	6582	81	2488	9	1990
Ziegenhain	798	5468	557	7958	244	7031	9	1388
Reg. Bez. Kassel	12635	88590	8887	123527	3111	93651	148	25455

Die in Reg. Bez. Kassel ständig beschäftigten Arbeitskräfte (einschl. der Betriebsinhaber).

Größenklassen nach d. landwirtschaftl. benutzten Fläche	Ges. Z. d. ständ. beschäftigten Personen		Davon sind					
	hauptberufl. Betriebsinh.		Familienangeh. Arbeitskräfte		Fam. fremde Arb.kräfte			
	zus.	dav.wbl.	zus.	dav.wbl.	zus.	dav.wbl.	zus.	d.wbl.
	1	2	3	4	5	6	7	8
0 Ar	2572	91	41	4	75	53	2456	34
0,1-unt. 50Ar	2351	1535	46	10	1596	1429	709	96
0,5- " 1ha	20203	17482	519	187	19049	16984	635	311
1- " 2 "	23364	13785	1781	596	20441	17733	1142	451
(0- " 2")	(42490)	(37893)	(2387)	(797)	(41161)	(36204)	(4942)	(892)
2- " 3 "	25977	18530	3866	858	20784	17107	1327	565
3- " 4 "	23560	15428	4682	702	17841	14126	1037	600
4- " 5 "	18438	11051	4148	488	13170	9982	1120	581
(2- " 5")	(67975)	(45009)	(12696)	(2048)	(51795)	(41215)	(3484)	(1746)
5- " 7,5 "	29496	16433	6768	668	20008	14569	2720	1196
7,5- " 10 "	18720	9771	4116	355	12026	8341	2578	1075
(5- " 10")	(48216)	(26204)	(10294)	(1023)	(32034)	(22910)	(5298)	(2271)
10- " 15 "	26247	13454	5428	320	15986	11076	4833	1988
15- " 20 "	15225	7551	2751	105	8235	5624	4239	1672
(10- " 20")	(41472)	(21015)	(8179)	(585)	(24221)	(16770)	(9072)	(3660)
20- " 30 "	12728	6038	1986	104	6170	4221	4572	1713
30- " 50 "	5406	2202	610	30	1719	1205	3077	967
50- " 75 "	2035	570	125	4	303	210	1607	356
75- " 100 "	1352	438	65	1	154	111	1133	326
(20- " 100")	(21521)	(9248)	(2786)	(139)	(8346)	(5747)	(10389)	(3362)
100- " 150 "	1797	504	54	5	144	109	1599	390
150- " 200 "	1107	305	20	1	44	30	1043	274
200ha u. mehr	1864	350	15	2	38	26	1811	322
(100 " " ")	(4768)	(1159)	(89)	(8)	(226)	(165)	(4453)	(986)
Insgesamt	232442	140528	37021	4600	157783	123011	37638	12917
K r e i - ü b e r s i c h t								
Fulda-Stadt	720	295	62	8	234	178	424	109
Kassel-Stadt	2041	929	240	31	904	678	897	220
Marburg-Stadt	470	183	66	10	169	130	235	43
Eschwege	13699	8619	2085	256	9352	7564	2262	699
Frankenberg	17057	9925	2914	392	11740	8715	2403	818
Fritzlar-Homberg	19234	11121	2891	270	12530	9566	3813	1285
Fulda-Land	24319	14837	4846	692	16737	13067	2736	1078
Hersfeld	12615	8005	1911	320	8980	7118	1724	567
Hofgeismar	12829	7732	1887	164	8262	6823	2680	745
Hünfeld	10975	6419	2074	261	7450	5652	1451	506
Kassel-Land	9156	6176	952	91	6982	5677	1222	408
Marburg-Land	26619	16028	4347	539	17874	13678	4398	1811
Melsungen	10181	6273	1446	178	7105	5495	1630	600
Rotenburg	12982	8145	1899	319	9378	7345	1705	481
Waldeck	23159	13330	3864	378	15030	11395	4265	1557
Wittenshausen	9946	6208	1102	107	6973	5588	1871	513
Wolfhagen	10478	6605	1844	164	7294	6031	1340	410
Ziegenhain	15962	9698	2591	320	10789	8311	2582	1067
Reg. Bez. Kassel	232442	140528	37021	4600	157783	123011	37638	12917

Die ständig beschäftigten Arbeitskräfte
(einschliesslich der Betriebsinhaber im Hauptberuf).

Kreise bzw. Reg. Bez.	In Betrieben mit einer landw. Nutzfläche von :					
	unter 2 ha	2	5	10	20	100 ha und darüber
		b i s u n t e r				
	5 ha	10 ha	20 ha	100 ha		
Familienangehörige Arbeitskräfte: Insgesamt						
Fulda-Stadt	92	62	37	37	5	1
Kassel-Stadt	400	174	152	126	43	7
Marburg-Stadt	56	85	22	6	-	-
Eschwege	3283	3029	1729	951	336	24
Frankenberg	1640	4850	3487	1436	318	9
Fritzl-Homberg	4000	3662	2252	1735	860	21
Fulda-Land	2018	5417	4341	3911	1041	9
Hersfeld	2172	3939	1319	1197	347	6
Hofgeismar	2415	2601	1618	1231	369	28
Hünfeld	1027	2149	1746	1760	768	-
Kassel-Land	3733	1495	911	682	150	11
Melsungen	4425	5758	4020	2755	911	5
Rotenburg	3104	3296	1347	1234	391	6
Waldeck	2721	4313	3408	3095	1446	47
Witzenhausen	2901	2406	985	492	171	18
Wolfhagen	2213	2081	1576	1220	190	14
Ziegenhain	2433	4275	2035	1434	599	13
Reg. Bez. Kassel	41161	51795	32034	24221	8346	226
Familienangehörige Arbeitskräfte: Weiblich						
Fulda-Stadt	73	47	30	24	3	1
Kassel-Stadt	318	124	115	84	33	4
Marburg-Stadt	47	63	17	3	-	-
Eschwege	2923	2485	1257	643	239	17
Frankenberg	1457	3724	2345	969	213	7
Fritzl-Homberg	3388	2812	1570	1187	592	17
Fulda-Land	1905	4456	3216	2764	720	6
Hersfeld	1931	3182	936	832	232	5
Hofgeismar	2330	2201	1173	846	252	21
Hünfeld	888	1731	1278	1228	527	-
Kassel-Land	3237	1195	667	463	107	8
Marburg-Land	3856	4486	2832	1888	612	4
Melsungen	2134	1709	744	623	279	6
Rotenburg	2602	2625	927	866	275	5
Waldeck	2440	2246	2420	2157	1000	32
Witzenhausen	2524	1883	709	345	114	13
Wolfhagen	2065	1804	1173	849	130	10
Ziegenhain	2086	3342	1456	999	419	9
Reg. Bez. Kassel	36204	41215	22910	16770	5747	165

Die ständig beschäftigten Arbeitskräfte.

Kreise bzw. Reg. Bez.	In Betrieben mit einer landw. Nutzfläche von :					
	unter 2 ha	2	5	10	20	100 ha und darüber
		b i s u n t e r				
	5 ha	10 ha	20 ha	100 ha		
Familienfremde Arbeitskräfte: Insgesamt.						
Fulda-Stadt	114	134	20	43	67	46
Kassel-Stadt	267	140	164	85	148	93
Marburg-Stadt	147	35	17	5	31	-
Eschwege	205	287	328	383	475	584
Frankenberg	373	311	660	554	348	157
Fritzl. Homberg	470	281	370	870	1515	307
Fulda-Land	332	260	436	941	615	152
Hersfeld	328	191	223	458	419	105
Hünfeld	98	130	174	496	426	127
Hofgeismar	308	180	323	416	724	729
Kassel-Land	194	81	144	299	314	190
Marburg-Land	507	396	887	1288	1182	138
Melsungen	211	153	166	384	568	148
Rotenburg	348	156	169	389	548	95
Waldeck	308	289	526	1184	1508	450
Witzenhausen	364	144	168	237	435	523
Wolfhagen	152	67	169	325	242	385
Ziegenhain	246	249	354	715	824	224
Reg. Bez. Kassel	4942	3484	5298	9072	10389	4453
Familienfremde Arbeitskräfte: Weiblich						
Fulda-Stadt	17	11	6	19	37	19
Kassel-Stadt	59	40	41	30	37	13
Marburg-Stadt	8	8	7	2	18	-
Eschwege	52	103	121	146	124	153
Frankenberg	53	149	275	212	104	25
Fritzl.-Homberg	71	162	153	367	462	70
Fulda-Land	64	139	208	400	229	38
Hersfeld	54	125	83	143	145	17
Hofgeismar	45	96	102	174	158	170
Hünfeld	17	73	72	181	148	15
Kassel-Land	28	37	76	114	111	42
Marburg-Land	103	219	405	608	433	43
Melsungen	49	100	72	148	181	50
Rotenburg	56	76	74	110	148	17
Witzenhausen	28	76	65	62	145	137
Waldeck	107	166	256	472	456	100
Wolfhagen	32	41	75	146	76	40
Ziegenhain	49	125	180	326	350	37
Reg. Bez. Kassel	892	1746	2271	3660	3362	986

Die ständig beschäftigten Arbeitskräfte.

Kreise bzw. Reg. Bez.	In Betrieben mit einer Landw. Nutzfläche von :					
	unter 2 ha	2	5	10	20	100 ha
		b i s u n t e r				und darüber
		5 ha	10 ha	20 ha	100 ha	
Hauptberufliche Betriebsinhaber						
Fulda-Stadt	17	13	17	12	2	1
Kassel-Stadt	52	65	59	49	15	-
Marburg-Stadt	23	34	8	1	-	-
Eschwege	210	824	604	319	117	11
Frankenberg	159	1155	1048	449	99	4
Fritzl.-Homberg	188	944	804	620	327	8
Fulda-Land	281	1498	1495	1274	295	3
Hersfeld	155	790	433	416	116	1
Hofgeismar	113	626	590	428	121	9
Münfeld	79	610	592	575	215	3
Kassel-Land	54	261	331	248	54	4
Marburg-Land	314	1493	1375	862	301	2
Melsungen	86	533	368	322	133	4
Rotenburg	120	719	481	425	150	4
Waldeck	172	1106	1041	1040	491	14
Witzenhausen	80	445	339	171	58	9
Wolfhagen	121	585	608	456	69	5
Ziegenhain	163	995	691	512	223	7
Reg. Bez. Kassel	2387	12696	10884	8179	2786	89

Die ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte nach ihrer Stellung im Beruf (Zusammenfassung).

Kreise bzw. Reg. Bez.	Ständ. beschäft. Arbeits- kräfte: insge- sumt	d a v o n				
		selbstän- dige Be- triebs- leiter	sonstige Verwalt- u. Auf- sichts- personal	Lehr- linge	Knechte und Mägde	sonst. ständ. beschäft. Arb.- kräfte
Fulda-Stadt	424	19	32	16	99	258
Kassel-Stadt	897	38	67	64	247	481
Marburg-Stadt	235	12	24	16	39	144
Eschwege	2262	132	107	85	941	997
Frankenberg	2403	76	43	213	1258	813
Fritzl.-Homberg	3813	129	134	135	2144	1271
Fulda-Land	2736	157	56	53	1952	518
Hersfeld	1724	54	78	76	926	590
Hofgeismar	2680	55	101	122	1125	1277
Münfeld	1451	98	50	30	1021	252
Kassel-Land	1222	41	62	47	587	485
Marburg-Land	4398	155	38	143	2941	1121
Melsungen	1630	60	43	65	1043	419
Rotenburg	1705	88	68	58	919	572
Waldeck	4265	158	89	231	2868	919
Witzenhausen	1871	114	113	76	500	1068
Wolfhagen	1340	52	61	40	718	469
Ziegenhain	2582	106	87	55	1904	370
Reg. Bez. Kassel	37638	1544	1253	1525	21292	12024

Literaturverzeichnis

- 1) Abel, Wilhelm: Agrarpolitik, Göttingen, 1951
- 2) Albrecht, Gerhard: Sozialpolitik, Göttingen, 1955
- 3) Albrecht, G. und M.Meyer-Johann: Das Heuerlingswesen in Westfalen, in: Ber.üb.Landw., NF, Bd.II, 1925
- 4) Albrecht, Gerhard: Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen, Berlin, 1954
- 5) Aereboe, F.: Artikel "Landarbeiter" im Handwörterb. der Staatswissenschaften, Bd.VI, 4. Aufl.
- 6) Aereboe, F.: Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre, Berlin 1923
- 7) Bednarik, K.: Der junge Arbeiter von heute - ein neuer Typ, Stuttgart, 1953
- 8) Bissing, W.M.Frh.v.: Der Realkredit der deutschen Landwirtschaft, Berlin und Leipzig, 1930
- 9) Bissing, W.M.Frhr.v.: Grundlagen und Wirkungen der deutschen Agrarpolitik, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 37. Bd., Jena 1933
- 10) Flankenburg, P.V.: Die Eingliederung der heimatvertriebenen Landwirte in die westdeutsche Landwirtschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, hrsg.v.W.Abel, Hannover 1952, Heft 6
- 11) Blohm, G.: Angewandte landwirtschaftliche Betriebslehre, Ludwigsburg 1950
- 12) Boesler, M.: Formen der Landarbeiterstellen, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 16, Hannover, 1956
- 13) Catterpoel, Dirk: Sozialreise durch Deutschland, Düsseldorf 1954
- 14) Degenfeld-Schonburg, F.Graf v.: Die Lohnbildung für Landarbeit und Industriearbeit, in: Ber.üb.Landw., N.F., Bd. XV, Berlin, 1931
- 15) Ernert, Wulf-Dieter: Die Arbeitszeit und der Arbeitslohn des deutschen Landarbeiters, Diss.Göttingen, 1953

- 16) Fischer, W.: Der Schlepperbezug der westdeutschen Landwirtschaft und seine Bestimmungsgründe, in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover, 1954, S. 162 ff
- 17) Hainisch, M.: Die Landflucht. Ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform, Jena 1924
- 18) Hartke, W.: Die Differenzierung der Agrar-Landschaft im Rhein-Main-Gebiet, in: Erdkunde, Heft 1, Bonn, 1953
- 19) Helmerking, W.: Untersuchungen über die vergleichsweise Höhe der Landarbeiterlöhne in Deutschland vor und nach dem Kriege, Diss. Berlin, 1930
- 20) Henkel, E.: Die Bewertung der Naturlöhne in der Landwirtschaft, Diss. Göttingen, 1949
- 21) Herz, H.: Landleben: ohne Frauen nicht gefragt, in: Übersicht, Monatsschrift für das deutsche Landvolk, 5.Jg., Heft 9, Hannover, 1954
- 22) Hofer, M.: Die Lebenshaltung des Landarbeiters, Berlin, 1930
- 23) Hofstetter, P.R.: Die Psychologie der öffentlichen Meinung, Wie, 1949
- 24) Hucho, W.: Die Naturalentlohnung in der deutschen Landwirtschaft, in: Ber.üb.Landw., N.F., Bd.II, Berlin 1925
- 25) W. Humburg: Die Landarbeiterfrage in Kurhessen. Untersuchungen über die Entstehung des Landarbeiterstandes und die Einwirkung der wirtschaftlichen und politischen Umgestaltungen auf den Landarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in dem ehem. Kurfürstentum Hessen, Diss. Hamburg, 1924
- 26) Hyman, H. The Policy Sciences, Stanford, 1951
- 27) Ipsen, G.: Die Landfamilie in Wirtschaft und Gesellschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 9, Hannover 1953
- 28) Jagwitz-Biegnitz, F.v.: Landflucht und Entlohnung der landwirtschaftlichen Tätigkeit, Diss. Gießen, 1952

- 29) Kötter, H.: Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußgebiet einer Mittelstadt, Darmstadt, 1952
- 30) Kötter, H.: Agrarsoziologie, in: Soziologie, hrsg. v.A. Gehlen und H. Schelsky, Köln - Düsseldorf, 1955
- 31) Kötter, H.: Der Einfluß der sozialen und wirtschaftlichen Differenzierungen der Landbevölkerung auf die Landbewirtschaftung, in: Dorfuntersuchungen, Ber.üb.Landw. 162, Sonderheft, 1955
- 32) Linde, H.: Das Gesinde in der bäuerlichen Familienwirtschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 9, Hannover, 1953
- 33) Mayer-Edenhausen, T.: Untersuchungen über Anerbenrecht und Güterschluß in Kurhessen, Prag, 1942
- 34) Meinberg, P.: Die Landbaugebiete Hessens, Frankfurt, 1951
- 35) Palmer, S., Dahn, K. und Deneke, D.: Material zur Landarbeiterfrage in Westdeutschland, in: Ber.üb.Landw.Bd.XXX, H. 2, 1952
- 36) Pfeil, E.: Soziologie der Großstadt, in: Soziologie, hrsg. v. A. Gehlen und H. Schelsky, Düsseldorf - Köln, 1955
- 37) Poth, F.: Reformbedürftigkeit der Lohnstarife, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1.Jg., Heft 6, 1950
- 38) Priebe, H.: Fragen der Landarbeitsverfassung in Westdeutschland, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 3, Hannover 1951
- 39) Priebe, H.: Landarbeiter heute und morgen, Hamburg und Berlin, 1953
- 40) Priebe, H.: Wer wird die Scheunen füllen? Sozialprobleme der deutschen Landwirtschaft, Düsseldorf, 1954
- 41) Quante, P.: Flucht aus der Landwirtschaft, Berlin, 1933
- 42) Ries, L.W.: Untersuchungen über Systematik und Anwendungsbereich der Lohnberechnungsweisen in der Landwirtschaft, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher, 1921

- 43) Schelsky, H.: Die Gestalt der Landfamilie im gegenwärtigen Wandel der Gesellschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 9, Hannover, 1953
- 44) Schelsky, H.: Industrie- und Betriebssoziologie, in: Soziologie, hrsg. v.A. Gehlen und H.Schelsky, Düsseldorf - Köln, 1955
- 45) Schindler, L.: Neubildung deutschen Bauerntums in Kurhessen, Diss. Marburg, 1938
- 46) Seedorf, W.: Wieviel Landvolk soll das deutsche Volk behalten?, in: Der Forschungsdienst, Bd. 11, 1941
- 47) Sering, M. und Dietze, C. von: Deutsche Agrarpolitik, Bd.III: Die Frau in der deutschen Landwirtschaft, Berlin, 1939
- 48) Schmölders, G.: Ökonomische Verhaltensforschung, in: Ordo, Jahrbuch f.d.Ordnung v.Wirtschaft u. Gesellschaft, Bd. 5, Godesberg 1953
- 49) Stolte, G.: Gesundheitspflege im Landvolk, in: Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Bd. 13, Frankfurt, 1951
- 50) Tschirschky, O.v.: Die westdeutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte im Jahre 1949, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 3, Hannover, 1951
- 51) Willeke, E.: Abschnitt: Kurhessen und Hessen-Nassau, in: Die ländliche Arbeitsverfassung im Westen und Süden des Reiches, hrsg.v.Meyer, K.u. Thiede, K., Heidelberg, Berlin, Magdeburg, 1941
- 52) Wurzbacher, G.: Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung, Stuttgart 1954
- 53) Zöllner, D.: Landarbeiterlöhne. Ein internationaler Vergleich, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 10, Hannover 1954

Schriftenreihen, Zeitschriften, Sammelwerke, Statistische Quellenwerke:

- 54) Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Veröffentlichungen der Friedrich-List-Gesellschaft, Berlin 1932
- 55) Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover

- 56) Der Arbeitgeber, Düsseldorf
- 57) Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Frankfurt/Main
- 58) Die ländliche Arbeitsverfassung im Westen und Süden des Reiches, hrsg. v.d.Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung
- 59) Berichte über Landwirtschaft, Bonn
- 60) Deutsche Landwirtschaftliche Presse, Hamburg
- 61) Imbshäuser Hefte, hrsg. v.Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft, Hannover
- 62) Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft, Bad Kreuznach
- 63) Rundbriefe der Agrarsozialen Gesellschaft, Göttingen
- 64) Der Säemann, Organ der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Hann. Münden
- 65) Schriftenreihe der Agrarsozialen Gesellschaft, Göttingen
- 66) Übersicht, Monatschrift für das deutsche Landvolk, Hannover
- 67) Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, Verhandlungen und Berichte des Untersuchungsausschusses für Landwirtschaft (Enquête-Ausschuß), Berlin 1929
- 68) Wissen und Wirken, Monatsschrift für Funktionäre der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
- 69) Drucksachen des Bundestages 1956, Nr. 2. 100, (Grüner Bericht)
- 70) Der Hessenbauer, Wochenblatt des Hessischen Bauernverbandes, Frankfurt /Main
- 71) Der Hessenplan, Bericht des Landesamtes für Vertriebene, Wiesbaden, 1954
- 72) Kurhessische Wirtschaft, Organ der Industrie- und Handelskammer Kassel
- 73) Landwirtschaftliches Wochenblatt für Kurhessen und Waldeck, Organ des Hess.Bauernverbandes E.V., Amtsblatt der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen, Kassel
- 74) Jahresberichte des Hessischen Bauernverbandes, hrsg.v.Hessischen Bauernverband, Frankfurt/Main
- 75) Die wirtschaftliche Lage der Hessischen Landwirtschaft, hrsg.v. Hessischen Bauernverband, Frankfurt, 1954
- 76) Schriftenreihe des Instituts für Wirtschaftsforschung, München
- 77) Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln

- 78) Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen des Bundesarbeitsministeriums, Bonn
- 79) Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, 1950 - 1956 , Wiesbaden
- 80) Wirtschaft und Statistik, Stuttgart
- 81) Statistisches Handbuch für das Land Hessen, hrsg. v. Hessischen Statistischen Landesamt, Wiesbaden
- 82) Mitteilungen des Hessischen Statistischen Landesamtes
- 83) Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft, Vorabdruck aus dem Dezemberheft 1955, aus: Staat und Wirtschaft in Hessen
- 84) Staat und Wirtschaft in Hessen, Statistische Mitteilungen hrsg. v. Hessischen Statistischen Landesamt, Wiesbaden
Beiträge zur Statistik Hessens, Hrsg. v. Statistischen Landesamt Hessen, Wiesbaden
- 85) Bd. 50: Amtliche Lohnerhebung in der Landwirtschaft 1949
- 86) Bd. 77: Bodenbenutzung und Ernteerträge in Hessen 1955
- 87) Sonderreihe: Berufszählung 1950
- 88) Sonderreihe: Volkszählung 1950
- 89) Sonderreihe: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949

Lebenslauf

Am 28. Dezember 1928 wurde ich als Sohn des Diplomlandwirtes Ludwig Hübner und seiner Ehefrau Dorothea, geb. Purschke in Liegnitz/Schles.geboren. Meine früheste Jugend verlebte ich in Ostpreußen.

Ostern 1935 trat ich in Berlin in die Volksschule ein und besuchte seit 1939 die Rheingau-Oberschule in Berlin-Friedenau. Von 1941 bis Mitte 1944 war ich Schüler des Johanneums in Liegnitz.

Erst nach meiner Ausweisung aus Schlesien, die mich nach Wolfhagen, Reg.Bez. Kassel, führte, konnte ich den Schulbesuch wieder aufnehmen. Seit Ostern 1947 besuchte ich das Realgymnasium Wesertor in Kassel, wo ich im Februar 1951 meine Reifeprüfung ablegte.

Seit April 1951 studierte ich an der Philipps-Universität in Marburg und an der Freien Universität Berlin Wirtschaftswissenschaften. Am 22.7.55 bestand ich in Marburg die Diplomprüfung für Volkswirte.

Meine Dissertation verfaßte ich in der Zeit vom September 1955 bis zum November 1956. Die mündliche Doktorprüfung legte ich am 28.Februar 1957 ab.

Georg Ludwig Hübner

Photodruck von

PhotoToni
ERLANGEN

